

Zuerst ersch. 1997 im LIT-Verlag, Hamburg. - ISBN 3-8258-3538-3

Flexible Allrounder

Wege in den Beruf für PolitologInnen

Ergebnisse einer AbsolventInnenbefragung am
Institut für Politische Wissenschaft
der Universität Hamburg

Bert Butz, Sebastian Haunss,
Robert Hennies, Martina Richter

LIT-Verlag

Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Die Studie

Wozu eine AbsolventInnenbefragung?	9
Die Entstehungsgeschichte	12
Anordnung des Textes	13

Die Fragebogenerhebung	15
Bert Butz	

1. Methodische Grundlagen

Der Projektablauf	16
Zur Repräsentativität des Samples	17

2. Das Studium

Ein Überblick	20
Die Absolventen	21
Wie das Studium absolviert wurde	24
Studieren Politologen am Leben vorbei?	29
Von der Oper bis zur Gentechnologie	30
Die Politische Wissenschaft als »studium generale« oder Spezialistenausbildung	36
Warum und wozu Politische Wissenschaft studieren?	40
Berufsperspektiven als Ansporn oder Belastung?	41
Politikwissenschaft – eine Wissenschaft der Politik oder eine politische Wissenschaft?	46
Politik als Lebensinhalt	51
Die Freiheit des Lernens: Chance oder Belastung, Erfolg oder Mißerfolg	57
Das Konzept der offenen Studienordnung	57
Das Studienkonzept in der Kritik	59
Richtig Politik Studieren! Kritik und Vorschläge zur Studiengestaltung ...	63

3. Der Übergang

Wie sie wurden, was sie sind – Der Übergang vom Studium zum Beruf	72
Aller Anfang ist schwer	73
Wünsche und Illusionen	77
Bewerbungsstrategien – Schlüssel zum Erfolg?	83

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bert Butz; Sebastian Haunss; Robert Hennies, Martina Richter,
Flexible Allrounder: Wege in den Beruf für PolitologInnen : Ergebnisse einer
AbsolventInnenbefragung am Institut für Politische Wissenschaft der Universität
Hamburg / Bert Butz; Sebastian Haunss; Robert Hennies, Martina Richter . –
Hamburg : LIT, 1997
 (Politikwissenschaft ; 46.)
 ISBN 3-8258-3538-3

NE: GT

Abrundung des Qualifikationsprofils	89
Vom beruflichen Nutzen der Studieninhalte!	89
Zur Funktion von Praktika und Auslandsaufenthalten	96
Zusatzqualifikationen – Reicht das Diplom?	101
4. Der Beruf	
Die Beschäftigungssituation der Hamburger Absolventen	107
Die aktuelle Lage der Absolventen – Ein Überblick	108
Eine kleine Typologie des beruflichen Verbleibs	110
Das vielfältige Gesicht des Arbeitsmarktes für Politologen	115
Von der Bildung bis zur Politik, vom Archivieren bis zum Verwalten	115
Politologen außerhalb der traditionellen Erwerbstätigkeit	120
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	124
Der erfolgreiche Politologe	129
Kommt Zeit, kommt Geld	129
Berufliche Wertorientierungen und ihre Realisierungschancen	135
Im Großen und Ganzen recht zufrieden	140
5. Kurze Zusammenfassung der Ergebnisse	
Das Studium	146
Der Übergang	149
Der Beruf	152
6. Einsichten und Aussichten	
Das Studium ist besser als sein Ruf	156
Berufsorientierungs- und Berufsfindungsstrategien	158
Reformvorschläge	161
Die Interviewstudie	169
Sebastian Haunss, Robert Hennies, Martina Richter	
1. Zielsetzung	170
2. Methodik und Vorgehensweise	173
3. Studium und Beruf	175
Bewertung des Studiums	176
Politikwissenschaftliche Qualifikationen	177
Qualifikation und Berufssituation	179

4. Wechsel und Flexibilität	182
Wechsel	182
Wechseltypen	182
Der Rotationsarbeitsmarkt	183
Bewertung von Wechsel	186
Planung und Zufall	186
Netzwerke statt Qualifikation?	188
Flexibilität/Kontinuität	191
5. Erwerbsbiographien	193
Arbeitsbedingungen	193
Berufsansprüche	195
Zeiteinteilung	196
Freie Bestimmung der Inhalte	198
Hierarchien/innerbetriebliche Strukturen	199
Politischer Anspruch	201
Finanzen	202
Traumjob	203
6. Fazit: Zwischen Anpassung und Selbstbestimmung	206
Anhang	
Was die AbsolventInnen sagen	210
Tabellenanhang	224
Literaturverzeichnis	229
Tabellenverzeichnis	234

Danksagung

Die Publikation dieser Untersuchung wurde durch die großzügige finanzielle Unterstützung von POLIS – Gesellschaft zur Förderung der Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg e.V. ermöglicht

Unser Dank gilt allen Studierenden, die im Rahmen des zweisemestrigen Projektseminars an der Realisierung der Studie und der Diskussion ihrer Ziele beteiligt waren. Insbesondere möchten wir Connie Goos, Johannes Moes und Johannes Steil danken, deren Arbeit beim Führen, Transkribieren und Analysieren der Interviews wesentlich zum Zustandekommen der Interviewstudie beigetragen hat.

Weiterhin gilt unser Dank bei der Erstellung der Fragebogenerhebung Rainer Glitz und Thomas Rave für ihre umfangreiche Hilfe bei der Datenerhebung, Peter Rzehak für seine unermüdliche Hilfe bei der Datencodierung und -kontrolle sowie Karin Raschke für die Mühe des Korrekturlesens.

Und schließlich würde es diese Studie ohne die Initiative Prof. Dr. Peter Raschkes nicht geben, der mit Rat und Tat das Projekt unterstützt hat.

Die Studie

1. Wozu eine AbsolventInnenbefragung?

Seit über 20 Jahren werden an den deutschen Hochschulen von einzelnen Fachbereichen oder Instituten sogenannte Verbleibsstudien durchgeführt. Für diese Studien werden AbsolventInnen nach ihrer beruflichen Situation, ihrem beruflichen Werdegang und der Bedeutung ihres Studiums für ihren ausgeübten Beruf befragt. Durch die Auswertung der Befragungen erhoffen sich die AutorInnen bzw. die durchführenden Fachbereiche und Institute Erkenntnisse für Studienreformüberlegungen, Anregungen für Studierende bei der Festlegung ihrer Studienplanung und Berufsfindung sowie einen Nachweis über die »Tauglichkeit« des Studienganges für den Arbeitsmarkt. Dabei liefert die Konzentration auf ein Fach an einem Hochschulstandort, gegenüber den großen bundesweit repräsentativen AbsolventInnenbefragungen, wie sie zum Beispiel von der Hannoveraner Hochschul-Informationssystem (HIS) im staatlichen Auftrag durchgeführt werden, durchaus Vorteile. Die unterschiedliche Ausrichtung vom Namen her gleicher Studiengänge an den einzelnen Hochschulorten macht gerade für den Zusammenhang von Studium und Beruf eine Analyse auf Fachbereichs/Institutsebene notwendig. Weder lassen sich für eine Analyse problemlos AbsolventInnen der Politischen Wissenschaft mit Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen zusammenfassen, noch die PolitikwissenschaftlerInnen aus Hamburg und Berlin in einen Topf werfen. Hierzu sind die Studienbedingungen und Studienpläne an den verschiedenen Standorten zu unterschiedlich.

Auf der anderen Seite leiden fachbereichsbezogene Verbleibsstudien unter den fehlenden Vergleichsmöglichkeiten. Wissenschaft lebt vom Vergleich, andernfalls bleiben die ermittelten Daten häufig aussageelos. Zwar gibt es mittlerweile eine Fülle von Verbleibsstudien, jedoch sorgen unterschiedliche Klassifikationen, unterschiedliche Frageformulierungen, und unterschiedliche Befragungszeiträume¹ dafür, daß nur grobe Tendenzen als Maßstab herangezogen werden können. Insofern kann, von einzelnen hochschul- bzw. institutsbezogenen Ausnahmen abgesehen,² trotz der mittlerweile großen Zahl an Verbleibsstudien auch nicht von ei-

1 Die einen befragen AbsolventInnenjahrgänge von 75–79, andere von 78–80, die einen untersuchen AbsolventInnen, die seit drei Jahren im Berufsleben stehen, die anderen frisch diplomierte AbsolventInnen, die einen fassen 20 Abschlußjahrgänge zusammen, die anderen nur fünf u.s.w.

2 So hat z.B. das Otto-Suhr-Institut der FU Berlin mittlerweile fünf Verbleibsstudien durchgeführt, Meyer-Althoff befragte viermal geisteswissenschaftliche AbsolventInnen der Uni Hamburg

ner Tradition gesprochen werden. Dadurch fehlen die Anknüpfungspunkte für weitergehende Analysen. Viele Studien haben deshalb zwangsläufig einen stark deskriptiven Charakter. Das gilt auch für die hier vorgelegte erste Hamburger Verbleibsstudie über PolitikwissenschaftlerInnen. Dennoch scheinen solche kleinräumigen Studien für Studienreformüberlegungen an den einzelnen Fachbereichen und als Ratgeber für die heute Studierenden wesentlich sinnvoller zu sein, als ein Rückgriff auf die allgemeinen Erkenntnisse, wie sie bundesweite Studien liefern.

Als zentrales Ergebnis einer Verbleibsstudie wird in aller Regel festgehalten, wie viele ehemalige Studierende in welchen Berufsbereichen untergekommen sind, wie viele erwerbslos blieben, wie weit sie ausbildungsadäquat beschäftigt sind und wie hoch ihr Einkommen ist. All diese Angaben dienen sowohl dazu, den zählenden Behörden den Nachweis über die praktische Verwertbarkeit der universitären fachlichen Ausbildung zu geben, als auch den Studierenden einen groben Überblick über den ihnen – mehr oder weniger – offenstehenden Arbeitsmarkt zu liefern und so eine berufliche Orientierung zu erleichtern. Die Zugangsmöglichkeiten zu einzelnen Arbeitsmarktsegmenten sind jedoch starken zeitlichen Veränderungen unterworfen, eine Prognose über zukünftige Arbeitsmöglichkeiten ist auf der Basis des gefundenen Materials kaum möglich. Letztendlich gewinnt eine solche Studie nur dann an Qualität, wenn es ihr wirklich gelingt, längerfristige Trends zu entdecken und einen Bezug dem nachuniversitären Leben und dem Verlauf des Studiums herzustellen.

Der hohe Stellenwert, dem bei einer solchen Verknüpfung Rückerinnerungsfragen zukommen, ist ein wichtiger Kritikpunkt an der Validität der gefundenen Daten bei Verbleibsstudien. Wie ist die Antwort einer Absolventin oder eines Absolventen zu Fragen über das Studium, deren Abschlußprüfung bereits fünf, zehn oder noch mehr Jahre zurückliegt, zu verstehen? Sagt sie wirklich etwas über das Studium oder eher etwas über die aktuelle Beschäftigung aus? Wie weit beeinflussen der berufliche Werdegang und die nachuniversitären Erfahrungen die Aussagen zum Studium? Diese Kritik ist zutreffend, so lange man »objektive« Daten über die Art des Studiums oder über die Ansicht der Befragten zur Zeit des Studiums erwartet. Doch wenn man den Filter der nachuniversitären Erfahrungen nicht als störend bei der »Wahrheits«findung betrachtet, sondern bereit ist, gerade diese Erfahrung als wesentlichen Beitrag zur Beurteilung des Studiums zu akzeptieren, geht diese Kritik ins Leere. Die rückwirkende Betrachtung des Studiums unter Berücksichtigung der neu gewonnenen Erfahrungen ist gerade in einer *Verbleibsstudie* ein zentrales Thema.

Verbleibsstudien helfen den Zusammenhang von Studium und Beruf zu erforschen. Aber ist das ein Problem der Hochschulen? Michael Th. Greven hat in der

Politischen Vierteljahresschrift 1984 die Hochschulen bzw. die sozialwissenschaftlichen Institute und Fachbereiche für die Zugangsprobleme zum Arbeitsmarkt ihrer AbsolventInnen für nicht zuständig erklärt (Greven 1984: 229). Andere AutorInnen haben in ihrer unmittelbaren Antwort auf diese Thesen dagegen die Notwendigkeit betont, sich um Arbeitschancen für die AbsolventInnen zu bemühen.³ Greven hat mit seiner damaligen Auffassung soweit recht, daß das Problem allein an der Hochschule nicht zu lösen ist. Sein Umkehrschluß aber, daß die sozialwissenschaftlichen Fachbereiche überhaupt nicht zuständig seien bzw. sein können und sich deren Verantwortung für die berufliche Zukunft der Studierenden, in der Bereitstellung von Freiräumen für eine individuelle berufsorientierte Ausbildungsstrategie erschöpft (Greven 1984: 234), wird dem bildungspolitischen Diskussionsstand nicht gerecht. Ein Fachbereich oder ein Institut, der bzw. das sich selbst nicht für die berufliche Verwertung der Ausbildung zuständig hält und damit auf die Beteiligung an der Problemlösung verzichtet, läuft Gefahr, daß die Arbeitsmarktprobleme dann in der Tat nicht mit ihm, sondern auf seinem Rücken gelöst werden – mit all den Gefahren, die sich daraus nicht nur für die Lehre, sondern auch für die Forschung ergeben.

Mit der Hamburger Verbleibsstudie sollte auch die Verantwortung des Instituts für Politische Wissenschaft (IPW) für seine AbsolventInnen dokumentiert werden. Darüber hinaus war es das Ziel, sowohl den Studierenden als auch dem Lehrpersonal und damit der Studienreformkommission Anregungen für eine zukünftige Gestaltung des Studiums zu geben. Deshalb wurde in der Fragebogenstudie der Schwerpunkt auf die Beziehung zwischen Studienanlage und Beruf gelegt. Vorbilder waren rar gesät. Zwar gab es wie oben erwähnt viele instituts- bzw. fachbereichsbezogene Verbleibsstudien, nur explizit politikwissenschaftliche Studien waren mit Ausnahme der Arbeiten des Otto-Suhr-Instituts (OSI) eher selten. Die Studienbedingungen am OSI sind allerdings schon allein auf Grund seiner Größe kaum mit dem IPW zu vergleichen. Darüber hinaus hat Münster eine politikwissenschaftliche Verbleibsstudie vorgelegt (Bellers u.a. 1990), die aber durch die Einbeziehung von NebenfächlerInnen und den in Münster allein möglichen Magisterabschluß ebenfalls starke Unterschiede zu dem in Hamburg durchgeführten Projekt aufweist.⁴ Somit hat auch die hier vorgelegte Fragebogenerhebung einen eher explorativ-deskriptiven Charakter. Die Interviewstudie nimmt eine These der Berliner Untersuchung auf und widmet sich den AbsolventInnen, die dort dem »Rotationsarbeitsmarkt« zugerechnet wurden, also seit dem Studium eine größere Anzahl verschiedener Arbeitsverhältnisse durchlaufen haben.

³ Seidemann 1984, Körnig/Kipke 1984, Rothe 1984

⁴ Mittlerweile wurde von den PolitikwissenschaftlerInnen an der Philips-Universität in Marburg eine Verbleibsstudie über Diplom-PolitologInnen erstellt

Für die nächsten Jahre wäre zu wünschen, daß sich wirklich Traditionen in der Erstellung von Verbleibsstudien herausbilden. Nur durch eine regelmäßige Wiederholung können die Studien an analytischer Schärfe gewinnen, da nur so entsprechende Anknüpfungspunkte und Vergleichsdaten gewonnen werden können. Darüber hinaus würde es den Erkenntniswert von Verbleibsstudien steigern, wenn über verschiedene Institute/Fachbereiche hinweg, eine Einigung auf bestimmte, immer wiederkehrende, Fragestellungen und Frageformulierungen erfolgen könnte. Ein solcher Bestand an standardisierten und damit vergleichbaren Kernfragen, ergänzt um instituts-/fachbereichsbezogene Fragen nach eigenem Erkenntnisinteresse und orientiert an der spezifischen Studien- und Arbeitssituation vor Ort, könnte eine effektive, weiterführende Diskussion zur Studienqualität über Fächergrenzen und Hochschulorte hinweg ermöglichen. Dazu wäre jedoch eine systematische Fragenkontrolle notwendig. Verbleibsstudien müßten selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gemacht werden.

2. Die Entstehungsgeschichte

Im Sommersemester 1991 wurde von Professor Peter Raschke ein Projektseminar mit dem Ziel einer Verbleibsstudie über die AbsolventInnen des Instituts für Politische Wissenschaft seit 1970 angekündigt, das ursprünglich auf zwei Semester angelegt sein sollte. Etwa 50 Studierende nahmen an diesem Seminar teil und begannen mit vorbereitenden Datenerhebungen und Studien. Die Arbeitsatmosphäre war von einer großen methodischen und inhaltlichen Offenheit geprägt. Nichts war vorgegeben. Dies führte auf der einen Seite zu sehr intensiven Diskussionen über Methoden, Ziele, Inhalte und Aufbau der Studie, auf der anderen Seite wurden diese Diskussionen mit einem sehr großen Zeitaufwand und dadurch hervorgerufene zeitliche Verzögerung erkaufte. Die zeitliche Streckung hatte einen erheblichen Schwund an MitarbeiterInnen zur Folge.

Bereits zum zweiten Semester waren nur noch etwa 20–25 Studierenden beteiligt. Sie teilten sich dann weiter auf in eine Gruppe, die mit Hilfe von Intensivinterviews die besondere Situation der AbsolventInnen untersuchte, die seit ihrem Studienabschluß mindestens drei verschiedene Beschäftigungsverhältnisse durchlaufen hatten, und eine Gruppe, die sich auf eine Vollerhebung mittels schriftlicher Befragung konzentrierte.

Beide Gruppen arbeiteten gemeinsam an der Erstellung des Fragebogens und die qualitativ arbeitende Gruppe konnte bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen auf die Datenbasis aus dem Fragebogenrücklauf zurückgreifen.

Die Vielzahl der ursprünglichen MitarbeiterInnen, die sehr unterschiedliche Interessen im Hinblick auf Methodik und Ziele einer solchen Studie verfolgten,

fehlende finanzielle Mittel, die immer wieder Unterbrechungen der Studie verursachten sowie die Studienabschlüsse der AutorInnen selbst führten dazu, daß die Ergebnisse der Studie erst jetzt vorgelegt werden.

3. Anordnung des Textes

Da die quantitative Fragebogenerhebung und die qualitative Interviewstudie zwar aus einem gemeinsamen Projekt hervorgegangen sind aber weitgehend unabhängig voneinander realisiert wurden, präsentieren wir die Ergebnisse der beiden Studien in zwei voneinander getrennten Teilen dieses Bandes. Diese Anordnung scheint uns auch dadurch gerechtfertigt zu sein, als die beiden Studien nicht einfach »das selbe Feld mit unterschiedlichen Methoden« bearbeiten und zum gleichen Ergebnis kommen, sondern jeweils spezifischen Fragestellungen mit den dafür am besten geeigneten methodischen Mitteln nachgehen. Die Ergebnisse der beiden Untersuchungen ergänzen sich, indem die quantitative Studie Aussagen über die Gesamtheit der AbsolventInnen und deren beruflichen Verbleib ermöglicht, die im Fokus der qualitativen Untersuchung, die sich auf eine Teilgruppe aller AbsolventInnen beschränkt, weitgehend bestätigt und an einzelnen Stellen präzisiert werden.

Den Anfang dieses Bandes bildet also die quantitative Untersuchung: die Darstellung ihrer methodischen Grundlagen, ihrer Ergebnisse und Konsequenzen. Daran anschließend werden in symmetrischem Aufbau die Ergebnisse der qualitativen Studie präsentiert.

Bert Butz

Die Fragebogen- erhebung

1. Methodische Grundlagen

1.1. Der Projektablauf

Die Untersuchung verfolgte von Beginn an das Ziel, eine Verbleibsstudie über die Hamburger Absolventen⁵ des Faches Politische Wissenschaft seit den ersten Diplom-Abschlußprüfungen 1970 zu erstellen. Die Absolventen, die in diesem Zeitraum einen Magisterabschluß gemacht haben, der am IPW ebenfalls bis heute möglich ist, wurden mit in die Befragung aufgenommen. Ihr Anteil ist mit etwa 10 % jedoch gering. Als Vorbild dienten vor allem die Verbleibsstudien des Berliner Otto-Suhr-Instituts. Im Frühjahr 1991 wurden explorative Vorstudien durchgeführt, die dazu dienen sollten, das Feld zu erkunden, um einen entsprechenden Fragebogen entwickeln zu können. Zu diesem Zweck wurden Intensivinterviews mit Professoren, Personalchefs und Absolventen geführt.

Die ganze Studie sollte als schriftliche Befragung durchgeführt werden. Gleichzeitig wurde eine umfangreiche Recherche zur Adressenermittlung aufgenommen. Anhand der Listen des Prüfungsamtes, der Unterstützung der Meldebehörden und intensiver telefonischer Nachforschungen wurden 551 von 841 Adressen recherchiert und in die Befragung einbezogen. Obwohl weitere Adressen hätten ermittelt werden können, mußten wir aus Zeitgründen die Recherche im Winter 1991/92 abbrechen. Eine weitere Ausdehnung der Ermittlung hätte auch die Aussagekraft der ermittelten Daten vermindert, da die Beantwortung durch die unterschiedlichen Befragungszeitpunkte verfälscht worden wäre.

Im Sommer 1991 wurde der Fragebogen fertiggestellt. Er umfaßte 71 Fragen mit insgesamt über 700 Variablen. 10 Fragen waren offen gestellt, daß heißt der/die Befragte konnte in freier Textform antworten. Diese Fragen bezogen sich überwiegend auf Erfahrungen, Empfehlungen und Anregungen. 61 Fragen gaben Antwortmöglichkeiten vor. Der Fragebogen gliederte sich in vier Abschnitte:

- I. Fragen zur aktuellen beruflichen Situation
- II. Fragen zum beruflichen Werdegang
- III. Fragen zum politikwissenschaftlichen Studium
- IV. Fragen zum politischen Standort und zur Person

Mit den Fragen sollte nicht nur die materielle berufliche momentane Situation erfaßt werden, sondern sie sollten auch Rückschlüsse auf mögliche »Karriere«-wege ermöglichen und die berufliche Zufriedenheit als nicht-materielles Gut er-

⁵ Im Folgenden wird aus Gründen der Lesbarkeit auf eine getrennte Bezeichnung nach Geschlecht bei Gruppenbezeichnungen verzichtet. Es sind, wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, immer beide Geschlechter gemeint.

fassen. Darüber hinaus erhofften wir Kenntnisse über eine außerberufliche Nutzung der politikwissenschaftlichen Kenntnisse sowie Informationen und Ratschläge für die Studienplanung der heutigen Studierendengeneration.

Im Herbst begann die Verschickungsaktion. Die Fragebögen wurden in mehreren Wellen, entsprechend dem jeweiligen Stand der Adressenvermittlung versandt. Dem Fragebogen war ein Anschreiben, eine vorgedruckte Rückmeldung darüber, ob der Fragebogen ausgefüllt werde und ob die Befragten für berufsinformierende Veranstaltungen am IPW zur Verfügung stehen würden sowie zwei frankierte Rückumschläge⁶ beigelegt. Zwei Wochen nach Versendung der Unterlagen wurde ein Erinnerungsschreiben verschickt, falls bis dahin keine Rückmeldung erfolgt war.

Auf Grund der verschiedenen Versendungstermine zog sich auch der Rücklauf etwa ein Jahr hin. Insgesamt erreichten uns 336 beantwortete Fragebögen. Eine erste Präsentation von Ergebnissen wurde auf der Basis der bis dahin eingegangenen Fragebögen im Dezember 1992 vorgenommen. Sie beschränkte sich auf Häufigkeitsauszählungen und einfache Kreuztabellierungen. Zudem war der Datensatz noch fehlerhaft. Ein korrigierter und vollständiger Datensatz, der erst eine systematische EDV-gestützte Analyse zuließ, wurde dann ab Herbst 1993 erstellt. Die weitere Arbeit an der Studie, war vor allem von dem Problem geprägt, daß keine finanziellen Mittel zur Verfügung standen, und sie deshalb privat in der Freizeit der Autoren⁷ bzw. des Autors fertiggestellt werden mußte.

1.2. Zur Repräsentativität des Samples

Eine Überprüfung der Repräsentativität des Rücklaufs an Fragebögen gestaltet sich schwierig, weil die Hochschulstatistik die Grundlage ihrer Berechnung für die Semesteranzahl im Zeitraum der befragten Abschlußjahrgänge geändert hat. Durch die mündlichen Prüfungstermine in den ersten Wochen des jeweils neuen Semesters kommt es auch zu uneinheitlichen Angaben der Absolventen hinsichtlich Semesterzahl und Abschlußsemester. Während sich die einen zur mündlichen Prüfung nicht mehr extra zurückmeldeten und so formal ein weiteres Semester Studierende waren, entscheiden sich andere für eine Rückmeldung und werden dann erst während des laufenden Semesters mit der Zeugnisübergabe exmatrikuliert. Dadurch tritt eine Unschärfe in der Berechnung der Semesterzahl und der Feststellung des Abschlußsemesters ein, die einen semesterweisen Abgleich zwischen Prüflingen und Befragten unmöglich macht.

⁶ Einer für die Rückmeldung, einer für den ausgefüllten Fragebogen

⁷ Frauen beteiligten sich leider nicht an der Durchführung und Auswertung der Befragung

Tabelle 1: Verteilung der Absolventen, Angeschriebenen und Antwortenden
(Angaben in Prozent, vertikale Prozentuierung)

Abschlußjahrgang	Absolventen	Angeschriebene	Antwortende
1970–74	11	8	7
1975–79	16	13	8
1980–84	20	18	17
1985–89	40	44	51
1990–91	14	18	17
N	841	554	336

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Absolventen insgesamt mit den Absolventen, von denen die Adressen ermittelt wurden und denjenigen, die dann geantwortet haben, zeigt leichte Verschiebungen. So konnten erwartungsgemäß bei den älteren Abschlußjahrgängen nicht so viele Adressen ermittelt werden. Die Antwortbereitschaft war bei dieser Gruppe ebenfalls geringer als bei den Befragten, die erst in den letzten Jahren ihren Abschluß gemacht hatten. Bei den älteren Abschlußjahrgängen dürfte die über die Jahre gewachsene Distanz zum Studium die entscheidende Rolle spielen. Sie fühlen sich durch den großen zeitlichen Abstand nicht mehr vom Leben am IPW betroffen. Durch ihre Erfahrungen im Berufsleben hat sich auch die Bedeutung des Studiums für sie stark reduziert. Zudem wächst mit dem zeitlichen Abstand zum eigenen Studium der Aufwand für das Ausfüllen des Fragebogens, was ebenfalls die Antwortbereitschaft gesenkt haben könnte.

Die ermittelten relativ niedrigen Quoten an echten Erwerbslosen bzw. an Personen, die sich selbst als erwerbslos bezeichnen, läßt wahrscheinlich bei Skeptikern gegenüber der politikwissenschaftlichen Ausbildung den Verdacht aufkommen, daß die Zusammensetzung der Antwortenden systematisch durch eine Antwortverweigerung der weniger erfolgreichen Absolventen verzerrt sein könnte. Dem ist zu entgegnen, daß bspw. Meyer-Althoff bei ihren telefonischen Befragungen von Hamburger Geisteswissenschaftlern, bei denen Verweigerungen des Interviews selten sind, ähnlich niedrige Arbeitslosenquoten ermittelte (Meyer-Althoff 1993: 84). Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß die Arbeitslosenquoten der Politikwissenschaftler sich negativ von denen der Geisteswissenschaftler abhebt. Die Hannoveraner HIS konnte bei einer Befragung von Studienberechtigten ebenfalls keine systematischen Unterschiede im Antwortverhalten zwischen telefonisch und schriftlich befragten Interviewpartnern feststellen (Lewin u.a. 1993: 5). Fiebelkorn u.a. geben, ähnlich wie die anderen Autoren der Verbleibsstudien am Berliner Otto-Suhr-Institut, systematische Verweigerungen sowohl

von denjenigen, die »mit dem Studium gebrochen haben, sich möglicherweise umorientierten und deshalb von dieser Untersuchung nichts wissen wollten« als auch von denjenigen, die »in der Zwischenzeit Karriere machten, und keine Zeit fanden, den Fragebogen auszufüllen oder bei denen sich eine gewisse Distanz zum wenig »prestige«trächtigen Politikstudium entwickelt hat«, an (Fiebelkorn u.a. 1989: 7).

Für beide Gruppen lassen sich auch Indizien im Antwortverhalten auf die Hamburger Studie finden. So ließ uns ein im Wahlkampf stehender Politiker, der am Institut für Politische Wissenschaft (IPW) Politikwissenschaft studiert hatte, durch sein Büro mitteilen, daß er leider keine Zeit hätte den ganzen Fragebogen auszufüllen. Auf der anderen Seite brach ein weiterer Absolvent die Beantwortung des Fragebogens nach den ersten drei Fragen mit der Bemerkung ab, daß sich angesichts seines Werdeganges »sämtliche Fragen aus dem Fragebogen erübrigt« hätten. Allerdings zeigt der zweite Fall auch, daß es sich bei dieser »Verweigerergruppe« keineswegs um Erwerbslose handelt bzw. handeln muß. Im Gegenteil: Ihm geht es nach eigener Aussage wirtschaftlich sehr gut. Es ist davon auszugehen, daß die Absolventen des politikwissenschaftlichen Studienganges insgesamt gesehen über genügend Reserven und Möglichkeiten verfügen, sich durch geeignete Selbstqualifizierung auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren. Die Studie zeigt auch, daß dies nicht mit Einbußen der beruflichen und persönlichen Zufriedenheit erkauft sein muß.

Weitere Verzerrungen deuten sich bei den Angaben zum politischen Engagement an. Wenn man den Antworten folgt, dann sind die studierenden Politikwissenschaftler fast alle irgendwo politisch eingespannt. Ähnliches ergaben die Antworten am Otto-Suhr-Institut und riefen dabei Zweifel bei manchen Autoren hervor. So meinten Fiebelkorn u.a., daß der Anteil von 19 % Aktiven in Hochschulgremien und von 30 % als Mitglieder in hochschulpolitischen Gruppen im Gegensatz zu den Erfahrungen an der Hochschule selbst ständen (Fiebelkorn u.a. 1989: 12). Eine Erklärung könnte ein Trend zur Abgabe sozial erwünschter Antworten sein oder ein Selbstbetrug. Möglich wäre aber auch, daß die politisch Aktiven bzw. die, die etwas verändern wollen, überproportional häufig antworten, da sie einen größeren Sinn in einer solchen Umfrage sehen. Die Klärung dieses Phänomens bzw. seiner möglichen Auswirkungen muß aber Spekulation bleiben.

2. Das Studium

2.1. Ein Überblick

In der Frage des Verhältnisses von Politikstudium und Arbeitsmarkt sind in der Geschichte des Faches nach 1945 viele Diskussionen ausgetragen worden,⁸ die ihren Niederschlag in den verschiedenen Studien- und Prüfungsordnungen der politikwissenschaftlichen Institute und Fachbereiche im Bundesgebiet fanden. Auch in der Entwicklung des Studienganges Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaften (IPW) der Universität Hamburg hinterließ dieser Disput seine Spuren. Mit wachsender Intensität wurde die Frage ab Mitte der 70er Jahre behandelt, als die zunehmend deutlicher werdende Verschlechterung der Berufsaussichten für Akademiker sich zu einer Bedrohung für den Ausbau der Wissenschaft auszuwachsen schien. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Vermutungen darüber geäußert, was dem beruflichen Fortkommen eines Politologen dienlich sei, ohne daß sich ein Konsens abzeichnete.

Die Diskussion litt vor allem unter drei Mängeln: Zum einen fehlte den Theorien von der simplen Forderung nach kurzen Studienzeiten bis zur komplexen Theorie der Schlüsselqualifikationen die empirische Grundlage (vgl. Bermbach 1987: 129 oder Greven 1984: 230); zum zweiten wurde die Diskussion in aller Regel sehr wissenschaftslastig geführt, d.h. im Zentrum des Interesses stand eher die wissenschaftliche Identität der Politologie und weniger die berufliche Zukunft der Absolventen außerhalb des Universitätsbetriebes (vgl. Grottian 1986: 84). Zum dritten wurden die Ziele und Motive der Studierenden oft gar nicht berücksichtigt oder, ebenfalls ohne empirische Grundlage, in einem Job mit hohem Gehalt und/oder einer studienadäquaten Tätigkeit gesehen. Nun wird es sicher wenig Absolventen geben, die einer solchen Konstellation ablehnend gegenüberstehen, ob sie aber der Erwartung entspricht, mit der die Studierenden ins Studium gingen und ob sie ihr Studium daraufhin ausrichteten, soll in diesem Teil der Studie überprüft werden. Es wird zunächst ein Überblick über die Studienzzeit der Absolventen gegeben, anschließend werden einzelne Fragen bezüglich der Studienanlage und Studienstrategie, der Studienmotivation und der Studienkritik behandelt.

8 Hier seien beispielhaft nur die Publikationen von Büllsbach/Ferdowski (Hrsg.) 1979 und der von Hartwich 1987 herausgegebene Band zum 2. wissenschaftlichen Symposium der DVPW mit dem Thema »Lehre und Studium zwischen Professionalisierung und Wissenschaftsimmanenz« vom November 1986 genannt

2.1.1. Die Absolventen

Wer hat überhaupt das Studium am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg beendet? In der Liste der zuständigen Prüfungsämter sind von 1970 bis 1991 insgesamt 841 Absolventen ausgewiesen, wobei sich die Ausbildungskapazität in Hamburg erst in den letzten Jahren auf etwa 60–70 Absolventen pro Jahr erhöht hat. Zum Vergleich: In den Wirtschaftswissenschaften werden allein in einem Jahr (1992) an der Hamburger Universität 722 Absolventen mit dem Diplomzeugnis ausgestattet (Uni Hamburg 1994: 118). Das Hamburger Institut für Politische Wissenschaft zählt mit seiner Ausbildungskapazität bereits zu den größeren politologischen Instituten in der Bundesrepublik, so daß auch bundesweit von einer Politologenschwemme keine Rede sein kann.⁹

Von den Hamburger Absolventen sind 70 % männlichen Geschlechts. Dabei ist über die Jahre ein leichter Trend zu einem höheren Frauenanteil feststellbar. Trotzdem ist der Frauenanteil für einen Studiengang aus dem Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften mit einem guten Drittel nach wie vor recht gering. Ein Drittel der Absolventen hatte vor dem Studium Berufserfahrung gesammelt. 16 % hatten vor Aufnahme des Studiums eine Lehre bzw. Ausbildung abgeschlossen. Während der Anteil der Berufstätigen damit in etwa auf der Höhe des in Berlin festgestellten Anteiles liegt, ist die Quote für die Absolventen mit Berufsausbildung deutlich geringer (Fiebelkorn u.a. 1989: 10).¹⁰ Eine Erklärung hierfür haben wir allerdings nicht. 6 % hatten bereits ein anderes Fach zum Studienabschluß gebracht.

Etwa anderthalb Jahre nach dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife (Männer 20, Frauen 10,5 Monate) haben die zukünftigen Hamburger Politologen das Studium aufgenommen. Falls sie keine Ausbildung vor dem Studium absolviert¹¹ hatten, vergingen durchschnittlich 14 Monate, bis sie sich als Studierende einschrieben. Diese Zeitspanne, die über die Jahre relativ konstant geblieben ist, ist angesichts des hohen »Numerus Clausus« (NC) für den politikwissenschaftlichen Diplom-Studiengang in Hamburg¹² als gering anzusehen. Trotzdem

9 Bundesweit gab es 1988 709 neue Absolventen der Politikwissenschaft. Im gleichen Jahr erwarben 20502 Studierende einen Abschluß in Wirtschaftswissenschaften

10 Fiebelkorn u.a. geben einen Anteil von 23 % an. Eine Studienanfängerbefragung der Hannoveraner HIS GmbH ergab für alle Studienanfänger in der BRD für das WS 90/91 einen Anteil von 24 % Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung (Lewin u.a. 1991: 73)

11 Diese Leute haben das Abitur oft auf dem zweiten Bildungsweg erlangt, wie das relativ hohe Durchschnittsalter bei Erwerb der allg. Hochschulreife von etwa 24 Jahren andeutet.

12 Die Zulassungsbeschränkungen sind seit Anfang der achtziger Jahre wirksam. Seit 1983 liegt der Notenschnitt konstant unterhalb der Note 2, an Wartesemestern sind konstant mehr als 10 erforderlich.

sind die befragten Absolventen beim Einstieg in das Studium um wenige Monate älter als andere Studienanfänger. Der Altersdurchschnitt lag bei Studienbeginn bei 22,4 Jahren.¹³ Die Frauen waren, nicht zuletzt wegen der Dienstverpflichtungen der männlichen Absolventen, mit 22 Jahren noch etwas jünger (Männer 22,6). Verschiebungen im Laufe der 21jährigen Absolventengeschichte lassen sich dabei nur in soweit feststellen, als die Streuung des Einstiegsalters leicht zunimmt – das Durchschnittsalter ändert sich nicht.

Die These von den immer älter werdenden Absolventen läßt sich zumindest an diesem Institut nicht bestätigen. Auch das Abschlußalter ist mit einem Mittelwert von 28,6 Jahren weitestgehend konstant. Der Umstand, daß die Berliner Politologen als frisch abgeschlossene Diplomanden etwa ein Jahr jünger sind (Fiebelkorn u.a. 1989: 11) ist nicht weiter überraschend. Der Status von Berlin im Untersuchungszeitraum als »wehrpflichtfreie Zone« und das Fehlen eines Numerus Clausus bieten hierfür eine hinreichende Erklärung.

Mehr als zwei Drittel (68 %) aller befragten Absolventen haben ihr Politikstudium in Hamburg auch begonnen. Die anderen kamen von insgesamt 25 anderen Universitäten aus dem Bundesgebiet¹⁴. Die Liste dieser Universitäten wird dabei von Marburg angeführt (16 %), gefolgt von Bonn, Kiel und Berlin (je 9 %). Als Begründung für das Studium in Hamburg wird am häufigsten angegeben, daß Hamburg ohnehin der Wohnort sei (37 %).¹⁵ Die vielfach geäußerte Ansicht, daß die Studierenden immer bequemer und inmobiler werden, wird durch das Datenmaterial nicht gestützt. Im Gegenteil: Der Wohnort wird von den Absolventen vor 1985 wesentlich öfter als Begründung erwähnt (48 %) als von den späteren Jahrgängen (33 %).

Viele Absolventen begannen ihr Studium an der Hamburger Universität, weil ihnen die Stadt sehr attraktiv erschien. Ein Drittel der Befragten gab dies als einen wichtigen Beweggrund an. Zur Attraktivität gehört dabei nicht nur die Kneipen- und Kulturszene oder die Außenalster. Für viele Absolventen stellte auch das Arbeitsangebot und der Ruf Hamburgs als Medienstadt ein Lockmittel dar. Dabei waren es besonders die Frauen, die sich von der Stadt Hamburg angezogen fühlten.¹⁶ Hamburg wurde mit der Zeit bei den Politikstudenten immer beliebter. Wa-

13 Zum Vergleich: In den alten Bundesländern lag nach einer HIS-Erhebung das Durchschnittsalter für die Studienanfänger aller Fachbereiche im Wintersemester 1990/91 bei 21,8 Jahren, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bei 22,1 Jahren (Lewin u.a. 1991: 72).

14 Ein Absolvent gab als ersten Studienort eine ausländische Uni an.

15 Die Absolventinnen klammern sich weniger an ihren Wohnort. Bei ihnen rangiert die Attraktivität der Stadt Hamburg mit 35 % an erster Stelle (Männer 27 %). Der Wohnort wird nur von 31 % genannt (Männer 40 %)

16 39 % gegenüber 29 % bei den Männern

ren es in den Abschlußjahrgängen vor 1985 nur ein Fünftel der Befragten gewesen, für die das städtische Umfeld entscheidend war, so gaben unter den jüngeren Abschlußjahrgängen 37 %, die Stadt als entscheidenden Grund an.

Tabelle 2: Gründe für die Studienaufnahme in Hamburg nach Geschlecht und Abschlußjahr

(offene Frage, Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Warum haben sie in Hamburg studiert?	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr vor 85 seit 85	
		M	W		
Wohnort	37	40	31	48	33
Attraktivität der Stadt	32	29	39	21	37
Institut/einzelne Dozenten	29	27	32	19	33
Diplom	15	16	13	12	16
Persönliche Kontakte	14	13	15	17	13
Anderes	16	17	12	15	16
N	297	209	88	93	204

Wie sieht es mit dem Renommee des Hamburger Instituts für Politische Wissenschaft aus? Der Ruf des Instituts bzw. einzelner Professoren und Professorinnen wird von 29 % als ein Beweggrund für die Studienaufnahme in Hamburg genannt. Andere Umfragen unter Studienanfängern weisen dies als einen durchschnittlichen Wert aus (siehe z.B. Lewin 1991: 157). Bei den Absolventen der Abschlußjahrgänge nach 1985 liegt die Quote eindeutig höher als bei den frühen Jahrgängen (33 % gegenüber 19 %). Interessant ist dieses Ergebnis vor allem, weil es sich deutlich von der studentischen Beurteilung in den SPIEGEL-Rankinglisten, bei denen das Institut bekanntlich nicht sehr erfolgreich abschneidet, unterscheidet. Zukünftige Verbleibsstudien haben so die Gelegenheit, nicht nur den Ruf des Instituts, sondern auch den Einfluß des SPIEGEL-Rankings auf die Wahl des Studienortes zu testen.

Eine wichtige Finanzierungsquelle für die Absolventen während des Studiums stellte die private Unterstützung durch Eltern, Verwandte und Partner dar. Einen fast ebenso großen Anteil finanzierten die Absolventen selbst; entweder durch eine Form der Erwerbstätigkeit oder durch Darlehen. Frauen finanzierten sich in signifikant höherem Maße durch private Unterstützung (Frauen 43 %, Männer 33 %). Das Nutzen »öffentlicher« Finanzierungssysteme (BAFÖG und Renten) machte mit insgesamt 20 % nur einen geringen Teil der Studienfinanzierung aus.

Über ein Drittel der Absolventen (36 %) hat begonnen zu promovieren. 11 % der Befragten haben ihre Promotion bisher auch abgeschlossen. Bei 14 % der Befragten liegt der Promotionsbeginn so spät, daß sie die Promotion bis zur Umfra-

ge auch noch gar nicht abgeschlossen haben konnten, so daß davon auszugehen ist, daß etwa die Hälfte der begonnenen Promotionen erfolgreich beendet werden. Während die Promotionsneigung unter den Absolventen der Abschlußjahrgänge in der ersten Hälfte der siebziger Jahre mit 63 % ausgesprochen hoch war, lag sie unter den Absolventen der neunziger Jahre nur bei 19 %. Da durchschnittlich 1,7 Jahre zwischen Studienabschluß und Promotionsbeginn vergehen, kann sich diese Quote allerdings noch kräftig erhöhen.

2.1.2. Wie das Studium absolviert wurde

Die Hamburger Politologiestudenten studieren keineswegs nur im engen Rahmen der Möglichkeiten, die ihnen das eigene Institut oder das vorgeschriebene Wahlpflichtfach bieten. Der Blick über den Tellerrand der eigenen Wissenschaft hinaus gehört bei vielen dazu. Dieser Blick wird ihnen durch ein Studienkonzept erleichtert bzw. nahegelegt, das den Studierenden während ihres Studiums sehr viele Freiheiten zur selbständigen Studienorganisation bietet. Vier von fünf Befragten benötigten zwischen 10 und 14 Fachsemester bis zum Abschluß (Durchschnitt 11,7), nur jede 8. begnügte sich mit der sogenannten Regelstudienzeit von 9 oder weniger Semestern. Die Anzahl der Hochschulsemeister liegt mit durchschnittlich 13,6 Semestern noch einmal deutlich höher.¹⁷ Ein Einfluß der unterschiedlichen Prüfungsordnungen auf die Studiendauer läßt sich anhand der vorliegenden Daten statistisch nicht nachweisen. Zwar wuchs die Studiendauer mit Einführung der Prüfungsordnung von 1977 um etwa ein halbes Semester, jedoch ist dieser Wert statistisch nicht signifikant.¹⁸

Die bevorzugten Wahlpflichtfächer waren Volkswirtschaftslehre (30 % der Studierenden) und Jura bzw. Öffentliches Recht (20 %). Dies ist allerdings nicht zuletzt eine Folge der Diplomprüfungsordnung von 1970, in der eines der beiden Fächer als Pflichtnebenfach vorgeschrieben war. Nach der Freigabe der Fächerwahl und der Einführung eines Wahlpflichtfaches¹⁹ statt zweier Nebenfächer durch die Diplomprüfungsordnung von 1977 sank das Interesse an diesen beiden Fächern. Volkswirtschaftslehre (VWL) blieb zwar das beliebteste Wahlpflichtfach,

17 Hier gehen nicht nur Urlaubssemester, sondern auch eventuelle Studienzeiten in einem anderen Fach vor Aufnahme des Politologiestudiums ein. Zusätzlich wird die Semesterzahl durch den Termin der mündlichen Prüfung zu Beginn des neuen Semesters künstlich hochgetrieben. Zu den Schwierigkeiten bei der Berechnung der Semesterzahl siehe Kapitel 4.

18 Die Berechnung wird auch dadurch ungenau, daß nicht eindeutig erkennbar ist, wer nach welcher Studienordnung Abschluß gemacht hat. Dies gilt vor allem für die Absolventen, die in den Jahren 1975 und 1976 ihr Studium aufgenommen haben.

19 Dieses Wahlpflichtfach ist wesentlich umfangreicher konzipiert, als die bisherigen Nebenfächer.

Tabelle 3: Geprüfte Wahlpflicht-, Neben- und Zusatzfächer²⁰ nach Geschlecht und Studienbeginn

(Angaben in Prozent der Studierenden)

Welche Fächer waren Bestandteil Ihrer Prüfung?	Insgesamt			Studienbeginn bis 76			Studienbeginn ab 77		
	G	M	W	G	M	W	G	M	W
VWL	30	38	13	47	51	27	24	31	11
Jura	20	21	16	39	37	55	14	16	11
Geschichte	17	18	14	19	22	0	16	17	15
Soziologie	16	17	13	37	35	46	10	10	10
Germanistik	8	5	13	5	6	0	9	5	16
Sozial- und Wirtschaftsgeschichte	8	6	13	7	5	18	8	6	12
Kultur u. Sprachwissenschaft ²¹	8	6	13	4	3	9	9	7	15
Journalistik	5	5	6	0	0	0	7	7	7
Sozialpädagogik	5	5	7	10	10	9	5	3	7
Anderes	8	8	8	11	13	0	8	7	10
N	325	227	98	74	63	11	251	166	85

nun aber gefolgt von Geschichte. Insgesamt wurde nach der neuen Wahlpflichtfachregelung im Diplom-Studiengang vor allem die historischen Fächer²² und die Sprach- und Kulturwissenschaften wie Germanistik, Anglistik, Hispanistik etc. in weit stärkerem Maße gewählt als vorher. Ihr Anteil an den geprüften Fächern stieg von 20 % auf 41 %. Die Soziologie hat dagegen sehr stark an Interesse verloren. Sie wurde nur noch von 10 % der Absolventen, die nach 1976 ihr Studium aufnahmen, gewählt.²³ Naturwissenschaften spielten als Wahlpflichtfach generell keine Rolle. Nur sechs der befragten Absolventen wählten Biologie (2) oder Geographie (4).

Bei den Absolventinnen fiel die Nebenfachwahl oft anders aus als bei ihren männlichen Kommilitonen. Bei ihnen dominieren VWL und Jura ausschließlich auf Grund der alten Prüfungsordnung. Nach 1977 waren es nur noch jeweils 11 %, die sich freiwillig für eines dieser beiden Fächer entschieden. Beliebtestes Wahlpflichtfach bei den Frauen war bei den Studienanfängerinnen seit 1977 mit

20 Da nach der Magisterprüfungsordnung und nach der Diplomprüfungsordnung von 1970 zwei Nebenfächer vorgeschrieben waren, kommt es zu Mehrfachnennungen. Zusatzfächer sind Fächer, die im Umfang eines Nebenfaches studiert und auch geprüft werden. Sie werden im Zeugnis erwähnt, aber nicht in die Berechnung der Abschlußnote aufgenommen.

21 ohne Germanistik und Geschichte

22 Geschichte sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

23 zuvor 37 %

16 % Germanistik/Literaturwissenschaft. Insgesamt orientierten sie sich eindeutig an den geisteswissenschaftlichen Studiengängen. Kultur- und Sprachwissenschaften (15 %), Geschichte (15 %) und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (12 %) wurden ebenfalls öfter als Wahlpflichtfach gewählt als VWL oder Jura. Bei den Männern ist dagegen VWL auch nach 1977 mit 31 % das dominierende Prüfungsfach geblieben, während ›Germanistik/Literatur‹ (5 %) und die anderen Kultur- und Sprachwissenschaften (7 %) als Wahlpflichtfach bei ihnen nur eine sehr untergeordnete Rolle spielten.

Neben dem Hauptfach Politische Wissenschaft und dem obligatorischen Wahlpflichtfach wurden von vielen Absolventen in weiteren Fächern Kenntnisse erworben. Teilweise wurden diese Fächer in Form eines geprüften Zusatzfaches in das Diplomzeugnis aufgenommen. Von dieser Möglichkeit machten vor 1977 6 % und nach der neuen Prüfungsordnung immerhin 16 % Gebrauch. Es wurden dabei im Zusammenhang mit dem Diplom in bis zu sechs Fächern Prüfungen abgelegt. Zwei Fünftel der Absolventen erwarben darüber hinaus in weiteren Fächern Kenntnisse durch den Besuch von Veranstaltungen.

In der Beantwortung der von den professionellen Vertretern des Faches Politische Wissenschaften häufig diskutierten Frage, ob ein ›Spezialist‹ oder ein ›Generalist‹ (Büllesbach/Ferdowski 1979: 11) bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt hat, tendierten die Absolventen in ihrem Handeln in Bezug auf die Aneignung von Fachwissen eher zu einer generalistischen Ausbildung. Diejenigen, denen der Erwerb berufsorientierter Qualifikationen am Herzen lag, haben signifikant mehr Sachgebiete studiert als die anderen, wenngleich die Differenz von durchschnittlich 9,3 zu 8,5 Sachgebieten sich in engen Grenzen hält.

Zu allem fähig und zu nichts zu gebrauchen? So betitelten die Berliner Politikwissenschaftler eine ihrer Verbleibsstudien. Es wurden deshalb neben den Inhalten auch die am IPW vermittelten Fähigkeiten abgefragt. Die meist genannten positiven Antworten²⁴ bezogen sich auf den Erwerb analytischer Fähigkeiten, die Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten und zu eigenständigem Entwickeln von Fragestellungen sowie Kritikfähigkeit. Hierzu meinten jeweils vier von fünf Befragten, daß sie entsprechende Fähigkeiten am Institut für Politische Wissenschaft erlernen bzw. schulen konnten. Eher selten wurde der Erwerb von Fähigkeiten angegeben, die sich als organisatorisch-konzeptuelle Fähigkeiten zusammenfassen lassen.²⁵ Der Anteil der Absolventen, der sich in diesem Qualifikationsbereich zu-

24 Als positive Antworten gelten die Bewertungen »viel« und »mittel«, als negative die Bewertungen »wenig« und »nicht«.

25 Für die Interpretation der Antworten ist zu berücksichtigen, daß es sich um Selbsteinschätzungen handelt. Es ist nicht möglich, auf Grund der ermittelten Werte Vergleiche mit anderen Studiengängen durchzuführen oder ihnen eine »objektive« Gültigkeit zuzuschreiben.

mindest durchschnittlich ausgebildet fühlte, blieb bei den einzelnen Fähigkeiten meist unter der 50 Prozentgrenze. Dagegen lag der Prozentsatz derjenigen, die ausdrücklich nicht nur wenig, sondern gar nicht entsprechende Fähigkeiten am Institut vermittelt bekamen, im organisatorisch-konzeptuellen Bereich mit 25–30 % ausgesprochen hoch (vgl. Tabelle 7).

Neben den am IPW erworbenen Fähigkeiten haben sich die Absolventen weitere Qualifikationen während des Studiums angeeignet. Diese Zusatzqualifikationen stammen zum großen Teil aus den Bereichen Ökonomie, Recht, Sprachen und empirische Methoden/Statistik, mit denen sich die Absolventen vor allem in den Wahlpflichtfächern VWL, Jura, Anglistik und Soziologie beschäftigt haben. Es wurde aber auch die Möglichkeit genutzt, empfundene Defizite im Angebot des IPW selbständig auszugleichen. So erwarb bspw. jede fünfte Befragte eine zusätzliche Qualifikation in Rhetorik, einer Disziplin, die nach Auffassung der Befragten im Studiengang Politische Wissenschaft zu wenig gelehrt wird.

In den letzten Jahren wurde von vielen Absolventen ein Schwerpunkt auf die Schulung in EDV-Angelegenheiten gelegt. War die EDV für die Absolventen in den frühen 70er Jahren nahezu unbekannt, so weisen in den 90er Jahren fast zwei Drittel Kenntnisse im EDV-Bereich auf. Dies ist vor allem auf die stark gestiegene Verbreitung der elektronischen Textverarbeitung zurückzuführen. Wesentlich seltener eigneten sich die Befragten Kenntnisse in Programmiersprachen und Statistikprogrammen an. Kenntnisse in der Anwendung von Statistikprogrammen wie SPSS oder SAS führen auch bei den Absolventen der 90er nach wie vor ein regelrechtes Schattendasein. Nur 14 % der Befragten meinten, hier Qualifikationen erworben zu haben. Noch geringer waren in diesem Bereich die Aktivitäten der Absolventinnen. Gerade eine (!) gab an, während des Studiums Kenntnisse in EDV-gestützter Datenanalyse gesammelt zu haben.

Fast jeder zweite Absolvent hat während des Studiums ein oder mehrere Praktika absolviert, obwohl ein Praktikum im Rahmen des Studiums der Politischen Wissenschaft in Hamburg nicht vorgeschrieben ist. Der durchschnittliche Zeitaufwand für die Praktika lag während des Studiums bei 21 Wochen. Ein relativ starker Zusammenhang läßt sich zwischen dem Abschlußjahr und der Praktikumsneigung erkennen. Während in den frühen Abschlußjahrgängen aus den 70er Jahren nur etwa 30 % mindestens ein Praktikum absolvierten, verdoppelte sich dieser Anteil über die Jahre bis auf zuletzt etwa 60 %.

70 % aller Praktika wurden in den Bereichen Medien und Politik/Verwaltung absolviert.²⁶ Gerade im Bereich Medien waren mehrere Praktika üblich. In der

26 Unter Medien wurden Printmedien, Rundfunk/Fernsehen und Verlage zusammengefaßt. Unter Politik/Verwaltung fallen Parlamente, Parteien, Verbände, Gewerkschaften und die öffentliche Verwaltung.

Tabelle 4: Absolvierte Praktika während des Studiums, studienbezogene Auslandsaufenthalte²⁷ und studiennahe Jobs während des Studiums nach Geschlecht und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent)

	Ins- gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Praktikum	49	48	51	30	56
Auslandsaufenthalt	39	35	50	33	42
studiennahe Job	66	65	68	70	64
N	310	219	91	104	206

Wahl der Praktikumsplätze gab es zwischen den Geschlechtern erhebliche Unterschiede. 41 % aller Frauen, aber nur 31 % aller Männer absolvierten ein Praktikum im Bereich Medien. Umgekehrt waren im Bereich Politik/Verwaltung 25 % der Männer und nur 20 % der Frauen tätig. Noch deutlicher fällt der Unterschied aus, wenn die Anteile an den gesamten Praktika verglichen werden. Fast 60 % aller von Frauen durchgeführten Praktika lagen im Bereich Medien. Bei den Männern waren es nur rund 40 %. Frauen scheinen bei der Wahl ihres Praktikumsplatzes auch thematisch festgelegter zu sein. Männer streuen ihre Praktika, wenn sie mehrere absolvieren, eher über verschiedene Bereiche.

Auslandsaufenthalte wurden von den Absolventen im Zeitverlauf immer häufiger durchgeführt. Von nur 12 % bei den Abschlußjahrgängen 70–74 kletterte der Anteil der Befragten, die Auslandserfahrung aufweisen können, in den Jahrgängen 90/91 auf 48 %. Insgesamt waren es 39 % aller Befragten, die einen Studienaufenthalt, ein Praktikum oder einen Sprachkurs im Ausland gemacht hatten. Die Frauen waren hier entsprechend ihrer größeren sprachwissenschaftlichen Orientierung stärker engagiert als die Männer. Jede zweite Absolventin, aber nur jeder dritte Absolvent reiste ins Ausland.

Darüber hinaus wurde viel Zeit in politisches Engagement (siehe Kapitel 2.3.3) und in den Erwerb von Zusatzqualifikationen (siehe Kapitel 3.2.3.) gesteckt. Auch der studienbegleitende Job diente oft nicht nur zum Gelderwerb, sondern erfüllte bei studiennahen Tätigkeiten wichtige Qualifizierungsfunktionen und bot die Möglichkeit zum Kontaktknüpfen. Zwei Drittel aller Absolventen nutzten diese Möglichkeit. Die Hälfte davon war sogar mehr als zwei Jahre da-

27 Auslandsstudium, Praktikum oder Sprachkurs

28 siehe hierzu Hartwich (Hrsg.) 1987

bei, ihre Fähigkeiten durch Tätigkeiten als Tutor, wissenschaftliche Hilfskraft oder durch eine studiennahe Beschäftigung außerhalb der Universität zu erweitern.

2.2. Studieren Politologen am Leben vorbei? Ausbildungsprofile und Studienstrategien

Die wenigen gegenstandsbezogenen Vorschriften der Prüfungsordnung erlauben eine fast unendliche Vielfalt an Möglichkeiten der Studiengestaltung. Prinzipiell können alle an der Universität angebotenen Kurse besucht und fast beliebig kombiniert werden. Es gibt für die Studienanfänger aber kaum Anhaltspunkte dafür, was sinnvoll ist. Was und wie soll ein angehender Politologe studieren, damit er auch verwertbare Fähigkeiten und verwertbares Wissen erwirbt – unabhängig nun davon, ob es zu einer beruflichen oder vielleicht eher privaten Anwendung kommt? Umgekehrt ist in der Öffentlichkeit und damit auch bei potentiellen Arbeitgebern oft nicht klar, was Politologen eigentlich können. Es gibt kein eindeutiges (Aus)bildungsprofil, mit dem Absolventen auf dem Arbeitsmarkt identifiziert werden könnten (vgl. Wittkämper 1987: 117). Die Ansprüche der Prüfungsordnung bleiben – nicht nur in Hamburg – in dieser Hinsicht bewußt oft schwammig und beschränken sich auf sehr allgemein gehaltene Grundqualifikationen wie die Befähigung zur »theoretisch und methodisch reflektierten Wirklichkeitsanalyse« (Hamburger Studienordnung 1992).

Ein Konsens über einen grundlegenden Wissensstand als Voraussetzung für einen politikwissenschaftlichen Universitätsabschluß läßt sich nur in rudimentären Zügen erkennen. In der Literatur, besonders in den verschiedenen Einführungswerken (vgl. z.B. Patzelt 1992: 336–347) aber auch in den zahlreichen Diskussionsbeiträgen über die Entwicklung der Politischen Wissenschaft (Stichwort: Professionalisierung der Wissenschaft)²⁸ wird des öfteren versucht, einen grundlegenden Wissens- und Qualifikationsbestand herauszuarbeiten. Die Gedanken folgen dabei meist einem rein akademisch-politikwissenschaftlichen Fokus – und dabei vor allem dem wissenschaftlichen Interessenschwerpunkt des jeweiligen Verfassers.²⁹

Eine solche Diskussion steht u.a. vor dem Problem, daß eine zu starke Ausrichtung der Studieninhalte am Erwerbsleben die wissenschaftliche Identität des Faches gefährdet (vgl. Bermbach 1987). Dabei ist schon auf Grund der Studierendenzahlen klar, daß der wissenschaftliche Nachwuchs nur einen sehr geringen Anteil der Hauptfachstudenten der Politikwissenschaft umfassen kann, die mei-

29 siehe z.B. Euchner 1987 oder Wildenmann 1978: 14

sten ihren Lebensunterhalt also außerhalb von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen werden verdienen müssen. Um eine empirische Basis für weitere Überlegungen in der Frage notwendiger Studieninhalte zu gewinnen, sollen folgende Fragen im Mittelpunkt stehen:

- Was und in welcher Kombination haben Hamburger Politologen studiert,
- wie weit konnten beruflich verwertbares Wissen und Fähigkeiten im Studium erworben werden und
- haben die Absolventen ihr Studium eher generalistisch oder als Spezialistenstudium angelegt?

2.2.1. Von der Oper bis zur Gentechnologie. Fähigkeiten und Wissen der Hamburger Politologen

Das Ausbildungsprofil der Absolventen eines Hochschulstudienganges setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Unter dem Qualifikationsaspekt gehören der Sachkenntnisstand, den die Absolventen erworben, und die grundlegenden methodischen und technischen Fähigkeiten, die sie sich angeeignet haben, zu den wichtigsten Punkten. Hinzu kommen spezifische Zusatzqualifikationen wie Sprach- oder EDV-Kenntnisse, die den Ausbildungsstand abrunden. Im Bereich des Fachwissens wird das Profil der politologischen Ausbildung sehr unscharf. Da das Politische selbst sich in unendlichen Facetten in der Gesellschaft wiederfindet und sich begrifflichen Strukturierungsversuchen widersetzt – man denke nur an die Vielzahl von mehr oder weniger unbefriedigenden Definitionsversuchen des Begriffes Politik – kann und/oder will die Politische Wissenschaft keinen thematisch-exklusiven Gegenstandsbereich für sich exakt definieren, sind die möglichen Inhalte einer politikwissenschaftlichen Betrachtung fast grenzenlos. Es kommt nicht nur zu thematischen Überschneidungen mit verwandten Fächern wie Ökonomie, Öffentliches Recht, Soziologie, Philosophie oder Geschichte, sondern im Sinne der Betrachtung von Politikfeldern (Policies) auch mit weiter entfernt liegenden Fachgebieten wie der Musikwissenschaft, Stadt- und Raumplanung oder Biologie. Der Gegenstand des Interesses reicht von der Oper über Kinderspielplätze bis zur Gentechnologie. Das politikwissenschaftliche Element bezieht sich auf die Betrachtungsweise und das Erkenntnisinteresse – also die spezifische Form der Fragestellung.

Der Hamburger Studiengang trägt dieser Vielfalt dadurch Rechnung, daß er über das grobe Raster der vier Teilbereiche »Theorie und Ideengeschichte«, »Regierungslehre Bundesrepublik Deutschland«, »Vergleichende Regierungslehre« und »Internationale Politik« hinaus wenig inhaltliche Vorgaben macht.³⁰ In je-

Tabelle 5: Sachgebiete im Studium der Politischen Wissenschaft

Themengruppe	Sachgebiete
Politische Theorie u. Methodenlehre	z.B. Theorie der Politik, Ideengeschichte Empirie/Statistik/Methoden
Regierungslehre	z.B. Parlamentarismus, Verwaltung/Staat, Gewerkschaften/Verbände, Soziale Bewegungen, Parteien, Politische Kommunikation
Internationale Politik	z.B. Entwicklungspolitik, Friedens-/Konfliktforschung, Internationale Organisationen, Außenpolitik
Vergl. Regierungslehre	z.B. Systemvergleich/Komparatistik, Länder-/Regionalstudien
Politikfelder	z.B. Sozialpolitik, Ökologie/Technik/Energie, Massenmedien/Medienpolitik
Verwandte Fächer	z.B. Soziologie, (Zeit)Geschichte, Ökonomie, Politische Psychologie, Recht
Sonstiges	z.B. Frauenforschung/-politik/feministische Wissenschaft

dem dieser Teilbereiche muß ein Leistungsnachweis während des Studiums erworben werden, zwei Teilbereiche sind als Studienschwerpunkte im Hauptstudium zu wählen. Eine verbindliche inhaltliche Konkretisierung, was in diesen Teilbereichen gelernt werden muß, gibt es, außer in Form informeller Absprachen, nicht. In der Diplomprüfungsordnung heißt es lediglich, daß der gesamte Bereich des Schwerpunkts Prüfungsgegenstand sein soll – weitere Inhalte werden nicht erwähnt. Damit sind die Studierenden während des Studiums lediglich den Restriktionen des Angebots unterworfen. Innerhalb dieses Rahmens können sie sich ihr Studium inhaltlich frei zusammenstellen.

Die Teilbereiche der Politischen Wissenschaft – Regierungslehre, Vergleichende Regierungslehre, Internationale Politik und Politische Theorie/Ideengeschichte – dienen trotz der Vorgaben in der Prüfungsordnung nur sehr eingeschränkt als inhaltliche Grundlage für die Bildung von Studienschwerpunkten. Die Wahl der Sachgebiete folgte individuellen Mustern, nach denen die Studierenden aus dem Angebot der vier Teilbereiche und den Wahlpflichtfächern ein persönliches Studienprogramm zusammengestellt haben. Die Sachgebiete wurden dabei vielfältig miteinander kombiniert. Typische Themenblöcke stellten lediglich die Verknüpfungen von Parlamentarismus mit Verwaltung/Staat und Recht sowie Soziale Bewegungen mit Ökologie/Technik/Energie dar. Eine weitergehende stabile Themenstruktur läßt sich nicht erkennen. Von der Tendenz her legten die Absolventen ihr Studium eher breit an. Die Hälfte der Befragten gab an, sich mit sieben bis

30 Seit kurzem bildet die Methodenlehre einen eigenständigen fünften Teilbereich.

zehn Sachgebieten beschäftigt zu haben,³¹ nur eine Minderheit von 8 % konzentrierte sich auf weniger als fünf Sachgebiete.³²

Tabelle 6: Ausgewählte studierte Sachgebiete nach Geschlecht und Abschlußjahr

(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Mit welchen Sachgebieten haben Sie sich während des Studiums befaßt?	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr				
		M	W	70–74	75–79	80–84	85–89	90–92
Parteien	70	73	63	83	85	74	67	61
Politik-/Gesellschaftstheorien	69	68	72	60	80	66	73	61
Geschichte/Zeitgeschichte	69	71	64	63	73	63	73	67
Parlamentarismus	63	67	55	75	85	53	58	76
Soziale Bewegungen	54	50	65	21	35	60	60	54
Ökonomie	53	59	38	63	62	49	53	49
Organisation/Verwalt./Staat	52	55	44	54	58	44	52	57
Entwicklungspolitik	50	45	62	17	46	63	53	48
Massenmedien/Medienpol.	42	41	46	33	31	40	42	54
Empirie/Statistik/Methoden	36	40	25	33	42	28	37	41
Frauenfragen	17	4	44	0	0	16	19	20
Politische Psychologie	13	10	21	8	23	9	15	11
N	327	228	99	20	25	56	152	46

Thematisch wird das Studium vor allem durch die Beschäftigung mit Parteien und Parlamenten, eingebettet in theoretische und historische Bezüge, bestimmt. Zwischen den Geschlechtern ergeben sich erhebliche Unterschiede in den thematischen Vorlieben. Frauen studierten im Vergleich zu den Männern überdurchschnittlich oft humanorientierte Gebiete wie Politische Psychologie, Soziale Bewegungen, Frauenpolitik/Feministische Wissenschaft und Entwicklungspolitik. Männer waren überdurchschnittlich oft an den mathematisch-technischen Sachgebieten Ökonomie und Empirie sowie an der institutionellen Seite der Politik, also dem Parlamentarismus, Verwaltung/Staat und den Parteien, interessiert.

Wenn man die Themenvorlieben über 22 Jahre hinweg betrachtet, fallen einige Themen auf, die kurzzeitig Konjunktur hatten, andere, die sich kontinuierlich als neue Themen etablierten und solche, die an Beliebtheit stetig verloren. Zu den Konjunkturthemen zählen z.B. die Entwicklungspolitik und die Friedens- und

³¹ Allerdings können sich hinter dieser Vielzahl von Sachgebieten auch hochgradige Spezialisierungen verbergen, die sich quer zu den von uns genannten Themen herausbilden.

³² 9 % befaßten sich mit mehr als 12 Sachgebieten

Konfliktforschung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Als neue Sachgebiete sind Länder- und Regionalstudien, Massenmedien/Medienpolitik, Ökologie/Technik/Energie und die Frauenforschung zu nennen. An Beliebtheit stetig verloren hat vor allem die Parteienforschung, die neben Politik/Gesellschaftstheorie und Geschichte/Zeitgeschichte aber immer noch zu den wichtigsten Sachgebieten gehört. Jeweils 70 % geben an, sich im Studium mit diesen Themen beschäftigt zu haben. Dies ist allerdings nicht nur Ausdruck studentischer Neigungen, sondern auch eine Folge des konkret vorhandenen Angebotes an Lehrveranstaltungen.

Das Studienkonzept bietet die Chance, sich durch einen individuellen Studienzuschnitt auf spezifische Berufsbereiche zielgerichtet vorzubereiten. Ein empirischer Beleg, ob diese Chance auf der thematischen Ebene genutzt wurde, läßt sich nicht klar ausmachen. Es lassen sich zwar Beziehungen zwischen der Berufspräferenz für »Publizistische/Journalistische Tätigkeiten« und dem Sachgebiet »Massenmedien/Medienpolitik« oder »Verwaltungstätigkeiten« und »Verwaltung/Staat« erkennen; auf der anderen Seite fehlt aber der Zusammenhang zwischen der beruflichen Präferenz für den EDV/Statistik-Bereich und dem Sachgebiet »Empirie/Methoden/Statistik« oder der Präferenz für eine soziale Beratungstätigkeit und dem Sachgebiet Sozialpolitik.

»Qualifikation« bezieht sich im Sinne des Hamburger Studienganges, anders als etwa bei vielen Naturwissenschaften, BWL oder Jura, in verhältnismäßig geringem Maße auf abfragbares Wissen. Die Sachgebiete sind sogar explizit austauschbar und dienen letztendlich nur als veranschaulichendes Objekt einer allgemeinen sozial- bzw. politikwissenschaftlichen Ausbildung. Das politologische Ausbildungsprofil wird neben dem inhaltlichen Wissen vor allem von den erworbenen Fähigkeiten getragen. Gedankliche Flexibilität, Analysefähigkeit, Transferpotential – dies sind idealtypisch die Kernqualifikationen, deren Vermittlung im Rahmen des Studiums im Mittelpunkt steht. Welche Fähigkeiten lassen sich konkret in welchem Maße im Qualifikationsprofil wiederfinden?

Den Befragten wurde eine Liste von 21 Fähigkeiten aus sechs »Fähigkeitsfeldern« vorgelegt, zu denen auf einer vierstufigen Skala angegeben werden sollte, ob die entsprechende Fähigkeit viel (3), mittel (2), wenig (1) oder nicht (0) erworben worden sind. Bei den »Fähigkeitsfeldern« handelt es sich um:

1. Analytische Fähigkeiten
2. Fachliche Fähigkeiten
3. Persönlich-charakterliche Fähigkeiten
4. Kooperative Fähigkeiten
5. Organisatorisch-konzeptuelle Fähigkeiten
6. Politische Fähigkeiten

Tabelle 7: Durchschnittliche Beurteilung erworbener Fähigkeiten*
(Angaben in Prozent, N=320)

Geben Sie bitte an, welche Fähigkeiten Ihnen durch das Studium am IPW vermittelt wurden	nicht (0)	wenig (+1)	mittel (+2)	viel (+3)	Durchschnitt
Analytische Fähigkeiten	3	14	39	43	2,23
Fachliche Fähigkeiten	4	24	43	29	1,98
Persönlich-charakterliche Fähigkeiten	19	37	30	14	1,39
Kooperative Fähigkeiten	19	39	33	10	1,33
Organisatorisch-konzeptuelle Fähigkeiten	24	37	29	10	1,25
Politische Fähigkeiten	27	44	23	6	1,08

Im Ergebnis zeigt sich eine klare Abstufung des Erlernen. Am stärksten bekamen die Absolventen nach ihrer eigenen Einschätzung analytische und fachliche Kompetenzen vermittelt.³³ Der Erwerb von organisatorisch-konzeptuellen und politischen Fähigkeiten wurde als sehr gering angegeben. Im Bereich der organisatorisch-konzeptuellen Fähigkeiten spiegelt sich dabei ein wesentlicher Kritikpunkt am gesamten Studium wieder – der fehlende Praxisbezug (siehe Kapitel 2.4.3). Während der theoretische Teil der Arbeit, die Fähigkeit, Konzepte zu entwickeln, noch relativ hoch benotet wurde (1,68), fiel die Beurteilung bei der praktischen Umsetzung stark ab. Die Fähigkeit zur Organisation der Arbeits- und Entscheidungsprozesse, die sich mit Problemen der Praxis, allerdings noch eher theoretisch, beschäftigt, erzielte einen Durchschnittswert 1,22, die Fähigkeit zur praktischen Umsetzung der theoretisch entwickelten Konzepte nur noch einen Wert von 1,06. Dies deckt sich mit der allgemeinen Kritik der Absolventen an der zu starken theoretischen Ausrichtung des Studiums. Bei dieser Kritik stellt sich allerdings die grundsätzliche Frage, wie weit die Vermittlung solcher Umsetzungskompetenz in den Aufgabenbereich einer wissenschaftlichen Hochschule fällt.

Die Studierenden haben die Möglichkeit, ihr Studium so zu gestalten, daß sie die ihnen wichtig erscheinenden Fähigkeiten erwerben. Die Antwortverteilungen demonstrieren die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden im politikwissenschaftlichen Studium in Hamburg. Der Umfang, in dem die abgefragten Fähigkeiten während des Studiums der Politischen Wissenschaft erworben worden sind, fiel nicht nur zwischen den einzelnen Fähigkeiten, sondern auch zwischen den verschiedenen Absolventen höchst unterschiedlich aus. Oftmals waren die Antworten breit über alle Bewertungskategorien gestreut. Lediglich die Fähigkeit

³³ Die Aussagen über die Fähigkeiten unterscheiden sich zwischen den Geschlechtern kaum. Lediglich die rhetorischen Fähigkeiten erfahren eine stark unterschiedliche Bewertung (Frauen 0,98 und Männer 1,30).

* Ausführliche Darstellung im Tabellenanhang, Tabelle 47.

zu selbständigem Arbeiten konnte über die Hälfte aller Beurteilungen in einer Bewertungskategorie bündeln.³⁴ Eine sehr extreme Beurteilung erfuhr die Fähigkeit zur Selbstdisziplin. Fast die Hälfte der Antworten entfielen auf die extremen Antwortkategorien »viel« und »nicht«. Beide Extreme waren mit 22 % gleich oft vertreten.

Die Eigenverantwortlichkeit wird auch durch die Bewertung des Erlernens der Fähigkeit zum politischen Handeln belegt. Sie hängt in hohem Maße mit dem studienleitenden Gesichtspunkt der Verknüpfung von Studium und politischen Aktivitäten zusammen. Allerdings nicht in dem Sinne einer Enttäuschung, d.h. je stärker der Wunsch nach politischen Aktivitäten neben bzw. im Studium war, desto schlechter wurde die Vermittlungsleistung des Instituts in diesem Bereich beurteilt. Das Ergebnis fiel genau andersherum aus. Diejenigen, denen politische Aktivitäten am Herzen lagen, haben in höherem Maße politische Handlungskompetenzen während des Studiums erworben als diejenigen, denen politische Aktivitäten gleichgültig waren. Die Beurteilung für die Fähigkeit zum politischen Handeln ergab einen Durchschnittswert von 1,31 gegenüber einem Wert von 0,78 bei den anderen Befragten.

Bei einer Betrachtung unter Kontrolle der Abschlußjahre fallen die kontinuierlichen Abnahmen der Werte für die Items »Breites Grundlagenwissen« (von 2,3 für die Abschlußjahrgänge 1970–74 auf 1,75 für die Jahrgänge 1990–91) und »Referieren« (von 2,15 auf 1,86) auf. Auch für die anderen Fähigkeiten gilt überwiegend, daß die Werte bei den Absolventen der Abschlußjahrgänge 90–91 am schlechtesten sind.

Zwar lassen sich die Ergebnisse theoretisch mit den zunehmend als schlechter empfundenen Verhältnissen in den Seminaren (Überfüllung!) in Einklang bringen (siehe Kapitel 2.4.2), jedoch muß vor der nahe liegenden Erklärung, daß in einer Verschlechterung der Lehre hierfür die alleinige Ursache zu suchen ist, gewarnt werden. In der Regel handelt es sich um *keinen Trend* zur Verschlechterung. Die Ergebnisse fallen nur für die Abschlußjahrgänge 90–91 auffällig schlecht aus. Über alle anderen Abschlußjahrgänge sind sie bis auf die erwähnten Ausnahmen relativ stabil. Es ist nicht auszuschließen, daß die geringe berufliche Erfahrung und die daraus resultierenden fehlenden Vergleichsmaßstäbe in Verbindung mit dem schlechten Image des Faches und der Qualität seiner Ausbildung einen Einfluß ausüben (vgl. Busch/Hommerich 1981: 214), mit anderen Worten: Das miserable Selbstbild wird als Realität ausgegeben.

Fazit: Der Versuch, ein Bildungsprofil zu erstellen, läßt auf der Wissensebene lediglich eine sehr grobe Struktur der Inhalte erkennen. Die Absolventen haben

³⁴ Hier entschieden sich 59 % für die Antwort »viel«.

thematisch eher breit studiert. Trotz der Existenz eines Grundstudiums mit seinen Pflichtgrundkursen, in denen elementare Kenntnisse vermittelt werden könnten, gibt es kaum gemeinsames thematisches Grundwissen. Die persönliche Gestaltung des weiteren Studiums ist von einem so starken individuellen Zuschnitt gekennzeichnet, daß auch die Kenntnis der geprüften Teilbereiche kaum einen Hinweis auf das erworbene Wissen liefert. Die Sachthemen erscheinen wegen ihrer Vielfalt wenig geeignet, dem Fach und damit seinen Absolventen ein eigenständiges Profil zu geben.

Bei den Fähigkeiten wird dem politikwissenschaftlichem Studiengang an der Universität Hamburg von den Absolventen eine hohe Ausbildungskompetenz vor allem im analytischen und fachlichen Bereich zuerkannt. Schwächen werden in erster Linie in der Ausbildung der praxisnahen Fähigkeiten wie organisatorischen und genuin politischen Fertigkeiten gesehen. Doch schwankt hier das Urteil stark. Ohnehin kann die Bewertung, ob eine Fähigkeit nun stark oder gar nicht während des Studiums vermittelt wurde, nicht verabsolutiert werden. Sie ist von den speziellen Ansichten, Erwartungen und Erfahrungen der befragten Absolventen als auch, wie das Beispiel der politischen Aktivitäten zeigt, von deren eigenem Engagement abhängig.

2.2.2. Die Politische Wissenschaft als »studium generale« oder Spezialistenausbildung

Neben den konkreten Inhalten und Fähigkeiten, die im Studium vermittelt werden und eine mehr oder weniger große Rolle für den weiteren beruflichen Werdegang spielen, werden oft explizite Studienstrategien empfohlen. Die größte Aufmerksamkeit erreichte dabei die Diskussion um eine generalistische oder eine auf ein bestimmtes Tätigkeitsfeld zugeschnittene Studienplanung. Unter einer generalistischen Studienplanung wird dabei in der Regel ein inhaltlich eher breit angelegtes Studium verstanden, in dem der Erwerb von übergreifenden Schlüsselqualifikationen im Vordergrund stehen sollte, die in allen Tätigkeitsfeldern genutzt werden können. Unabhängig von der Bedeutung dieser Strategie für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt findet sie ihre Fürsprecher vor allem unter den Anhängern des Bildungsgedankens im Studium. Unter einem Spezialistenstudium wird eine inhaltliche Spezialisierung auf ein Themen- bzw. Tätigkeitsfeld verstanden, die durch den Erwerb geeigneter methodischer Fähigkeiten und ein tätigkeitsfeldnahes »hartes« Nebenfachstudium³⁵ ergänzt wird. Ein Spezialistenstudium ist sehr stark der Vorstellung eines Diplomstudienganges als Berufsausbildung verpflichtet. Die Studien- bzw. Prüfungsordnung im Hamburger Diplom-Studiengang läßt für beide Strategien genügend Spielraum.

Eine Operationalisierung der beiden Studienstrategien stößt auf Schwierigkei-

ten. Die Sachgebiete, mit denen sich Politologen auseinandersetzen, und damit auch die Spezialisierungsmöglichkeiten, sind zahlreich. Zudem lassen sich praktisch alle Themenfelder quer durch alle Teilbereiche studieren, ohne daß man von einem breit angelegten Studium reden kann. Häufig drückt sich eine Spezialisierung auch nicht durch eine Konzentration auf ein Sachgebiet, sondern durch ein spezifisches Erkenntnisinteresse aus, dem in verschiedenen Sachgebieten gefolgt wird. Somit liefert die Anzahl der Sachgebiete, mit denen sich die Befragten während des Studiums befaßt haben, nur grobe Hinweise auf die Breite der Studienanlage.

Auch eine Betrachtung der vermittelten Qualifikationen führt nicht zu einer eindeutigen Klassifizierung. Zwar lassen sich die erworbenen Kenntnisse auf der theoretisch-abstrakten Ebene in Fach- und Schlüsselqualifikationen unterscheiden,³⁶ in der Praxis ist dieses Verfahren jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten verbunden, da die berufliche Bedeutung einzelner Qualifikationen sich nicht nur auf den zwei getrennten Ebenen der Fach- und Schlüsselqualifikationen abhandeln läßt, sondern sich eher auf einem Kontinuum von »hochspezialisiert« bis zum »Alleskönner« bewegt. Da die Politische Wissenschaft sich als interdisziplinäres Fach versteht und kaum über eigene fachspezifische Methoden verfügt, kann sie ohnehin an *eigenen* Fachqualifikationen fast ausschließlich das inhaltliche Fachwissen weiterreichen,³⁷ so daß der Unterscheidung zwischen Fach- und Schlüsselqualifikationen in diesem Zusammenhang die analytische Fruchtbarkeit abhanden kommt.

Die Wahl des Wahlpflichtfaches ist ebenfalls nur von begrenzter Aussagekraft hinsichtlich der Studienstrategie. Bei den Wahlpflichtfächern wird oft zwischen sogenannten »weichen« Fächern, wie den Sozial- und Geisteswissenschaften und »harten« Fächern unterschieden. Unter »harten« Fächern werden dabei solche Studiengänge verstanden, die im Unterschied zu den »weichen« Fächern unmittelbar berufsrelevante Kenntnisse vermitteln. In erster Linie werden hierzu die Naturwissenschaften sowie Jura und Ökonomie gezählt. Zweifelhaft wird diese Klassifizierung jedoch dort, wo für spezifische Tätigkeitsfelder auch durch geisteswissenschaftliche Fächer berufsrelevante Fähigkeiten vermittelt werden können (z.B. Fremdsprachen für Auslandstätigkeiten), »harte« Fächer dagegen, hier speziell Jura und VWL, sich als »weiche« Fächer entpuppen können, d.h. daß die dort ver-

35 Als hartes Nebenfach gelten neben naturwissenschaftlichen Fächern vor allem Volkswirtschaftslehre und Jura bzw. Öffentliches Recht.

36 siehe z.B. Wittkämper 1987: 113

37 Die politikwissenschaftliche Methodenausbildung bezieht sich weniger auf die Vermittlung explizit eigener Methoden, sondern vielmehr auf die Vermittlung einer gegenstandsbezogenen Methodik, wodurch die Absolventen in ihren analytischen Fähigkeiten geschult werden.

mittelten Kenntnisse sich beruflich nicht verwerten lassen (siehe Kapitel 3.2.1). Zudem wurde die Motivation für die Wahl des Wahlpflichtfaches ebensowenig erfaßt wie die spezifischen Inhalte in diesem Fach, so daß nicht geklärt werden kann, ob dieses Fach auf Grund beruflicher Verwertungsgedanken oder unter dem Aspekt des Bildungsgedankens gewählt wurde.

Ob ein Spezialisten- oder ein Generalistenstudium bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt eröffnet, ist strittig. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, daß eine berufsfeldorientierte Ausbildung keineswegs automatisch die Chancen bei der Stellensuche erhöht, insbesondere dann nicht, wenn in dem angestrebten Tätigkeitsfeld kein Bedarf an zusätzlichen politologisch ausgebildeten Arbeitskräften besteht. Andererseits wird immer wieder betont, daß gerade für Akademiker mit einem sehr breiten Basiswissen, die in der Lage sind, sich schnell in neue Sachgebiete einzuarbeiten, die Beschäftigungsmöglichkeiten zusehends besser werden. Sie könnten sich auch schneller auf veränderte Arbeitsmarktstrukturen einstellen. Die Absolventen sahen offenkundig diese Problematik. Das studienleitende Ziel der Berufsorientierung weist keinen Zusammenhang mit den Gesichtspunkten der Beschaffung breiten Grundlagenwissens oder detaillierter Fachkenntnisse auf. Die Berufsfeldorientierung ist als eigenständige Dimension einer Studienstrategie zu sehen und unabhängig vom Generalisten-Spezialistengegensatz.

Um eine Typisierung der Studienstrategien zu ermöglichen, bietet es sich an, die Breite der Studienanlage und das Verwertungsinteresse als Ausgangsdimensionen für ein Koordinatensystem zu wählen, in dem die Absolventen verortet werden können. Während sich durch die – zumindest theoretisch – gegebene Gegensätzlichkeit von generalistischer und spezieller Wissensaneignung zwei Pole für die Dimension der Breite der Studienanlage bilden lassen, können selbige für das Verwertungsinteresse durch das Begriffspaar der Berufsorientierung und der Selbstwertbetonung des Studiums hergestellt werden.³⁸ Die empirische Überprüfung dieser Dimensionen zeigt jedoch, daß die theoretisch-analytische Schärfe dieser Trennungen sich in der Praxis nicht niederschlägt. Die Pole der Dimensionen werden nur von einer Minderheit als Gegensatz empfunden. Oft werden sie in ihrer Wichtigkeit als Element einer Studienstrategie sogar gleich gesetzt. Die gewählte Studienstrategie stellt meistens eine Mischform dar, in der der eine oder andere Pol auf den Dimensionen überwiegen kann, ohne daß der andere dabei abgelehnt wird. Somit ergeben sich insgesamt neun Gruppen von Absolventen

38 Als Kriterium wurde dazu die Selbsteinschätzung verwendet. Es wurde gefragt, welche Gesichtspunkte für die persönliche Studiengestaltung wichtig waren. Als mögliche Antwortkategorien standen u.a. »Berufsorientierte Qualifikationen erwerben«, »Breite Kenntnisse in allen relevanten Bereichen erwerben« und »Detaillierte Kenntnisse in einem Spezialgebiet erwerben« zur Verfügung.

mit unterschiedlichen Studienstrategien, wenn man die Befragten anhand der beiden Dimensionen Studienanlage und Verwertungsinteresse gruppiert.

Tabelle 8: Typen von Studienstrategien³⁹

(Angaben in Prozent, N=307)

	Breite Kenntnisse	Spezialkenntnisse	Summe
Selbstwertbetont	23	11	46
	12	7	24
Berufsorientiert	14	10	30
Summe	49	28	100

Fast ein Viertel der befragten Absolventen richtete sein Studium in erster Linie an dem Erwerb breiter Kenntnisse in allen relevanten Bereichen und einer Selbstwertbetonung des Studiums aus. Nur 6 % bekannten sich zu einer starken Berufsorientierung in Verbindung mit dem Erwerb von detaillierten Spezialkenntnissen. Fast die Hälfte kapitulierte zumindest auf einer Meßdimension vor der Aufgabe, sich zu einer Orientierung stärker zu bekennen. Somit scheinen die Gegensätze von außen im Zuge von Studienreformdebatten höher gespielt zu werden, als dies von den Betroffenen empfunden wird. Dies zeigt sich auch, wenn man überprüft, in welcher Form die Studienorientierungen praktisch umgesetzt worden sind. Ob die Befragten den Erwerb von detailliertem Spezialwissen als sehr wichtig, ziemlich, kaum oder nicht wichtig empfanden: Auf den Umfang des Erwerbs von Grundlagenwissen hat dies keinen Einfluß. Spezialwissen und Grundlagenwissen werden nicht als Gegensatz gesehen

Fazit: Der Regelfall der gewählten Studienstrategie ist eine Mischform. In der Tendenz orientieren sich die Befragten zwar eher an einer generalistischen Studienanlage mit einer starken Selbstwertbetonung des Studiums, diese Tendenz ist allerdings nicht so stark ausgeprägt, daß von einem ausgeprägten Typus »Generalist« oder »Spezialist« gesprochen werden könnte. Über die Hälfte der Befragten (54 %) empfindet keinen Gegensatz in der Wichtigkeit von Grundlagenwissen und Detailkenntnissen für ihre Studienplanung. Diese Mischung wird auch von der Prüfungsordnung gestützt. Durch das Grundstudium und die Scheinpflcht in allen Teilbereichen wird der Erwerb von breitem Grundlagenwissen stark gefördert, während spätestens durch die Arbeit an der Diplomarbeit Spezialwissen erworben wird (vgl. v. Bandemer/Wewer 1987: 214).

39 Die Daten wurden für beide Dimensionen auf einer Viererskala von »unwichtig« bis »sehr wichtig« ermittelt. Die Typenzuordnung erfolgte nach der Relation »wichtiger als« und nicht nach dem Gegensatz wichtig/unwichtig.

2.3. Warum und wozu Politische Wissenschaft studieren?

Warum wurde studiert? Was trieb die Befragten zum Studium der Politischen Wissenschaft? Angesichts der oft vermuteten miserablen Berufsperspektiven mag es kaum verwundern, daß der Gedanke an eine berufliche Karriere nur bei einer Minderheit (33 %) eine wichtige Rolle bei der Aufnahme des Studiums gewesen ist. Weitaus dominierender waren die Aspekte der kritischen Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge (90 %) und der Selbstverwirklichung (50 %). Auch die politische Reformlust spielte bei der Studienentscheidung offensichtlich eine große Rolle (47 %). Insoweit stimmen die Vorurteile über Politologen (›Weltverbesserer‹) und die Realität überein. Aber auch im Rahmen eines politikwissenschaftlichen Studiums tritt die Notwendigkeit des Gelderwerbs mit längerer Studiendauer immer mehr in den Vordergrund. Der Gedanke an die Eintrittschance für eine berufliche Karriere ist das einzige Studienziel, das im Ansehen der Befragten während des Studiums steigt. Die Gruppe der ›Reformer‹ schmolz dagegen am ärgsten zusammen. Bekannte sich zu Beginn des Studiums noch fast jede Zweite zu der Zielsetzung der Herbeiführung gesellschaftlicher Veränderungen, so war dies gegen Ende des Studiums nur noch bei jedem Fünften der Fall.

Insgesamt wurde nach sieben »vorrangigen Zielen« zu Beginn und zum Ende des Studiums gefragt. Diese sieben Einzelziele lassen sich inhaltlich in drei Gruppen, ein ›politisches‹ ein ›persönlichkeitsbildendes‹ und ein ›berufsorientiertes‹ Motivationsbündel, zusammenfassen. Den weitaus größten Zuspruch fanden die persönlichkeitsbildenden Ziele. Hierzu bekannten sich zu Studienbeginn fast alle (96 %), zum Ende immerhin noch vier von fünf Absolventen. Den stärksten Schwund erfuhr das politische Motivationsbündel. Die hohe politische Aktivitätsbereitschaft nach dem Studium (siehe Kapitel 2.3.3) deutet jedoch darauf hin, daß diese Entpolitisierung lediglich eine vorübergehende Erscheinung ist. Die Berufsorientierung ist das einzige unter den sieben Studienzielen, bei dem der Anteil zum Studienende gestiegen ist.

Tabelle 9: Vorrangige Ziele zu Beginn und zum Ende des Studiums in Prozent*

(Angaben in Prozent, gebündelte Antworten, N=331)

Welche vorrangigen Ziele haben Sie im Studium verfolgt?	Beginn	Ende	konstant ⁴⁰
Persönlichkeit formen	96	79	77
Beruflich orientieren (Eintrittschance für berufliche Karriere)	33	40	18
Politik betreiben	62	39	34

⁴⁰ Zustimmung zum Ziel sowohl zum Beginn als auch zum Ende des Studiums

* Ausführliche Darstellung im Tabellenanhang, Tabelle 48.

Eine Betrachtung der Studienmotivation zeigt, daß der materielle berufliche Erfolg zwar ein durchaus wichtiges, jedoch keinesfalls das alleinige Kriterium für die Bewertung des Werdegangs von Politikwissenschaftlern sein kann. Der Wunsch nach politischem Einfluß, nach gesellschaftlichen (Mit)Gestaltungsmöglichkeiten war bei der Anlage des Studiums ein wichtiger Faktor und wie die Umfrage zeigt, ist dies auch im weiteren Erwerbsleben so geblieben. Politologen wollen arbeiten, aber eine berufliche Karriere ist kein Selbstzweck. Der in der Literatur häufig diskutierte Gegensatz in der Bewertung des Studiums zwischen Ausbildung und Bildung läßt sich in den Studienmotiven der Absolventen nicht wiederfinden. Der in Studiengängen wie der Medizin oder den Ingenieurwissenschaften bei den Studierenden überwiegend im Vordergrund stehende Wunsch nach einer Ausbildung (vgl. Lewin u.a. 1991: 190) findet bei den Absolventen der Politischen Wissenschaft keine Entsprechung. Sie betonen vielmehr den Bildungsaspekt (kritische Einsicht gewinnen, Selbstverwirklichung) ohne dabei den Ausbildungsgedanken aus den Augen zu verlieren. Als zusätzliche Motivation kommt bei ihnen noch eine politische Ausrichtung hinzu, die ebenfalls nicht im Gegensatz zu Bildung und Ausbildung steht.

2.3.1. Berufsperspektiven als Ansporn oder Belastung?

Ein Drittel der Befragten strebte zu Beginn seines politikwissenschaftlichen Studiums durch sein Studium den Eintritt in eine berufliche Karriere an. Bei diesem Wert ist zu berücksichtigen, daß dieses Ziel nur eines unter mehreren ist und nicht ausschließlich als Wunsch nach Macht, Einfluß und Geld zu interpretieren ist. Nur eine verschwindende Minderheit von 2 % nennt für den Beginn ihres Studiums *ausschließlich* die berufliche Karriere als Studienziel; am Ende sind es 5 %. Die Befragten, die die Eintrittschance für eine berufliche Karriere für sich zu einem Studienziel erkoren haben, verteilen sich relativ gleichmäßig über alle Subgruppen. Es gibt keinen erkennbaren Zusammenhang mit dem Geschlecht, dem Alter bei Studienbeginn, dem Abschlußjahrgang oder der beruflichen Vorbildung. Lediglich für die ›68er‹, also die Absolventen, die ihr Studium Ende der 60er Jahre aufnahmen, spielte der Gedanke einer beruflichen Karriere eine wesentlich geringere Rolle.⁴¹ Die Stabilität ist insofern erstaunlich, als es sich bei den Studienzielen um eine Wertfrage handelt, bei der eine so hohe zeitliche und soziale Konstanz über alle Abschlußjahrgänge hinweg nicht zu erwarten gewesen wäre.

Das Ziel der Verbesserung der Eintrittschancen in das Berufsleben steht in einem engen Zusammenhang mit den konkreten beruflichen Vorstellungen der Absolventen. Von denen, die die Karriere im Auge hatten, verfügten fast zwei Drittel

⁴¹ 23 % statt 34 %

(62 %; bei den anderen sind es nur 45 %) über feste berufliche Vorstellungen, die sie auch bis zum Ende des Studiums behielten.⁴² Diese Gruppe verband mit dem Studium nicht einen allgemeinen beruflichen Karriereestieg, sondern hatte einen festen Tätigkeitsbereich vor Augen, für den sie die notwendige Qualifikation erwerben wollten. Insgesamt liegt der Anteil derjenigen, die mit konkreten Berufsvorstellungen ins Studium einstiegen oder sehr früh welche entwickelten, bei über 50 %. Die knappe Hälfte davon erwies sich allerdings als so flexibel, daß sie zwar immer konkrete, aber durchaus wechselnde berufliche Vorstellungen hatte. Hinsichtlich der Berufsvorstellungen lassen sich vier Gruppen von Absolventen unterscheiden:

- die Gruppe derjenigen, die schon immer/früh konkrete berufliche Vorstellungen hatten (51 %),
- die Gruppe derjenigen, die spät aber immerhin doch noch feste berufliche Vorstellungen entwickelten (16 %),
- die Gruppe derjenigen, deren berufliche Vorstellungen immer unklarer wurden (5 %) und
- die Gruppe derjenigen, die immer nur eine vage oder überhaupt keine konkreten Vorstellungen hatten (28 %).

Die Studienmotivation und damit auch die Bedeutung der ›Karriere‹wünsche waren während des Studiums starken Schwankungen und Veränderungen unterworfen. So sind die Verschiebungen zwischen den Zielen zum Studienbeginn und zum Studienende weitaus größer, als dies der Saldo kenntlich macht. Ein gutes Drittel der Befragten (37 %) änderte während des Studiums seine Auffassung über den Zusammenhang von Studium und ›Karriere‹. Auch hier zeigt sich der Zusammenhang mit den bestehenden konkreten Berufswünschen. Wird eine feste berufliche Vorstellung während des Studiums entwickelt, so gewinnt auch die Karriereorientierung im Studium an Bedeutung. Bei 41 % der Befragten aus dieser Gruppe kommt es zu einer Zieländerung hin zur Karriereorientierung, während bei den anderen dies nur bei etwa jedem Fünften (18 %) der Fall ist. Ähnliches ergibt sich für den umgekehrten Sachverhalt des Verlustes der beruflichen Orientierung, wo der Anteil derjenigen, die das Studienziel der Eintrittschance für eine berufliche Karriere fallenlassen, sehr hoch ist (42 % vs. 14 %).

Insgesamt waren 18 % der befragten Absolventen während ihres Studiums konstant an einer beruflichen Karriere interessiert. Nur ein knappes Viertel (24 %) mochte sich zu keinem Zeitpunkt zu einer Berufsorientierung als Studienziel bekennen. Auch diese Gruppe läßt sich jedoch nicht als politologische

42 Bei manchen wechselte zwar die Orientierung, sie verfügten aber dennoch jederzeit über einen konkreten Berufswunsch.

Schwärmer, die die Sachzwänge des Erwerbslebens nicht zur Kenntnis nehmen wollen, identifizieren. So verfügten 35 % von ihnen bereits früh im Studium über konkrete Berufsvorstellungen, weitere 10 % hatten am Ende des Studiums ein festes Berufsziel vor Augen und 18 % konnten durch eine abgeschlossene Ausbildung bzw. durch eine Berufstätigkeit vor dem Studium nachweisen, daß ihnen der Gedanke an Lohnarbeit nicht völlig fremd ist. Nur im Rahmen des Politikstudiums wollten sie sich damit nicht belasten.

Tabelle 10: Belastung durch Berufsperspektive nach Karriereorientierung, Berufsvorstellung und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent)

Hat Sie die Perspektive einer ungewissen beruflichen Zukunft während Ihres Studiums belastet?		Ins- gesamt	frühe Karriere- orientierung		frühe Berufs- vorstellung		Abschluß- jahrgang	
			ja	nein	ja	nein	v. 85	s. 85
gar nicht:	Problem stellte sich nicht	8	9	7	10	5	9	6
	Überhaupt nicht belastet	11	6	14	10	12	18	9
Wenig belastet		34	31	34	39	28	38	32
Ziemlich belastet		10	12	9	12	7	6	12
Sehr belastet		5	10	2	6	3	1	6
Verdrängt so gut es ging		23	24	22	13	32	19	24
Besonderer Reiz des Studiums		4	5	4	4	4	6	4
Anderes		7	7	6	6	7	5	8
N		332	110	222	24	26	166	56

Wer mit dem Studium den Einstieg in eine berufliche Karriere anstrebt, fühlt sich in stärkerem Maße belastet als diejenigen, für die die berufliche Karriere bei Aufnahme des Studiums kein erstrebenswertes Ziel darstellte. Während 22 % der zum Studienbeginn karriereorientierten Absolventen angaben, daß sie die berufliche Perspektive ziemlich oder sehr stark belastet habe, war es unter den anderen nur die Hälfte (11 %). Trotzdem fiel die Belastung durch die unsicheren Berufsaussichten wesentlich geringer aus, als man nach den einschlägigen Publikationen über den akademischen Arbeitsmarkt vermuten würde. Insgesamt fühlte sich jeder siebte Absolvent (15 %) durch die berufliche Perspektive stark belastet. Allerdings erklärten weitere 23 %, diesem Problem nur durch Verdrängung entgangen zu sein, und 4 % übten sich im blanken Sarkasmus, in dem sie dies als den besonderen Reiz des Studiums ausgaben. Die Einschätzung der Belastung durch die Berufsperspektiven erfolgte unabhängig vom Geschlecht der Absolventen. Die unterschiedlichen Vorlieben in der Studienanlage und den bevorzugten Tätigkeitsfeldern schlugen nicht systematisch durch. Ebenfalls ohne Einfluß war die Art der Finanzierung des Studiums.

Das Ausmaß der Belastung wird in einem hohem Maße von dem Zeitpunkt des Studienabschlusses bestimmt. Während in den 70er Jahren die Berufsperspektiven nur ein verschwindend geringes Problem während des Studiums für die Absolventen darstellten, begann sich dies in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erheblich zu ändern. Von den Befragten der Abschlußjahrgänge 90–91 gab mehr als jeder Vierte (27 %) an, daß ihn die Berufsperspektiven sehr oder ziemlich stark belastet haben und ein weiteres knappes Viertel (23 %) versuchte das Problem durch Verdrängung zu bewältigen. Lediglich 30 % und damit nur die Hälfte des Prozentsatzes der Abschlußjahrgänge aus den siebziger Jahren behaupteten, wenig oder überhaupt nicht durch die Berufsperspektiven belastet worden zu sein. In diesen Zahlen spiegeln sich sowohl die Veränderungen auf dem akademischen Arbeitsmarkt insgesamt, als auch die erheblich gestiegene Zahl ausgebildeter Politikwissenschaftler pro Jahr wieder. Beide Faktoren erschweren zunehmend den Berufseinstieg der Politologen.

Die frühe Orientierung auf einen konkreten Beruf führt im Hinblick auf die Belastung zu einem gespaltenen Ergebnis. In dieser Gruppe lag der Anteil der Absolventen, die sich stark durch die beruflichen Perspektiven belastet fühlten, mit 18 % deutlich über dem entsprechenden Anteil unter den übrigen Befragten. Vor allem die Problemlösungsstrategie des Verdrängens konnten bzw. wollten diese Befragten deutlich seltener nutzen als die übrigen Absolventen.⁴³ Dafür war der Anteil der unbelasteten Absolventen in dieser Gruppe sehr groß (20 %).⁴⁴ Weitere 39 % stufen sich als wenig belastet ein. Von den anderen Absolventen sind es nur 27 %. Ein konkretes Berufsziel *kann* also durchaus eine Hilfe sein, die seelische Belastung durch die Arbeitsmarktaussichten zu mindern. Die Befragten, die während des Studiums über keine konkreten beruflichen Vorstellungen verfügten, versuchten dagegen dem Problem der Berufsperspektiven überdurchschnittlich oft durch Verdrängung zu entgehen (32 %)⁴⁵ – eine Strategie, die vorübergehende Erleichterung verschafft, aber keine Lösung bietet. Offenkundig liegt das Problem der Belastung durch die Berufsperspektiven weniger im schwierigen Zugang zum Arbeitsmarkt, als vielmehr in der Ungewißheit über die beruflichen Möglichkeiten, die sich im Anschluß an das Studium ergeben.

Die Absolventen konnten aus der Belastung durch die beruflichen Aussichten keine Impulse für ihre Studiengestaltung ziehen. Sie blieb unproduktiv, erwies sich nicht als Antrieb für eine innovative Umorientierung im Studium. Im Gegenteil: wer sich durch die Berufsperspektiven belastet fühlte, hat in höherem Maße an den Anforderungen des Berufslebens vorbeistudiert und kritisiert – folgerichtig

43 13 % gegenüber 32 %

44 Er wird lediglich in der Gruppe derjenigen übertroffen, die während ihres gesamten Studiums nie über berufliche Vorstellungen verfügten (50 %).

– das Studium in verstärktem Maße als schlechte Vorbereitung auf das Berufsleben. 85 % der Befragten dieser Gruppe vertreten diese Meinung. Als ähnlich untauglich für die Berufsvorbereitung erweist sich auch die Strategie der Problemverdrängung, die bei 82 % das Gefühl hervorrief, schlecht vorbereitet zu sein. Bei den durch die berufliche Perspektive unbelasteten Absolventen sind es nur 69 %.

Die praktischen Folgen der Belastung durch die Berufsaussichten für das Studienergebnis scheinen für die Absolventen des IPW gering gewesen zu sein. Weder ergaben sich Auswirkungen auf die Abschlußnote, noch wurde die Studiendauer in relevantem Maße beeinflusst. Lediglich die persönliche Zufriedenheit mit dem eigenen Studium sank mit steigender Belastung. Dies ergab sich bei den berufsorientiert Studierenden genauso wie bei denen, denen der Erwerb berufsorientierter Qualifikationen während des Studiums eher gleichgültig war – auch dies ein Indiz dafür, daß die Berufsorientierung stärker ist, als von vielen Absolventen zugegeben wird. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die festgestellten geringen Auswirkungen wahrscheinlich schnell ›anwachsen‹ würden, wenn nicht ausschließlich Absolventen sondern auch Studienabbrecher befragt worden wären.

Fazit: Da unter den Absolventen nur eine verhältnismäßig geringe Karriereorientierung vorhanden war, hielt sich die Belastung durch die Perspektive einer ungewissen beruflichen Zukunft in Grenzen. Die Belastung durch die beruflichen Perspektiven für die Absolventen hat allerdings im Laufe der Jahre stark zugenommen. Während unter den Absolventen der frühen 70er Jahre die Berufsaussichten überhaupt kein Problem darstellten, fühlten sich von den Befragten der frühen 90er Jahre ein Viertel während ihres Studiums durch die ungewisse berufliche Zukunft stark belastet. Ausschlaggebend für diese Belastung sind weniger konkrete Zugangsschwierigkeiten zum Arbeitsmarkt als vielmehr die Unwissenheit über berufliche Möglichkeiten. So zeigt sich, daß die Entwicklung beruflicher Vorstellungen den psychischen Druck mildern kann. In der Konsequenz führte die Belastung durch die beruflichen Perspektiven nicht etwa zu einem Aufarbeiten der beruflichen Vorstellungen und damit zu einer offensiven Problemlösung, sondern hatte negative Auswirkungen auf die Ausbildungsleistung des Studiums. Die Absolventen, die sich stark belastet fühlten, studierten in höherem Maße als ihre Kommilitonen an den Bedürfnissen des Berufslebens vorbei.

45 Gegenüber 15 % unter den übrigen Absolventen

2.3.2. Politikwissenschaft – eine Wissenschaft der Politik oder eine politische Wissenschaft? Eine Bestandsaufnahme aus Sicht der Absolventen

Eine der ersten Erkenntnisse, die die Studienanfänger im Studienfach Politische Wissenschaft gewinnen, ist der Umstand, daß die Beschäftigung mit der Wissenschaft von der Politik wenig mit dem, was man im allgemeinen unter Politik⁴⁶ versteht, zu tun hat. Der Politologe macht nicht Politik, er studiert sie; er studiert Politikwissenschaft und nicht politische Wissenschaft (Patzelt 1992: 11f).⁴⁷ Trägt das Hamburger »Institut für Politische Wissenschaft« den falschen Namen? Auch in den Prüfungsordnungen des Hamburger Instituts wird sich auf die Vermittlung wissenschaftlicher Kompetenzen als Ziel zurückgezogen. In der Studienordnung von 1992 ist erstmals von der »Gestaltbarkeit der Gegenwartsgesellschaft« die Rede, ohne jedoch die Studierenden zu einer aktiven Mitgestaltung aufzurufen.⁴⁸ Mit einer solchen theoretischen Sichtweise des Gegenstandes, mit der »mitunter recht tiefe(n) Kluft zwischen Politik und Politikwissenschaft« (Fetscher/Münkler 1990: 8), konnte sich zu Studienbeginn eine große Zahl von Hamburger Politikstudenten nicht anfreunden. Sie identifizieren sich eher mit Vorstellungen, wie der des Münchner Politikprofessor Paul Noack, der ausdrücklich die Hoffnung äußert, daß das Studium der Politikwissenschaft »zum politischen Engagement« hinführt (Noack 1978: 9).

Das politische Engagement war zwar nicht das wichtigste Studienziel, aber doch bei insgesamt fast zwei Dritteln der Absolventen (62 %) ein wesentliches Motiv für die Aufnahme des Studiums. 31 % gaben als vorrangiges Ziel die Verbindung von politischen Aktivitäten mit ihrem Studium an. 36 % begriffen das Politologiestudium als politische Lehre (»politisches Handeln besser lernen zu können«), 47 % wollten durch das Studium gesellschaftliche Veränderungen mit herbeiführen. Ein Trend ist bei den politischen Zielen nicht zu entdecken. Nur bei den Studierendenjahrgängen, die zwischen 1968–75 und Anfang der 80er Jahre ihr Studium aufnahmen, ist die politische Motivation auffällig stärker als bei den anderen Befragten.⁴⁹ Hierfür war vor allem der Wunsch verantwortlich, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Die hohe Quote ist als eine Folge der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre und der großen Zeit der Alternativ- und Bürgerinitiativenbewegung Ende der 70er Jahre zu sehen. Bei den Befragten, die nach 1983 das Politikstudium begannen, nimmt dagegen die politische Gestal-

46 im Sinne von Tagespolitik, von aktuellem Politikgeschehen

47 exemplarisch für diese Auffassung auch Wildenmann 1978: 13ff

48 Dies geschieht, zumindest in Ansätzen, z.B. in Frankfurt, wo die »Förderung der Teilnahme am politischen Prozeß« als Qualifikationsanspruch in der Studienordnung festgeschrieben ist.

Tabelle 11: Politische Ziele der Absolventen zu Beginn und am Ende des Studiums nach Abschlußjahrgang

(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Gesichtspunkt	Beginn			Ende		
	G	v. 85	s. 85	G	v. 85	s. 85
gesell. Veränderungen mit herbeiführen	47	46	48	21	18	23
politisches Handeln besser lernen	36	34	37	22	27	20
mit politischen Aktivitäten verbinden	31	30	32	18	22	15
N	331	107	224	331	107	224

tungslust als Beweggrund für die Aufnahme des Studiums stark ab. Von ihnen ist es nur noch die Hälfte, die sich mit Hilfe des Studiums politisch einbringen wollten. Ob dies allerdings wirklich eine Entpolitisierung oder nur eine Trennung des Studiums vom politischen Engagement bedeutet, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Hinzu kommt, daß sich die angesprochenen Unterschiede in der politischen Motivation unter den Absolventen der verschiedenen Abschlußjahrgänge in der Schlußphase des Studiums weitestgehend verflüchtigen. Die politische Motivation sackt zum Studienende hin generell kräftig ab. Insbesondere die Träume, die Gesellschaft zu verändern, verfliegen, der politische Anspruch fällt hinter die nahenden Probleme des Erwerbslebens zurück – sofern sie sich nicht verbinden lassen. Bei denjenigen, die am Ende des Studiums politische Zielsetzungen verfolgen, hat fast die Hälfte (45 %)⁵⁰ Präferenzen für eine berufliche Tätigkeit im Bereich der Politikberatung oder direkt in der Politik. Ein knappes weiteres Drittel (31 %) hat Präferenzen für den Bereich Journalistik/Publizistik, wohinter sich ebenfalls politische Absichten verbergen können.

Tabelle 12: Veränderungen im Anspruch der Absolventen während des Studiums am Beispiel des Zieles, das Studium mit politischen Aktivitäten zu verbinden.

(Angaben in Prozent, N=336)

	Insgesamt	konstant	verschwindend	wechselnd	neu
zu Beginn des Studiums	31	11	19	1	0
während des Studiums	30	11	8	7	4
zum Ende des Studiums	18	11	0	1	6

49 78 % bzw. 68 % gegenüber 57 % bei den übrigen.

50 Gegenüber 27 % in der anderen Gruppe.

Änderungen im politischen Anspruch treten allerdings nicht nur zum Ende, sondern während des gesamten Studiums ein. Dies zeigt eine Betrachtung des Einzelzieles, das Studium mit politischen Aktivitäten zu verbinden. Für 35 % derjenigen, die zu Beginn des Studiums die Wichtigkeit von eigenen politischen Aktivitäten betonen, spielt dieser Aspekt im Laufe des Studentenlebens bei der Studiengestaltung keine Rolle mehr. Auf der anderen Seite entdecken viele erst während des Studiums ihr Interesse an angewandter Politik. So beginnt etwa jeder Fünfte der »unpolitischen« Studienanfänger, während des Studiums politischen Aktivitäten einen hohen Stellenwert einzuräumen. Die Änderungen in der Zielsetzung sind also wesentlich stärker, als es die saldierte Betrachtung zwischen Studienbeginn und -ende andeutet. Nur 11 % aller Absolventen strebte die Verbindung von politischen Aktivitäten und Studium sowohl zu Beginn als auch während und zum Ende des Studiums an. 19 %, und damit fast zwei Drittel der Befragten, die ursprünglich die Zielsetzung der Verbindung von Studium und politischen Aktivitäten verfolgten, haben dieses Ziel zum Ende ihres Studiums aufgegeben.

Die Änderungen in den politischen Ansprüchen erweisen sich als unabhängig von Studiendauer, Geschlecht und Alter; sie haben nichts mit der Art der Finanzierung oder der Belastung durch unsichere Berufsperspektiven zu tun; sie stehen in keinem Zusammenhang mit der Konkretisierung der beruflichen Vorstellungen oder den Erwartungen an die Aufgaben der Politischen Wissenschaft. Ein systematischer Einfluß des Studiums ist ebenfalls nicht zu erkennen. Die Einzelanalyse des Zieles, das Studium mit politischen Aktivitäten zu verbinden, zeigt, daß das Studium der Politischen Wissenschaft in Hamburg zwar bei einem großen Teil der Befragten, die mit einer politischen Zielsetzung ins Studium gestartet waren, zu einer gewissen Desillusionierung beiträgt, aber per Saldo keineswegs »entpolitisiert«. Die Zahl der Anhänger dieses Zieles blieb während des Studiums etwa gleich. Der deutliche Rückgang der Gesamtzahl tritt erst in der Schlußphase des Studiums ein, was sich angesichts von Prüfungsanforderungen und dem Zwang zum Gelderwerb nach dem Studium als Ausdruck eines gewissen Pragmatismus/Realismus werten läßt, hinter dem der politische Anspruch kurzfristig zurückstecken muß – aber nicht verschwindet, wie die hohe Zahl von politisch aktiven Absolventen des IPW beweist.

Der hohe Stellenwert aktiver Politik bei den Absolventen des IPW während des Studiums zeigt sich auch auf der Handlungsebene. Hamburger Politikstudenten sind zu einem großen Teil politisch aktiv. Dieses Interesse, diese Aktivitäten spiegeln sich ebenso in den Ansprüchen an die Wissenschaft von der Politik wieder. Von der Politikwissenschaft erwarten sie sogar eine noch stärkere politische Rolle, als bloß zum politischen Engagement seiner Absolventen hinzuführen. Ins-

gesamt sind es vier von fünf Absolventen des IPW, die auch aus heutiger Sicht das Studium der Politischen Wissenschaft nicht nur als Lehre von der und über die Politik sehen, sondern eine echte, auch ihrem Selbstverständnis nach, politische Wissenschaft fordern. Die Politische Wissenschaft sollte ihrer Meinung nach durch Politikberatung aktiv die gesellschaftlichen Verhältnisse mitgestalten, gesellschaftliche Reformen anregen und vorantreiben und ihren Studierenden politische Handlungskompetenzen vermitteln. Dieser Anspruch wird freilich zumindest nach Ansicht der Absolventen des Hamburger Instituts in keiner Weise erfüllt. Bei den Funktionen der Politikwissenschaft, die auf politisches Engagement abzielen, wird ein sehr starker Mangel empfunden. So ist z.B. eine knappe Mehrheit (52 %) der Ansicht, die Politische Wissenschaft sollte als Motor für gesellschaftliche Reformen dienen, aber nur jede Zwanzigste (5 %) sieht dies in der Praxis umgesetzt.

Tabelle 13: Gesellschaftliche Funktionen der Politischen Wissenschaft nach Ansicht und Einschätzung der Absolventen
(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Gesellschaftliche Funktionen	Wirklichkeit	Wunsch
Politische Funktion	28	81
darunter: Durch Politikberatung die gesell. Verhältnisse mitgestalten	22	62
Als Motor für gesellschaftliche Reformen dienen	5	52
Politische Handlungskompetenzen schaffen	11	50
Bewußtseinsbildende Funktion (Demokratiewissenschaft)	46	82
darunter: Als kritische Instanz politischer Herrschaft	24	66
Das Bewußtsein für eine demokratische und soziale Gesellschaft fördern	33	61
Bildungsfunktion	81	83
darunter: Förderung interdisziplinärer Betrachtungsweise gesellschaftlicher Problemfelder	18	65
Komplexe gesell.-politische Zusammenhänge vermitteln	65	56
Vor allem Politische Bildung vermitteln	43	29
Stabilisierungsfunktion (Die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisieren)	16	3
Ist im Grunde genommen überflüssig	3	2
Hat keine gesellschaftliche Funktion	14	1
Andere	3	1
N	324	324

Die Unterschiede zwischen Wunsch und empfundener Realität sind bei den politischen Funktionen der Wissenschaft größer als bei der Betrachtung der Politologie als kritische Demokratiewissenschaft. Aber auch hier sind die Unterschiede noch beachtlich. Da innerhalb der Wissenschaft die Bedeutung des kritischen

Elements (*als kritische Instanz politischer Herrschaft*) und die Orientierung als Demokratiewissenschaft (*das Bewußtsein für eine demokratische und soziale Gesellschaft fördern*) im Unterschied zu den politischen Funktionen im Grunde relativ unstrittig sind, stellen die Befragten mit diesem Ergebnis zumindest dem IPW ein Armutszeugnis aus. Allerdings bleibt unklar, ob diese Differenz zwischen Wunsch und wahrgenommener Wirklichkeit nicht auch Ausdruck der Nichtübereinstimmung einer politischen und einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise dieser beiden Funktionen sein könnte.

Der Bildungsfunktion des Faches, die 83 % der Befragten als wichtig ansehen, kommt das IPW nach Ansicht einer großen Mehrheit der Absolventen im Großen und Ganzen nach. Es muß allerdings festgehalten werden, daß bei der »Förderung interdisziplinärer Betrachtungsweisen...« als Einzelfunktion in diesem Bereich mit 47 Prozentpunkten die größte überhaupt gemessene Diskrepanz zwischen Wunsch und Wahrnehmung auftritt. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die interdisziplinäre Ausrichtung der Politischen Wissenschaft ebenfalls zu den weitestgehend unstrittigen Grundlagen des Faches zählt, ist auch dies ein Ergebnis, das dringend einer Aufarbeitung in den zuständigen Gremien des Instituts bedarf.

Während sich die Geschlechter in der Einschätzung der realen Funktionen der Politischen Wissenschaft einig sind, sind bei den gewünschten Funktionen leichte Unterschiede festzustellen. Die Frauen betonen im Vergleich zu den männlichen Absolventen die politischen Funktionen stärker als die Bildungsfunktion. So sind es zwei Drittel der Absolventinnen aber nicht einmal die Hälfte der Absolventen (44 %), die sich die Politikwissenschaft als Motor für gesellschaftliche Reformen wünschen. Umgekehrt sieht es bspw. bei der Funktion »Vor allem Politische Bildung vermitteln« aus, was sich jeder dritte Mann (33 %) aber nur jede fünfte Frau (22 %) wünscht.

Bei den Erwartungen an das Studienfach Politische Wissenschaft ergibt sich über die Abschlußjahre eine Entwicklung, die angesichts der, vor allem von den »68ern«, vielfach geäußerten Entpolitisierungsthese nicht zu erwarten ist. Während in den Abschlußjahrgängen 1970–74 lediglich 65 % eine explizit politische Funktion der Politikwissenschaft wünschen, steigt der Anteil fast kontinuierlich auf 94 % in den Abschlußjahrgängen 1990–91.

Die Zuschreibung einer politischen Funktion der Wissenschaft ist vor allem auf den Wunsch nach einer wichtigen Rolle der Politologie bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch wissenschaftliche Politikberatung zurückzuführen. Die Kluft zwischen Anspruch (sollte) und Wahrnehmung (hat faktisch) ist auch hier groß. Fast zwei Drittel (62 %) wünschen sich eine politikberatende Wissenschaft, aber nur jede Fünfte (22 %) sieht dies als gegeben an. Es wäre ge-

nauer zu ermitteln, ob die Politische Wissenschaft »objektiv« wenig Politikberatung leistet, oder ob dies lediglich in der Lehre ausgeklammert und deshalb von den Studierenden nicht wahrgenommen wird. Da die Absolventen, die in einem Beruf mit politikwissenschaftlichem Bezug arbeiten, die Politologie hinsichtlich ihrer wahrgenommenen realen Politikberatungsfunktion wesentlich besser beurteilen,⁵¹ scheint vor allem die zweite Vermutung zuzutreffen.⁵²

Fazit: Die Absolventen erwarten von der Politischen Wissenschaft überwiegend die Erfüllung der drei Funktionsbereiche »Politische Funktionen«, »Bildungsfunktionen« und »Funktionen einer kritischen Demokratiewissenschaft« in jeweils etwa gleicher Stärke. Dabei wird lediglich die »Bildungsfunktion« am IPW den Ansprüchen in etwa gerecht. In den anderen beiden Bereichen geht die Politische Wissenschaft, so wie sie in Hamburg erlebt wird, an den Bedürfnissen und Erwartungen vorbei. Insbesondere die Forderung nach einer politischen Wissenschaft wird nicht eingelöst. Dies ist um so bedeutsamer, als die Absolventen mehrheitlich mit einer politischen Zielsetzung in das Studium eintraten und unter politischen Gesichtspunkten in großen Teilen einen Ausbildungscharakter des Studiums befürworten (politisches Handeln lernen). Diese Zielsetzung findet im Studium keine Unterstützung.

2.3.3. Politik als Lebensinhalt. Der Politologe und sein gesellschaftliches Engagement

Die Absolventen gingen mit einer starken Motivation zu politischem Handeln in das Studium hinein (siehe Kapitel 2.3.2.). So sprach z.B. ein knappes Drittel (31 %) dem Studium von vornherein eine Ergänzungsfunktion zu seinen politischen Aktivitäten zu. Ein Anteil, der während des Studiums konstant blieb und erst zum Ende hin auf 18 % sank. Entsprechend groß war auch der Einsatz in verschiedenen Organisationen. Drei von vier Absolventen (77 %) waren als Studierende Mitglied in einer politischen Organisation, einer Gewerkschaft oder einem Berufsverband und/oder einer anderen Vereinigung in einem der in Tabelle 11 aufgeführten Bereiche; fast 40 % waren während des Studiums in einer politischen Partei eingeschrieben. Dieser Wert ist noch höher anzusetzen, wenn man die Mitarbeit in politischen Gruppierungen auf der Hochschulebene ohne formale Mitgliedschaft in einer Organisation hinzurechnet. Ein Viertel der Absolventen

51 32 % gegenüber 12 %

52 Da aber auch bei dieser Absolventengruppe eine Differenz von fast 30 Prozentpunkten zwischen gewünschter und wahrgenommener Funktion liegt, muß die erste These durchaus weiter im Auge behalten werden. Über die Rolle der Politikwissenschaft in der Politikberatung wird zur Zeit auch in der Wissenschaft selbst unter dem Blickwinkel der Professionalisierungsdebatte diskutiert.

gibt an, während des Studiums in einer solchen Gruppe aktiv mitgearbeitet zu haben, nur 15 % waren *als Mitglieder* aktiv.

Tabelle 14: Mitgliedschaften in Vereinigungen oder Gruppierungen während und nach dem Studium

(Angaben in Prozent, N=318)

Waren Sie (aktives) Mitglied in folgenden Vereinigungen oder Gruppierungen?	insgesamt		davon aktive Mitglieder		davon in gewählter Funktion	
	im Studium	nach Studium	im Studium	nach Studium	im Studium	nach Studium
Politischen Gruppierung	52	46	75	59	40	30
darunter Partei	39	42	72	62	33	29
Freie politische Gruppe	17	8	71	50	35	13
Pol. Hochschulgruppe	19	3	79	67	47	33
Gewerkschaft/Berufsverband	34	54	26	28	6	11
darunter Gewerkschaft	31	45	29	27	6	9
Berufsverband	4	16	25	25	0	13
Initiativgruppe	36	35	86	80	19	23
darunter Bürgerinitiativen	25	18	84	83	8	17
Selbsthilfe-/Frauen-/Alternativprojekt	11	9	91	89	18	0
Andere Organisationen	10	15	90	67	40	33
Anderen Verbandsorganisation	6	9	67	56	17	11
Insgesamt	77	83	77	59	35	29

Lesbeispiel: Von den 52 %, die während des Studiums Mitglied in einer politischen Gruppierung waren, bezeichnen sich drei Viertel als aktive Mitglieder und zwei Fünftel als Funktionär

Wenn Politologen Mitglieder einer Organisation sind, dann sind sie mehrheitlich auch aktiv. Dies gilt sowohl für den Zeitraum des Studiums als auch danach. Während des Studiums sind es drei Viertel, nach dem Studium etwas weniger, aber immer noch die Mehrheit der politikwissenschaftlich (aus)gebildeten Mitglieder (59 %). Lediglich in den Gewerkschaften und Berufsverbänden überwiegt die passive Mitgliederzahl erheblich. Aber selbst in diesen Organisationen ist das Verhältnis mit 1:3 bzw. 1:4 immer noch von einem hohen Aktivitätsgeist gezeichnet. Ein Beispiel illustriert diesen Aktivitätsgeist besonders eindrucksvoll: 26 % geben an, nicht nur Mitglied einer Partei, sondern dort auch aktiv gewesen zu sein. Zum Vergleich: Der Anteil der Parteimitglieder an der Gesamtbevölkerung liegt bei 2–3 %. Der Anteil der Aktivisten läßt sich nur noch im Promillebereich ausdrücken.

Im Vergleich zur Studienzeit ist die Zahl der passiven Mitglieder in den etablierten Organisationen, Parteien und Gewerkschaften/Berufsverbänden, nach Studienende stark gestiegen. Dies findet in den Parteien keine Entsprechung unter den aktiven Mitgliedern. Dort ist die Zahl der Aktiven um 2,5 Prozentpunkte zurückgegangen, so daß sich der Anteil der Aktiven an der Mitgliederzahl um 10 Prozentpunkte von 72 % auf 62 % verminderte. Insgesamt stieg der Anteil der Parteimitglieder unter den Befragten nach dem Studium geringfügig um 3 Prozentpunkte. In den Gewerkschaften und den Berufsverbänden stieg die Zahl der aktiven und passiven Mitglieder im Gleichklang, um insgesamt 20 Prozentpunkte auf 54 %. Dabei blieb der Anteil der Aktiven mit 25 % stabil. Auf Grund des zwischenzeitlichen Berufseintritts der Absolventen wäre jedoch mit einem verstärkten Anstieg der Aktivisten in den Berufsverbänden zu rechnen gewesen. Dieser trat nicht ein.

Der Rückgang an Mitgliedschaften in politischen Hochschulgruppen ist nach dem Studium verständlich, aber auch in allen anderen abgefragten politiknahen Organisationen bzw. Organisationsformen, wie den Parteien, freien politischen Gruppen oder Bürgerinitiativen, betätigten sich die Absolventen nach dem Studium in vermindertem Umfang. Die verfügbare Zeit für das Hobby Politik kann nicht als Erklärung für die Verschiebung des Verhältnisses von aktiven zu passiven Mitgliedern herangezogen werden. Das größte Engagement wird nämlich ausgerechnet von denjenigen Absolventen aufgebracht, die mit über 50 Wochenarbeitsstunden beruflich am stärksten eingespannt sind.⁵³

Den höchsten Organisationsgrad unter den Befragten erreichen die Parteien und die Gewerkschaften. Die Parteien verlieren aber zunehmend an Beliebtheit als politische Organisationsform der Absolventen während der Studienzeit. Der Anteil der Befragten, die sich als Parteimitglieder aktiv an der politischen Arbeit beteiligen,⁵⁴ ist über die Abschlußjahre kontinuierlich rückläufig. Waren die Absolventen zu Beginn der siebziger Jahre während des Studiums noch zu 71 % aktiv in Parteien tätig, so sank der Anteil für die Abschlußjahrgänge 90 und 91 auf 18 %. Der Anteil passiver Parteimitglieder unter den Befragten ist in dem gleichen Zeitraum relativ konstant geblieben (um die 10 %). Ähnliches gilt für die Zeit nach dem Studium. Hier ging der Anteil parteipolitisch aktiver Absolventen von 54 % auf 8 % zurück, während der Anteil der passiven Parteimitglieder um 17 % schwankt.

Während der hohe Organisationsgrad für die Parteien unter dem Gesichtspunkt der fundamentalen Bedeutung der Parteien im politischen System der Bun-

⁵³ Lediglich in den Selbsthilfe- und Frauengruppen und den Alternativprojekten ist diese Gruppe schwach vertreten.

⁵⁴ wie auch der Funktionäre

desrepublik, dem klassischen politischen Karriereweg innerhalb der Parteien und der Bedeutung des Parteibuches für politiknahe Jobs relativ leicht nachzuvollziehen ist, verblüfft das Ausmaß der Gewerkschaftsmitglieder unter den Hamburger Politikstudenten. Auch ohne diejenigen, die vor dem Studium berufstätig gewesen sind oder eine Berufsausbildung absolviert haben, liegt der Mitgliederanteil mit 25 % für eine nicht berufstätige Bevölkerungsgruppe sehr hoch. Allerdings handelt es sich fast ausschließlich um passive Mitglieder. Die aktiven Gewerkschafter unter den Studierenden haben in aller Regel schon einmal im Erwerbsleben gestanden.

Die politischen Aktivitäten fanden innerhalb und außerhalb der Hochschule statt. 37 % aller Befragten waren nach eigener Aussage (vgl. Fiebelkorn u.a. 1989: 12 und Kapitel 1.2) in der Hochschulpolitik in Gremien der Selbstverwaltung oder politischen Hochschulgruppen⁵⁵ aktiv, 52 % betätigten sich außerhalb der Universität in verschiedenen Organisationen⁵⁶. Jeder Vierte war in beiden Betätigungsfeldern aktiv. Wie schon bei den Motiven festgestellt, ist die studentische Politiklust vor allem bei den Abschlußjahrgängen der frühen siebziger und achtziger Jahre überdurchschnittlich und deckt sich mit der erhöhten Politisierung in der Bevölkerung in diesen Zeiträumen. Die oft geäußerte Ansicht, daß politisches Engagement von Studierenden an der Hochschule nicht mehr stattfindet, läßt sich für die Hamburger Politologen an Hand der ermittelten Daten jedoch nicht belegen. Unter den Absolventen der Abschlußjahrgänge seit 1985 truft sich immer noch jeder Zweite außerhalb der Universität und jeder Dritte innerhalb der Universität als politisch aktiv ein.

Tabelle 15: Der Ort der politischen Aktivitäten der Absolventen während des Studiums

(Angaben in Prozent der Befragten)

Grund	Ins- gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr vor 85 seit 85	
		M	W		
außerhalb der Universität	52	49	57	58	49
innerhalb der Universität	37	41	29	41	35
N	314	220	94	106	208

Auf der Geschlechterebene zeigen sich Unterschiede in der Schwerpunktsetzung der politischen Aktivitäten. Im Vergleich zu den Frauen sind die Männer

55 Wobei aber nur etwa zwei Drittel auch aktives eingeschriebenes Mitglied einer politischen Hochschulgruppe waren.

56 Politischen Gruppen, Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Frauen-/Selbsthilfe-/Alternativprojekten

überdurchschnittlich oft in der Hochschule politisch aktiv, umgekehrt sind die Frauen außerhalb der Universität aktiver.⁵⁷ Der Trend deutet dabei in der Uni auf einen Ausgleich hin. Während sich die männlichen Absolventen immer weniger in der Uni engagieren (von 57 % 70–74 auf 32 % 90–91), nimmt der Anteil der Aktiven bei den Frauen von 0 % auf 44 % zu. Außerhalb der Uni nimmt die Organisationsfreudigkeit bei beiden Geschlechtern ab.

Wie verhält es sich mit den aktuellen politischen Aktivitäten der Absolventen? Wie weit engagieren sie sich in Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen? Wie weit setzen sie sich persönlich für politische Ziele ein? Nach dem Studium sind es immer noch fast die Hälfte (46 %) aller Befragten, die Mitglied einer politischen Gruppierung sind oder waren; wovon wiederum fast alle ihre Aktivitäten in einer politischen Partei ausübten. Auch in dem Bereich der Initiativgruppen, das sind Bürgerinitiativen, Selbsthilfe- und Frauengruppen sowie Alternativprojekte, liegt der Mitgliederanteil mit 35 % recht hoch. Die Aktivitäten in diesen Gruppen können, müssen aber nicht, politischer Natur sein; dies ist oft eine reine Definitionsfrage von Politik. Ähnliches gilt für die Gewerkschaften und Berufsverbände. Dort sind nach dem Studium über die Hälfte der Absolventen (54 %) organisiert, wobei die Mitgliedschaft hier in der Regel eher berufsständischen als politischen Motiven entspringt.⁵⁸

Bei den politischen Aktivitäten nach dem Studium zeigt sich ein starker Zusammenhang mit dem Alter der befragten Absolventen. Während die unter 30jährigen zu fast zwei Dritteln (62 %) den politischen Organisationen und Gruppen fern bleiben und nur jeder Sechste sich als aktives Mitglied betätigt, sind es bei den über 40jährigen nur ein Drittel, die unorganisiert bleiben. Jeder Zweite betätigt sich hier aktiv. Dieses Ergebnis steht auch in einem Zusammenhang mit der Organisationsstruktur. Bei den Initiativgruppen (Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen) betätigen sich die Jüngeren stärker als die Älteren. Je loser die Organisationsstruktur, desto attraktiver ist die Organisationsform für Jüngere. Ähnliches gilt für die weiblichen Absolventen. Auch sie betätigen sich bevorzugt bei den Initiativgruppen, wo sie auf der Aktivistenebene engagierter als die Männer sind (36 % gegenüber 24 %). Bei den politischen Gruppierungen und den Wirtschaftsverbänden sind dagegen die männlichen Absolventen aktiver.

Angesichts der oben angesprochenen Definitionsprobleme (was ist eine politische Gruppierung) und der Begrenzung auf die Organisationsebene, sagen diese

57 In den Hochschulen sind 41 % der männlichen und nur 29 % der weiblichen Absolventen aktiv gewesen. Außerhalb der Uni waren es 49 % der Männer und 57 % der Frauen. Eine ähnliche Tendenz stellen Fiebelkorn u.a. für die Berliner Politologen fest (Fiebelkorn u.a. 1989: 13).

58 Hierauf deutet vor allem der relativ hohe Anteil passiver Mitglieder hin.

Ergebnisse nur in eingeschränktem Umfang etwas über das aktuelle politische Engagement aus. Es wurde deshalb zusätzlich eine Frage gestellt, die auf der Handlungsebene ansetzt und direkt auf die Art des Engagements abzielt. Auch die Arbeit in Bürgerinitiativen ist hier als politische Betätigung eindeutig definiert.

Das Engagement zeigt sich als weitestgehend unabhängig von Geschlecht und Alter der Absolventen. Betrachtet man die einzelnen Aktionsmöglichkeiten finden lediglich die Nutzung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung im politischen Prozeß und die Spendenneigung einen etwas größeren Anklang bei den älteren Befragten. Beides dürfte unmittelbare Folgen der Unterschiede in der materiellen Situation zwischen jüngeren und älteren Absolventen sein.

Einen genauen Überblick über die Art des politischen Engagements liefert eine Zusammenfassung der Items, in der die Mehrfachantworten eliminiert werden. In der folgenden Tabelle werden die Aktivitäten in eine Rangfolge gebracht, die sich an dem Ausmaß des öffentlichen Bekenntnisses mit der Aktionsform orientiert. Unter privatem Einsatz werden hier Handlungsformen verstanden, die für die Öffentlichkeit anonym oder nur im privaten Umfeld getätigt werden. Individueller Einsatz ist ein durch Namen (Leserbrief, Eingabe) oder durch persönliche Anwesenheit (Demonstration) öffentlich kenntlich gemachtes Engagement. Beim organisierten Einsatz kommt hinzu, daß das politische Handeln im Rahmen einer festen Gruppierung (BI, Partei) ausgeübt wird. Beruflicher Einsatz ergibt sich durch professionelles politisches Engagement.

Tabelle 16: Hierarchie des politischen Einsatzes in den letzten zwei Jahren nach Geschlecht und Alter*

(Angaben in Prozent, gruppierte Antworten⁵⁹)

Art	Ins- gesamt	Geschlecht		Alter			
		M	W	Unter 30	30–35	36–40	über 40
Kein Einsatz	15	15	16	18	15	19	10
Privater Einsatz	13	11	17	16	14	6	12
Individueller Einsatz	26	27	22	29	25	17	29
Organisierter Einsatz	37	37	39	29	32	53	46
Beruflicher Einsatz	9	10	7	8	14	6	4
N	318	222	96	76	137	53	52

⁵⁹ Privater Einsatz: Diskussionen und Spenden; Individueller Einsatz: Leserbriefe, Wahlveranstaltungen, Demonstrationsteilnahme etc.; Organisierter Einsatz: in Parteien, Bürgerinitiativen etc.; Beruflicher Einsatz: Parteifunktionär, Journalist etc.

* Ausführliche Darstellung im Tabellenanhang, Tabelle 49.

Auch wenn man Diskussionen im Freundeskreis und Spenden, die hier als privater Einsatz bezeichnet sind, nicht als besonderen, sondern als eher durchschnittlichen, normalen Einsatz und damit im Sinne der Frage als »Kein Einsatz« versteht, ergibt sich ein hoher Anteil von 72 %, die sich politisch in den letzten zwei Jahren engagiert haben; ein großer Teil davon durch einen zeitaufwendigen längerfristigen Einsatz in organisierter Form (37 % + 9 % = 46 %). Unpolitische Politologen haben eher Seltenheitswert. Nur 15 % bescheinigten sich selber, in den letzten zwei Jahren gänzlich unpolitisch gelebt zu haben. 13 % begnügen sich mit Politik auf einer rein privaten Ebene. Bei der Zusammenfassung der Aktivitäten zeigt sich nun auch ein Einfluß des Alters der Absolventen. Die älteren Befragten (über 35) versuchen viel häufiger in organisierter Form politisch Einfluß zu nehmen als die jüngeren.

Fazit: Die Absolventen des Instituts für Politische Wissenschaft gingen mit einer starken Motivation zum politischen Handeln in das Studium hinein. Entsprechend stark fiel ihr politisch-gesellschaftliches Engagement während des Studiums aus. Dieses Engagement blieb auch nach dem Studium weitestgehend erhalten. Das Zurückstellen politischer Ziele zum Ende des Studiums hatte nur vorübergehenden Charakter. Fast jeder zweite Absolvent ist nach dem Studium aktives Mitglied einer Organisation gewesen, die im politisch-gesellschaftlichen Raum tätig ist. Ein weiteres Viertel betätigte sich unorganisiert auf der politischen Bühne. Dieser Befund deutet darauf hin, daß durch das Studium in erheblichem Umfang politikwissenschaftlicher Sachverstand in den politischen Prozeß eingebracht werden konnte.

2.4. Die Freiheit des Lernens: Chance oder Belastung, Erfolg oder Mißerfolg

2.4.1. Das Konzept der offenen Studienordnung

An der Hamburger Universität kann man das Fach Politische Wissenschaft entweder mit einem Diplom oder mit einem Magister abschließen. Rein quantitativ gesehen führt dabei das Magisterstudium ein Schattendasein. Lediglich knappe 10 % der Abschlüsse entfallen auf den Magistertitel. Die große Mehrheit erwirbt den Diplomabschluß. Die folgenden Ausführungen in diesem Kapitel beschränken sich deshalb auf den Diplomstudiengang.

Die von uns befragten Absolventen studierten nach verschiedenen Diplomprüfungsordnungen. Der Studiengang Politische Wissenschaft war bis 1977 in drei Teilbereiche gegliedert: Institutionenlehre/Vergleichende Regierungslehre, Theorie/Ideengeschichte und Internationale Politik/Außenpolitik. In allen drei

Bereichen wurden die Diplomanden geprüft. Seit 1977 gab es vier Teilbereiche. Es wurde nun zwischen Regierungslehre (ehem. Institutionenlehre) und vergleichender Regierungslehre unterschieden. Seit 1984 gibt es auch ein Angebot in Methodenlehre, das zunächst zum Teilbereich Theorie und Ideengeschichte zählte. Nach der Prüfungsordnung von 1977 mußte der angehende Politikwissenschaftler in drei dieser vier Bereiche eine Prüfung absolvieren.⁶⁰

Ursprünglich wurden im Diplomstudiengang ähnlich wie im Magisterstudiengang zwei Nebenfächer gefordert. Seit 1970 mußte Öffentliches Recht oder Volkswirtschaftslehre (VWL) als eines der beiden Nebenfächer belegt werden. 1977 wurde der Primat dieser »harten Fächer« (Hartwich) aufgegeben. Von nun an mußte ein Wahlpflichtfach in einem gegenüber den bisherigen Nebenfächern erheblich erweiterten Umfang studiert werden. Dieses Wahlpflichtfach soll in einem sinnvollen Zusammenhang mit dem Hauptfachstudium der Politischen Wissenschaft stehen, der sich allerdings bei der Vielfältigkeit der Politikfelder nahezu bei jedem Fach herstellen läßt. Darüber hinaus verfügt jeder Studierende über die Möglichkeit, in weiteren Fächern, die im »Umfang eines Nebenfaches« (Prüfungsordnung) studiert wurden, Zusatzprüfungen abzulegen. Diese Prüfungen werden im Diplomzeugnis ausgewiesen, die Zensur fließt jedoch nicht in die Diplomnote ein.

Die Hamburger Diplomprüfungsordnung von 1977, nach der die meisten der von uns befragten Absolventen studiert haben, beschränkt sich auf sehr wenige Vorgaben für die Studiengestaltung. Der Diplom-Studiengang erinnert von seinem Aufbau her im Hauptfach eher an einen Magisterstudiengang. Die Pflichtscheinanforderungen sind mit jeweils 5 Scheinen in Grund- und Hauptstudium gering.⁶¹ Dazu kommt das verhältnismäßig umfangreiche Studium des Wahlpflichtfaches, in dem etwa sieben Scheine erworben werden müssen.⁶² Eine verbindliche Studienordnung gibt es nicht. Darüber hinaus gibt es in den einzelnen Teilbereichen auch keine festgelegten Lehrinhalte. Das Konzept der offenen Studienplanung ist in Hamburg bewußt gewählt worden. Die (scheinbar) geringen

60 Seit der neuesten Diplomprüfungsordnung vom Oktober 1992 gibt es fünf Teilbereiche. Die Methoden der Politikwissenschaft wurden nun in den Rang eines (fast) vollwertigen Teilbereiches erhoben.

61 Im Grundstudium müssen Scheine in drei Grundkursen, einer Übung bzw. einem Mittelseminar und in einer orientierenden Überblicksvorlesung erworben werden. Im Hauptstudium müssen vier Hauptseminarscheine und ein Schein in einer Veranstaltung zur Berufsfeldanalyse erworben werden. Zu den Studieninhalten existieren nur insoweit Vorschriften, als für die Einführungsveranstaltungen ein grober inhaltlicher Rahmen festgelegt ist und für jeden der vier Teilbereiche bei der Anmeldung zur Prüfung zumindest ein Schein vorliegen muß.

62 Die genaue Zahl ist von Fach zu Fach unterschiedlich.

Mindestanforderungen im Studienfach Politische Wissenschaft sollen den Studierenden die notwendige Freiheit für eine individuelle Studiengestaltung lassen. Der interdisziplinäre Anspruch manifestiert sich hier nicht im Aufnehmen eines umfangreichen Pflichtprogrammes in Studien- und Prüfungsordnung, sondern durch das Überlassen von Freiräumen, in denen der Student seinen fachübergreifenden Blick schulen soll.

In dem Hamburger Diplomstudiengang wird auch im Vergleich zu den Diplomstudienordnungen anderer politikwissenschaftlicher Institute in Deutschland wenig Lehrstoff vorgeschrieben. Institute wie Bamberg, Frankfurt, Bochum⁶³ oder Berlin geben ihren Studierenden umfangreiche Studienpläne vor, in denen zu den Studieninhalten und dem Umfang der Semesterwochenstunden für die entsprechenden Teilgebiete Vorgaben gemacht werden. Die Vorgaben in den verschiedenen Studien- und Prüfungsordnungen gehen mit einem spezifischen Verständnis der Aufgaben eines politikwissenschaftlichen Diplomstudiums einher.

Das Hamburger Studienkonzept versucht vor allem zwei Umständen gerecht zu werden. Zum einen der Breite möglicher Tätigkeitsfelder, in denen Politologen arbeiten, und zum anderen dem Umstand, daß es auch innerhalb der Wissenschaft keinen anerkannten Wissenskanon gibt, den Politologen beherrschen sollten. Auf diese doppelte Unschärfe versucht man in Hamburg dadurch einzugehen, daß die Studierenden, formal gesehen, fast alle Freiheiten bekommen, ihr Studium in Umfang und Inhalten selbst zu gestalten, und damit ihren Wünschen, Vorstellungen und Zielen optimal anzupassen.⁶⁴ Sie können sich so ein individuelles Ausbildungsprofil erstellen. Das Fach kann allerdings aus dem gleichen Grunde außerhalb des wissenschaftlichen Spektrums nur schwer an Konturen gewinnen, was sich in zahlreichen pauschalen Vorbehalten gegenüber der politikwissenschaftlichen Qualifikation äußert (vgl. Massing 1980: 188).

2.4.2. Das Studienkonzept in der Kritik

Wie haben die Absolventen die geringen Vorgaben in der Prüfungsordnung erlebt? Der Umgang mit der Freiheit in der Studiengestaltung, die ein hohes Maß an Selbstverantwortung erfordert, fällt durchaus nicht jedem leicht. Die wenigen Vorschriften erfordern von den Studierenden eine hohe Strukturierungsleistung für ihre individuelle Studienanlage. So kann die schwache Vorstrukturierung zur großen Chance für diejenigen werden, die ihr Ziel genau im Kopf haben. Sie kann

63 In Frankfurt und Bochum werden Diplom-Sozialwissenschaftler mit einem politikwissenschaftlichen Schwerpunkt ausgebildet.

64 Die Freiheit wird durch das reale Angebot beschränkt. Das Hamburger Kursangebot kann natürlich nicht den gleichen Umfang haben wie bspw. das Berliner, da dort die Zahl der Dozenten vier bis fünfmal so hoch ist.

aber auch zu einer starken Orientierungslosigkeit führen und sich in einer chaotischen Studienplanung äußern, bei der die Studierenden sich in den Möglichkeiten, die das Studium bietet, zu verlieren drohen und ziel- und zusammenhanglos eine Veranstaltung an die andere reihen. Eine Analyse der Beurteilung dieses Aspektes wird in unserer Untersuchung dadurch erschwert, daß wir nur Absolventen befragt haben. Es ist durchaus anzunehmen, daß unter denjenigen, die das Studium abgebrochen haben, einige sind, die explizit an den Anforderungen dieser Freiheit gescheitert sind und die Vorgaben der Studien- bzw. Prüfungsordnung insgesamt von dieser Gruppe kritischer eingeschätzt werden als von den Absolventen.

Von den Befragten wird an der Grundtendenz der Studienordnung wenig Kritik geäußert. Im Gegenteil: der geringe Verschulungsgrad des Studiums wird ausdrücklich begrüßt und überwiegend positiv aufgenommen. Auf die Frage, was den Absolventen besonders gefallen bzw. besonders mißfallen hat, haben sich zu keinem anderen Aspekt des Studiums auch nur annähernd so viele positiv geäußert wie zur Studienordnung (48 %) und den Studieninhalten (41 %). Entsprechende negative Beurteilungen fielen mit 6 % (Studienordnung) bzw. 12 % (Studieninhalte) im Umfang wesentlich geringer aus (siehe Tabelle 17). Auf der anderen Seite monieren ein gutes Drittel der Befragten (35 %) den schlechten Aufbau des Studiums. Ein Widerspruch?

Eine Kritik am schlechten Studienaufbau ist nicht automatisch gleichbedeutend mit einer Kritik an den Freiheiten der Studienordnung. Sie kann sich auch auf die unzureichende Umsetzung dieser Freiheiten in der persönlichen Studiengestaltung beziehen. Für diese Annahme spricht vor allem, daß über zwei Drittel (68 %) derjenigen, die einen schlechten Aufbau ihres Studiums angeben, erneut Politikwissenschaft in Hamburg als Hauptfach studieren würden. Der schlechte Studienaufbau hätte bei einem Teil der Absolventen vielleicht durch eine bessere Beratung vermieden werden können. In diese Richtung deutet die überdurchschnittlich oft geäußerte Kritik an der Studienberatung und der Betreuung durch den Lehrkörper (62 % vs. 39 % bzw. 79 % vs. 56 %) in der Gruppe der Absolventen, die einen schlechten Studienaufbau bei sich feststellen.⁶⁵

Diese Ergebnisse sind ein deutlicher Hinweis auf die Problematik des Hamburger Diplomstudienganges. Wer keine klaren Vorstellungen über Sinn und Zweck des Studiums entwickelt hat, hat Schwierigkeiten im Umgang mit den Angeboten des Studienganges, da ihm das Ordnungsmuster für die Auswahl der Veranstaltungsangebote fehlt. Ein schlecht gewählter Studienaufbau führt dazu, daß das Studium in weit überdurchschnittlichem Maße als persönlich unbefriedigend

65 Siehe hierzu auch die Ergebnisse des Ulmer Modellversuches zur Studienberatung (Keller u.a. 1982).

erlebt wird (41 % vs. 14 %). Für Politologen wird die Studienplanung zu einem besonderen Problem, da es keinen speziellen Arbeitsmarkt für Politikwissenschaftler gibt, der als Ziel dienen könnte. Da das Studium folglich auf keinen Tätigkeitsbereich zugeschnitten ist, ist eine sinnvoll strukturierte Studienplanung selbst für die, die über ein konkretes Berufsziel verfügen, schwer aufzustellen.⁶⁶ Die Ansicht, daß das Studium in erster Linie Selbstzweck ist, bietet ebenfalls keinen hinreichenden Leitfaden für die Studiengestaltung. Eine reine Interessenorientierung wird als Leitmotiv für die Studienanlage von einer Mehrheit der Befragten (56 %) abgelehnt. Auch dies dokumentiert einen hohen Bedarf an Orientierungshilfen. Der Hamburger Studiengang stellt hohe Ansprüche an die Eigeninitiative der Studierenden *und* an die Beratungsarbeit durch die Lehrenden.

Ein ebenfalls sehr differenziertes Bild bezüglich der Kritik an der Hamburger Studienkonzeption zeigt sich, wenn man die Empfehlungen der Absolventen für die Studiengestaltung betrachtet. Auch hier ergeben sich deutliche Mehrheiten *gegen* Einschränkungen der Studienmöglichkeiten in dem Sinne, daß ein möglichst kurzes Studium (64 %), die Wiedereinführung von obligatorischen Wahlpflichtfächern wie VWL und Jura (80 %) oder eine Erhöhung der Prüfungsanforderungen (71 %)⁶⁷ abgelehnt werden. Auch eine frühzeitige Spezialisierung im Studium wird von 79 % als »nicht gut« eingestuft. Auf der anderen Seite wird soviel Organisationsleistung in der Studienplanung gefordert, daß nicht eine chaotische Aneinanderreihung von Veranstaltungen erfolgt, sondern eine Struktur in der Studienanlage erkennbar bleibt. Vier von fünf Absolventen (82 %) sprechen sich für eine stärkere Strukturierung des Studiums aus, die Hälfte davon hält dies für notwendig.⁶⁸

66 Diejenigen, die schon früh eine konkrete Berufsvorstellung entwickelt haben, bemängeln nur geringfügig seltener einen schlechten Studienaufbau, als jene, die überhaupt keine konkreten beruflichen Vorstellungen während des gesamten Studiums hatten (33 %: 40 %).

67 Die befragten Absolventen folgten in ihrem Studium unterschiedlichen Prüfungsordnungen. Eine getrennte Betrachtung der Befragten nach der jeweils gültigen Prüfungsordnung liefert keine auffälligen Abweichungen, so daß auf eine gesonderte Darstellung verzichtet wird.

68 Schwieriger in diese Interpretation zu integrieren ist der Umstand, daß praktisch jeder zweite Absolvent (49 %) eine Erhöhung der Anzahl der Pflichtveranstaltungen fordert. Allerdings ist die Zustimmung zu diesem Item vergleichsweise gering und die andere Hälfte der Absolventen spricht sich ausdrücklich gegen eine Erhöhung aus. Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, daß die Forderung nach mehr Pflichtveranstaltungen Ausdruck von im Erwerbsleben empfundenen Wissens- und Qualifikationsdefiziten ist, wobei diese Defizite sich angesichts der Komplexität des politikwissenschaftlichen Gegenstandes bei intensiverer Betrachtung jedoch als unvermeidbar erweisen (siehe auch Kapitel 2.2.1). In diese Richtung weist auch der Umstand, daß alle Empfehlungen nach einer Ausweitung von verschiedenen Inhalten im Studium mit oft großer Mehrheit unterstützt wurden.

Um den Erfolg einer offenen Studiengestaltung zu messen, bedarf es nicht nur einer Beurteilung durch die Absolventen, sondern es muß auch betrachtet werden, wie die Offenheit sich in der Praxis ausgewirkt hat. Werden die Freiheiten genutzt, und wenn ja, wozu werden sie genutzt? Hätten die Absolventen sich eng an die Prüfungsordnung gehalten und sich darauf beschränkt nur die vorgeschriebenen Scheine zu erwerben, so hätte das Studium in sehr kurzer Zeit absolviert werden können.⁶⁹ Dies geschah in den meisten Fällen jedoch nicht. Nur jeder Achte beendet sein Studium in der sogenannten Regelstudienzeit von maximal neun Semestern. Die Befragten sind im Regelfall der Intention des Studienkonzeptes gefolgt und haben über das vorgeschriebene Pflichtprogramm hinaus weitere politologische Seminare besucht, Praktika absolviert, Zusatzqualifikationen erworben, als wissenschaftliche Hilfskraft gearbeitet, in anderen Fächern Kurse absolviert, studienbezogene Berufstätigkeiten ausgeübt und politische Arbeit innerhalb und außerhalb der Universität geleistet.

Ein längeres und umfangreicheres Studium heißt noch nicht, daß die Möglichkeiten der Studienordnung genutzt wurden. Nutzen bedeutet das zielgerichtete Zusammenstellen eines eigenen Studien- oder Ausbildungsplanes, der den konkreten Bedürfnissen dieses Zieles angepaßt ist und zu seiner Verwirklichung beiträgt. Dieses Ziel muß dabei nicht unbedingt die berufliche Verwertbarkeit des Studiums sein. Um zu entscheiden, ob es sich wirklich um ein Ausschöpfen oder doch nur um ein Scheitern an der Vielzahl der Möglichkeiten handelt, müßte das Studium von den Absolventen vor allem als für sie persönlich befriedigend bewertet werden. Dies ist bei gut drei Viertel der Befragten der Fall (77 %).

Fazit: Von fast jedem zweiten Absolventen wird die Konzeption des Studienganges ausdrücklich begrüßt. Wenn Kritik geübt wird, dann nicht an der geringen Vorstrukturierung, sondern daran, daß daraus sich ergebende Freiheiten nicht hinreichend genutzt worden sind bzw. werden konnten. Unter dem Aspekt des Erfolgs oder Mißerfolgs des Konzeptes der offenen Studiengestaltung kann der berufliche Werdegang der Absolventen allerdings nicht völlig ignoriert werden. Ein erfolgreicher Diplomstudiengang muß seinen Absolventen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Daß das Hamburger Studienkonzept von den richtigen Grundannahmen über mögliche berufliche Tätigkeiten ausgeht, zeigen die Ergebnisse dieser Studie. Daß in der Umsetzung manches zu verbessern ist, belegt die Kritik der Absolventen. Daß mit dem Studium und dem darin erworbenen Wissen etwas auf dem Arbeitsmarkt anzufangen ist, zeigt die Zahl derjenigen, für die

69 Sofern die erworbenen inhaltlichen Kenntnisse dann ausreichen, die Abschlußprüfungen zu bestehen.

sozialwissenschaftliche Kenntnisse Voraussetzung für ihren Arbeitsplatz waren (53 %⁷⁰).

2.4.3. Richtig Politik studieren!

Kritik und Vorschläge zur Studiengestaltung

Drei Viertel der Absolventen (77 %) würden wieder Politische Wissenschaft studieren, wenn sie heute noch einmal vor der Wahl ständen. Weitere 10 % würden Politologie zumindest als Nebenfach noch einmal studieren. Wenn dieses Ergebnis auch davon beeinflusst wird, wie weit die Absolventen politikwissenschaftliche Erkenntnisse in ihrem Beruf nutzen können,⁷¹ so lassen sich doch für die weit verbreitete Vorstellung von den enttäuschten, weil an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbeistudierenden Politikwissenschaftler, die ihre Studienentscheidung bereuen werden bzw. bereuen, im Datenmaterial für die Gesamtheit aller Absolventen keine Belege finden.⁷²

Unterhalb dieser positiven Einschätzung des Politikstudiums auf der globalen Ebene wird jedoch von den Absolventen eine Menge Detailkritik geäußert. Ein großer Teil der Befragten (39 %) würde sein Studium im Wiederholungsfall ganz anders anlegen. Das ›anders anlegen‹ reicht von anderen Schwerpunktsetzungen in den Studieninhalten (21 %) über eine andere Fächerkombination (14 %) bis hin zu der Aussage, Politische Wissenschaft zwar wieder studieren zu wollen – aber keinesfalls am Hamburger Institut (4 %). Nur ein gutes Drittel (38 %) erklärt, daß es grundsätzlich auf die gleiche Art noch einmal studieren würde.

Auf die offen gestellte Frage⁷³, was den Absolventen besonders am Studium gefallen bzw. mißfallen hat, wurden am häufigsten Aussagen zu Punkten gemacht, die sich unter den Begriffen Studienordnung⁷⁴, Studieninhalte, Dozenten,

70 Der Prozentsatz zeigt zugegebenermaßen auch, daß die Chance nicht allzu groß ist. Dennoch zahlt sich das Studium auch für die 23 % aus, für die ein Hochschulabschluß formale Voraussetzung für ihre Einstellung gewesen ist. Weitere 5 % benötigen für ihre berufliche Tätigkeit zwar keinen Hochschulabschluß, geben aber einen politikwissenschaftlichen Bezug ihrer Tätigkeit an. Lediglich für 19 % der befragten erwerbstätigen Absolventen blieb das Studium für ihren Beruf völlig bedeutungslos.

71 Von den Befragten mit einem starken politologischen Bezug in ihrer beruflichen Tätigkeit würden 86 % Politische Wissenschaft noch einmal als Hauptfach und 6 % als Nebenfach studieren. Bei den Absolventen mit einem schwachen politologischen Bezug des Berufs sind es 78 % und 9 %. Ohne politologischen Bezug würden 61 % Politik als Haupt- und 17 % als Nebenfach noch einmal studieren.

72 Dies schließt diesen Zusammenhang für den Einzelfall natürlich nicht aus.

73 Bei einer offen gestellten Frage werden keine Antwortvorgaben gemacht.

74 Mit Studienordnung ist nicht im formalen Sinne eine konkrete Studienordnung des Institutes gemeint, sondern einzelne Aussagen, die im weiteren Sinne in den Bereich Studienordnung fallen.

Veranstaltungen und Praxisbezug zusammenfassen lassen. Dabei überwiegt die positive Kritik an Studieninhalten und Studienordnung, wie bereits im vorhergehenden Kapitel ausgeführt, ganz erheblich. Genau umgekehrt sieht es bei den Aussagen zu dem Lehrkörper, zu den Veranstaltungen und zum Praxisbezug aus. Während zu den Lehrenden immerhin noch von gut 11 % der Befragten positive Äußerungen gemacht wurden (negativ: 35 %), fiel nur jedem vierundzwanzigsten Absolventen zu dem Ablauf der Veranstaltungen (negativ jeder Dritte: 37 %) und gar keinem zum Praxisbezug des Studiums (negativ: 31 %) etwas Positives ein. Signifikante Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Absolventen in der Bewertung des Studiums sind kaum auszumachen.

Tabelle 17: Positive und negative Kritikpunkte am Studium

(Frage ohne Antwortvorgaben, Angaben in Prozent der Befragten, N=284)

Was hat Ihnen im Studium besonders gefallen bzw. besonders mißfallen?	positiv	negativ	Gesamt ⁷⁵	Differenz
Studienordnung	48	6	51	+ 42
Studieninhalte	41	12	49	+ 29
Dozenten	11	35	43	- 24
Veranstaltungen	4	37	39	- 33
Praxisbezug	0	31	31	- 31
Kommilitonen	6	15	20	- 9
Anforderungen	9	7	15	+ 2
Arbeitsformen	9	2	11	+ 7
Ausstattung	1	8	9	- 7
Sonstiges	0	10	10	- 10

Was verbirgt sich hinter den einzelnen Kritikpunkten? Unter dem Kritikpunkt Studienordnung wird vor allem die schwache Vorstrukturierung erwähnt (s.o.), die überwiegend als Möglichkeit der Selbstbestimmung gelobt und gelegentlich als Strukturlosigkeit verdammt wird. Unter den Studieninhalten wird in erster Linie die Vielseitigkeit der Themen (17 %) und die Vermittlung geistiger Fähigkeiten (15 %) hervorgehoben. Die im Fach hoch gehandelte Interdisziplinarität der Wissenschaft findet nur bei 6 % der Befragten Erwähnung – wovon die Hälfte

⁷⁵ Der Gesamtanteil der Absolventen, der Äußerungen zu dem entsprechenden Kritikpunkt macht, deckt sich nicht mit der Summe von Positiv- und Negativkritik, da manche Befragte unterschiedlich zu einzelnen Punkten geantwortet haben. So beklagten fünf Absolventen die Strukturlosigkeit des Studiums und erfreuten sich gleichzeitig an den Möglichkeiten der Selbstbestimmung im Studienverlauf.

(3 %) ausdrücklich das Fehlen derselbigen bemängelt. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Frage nach den gesellschaftlichen Funktionen der Politischen Wissenschaft. In dem Zusammenhang hat ebenfalls nur eine deutliche Minderheit von 17 % der Politikwissenschaft eine interdisziplinäre Funktion zuerkannt (siehe Kapitel 2.3.2). Der Praxisbezug, der in einem engen Verhältnis zu den Studieninhalten steht, wurde von fast jedem dritten Absolventen im Studium besonders vermisst.

Bei einem Drittel der Befragten haben die Lehrkräfte einen bleibenden schlechten Eindruck hinterlassen. Wenn konkreter nach der Kritik an einzelnen Studienbedingungen gefragt wird, dann sind es sogar vier von fünf Absolventen (81 %), die sich negativ über die Lehrenden äußern. Am häufigsten wird die mangelhafte Betreuung der Studierenden durch den Lehrkörper (64 %) sowie eine unzureichende Studienberatung (47 %) kritisiert. 40 % beklagen eine zu große Distanz zwischen Lehrkörper und Studierenden. Diese hohen Zahlenwerte hängen signifikant mit dem Abschlußjahr zusammen. Die Dozenten stehen bei den älteren Absolventen aus den siebziger Jahren nicht ganz so scharf in der Kritik wie in den achtziger und neunziger Jahren (64 % gegenüber 84 %). Gestiegen ist vor allem die Kritik an der Betreuung (von 28 % in der ersten Hälfte der siebziger auf 72 % zu Beginn der neunziger Jahre) und der Distanz zwischen Lehrkörper und Studierenden (von 17 % auf 52 %).

Tabelle 18: Negative Kritik und Selbstkritik am eigenen Studienverlauf nach Geschlecht und Abschlußjahr

(Angaben in Prozent der Befragten, gebündelte Antworten, Mehrfachnennungen)

Wenn Sie auf Ihr eigenes Studium zurückblicken, welche Kritik oder Selbstkritik haben Sie?	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Dozenten ⁷⁶	81	81	81	77	83
Studienbedingungen	67	64	73	49	76
Anonymität/Kommilitonen	55	54	55	42	60
Selbstkritik/Faulheit	55	53	59	52	55
Studienordnung	35	36	34	30	38
N	314	220	94	97	217

Die Entwicklung geht mit einer gestiegenen negativen Beurteilung der Studienbedingungen einher – beides nicht zuletzt eine Folge der Ausweitung der Stu-

⁷⁶ Unzureichende Studienberatung, unzureichende Betreuung durch den Lehrkörper, zu große Distanz zwischen Lehrenden und Studierenden. In dieser Kategorie ist keine Beurteilung fachlicher oder didaktischer Fähigkeiten des Lehrkörpers enthalten

dierendenzahlen und der knappen Finanzmittel. So sind unter den Absolventen der 70er Jahre nur etwa jedem neunten (11 %), seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre aber fast jedem dritten Absolventen (33 %) überfüllte Seminare als besonders negatives Studienattribut in Erinnerung geblieben. Die Auswirkungen knapper Finanzmittel machen sich bei wichtigen Ausstattungsmerkmalen wie der Bibliothek bemerkbar. Die Bibliothek, in Studierendenkreisen wegen der fehlenden aktuellen Buchtitel des öfteren auch als »Antiquariat« bezeichnet, wird in den Abschlußjahrgängen 90/91 von 61 % der Absolventen kritisiert. Dieser Wert lag für die Jahrgänge bis 1985 noch knapp unter 30 %.⁷⁷

Über die Hälfte der Absolventen (55 %) äußert Kritik an der Anonymität des Studienbetriebes, obwohl das Institut mit heute etwa 30 Absolventen pro Semester hinsichtlich der Ausbildungsleistung zu den noch überschaubaren wissenschaftlichen Einrichtungen an der Universität Hamburg zählt. Die Erklärung liegt in der geringen Reglementierung des Studiums, so daß sich ein großer Teil der Studienzeit außerhalb der engen Grenzen des Instituts abspielt und in dem hohen Anteil (etwa 60 %) von Nebenfächlern und Lehramtsstudenten in den Seminaren, Übungen und Vorlesungen. Dennoch steckt in dieser Aussage im Kern eher ein Vorwurf an die Studierenden selber, die es trotz einer relativ geringen Anzahl nicht schaffen, die Anonymität des Studienbetriebes aufzubrechen.

Neben der Kritik an den Institutionen, den Lehrenden und den Kommilitonen machten die Absolventen auch umfassend von der Gelegenheit zur Selbstkritik Gebrauch. Über die Hälfte der Befragten (54 %) räumt ein, unter den gegebenen Bedingungen nicht optimal studiert zu haben: 45 % bezichtigen sich selbst des mangelnden Fleißes, ein Viertel (25 %) meint, die Möglichkeiten des Studiums zu wenig genutzt zu haben und 24 % geben an, daß ihnen andere Aktivitäten schlicht wichtiger waren. Die Selbstkritik wird dabei überproportional von denjenigen vertreten, die beruflich erfolglos geblieben sind, d.h. ein geringes Einkommen haben, keiner geregelten Erwerbstätigkeit nachgehen und/oder in ihrer beruflichen Tätigkeit keinen politologischen Bezug aufweisen. Daß diese Selbsteinschätzung nicht durch die berufliche Sozialisation hervorgerufen wurde, sondern einen objektiven Kern hat, läßt sich an dem Zusammenhang mit den Abschlußnoten ablesen. Unter den Absolventen, die mit einer eins das Studium abgeschlossen haben, äußert ein knappes Drittel (32 %) die eine oder andere Selbstkritik. Bei der Abschlußnote zwei klettert die »Selbstkritikquote« auf 58 % und langt bei den Absolventen, die eine drei oder vier im Abschlußzeugnis stehen haben bei 72 % an.

Den Absolventen wurde eine Liste möglicher Empfehlungen und Reformvorschläge für die Studiengestaltung vorgelegt und um ihre Meinung dazu gebeten.

77 Was für sich genommen ebenfalls nicht für eine gute Bibliotheksausstattung spricht.

Tabelle 19: Empfehlungen für die heutige Studiengestaltung durch die Absolventen
(Angaben in Prozent)

Wenn Sie Ihre beruflichen Erfahrungen auf Ihr damaliges Studium beziehen, welche Empfehlungen würden Sie für die heutige Studiengestaltung geben?	notwendig	wäre gut	wäre nicht gut
Mehr berufsorientierte Seminare	60	34	7
Einführung eines Pflichtpraktikums	46	34	20
Kenntnisse in mehreren Fremdsprachen sollten erworben werden	27	69	5
Stärkere Betonung des freien Vortrags und der Rhetorik	47	46	7
Stärkere Betonung der formalen Arbeitstechniken	36	43	21
Mehr forschungspraktische Seminare	33	54	12
Stärkere Vermittlung empirischer Methoden	24	52	24
Stärkere Ausrichtung auf Policy-Analysen	17	56	28
Stärkere Strukturierung des Studiums	42	41	18
Die Anforderungen während des Studiums müssen erhöht werden	26	31	43
Stärkere Straffung des Studiums	20	31	49
Mehr Pflichtveranstaltungen	20	29	51
Ein kurzes Studium absolvieren	8	28	64
Erhöhung der Prüfungsanforderungen	10	19	71
Es sollten nur bestimmte Nebenfächer zugelassen werden wie z.B. Recht, VWL, BWL	8	12	80
Studieren ausschließlich nach eigenem Interesse	12	33	56
Frühzeitig mit einer stärkeren Spezialisierung beginnen	6	16	79
Stärkere Berücksichtigung aktueller Themen	29	45	27
Vor allem breites Basiswissen erwerben und sich wenig spezialisieren	17	51	32
Stärkere Betonung der Politischen Theorie	8	25	67
N	302	302	302

Dabei stießen die Vorschläge für eine »strengere« Prüfungs- und Studienordnung entsprechend der geäußerten Kritik auf wenig Gegenliebe. Ebenfalls ablehnend beschieden wurden Vorschläge, die auf eine thematische Verengung hinführen. Vier von fünf Befragten (79 %) halten eine frühzeitige Spezialisierung für nicht sinnvoll. Nur 6 % geben an, eine solche Spezialisierung sei notwendig. Knapp zwei Drittel (64 %) können sich mit einer zeitlichen Begrenzung im Sinne einer kurzen Studiendauer nicht anfreunden, nur jeder Zwölfte erachtet sie für unerlässlich. Auch diese Ergebnisse zeigen, daß die Absolventen mit dem vorgegebe-

nen rechtlichen Rahmen des politikwissenschaftlichen Studiums in Hamburg zufrieden sind. Die Ratschläge und Empfehlungen richten sich zum einen an die Studierenden ihr Studium effektiv zu planen und zum anderen an die Lehrenden, ein entsprechendes Veranstaltungsangebot bereitzustellen.

Nicht zuletzt auf Grund der von den Befragten kritisierten Praxisferne des Studiums ist das Pflichtpraktikum die einzige Reformempfehlung zur Studienordnung, die eine eindeutige mehrheitliche Zustimmung unter den Absolventen findet. Dieser Ansicht sind vor allem die Befragten, die selbst ein Praktikum absolviert haben. Hier hält eine Mehrheit von 55 % die Einführung eines Pflichtpraktikums nicht nur für gut sondern für notwendig. Die Absolventen, die kein Praktikum absolviert haben, stehen einem Pflichtpraktikum wesentlich reservierter gegenüber. Hier halten nur 33 % die Einführung für notwendig und fast die gleiche Anzahl (31 %) spricht sich dagegen aus. Sie sind offenkundig von dem Nutzen eines Praktikums nach wie vor nicht überzeugt. Diese Unterschiede erklären sich auch aus dem Umstand, daß das Praktikum für über 60 % derjenigen, die ein Praktikum absolviert haben, lediglich eine »wichtige persönliche Erfahrung« darstellt, die als solche zwar sinnvoll, aber eben nicht unbedingt notwendig ist (siehe Kapitel 3.2.2). Die Wichtigkeit einer Erfahrung kann aber nur jemand einschätzen, der sie auch gemacht hat.

Alle vorgeschlagenen Empfehlungen, die sich auf den Erwerb von Zusatzqualifikationen beziehen sowie einen berufspraktischen oder forschungspraktischen Bezug des Studiums stärker in den Vordergrund stellen, wurden von den Befragten positiv aufgenommen. Die größte Zustimmung erhielt die Empfehlung, mehr berufsorientierte Seminare zu besuchen. Fast 60 % halten dies für notwendig, ein weiteres Drittel würde dies begrüßen. Mit dieser Empfehlung ist weniger eine Ausweitung der vorgeschriebenen aber nur sporadisch durchgeführten Berufsfeldanalysen oder eine thematische Konzentration auf ein Berufsfeld gemeint, sondern eine Arbeitsweise in den Seminaren, die sich stärker an den Ansprüchen des Berufslebens ausrichtet. Es geht also nicht so sehr darum, berufsorientierte Seminare zu veranstalten, sondern Seminare berufsorientierter zu gestalten. Dazu gehören stärkere Kontakte mit Vertretern der »Praxis« (Exkursionen, Gastreferenten etc.), dazu gehören Arbeitsbedingungen wie in der »Praxis« (kurze Vorbereitungszeiten für Referate, exakte Terminierung etc.), dazu gehören Arbeitsformen wie in der »Praxis« (Projekt- und Teamarbeit). Dies ergibt sich aus Gesprächen mit Absolventen und den anderen Empfehlungen (vgl. Ebbinghausen u.a. 1983: 127).

Die Forderung, Fremdsprachen während des Studiums eine größere Aufmerksamkeit zu widmen, wird von den Befragten sehr stark unterstützt. Zwar halten dies nur 28 % für notwendig, jedoch würden fast alle (95 %) einen verstärkten

Erwerb von Fremdsprachen empfehlen. Diese Empfehlung wird über alle beruflichen Tätigkeitsfelder der Befragten hinweg in relativ gleicher Stärke ausgesprochen. Wesentlich geringer fällt die Fürsprache nur bei den Absolventen aus, die sich in Jobs befinden, für die kein Hochschulabschluß erforderlich war. Hier stimmten nur 17 % der Notwendigkeit zu.⁷⁸ Unter den Inhabern akademischer Arbeitsplätze sind es fast ein Drittel (30 %), die Kenntnisse in mehreren Fremdsprachen für erforderlich halten.

Ebenfalls eng an die Erfordernisse des Erwerbslebens angelehnt, ist der Ratsschlag von über 90 % der Befragten, die Ausbildung von Fertigkeiten in freier Rede und Rhetorik stärker zu beachten. Die Hälfte davon erachtet dies ausdrücklich als notwendig. Die Empfehlung zum Aneignen formaler Arbeitstechniken wird nicht mehr von ganz so vielen Befragten getragen. Nur 36 % halten dies für notwendig, aber es ist immer noch eine große Mehrheit von fast 80 %, die diese Empfehlung positiv sieht.⁷⁹ Die drei letztgenannten Empfehlungen – Fremdsprachen, Rhetorik und Arbeitstechniken – beziehen sich auf den Erwerb sogenannter Schlüsselqualifikationen, die nicht auf ein bestimmtes Berufsfeld abzielen, sondern für alle akademischen Tätigkeiten förderlich sind.

Die Aneignung von Methoden empirischer Sozialforschung wird oft ebenfalls als generell berufsqualifizierendes Element für Sozialwissenschaftler gesehen.⁸⁰ Diese Auffassung wird von Absolventen nur bedingt geteilt. Zwar halten drei Viertel der Befragten eine verstärkte Vermittlung empirischer Methoden für gut, aber lediglich ein Viertel sieht dies als notwendig an und immerhin die gleiche Zahl spricht sich dagegen aus.⁸¹ Bei den Absolventen, die auf Grund ihrer sozialwissenschaftlichen Qualifikation eingestellt worden sind, genießt die Methodenlehre als berufsqualifizierendes Element einen vergleichsweise hohen Stellenwert. Fast jede Dritte aus dieser Gruppe (31 %) sieht eine bessere Methodenausbildung als notwendig an. Aber auch hier hält eine relativ große Gruppe von einem Fünftel eine Ausweitung der empirischen Methodenlehre für nicht sinnvoll. Eine Aus-

78 Der Anteil der Gegner einer solchen Qualifikation bleibt in dieser Gruppe mit 6 % durchaus im Rahmen des Üblichen.

79 Der Widerstand gegen eine Ausweitung formaler Arbeitstechniken ist wegen fehlender beruflicher Erfahrungen in der Gruppe der nicht regelmäßig Erwerbstätigen mit 32 % weit überdurchschnittlich stark vertreten.

80 Entsprechend dieser Auffassung halten auch 30 % derjenigen, denen die Karriere sehr am Herzen liegt eine verstärkte Auseinandersetzung mit empirischen Methoden für notwendig. Bei den anderen sind es nur 16 %.

81 Die Methodenlehre wird erst seit 1985 am Institut für Politische Wissenschaft gelehrt und ist erst seit 1988 auch Bestandteil der Prüfungsordnung. Bei den Befragten, die ohne explizites Angebot in empirischer Methodenlehre studiert haben, ist die Zustimmung zu dieser Forderung geringfügig höher.

weitung der Vermittlung empirischer Methoden im Studium wird weit überproportional von den Absolventen, die im Bereich Archiv/Dokumentation (38 %) oder in den Medien (36 %) tätig sind oder eine Aus- bzw. Fortbildung absolvieren (38 %), abgelehnt.

Für die Gesamtheit der Befragten läßt sich kein Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und der Empfehlung für mehr empirische Methodenlehre im Studium erkennen. Eine Notwendigkeit, empirischen Methoden stärkere Beachtung zu schenken, sehen 24 % der Männer und 27 % der Frauen. Wenn man die Befragten weiter nach der Art und den Ausbildungsvoraussetzungen der Tätigkeiten aufschlüsselt, ergibt sich jedoch ein großer Unterschied zwischen den Geschlechtern. Während bei den Männern die Bejahung der Notwendigkeit von Kenntnissen empirischer Methoden mit dem politologischen Bezug der Tätigkeit steigt, ist dies bei den Frauen genau umgekehrt. Entsprechendes gilt für die formalen Voraussetzungen der ausgeübten Tätigkeit. Während bei den Männern empirische Methoden am stärksten von denen gefordert werden, bei denen ein sozialwissenschaftliches Studium Voraussetzung für den Job war, und am wenigsten bei denen, die einen Job ohne die Voraussetzung eines Hochschulstudiums innehaben, ist dies bei den Frauen ebenfalls umgekehrt. Mögliche Erklärung: Die Abneigung gegen die Methodenlehre hat sich bei den Frauen auch im Erwerbsleben gehalten. Bei ihnen hat sich das Fehlen empirischer Kompetenz jedoch viel stärker negativ auf die Jobsuche im sozialwissenschaftlichen Bereich ausgewirkt, als bei den Männern.

Ein thematisches Umschwenken in den Studieninhalten ist unter den Absolventen umstritten. Jeweils 37 % halten ein Umschwenken für »notwendig« bzw. für »nicht gut«. Das heißt im einzelnen: Eine stärkere Berücksichtigung aktueller Themen wird von 29 % für notwendig erachtet und von 27 % abgelehnt. Eine stärkere Ausrichtung des Studiums auf Policy-Analysen wird von deutlich mehr Absolventen abgelehnt (28 %) als für notwendig angesehen (17 %). Aktuellere Themen werden vor allem von den im Bereich Journalistik/Publizistik Tätigen gefordert – dort sind es 42 %, die für notwendig votieren. Die Policy-Analyse findet ihre Anhänger im wissenschaftlichen Tätigkeitsfeld, daß das einzige Tätigkeitsfeld darstellt, in dem die Anhänger der Policy-Analyse mit 29 % die Zahl der Gegner (19 %) klar übertreffen.

Eine Erhöhung der Anforderungen wird unterschiedlich betrachtet. Während eine Erhöhung der Prüfungsanforderungen generell abgelehnt wird, werden die Anforderungen während des Studiums, d. h. während der einzelnen Veranstaltungen differenzierter beurteilt. Eine knappe Mehrheit hätte zumindest nichts dagegen einzuwenden (57 %), wenn der Leistungsdruck verstärkt würde. Als notwendig erachtet ein gutes Viertel eine Erhöhung der Leistungsanforderungen. Die

Empfehlung zur Erhöhung der Leistungsanforderungen ist vor allem von der Bedeutung des beruflichen Erfolges der Absolventen geprägt. Als Protagonisten höherer Anforderungen erweisen sich die karriereorientierten Befragten. Unter ihnen halten 32 % die Erhöhung für notwendig, etwa die gleiche Zahl ist dagegen (31 %). Unter den weniger Erfolgsorientierten fordert nicht einmal jeder Sechste (18 %) eine Erhöhung und über die Hälfte (59 %) sind dagegen.⁸²

Fazit: Änderungen an der Studienanlage im Sinne einer Einschränkung der Gestaltungsfreiheit werden von den Befragten aus allen Tätigkeitsfeldern abgelehnt. Eine große Zustimmung findet dagegen die Empfehlung an die einzelnen Studierenden, ihr Studium stark zu strukturieren, also eine eigene fundierte Studienplanung zu betreiben. Ebenso generell zustimmend werden Empfehlungen aufgenommen, die auf einen stärkeren Praxisbezug hinauslaufen. Damit ist vor allem eine stärkere Orientierung auf die Arbeitsbedingungen des Erwerbslebens und die Vermittlung von grundlegenden Qualifikationen/Fähigkeiten gemeint. Umstritten sind Auffassungen, die eine inhaltliche Umorientierung empfehlen. Hier variiert der Zustimmungsanteil stark zwischen den einzelnen Tätigkeitsfeldern, in denen die Absolventen beschäftigt sind. Unterschiedliche Empfehlungen stehen häufig auch in einem Zusammenhang mit dem Grad des politikwissenschaftlichen Bezuges der ausgeübten Tätigkeit.

82 Dieses Ergebnis spiegelt sich auch unter der Berücksichtigung der Einkommenshöhe wieder. Sie korreliert positiv mit der Empfehlung.

3. Der Übergang

3.1. Wie sie wurden, was sie sind – Der Übergang vom Studium zum Beruf

Wer ein Medizinstudium beginnt, wird mit ziemlicher Sicherheit einmal Arzt; Juristen werden zumindest zum größten Teil Anwalt, Richter oder gehen in die Verwaltung. Was werden diejenigen, die Politische Wissenschaft studieren? Einem nicht geringen Teil der alltäglichen Gesprächspartner fällt dazu spontan Bundeskanzler ein. Eine Vorstellung, die angesichts des hohen Anteils an Politikwissenschaftlern unter den Kanzlerkandidaten der SPD nicht ganz aus der Luft gegriffen ist.⁸³ Nur werden diese Stellen nicht häufig vergeben. Eine andere typische Reaktion lautet in etwa: »Hm, das ist ja interessant? Aber schwierig damit was anzufangen, nicht wahr? Was wird man denn damit? Haben Sie denn noch etwas richtiges gelernt?« Hieran wird vor allem ein grundlegendes Problem deutlich: Das Bild der Öffentlichkeit von dem Fach, seinen Inhalten, den vermittelten Qualifikationen und damit seinem individuellen wie gesellschaftlichen Nutzen ist völlig unklar. Ein Nährboden, auf dem dann auch die bekannten Vorurteile vom spleenigen Weltverbesserer u.a.m. gut gedeihen können (vgl. Massing 1980: 188ff).

Politische Wissenschaft wird, wie schon berichtet, von Vielen als Teil der Persönlichkeitsfindung und nicht im Sinne einer Berufsausbildung studiert. Insofern wäre diese gebündelte Unkenntnis über das Fach für die Betroffenen im Prinzip nicht weiter besorgniserregend. Doch letztendlich kommt dem Studium für alle Absolventen im Lebenslauf eine entscheidende Rolle für die faktisch notwendige berufliche Tätigkeit zu. Das vorherrschende Bild der Politologen in der Öffentlichkeit ist gerade während des Einstiegs in die Berufswelt von erheblicher Bedeutung, weil die Politische Wissenschaft auf keinen beruflichen Traditionsbestand zurückgreifen kann, mit dem man sie identifiziert und der ihren Absolventen bevorzugt offensteht. Dem Problem der Rahmenbedingungen beim Übergang vom Studium in den Beruf ist der erste Teil dieses Abschnittes gewidmet. Danach wird beschrieben, welche beruflichen Wünsche die Befragten hatten und wie weit sie sich umsetzen ließen. Anschließend stehen die verschiedenen Bewerbungsstrategien im Mittelpunkt, die die Absolventen ausprobiert haben. Hierbei ist besonders der Frage nachzugehen, wie weit eine Abrundung des Qualifikationsprofils über das Studium hinaus sinnvoll ist. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Praktika und Auslandsaufenthalten.

83 Engholm, Scharping

3.1.1. Aller Anfang ist schwer – Problematische Rahmenbedingungen bei der Arbeitsplatzsuche

Probleme bei der Arbeitsplatzsuche gibt es nicht nur bei den heutigen Abschlußjahrgängen. 54 % aller Befragten haben seit dem Studienende Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gesammelt. Die Dauer der Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit⁸⁴ schwankt zwischen einem Monat und fünf Jahren. Die durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit liegt bei 13,7 Monaten. Die Hälfte der Befragten war ein Jahr oder länger erwerbslos. Der niedrigste Anteil an »erfahrenen Erwerbslosen« wurde bei den jüngsten Abschlußjahrgängen 90 und 91 mit 40 % gemessen. Dies dürfte allerdings weniger eine Folge gestiegener Arbeitsmarktchancen als vielmehr des Umstandes sein, daß auf Grund der hohen Zahl ungesicherter und befristeter Arbeitsverhältnisse eine vorübergehende Arbeitslosigkeit auch zu späteren Zeitpunkten im Erwerbsleben eintreffen kann. Der 40 %-Anteil unter den jüngsten Abschlußjahrgängen drückt ausschließlich die Startschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt aus.

Tabelle 20: Arbeitslosigkeitserfahrungen, Stellenvorgänger und formale Voraussetzungen nach Abschlußjahren
(Angaben in Prozent)

	Arbeitslosigkeits- erfahrungen			Qualifikation des Stellenvorgängers			Geforderte formale Qualifikation				
	G	v. 85	s. 85	G	v. 85	s. 85	G	v. 85	s. 85		
ja	54	55	54	neu eingerichtet	38	34	41	Politologe	19	18	19
nein	46	45	46	Politologe	7	9	6	Sozialwissenschaftler	15	12	16
				anderer Akademiker	26	26	27	anderer Akademiker	5	6	5
				kein Akademiker	13	16	11	allg. Akademiker	37	37	37
				weiß nicht	14	15	13	kein Hochschulabschluß	6	4	7
				sonstiges	1	1	1	keine Voraussetzungen	18	21	17
N	317	220	97	N	228	83	145	N	278	100	178

Diese Startschwierigkeiten müssen auch im Zusammenhang mit der recht jungen Geschichte des Faches Politische Wissenschaft gesehen werden. Lediglich 7 % der Befragten konnten an ihrem Arbeitsplatz an die Arbeit eines politikwissenschaftlich ausgebildeten Vorgängers anknüpfen, der bereits Vorbehalte gegen die »neue« und »unbekannte« Ausbildung und ihre Absolventen hätte abbauen können. Bei knapp 40 % wies der Vorgänger eine andere oder keine wissenschaftliche Qualifikation auf, ein gutes Drittel hat eine neu eingerichtete Stelle inne.⁸⁵ Der

84 Die Einstufung der Erwerbslosigkeit erfolgt nach Selbsteinschätzung. Die Frage lautete: »Waren Sie zwischen Studienende und heute irgendwann erwerbslos?«

85 14 % wußten nichts über die Qualifikation ihrer Vorgänger

Anteil der Stellenvorgänger ohne wissenschaftliche Qualifikation (13 %), läßt sich hauptsächlich auf den Anlernberuf Journalist zurückführen. Die Stelle eines Vorgängers mit einer anderen wissenschaftlichen Ausbildung übernahmen 26 % der erwerbstätigen Befragten; diese Vorgänger stammten vor allem aus den Bereichen Jura/Ökonomie (41 %) sowie Geisteswissenschaften (24 %) und anderer Sozialwissenschaften (12 %).

Politologen werden nicht gesucht, sondern befinden sich in einer starken Konkurrenzsituation mit den Absolventen anderer »etablierter« Hochschulfächer. Dies läßt sich entsprechend in den Stellenausschreibungen wiedererkennen. Nicht einmal jeder fünfte (19 %) erwerbstätige Absolvent sitzt auf einer Stelle, für die ausdrücklich ein Politikstudium als Voraussetzung angegeben war. 15 % konkurrierten mit anderen Sozialwissenschaftlern, 37 % mit Absolventen anderer Hochschulfächer. 5 % bewarben sich von vornherein mit einem anderen Studienabschluß. Bei 25 % war ein Studienabschluß überhaupt nicht erforderlich.

Angesichts dieser, unter Qualifikationsgesichtspunkten, weit gestreuten Konkurrenz, stellt sich die Frage, welche Chancen Politologen haben, sich auf einem zunächst anonymen Arbeitsmarkt zu behaupten. Bei vielen Bewerbungen bestehen keine persönlichen Beziehungen zu den potentiellen Arbeitgebern. Die Bewerber sind gezwungen, ihre formalen Qualifikationen in den Vordergrund zu stellen, um gegen die Konkurrenz zu bestehen. Dabei gewinnt das Image des Faches Politische Wissenschaft an Bedeutung. Welchen Vorurteilsstrukturen sehen sich Politologen im Beruf und dabei speziell in der Bewerbungssituation ausgesetzt?

Die offen gestellte Frage nach wahrgenommenen Vorbehalten gegenüber der Qualifikation der Absolventen bei ihren bisherigen beruflichen Tätigkeiten oder in Bewerbungssituationen erbrachte ein differenziertes Bild der vorhandenen Vorurteilsstrukturen. 49 % der Befragten geben an, mit Vorurteilen konfrontiert worden zu sein.⁸⁶ Der Vorbehalt, das Fach Politische Wissenschaft sei anderen (Konkurrenz-)fächern gegenüber minderwertig oder weniger qualifizierend, ist den befragten Absolventen in der Berufswelt am häufigsten begegnet (41 %). Ebenfalls relativ oft beklagen die Politologen eine völlige Unkenntnis über die Inhalte des Faches (29 %). Beide Punkte sprechen für eine schlechte Selbstdarstellung des Faches in der Öffentlichkeit. Das Vorurteil der Linkslastigkeit des Faches, in den 70er Jahren noch der am häufigsten empfundene Vorbehalt, stellt seit 1980 kaum noch ein Problem dar. Der Vorwurf der Praxisferne sowie eine allgemeine Ablehnung von Akademikern sind Vorbehalte, die sich kaum exklusiv für

⁸⁶ Es haben 140 Absolventen = 41 % der Befragten auf diese Frage nicht geantwortet. 10 % bemerkten ausdrücklich, obwohl dies in der Frage nicht gefordert war, daß sie keinen Vorbehalten begegnet sind.

die Politische Wissenschaft vereinnahmen lassen, sondern den Absolventen fast aller Studiengänge an den Hochschulen entgegengebracht werden. Die Meinung, Politikwissenschaftler hätten überflüssige bzw. irrelevante Qualifikationen erworben, wurde zwar relativ selten, seit 1980 jedoch in steigendem Maße, genannt. Vorbehalt

Bemerkenswerterweise nennen die Absolventen der Abschlußjahrgänge seit 1985 bis auf den Vorwurf der Linkslastigkeit alle angeführten Vorbehalte wesentlich öfter. Vor allem die häufiger wahrgenommenen Vorbehalte der Unkenntnis über die fachliche Qualifikation und der Praxisferne werfen auf den ersten Blick ein schlechtes Licht auf das Institut. Diese Unterschiede geben allerdings die realen Verhältnisse nicht korrekt wieder. Die Vorbehalte haben, falls überhaupt, dann zumindest nicht in dieser Deutlichkeit zugenommen. So hat bspw. der Anteil der Absolventen, die Vorbehalte feststellten, nicht zugenommen. Jede einzelne Befragte nannte lediglich mehr Punkte. Dies läßt sich darauf zurückführen, daß eine Skepsis gegenüber der Qualifikation besonders stark in der Bewerbungs- und Berufseingangsphase gespürt wird. Diese Erinnerungen sind bei den jüngeren Befragten noch frischer. Hinzu kommt, daß die jüngeren Abschlußjahrgänge verstärkt auf studienfremden Feldern nach Anstellungen suchten, wo Vorbehalte naturgemäß eher zu erwarten sind, als im Bereich Forschung, Verwaltung oder Politik.

Tabelle 21: Vorbehalte gegenüber der politologischen Qualifikation

(Angaben in Prozent der Befragten, die Vorbehalte erlebt haben)

Vorbehalt	Ins- gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Im Vergleich Minderwertig/Abqualifizierung	41	42	38	36	43
Unkenntnis über Fach/Qualifikation	29	29	30	20	34
Praxisferne	19	21	16	11	23
Linkslastigkeit	15	15	16	24	11
Ablehnung von Akademikern	7	8	6	4	9
Überflüssige/irrelevante Qualifikation	6	5	6	2	8
Sonstige	23	23	22	22	23
N	162	112	50	55	107

Darüber hinaus wurden die Absolventen nach Erfahrungen in der konkreten Bewerbungssituation gefragt. Welche Faktoren wirkten sich günstig oder ungünstig bei den Bewerbungen aus? Hier gaben 88 % der Befragten ihrer Einschätzung nach positive, aber nur 61 % negative Faktoren an.⁸⁷ Die absolute Zahl negativer

⁸⁷ Lediglich sechs Befragten (=2 %) fielen nur negative Faktoren ein

Faktoren ist aus zwei Gründen jedoch nur eingeschränkt aussagefähig:

1. ›Nur‹ zwei Drittel aller Befragten haben sich öfter als viermal beworben, konnten also überhaupt umfassende Erfahrungen sammeln. Die Befragten, die mit wenig Bewerbungen erfolgreich war, verfügten oft über Kontakte und Fürsprecher, bewarben sich also gezielt auf Stellen, wo mit Vorbehalten nur in geringerem Umfang zu rechnen war und das Studium einen geringeren formalen Stellenwert einnimmt als im üblichen schriftlichen Bewerbungsverfahren.

2. Nur wer bis zum Vorstellungsgespräch gekommen ist, kann entsprechende konkrete Erfahrungen machen. Schriftliche Absagen sind zumeist Formbriefe ohne Angabe von Gründen, auf deren Grundlage sich über ausschlaggebende Faktoren höchstens spekulieren läßt. Wer bis zum Vorstellungsgespräch gekommen ist, trifft aber naturgemäß auf ›freundlicher‹ gestimmte Gesprächspartner, bei denen Vorurteile gegenüber Politologen eine geringe Rolle spielen.

Vorurteilsstrukturen spielen vor allem bei den Bewerbungen eine Rolle, bei denen es keine vorherigen Beziehungen zum potentiellen Arbeitgeber gibt und bei denen eine große Zahl von Konkurrenten mit anderen Ausbildungsverläufen zu erwarten ist.⁸⁸

Entsprechend den Vorbehalten gegenüber Politologen im Berufsleben kommt dem Image der Politikwissenschaft bzw. der Unkenntnis über die Inhalte des Faches im Bewerbungsverfahren ein starkes Gewicht zu. 22 % der Befragten, die negative Faktoren benennen, geben diesen Punkt an. Erst dann folgen Faktoren wie fehlende Berufserfahrung (20 %), hohes Alter (13 %) oder lange Studiendauer (9 %), wobei dies Punkte sind, die unabhängig vom Ausbildungsgang ein Problem beim Einstieg in den Beruf darstellen. Umgekehrt wurde das politikwissenschaftliche Studium bzw. das Image der Politikwissenschaft nur von 3 % der Befragten als positiver Bewerbungsfaktor angegeben.

Wie sind diese in der Berufswelt erlebten Vorbehalte, wenn nicht gar Vorurteile, die von den Absolventen als Problem erkannt werden, zu bewerten? Angesichts der Ansprüche der Absolventen an die inhaltliche Ausrichtung des Faches ›Politische Wissenschaft‹ (siehe Kapitel 2.3.2), wird man sich über Vorbehalte in Unternehmen, die ihr Ziel ausschließlich in kurzfristiger Gewinnmaximierung ohne gesellschaftliche Verpflichtung sehen, sicherlich nicht zu wundern brauchen. Die Politikwissenschaft mit ihrem Selbstverständnis als kritische Reflexionswissenschaft macht sich selbst als Wissenschaft überflüssig, wenn sie versucht in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung den Ansprüchen der freien Wirtschaft hinterherzu-

88 Es ist davon auszugehen, daß die Vorurteilsstrukturen je nach Beschäftigungsbereich sehr unterschiedlich sind. Eine Zuordnung, in welchen Beschäftigungsbereichen Vorbehalte gegen die Qualifikation als Politikwissenschaftler besonders stark zum Tragen kommen, läßt sich jedoch aus dem vorliegenden Datenmaterial leider nicht treffen.

hinken. Berechtigterweise frustrierend ist dagegen die Erfahrung für Absolventen, wenn sie auch in politiknahen Tätigkeitsfeldern, wie der Verwaltung und der Politikberatung mit Vorbehalten zu kämpfen haben. In diesen Bereichen steht die Wissenschaft bzw. stehen ihre Vertreter in der Pflicht, das Image der Politikwissenschaft und damit die Berufschancen ihrer Absolventen nachhaltig zu verbessern.

Der rund 50prozentige Anteil von befragten Absolventen, die keine Vorbehalte mitteilen, zeigt, daß die Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Politologen weniger gravierend sind, als allgemein befürchtet wird (vgl. Massing 1980: 188).⁸⁹ In den Segmenten des Arbeitsmarktes, in denen die Politologen sich bewerben bzw. arbeiten, sind Vorbehalte gegen die Qualifikation oft nicht spürbar. Allerdings: Daß Vorbehalte nicht spürbar sind, heißt nicht, daß es keine gibt. Real vorhandene Vorurteile mögen bei der schriftlichen, anonymen Vorauswahl eine nicht nachzuweisende Rolle gespielt haben; den Bewerbern wurde dies wohl kaum mitgeteilt. Bei Bewerbungsgesprächen mag sich das schon anders verhalten, aber hier hat bereits eine Vorauswahl stattgefunden. Wenn Vorbehalte gegen die Qualifikation bestanden, dürfte es in der Regel zu diesen Gesprächen gar nicht erst gekommen sein. Im Berufsalltag werden ebenfalls Vorbehalte kaum direkt geäußert werden. Dies gilt um so mehr für diejenigen, die bereits länger berufstätig sind und anfängliche Vorbehalte längst durch Leistung widerlegt haben.

Fazit: Die Rahmenbedingungen der Absolventen bei der Arbeitsplatzsuche sind in hohem Maße von einer Konkurrenzsituation zu anderen Studiengängen geprägt. Dabei kommt erschwerend hinzu, daß es sich bei der Politikwissenschaft in Deutschland nach wie vor um eine relativ junge Wissenschaft handelt. So können die Absolventen nur selten an die Arbeit politikologisch geschulter Vorgänger anknüpfen. Unter diesen Bedingungen kommt bestehenden Vorurteilsstrukturen über das Studienfach eine besondere Bedeutung zu. So bereitet das schlechte Image des Faches den Absolventen bei der Stellensuche dann auch die relativ größten Schwierigkeiten. Hier ist die Wissenschaft bzw. ihre Vertreter selbst gefragt, durch eine effektive Öffentlichkeitsarbeit diese Probleme zu beseitigen.

3.1.2. Wünsche und Illusionen – Angestrebte Berufe

Die Beschäftigungsverhältnisse der erwerbstätigen Absolventen des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg (IPW) lassen sich in fünf große Beschäftigungsbereiche unterteilen. Dabei handelt es sich um die Bereiche Medi-

89 Zwar spielt hier im Einzelfall auch schlicht ›Faulheit‹ bei der Beantwortung der Frage oder eine notorische Antwortverweigerung bei sogenannten ›offenen‹ Fragen eine Rolle (4,5 % der Befragten haben bei den offenen Fragen systematisch die Antwort verweigert), doch ändern diese Fälle nichts an der Grundtendenz.

en (30 %), Forschung und Bildung (20 %), Handel und private Dienstleistungen (20 %), Politik i.w.S.⁹⁰ (15 %) sowie Öffentliche Verwaltung/Dienstleistung (13 %) (siehe Kapitel 4.2.1). Die aktuelle Verteilung der Hamburger Politologen auf die verschiedenen Beschäftigungsbereiche ist dabei nicht nur das Ergebnis längerfristiger Präferenzen und des persönlichen Qualifikationsprofils, sondern auch von strukturellen wie individuellen Faktoren bei der/den Bewerbungssituation/en, die von dem einzelnen Absolventen teilweise nur schwer zu beeinflussen sind: Nachfrage und Angebot an Stellen, Zugang zu Informationen über diese Angebote, saisonale Einflüsse, besondere Anforderungen, Glück, etc. (vgl. Kellermann 1987: 88). In diesem Spannungsfeld zwischen Subjekt (= »Karrieretyp« mit klaren, umgesetzten Präferenzen) und Objekt (= entsprechend »zufällig« in ein Berufsfeld verschlagener Typ) auf dem Arbeitsmarkt bewegen sich die Absolventen, wenn sie den Einstieg in das Berufsleben versuchen.

Die Befragten sahen sich selbst etwa zur Hälfte schon in einer frühen Phase des Studiums als Subjekt bei der Wahl eines Arbeitsplatzes. 51 % gaben an, schon immer oder früh eine konkrete berufliche Vorstellung gehabt zu haben. Davon bewahrte sich wiederum etwa jeder Zweite die Subjektrolle durch Flexibilität bei den Berufszielen. Ob diese Flexibilität eine Folge von wechselnden Interessenlagen während des Studiums bzw. der persönlichen Entwicklung ist oder aber von außen durch prognostizierte, gute oder schlechte, Berufschancen hervorgerufen wurde, läßt sich anhand der Daten nicht erkennen. Der Anteil der Befragten, der erst spät konkrete Berufsvorstellungen entwickelte, liegt bei etwa einem Sechstel (16 %). Ein Drittel der Absolventen schaffte es überhaupt nicht, konkrete berufliche Perspektiven zu entwickeln und brachte das Studium ohne oder mit immer unklarer werdenden beruflichen Vorstellungen (33 %) hinter sich.

Spätestens nach Beendigung des Studiums müssen aber *alle* Absolventen bei der Berufswahl Präferenzen entwickeln, an denen sie ihr Bewerbungsverhalten ausrichten können. Dabei ist zu vermuten, daß in dieses Bewerbungsverhalten die Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktangebotes von vornherein so einbezogen werden, daß ein Erfolg wahrscheinlich wird. Hierfür spricht vor allem, daß nur 15 % zum Studienabschluß lediglich *ein* bevorzugtes Tätigkeitsfeld angeben. Diese Art der Flexibilisierung in den beruflichen Zielen ermöglichte es vier von fünf Befragten anzugeben, daß sie ihre beruflichen Präferenzen weitgehend (50 %) oder zumindest zeitweise/teilweise (31 %) verwirklichen konnten. Am beliebtesten war zum Studienende mit 51 % eine journalistische bzw. publizistische Tätigkeit. 28 % konnten sich eine Tätigkeit im Bereich Öffentlichkeitsarbeit vorstellen. Je 23 % wollten in der Forschung arbeiten oder hatten eine Präferenz für Bildungs- bzw. Fortbildungstätigkeiten.

90 Hierunter werden gefaßt Parlamente, Parteien, Verbände, Stiftungen etc.

Tabelle 22: Die am stärksten präferierten Tätigkeiten⁹¹ am Ende des Studiums nach Geschlecht und Abschlußjahr

(bis zu 3 Nennungen möglich, Angaben in Prozent der Befragten, in Klammern die angegebene Hauptpräferenz)

Für welche Tätigkeiten hatten Sie am Ende des Studiums besondere Präferenzen?	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Publizistische/journalistische Tätigkeit	51 (35)	48 (32)	59 (40)	48 (31)	53 (36)
Öffentlichkeitsarbeit	28 (4)	26 (3)	32 (8)	20 (1)	32 (6)
Forschung	23 (8)	23 (7)	23 (11)	28 (5)	21 (9)
Bildungs-/Fortbildungstätigkeit	23 (9)	24 (9)	22 (8)	36 (15)	17 (6)
Planungs- und konzeptionelle Tätigkeiten	21 (6)	23 (6)	14 (4)	19 (6)	22 (6)
Referententätigkeit	21 (6)	22 (6)	18 (5)	20 (5)	22 (7)
Tätigkeit im Hochschulbereich	20 (9)	21 (11)	18 (3)	21 (15)	19 (6)
Politikberatung	20 (5)	25 (6)	9 (1)	17 (6)	21 (5)
Verwaltungstätigkeit/Organisation	19 (6)	22 (7)	11 (4)	13 (2)	22 (8)
Politische Arbeit	16 (5)	14 (3)	21 (10)	22 (7)	14 (4)
N	325	228	97	107	218

Lesebeispiel: Für 51 % der Befragten gehörten publizistisch/journalistische Tätigkeiten zu den drei Tätigkeitsfeldern, für die sie die stärksten Präferenzen hatten. 35 % setzten dabei publizistisch/journalistische Tätigkeiten auf Platz 1 ihrer eigenen Präferenzliste.

Die Präferenzstrukturen hat seit den 70er Jahren einen erheblichen Wandel erfahren. Dies wird sehr deutlich, wenn man nur die Hauptpräferenz berücksichtigt. Während in den 70er Jahren die Hauptpräferenz von zwei Dritteln der Befragten in nur drei Tätigkeitsbereichen lag,⁹² weitete sich das Spektrum angestrebter Tätigkeitsfelder später immer weiter aus, so daß bei den jüngsten Absolventenjahrgängen überhaupt keine Schwerpunkte mehr erkennbar sind. Mit einer Ausnahme: Publizistische und journalistische Tätigkeiten haben ihren Reiz auf die Befragten konstant ausgeübt und erschienen in jedem Abschlußjahrgang etwa einem Drittel der Absolventen als erstrebenswertestes Berufsziel. Keine der anderen Tätigkeiten wurde von mehr als 10 % der Befragten als Hauptpräferenz genannt. Die Ausweitung der Absolventenzahlen führte also nicht zu einem zunehmenden Druck auf dem bestehenden »politologischen« Arbeitsmarkt, sondern die Befragten wendeten sich in verstärktem Maße neuen Arbeitsbereichen zu.

Wo haben sich die Absolventen beworben? Der Bereich Printmedien steht auch im Bewerbungsverhalten entsprechend den Tätigkeitspräferenzen deutlich an der Spitze des beruflichen Interesses der Befragten. Dies war jedoch nicht im-

91 Aufgeführt sind nur Tätigkeiten, die von mehr als 10 % der Befragten angegeben wurden

92 Publizistische/journalistische Tätigkeit 26 %, Bildungs-/Fortbildungstätigkeit 20 %, Tätigkeit im Hochschulbereich 18 %

mer so: Die Abschlußjahrgänge 70–74 bewarben sich am häufigsten an der Universität, die Jahrgänge 75–79 in der Öffentlichen Verwaltung. Erst in den Abschlußjahrgängen seit 1980 schickten die meisten Befragten Bewerbungen an Zeitungen und Zeitschriften. Während Tätigkeiten in der Verwaltung über alle Jahrgänge hinweg sehr begehrt waren, nahmen die Versuche, als akademischer Nachwuchs an den Universitäten zu bleiben, in Relation zu anderen Beschäftigungsbereichen stetig ab. Bewarben sich von den Abschlußjahrgängen 70–74 noch 63 % auf entsprechende Arbeitsplätze, sind es heute nur noch 25 %. Einen ähnlichen Verlauf nahm die Entwicklung sowohl bei den öffentlichen Bildungseinrichtungen, der Anteil sich bewerbender Absolventen sank von maximal 50 % bei den Abschlußjahrgängen 75–79 bis auf heute 9 %, als auch bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen (von 38 % auf 15 %).⁹³ Die Funkmedien sowie der Bereich privater Dienstleistungen zählen demgegenüber zu den aktuellen ›Aufsteigern‹, ihre Attraktivität als Arbeitgeber nahm im Verhältnis zu anderen Beschäftigungsbereichen seit Mitte der 80er Jahre deutlich zu, was sich bei den Funkmedien auf die rasante Ausweitung entsprechender Arbeitsplatzangebote durch die Zulassung von privaten Sendeanstalten zurückführen läßt. Auch der Zuwachs im privaten Dienstleistungssektor, der zu einem großen Teil auf Berufe im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen ist, ist in einem Zusammenhang mit der Situation in der Medienlandschaft zu sehen. Insgesamt betrachtet wäre es sicher verfrüht, von einer Umschichtung zu sprechen. Es zeigen sich jedoch erste Anhaltspunkte, die auf eine gewisse, die Realitäten von Stellen- und Mittelabbau im Bildungs- und Forschungsbereich reflektierende Umorientierung der Absolventen hindeuten.

Überraschend wenig Interesse finden die dem Studium inhaltlich eigentlich recht nahestehenden Bereiche der aktiven politischen oder gesellschaftlichen Arbeit. Lediglich Arbeitsplätze in Verbänden (26 %) und Parlamenten (23 %) werden recht häufig angestrebt. Die Parteien (16 %) und vor allem die Gewerkschaften (10 %) liegen demgegenüber nur noch auf einer Interessenstufe mit vergleichsweise fachfremden Bereichen wie der Industrie (13 %). Dies könnte allerdings auch das Ergebnis von nüchternem Realismus sein. Der hauptamtliche Apparat bei Parteien und Gewerkschaften ist so klein, daß er schon von seiner Kapazität her nicht als potentieller ›Großabnehmer‹ für Politikwissenschaftler in Frage kommt. Ein Umstand, der Politologen nicht zuletzt auf Grund ihres Studiums relativ genau bekannt sein dürfte. Geschlechtsspezifisch unterschiedliche

93 Hierbei dürften aber auch die Einstellungskriterien in außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine Rolle spielen, die in der Regel eine Promotion oder doch zumindest den Nachweis wissenschaftlicher Tätigkeit durch Veröffentlichungen voraussetzen, was die jungen Absolventen gar nicht erfüllen können.

Präferenzen kommen bei der Wahl der bevorzugten Beschäftigungsmöglichkeiten kaum zum Zuge; lediglich im Bereich der Öffentlichen Verwaltung sind die Männer, bei Rundfunk und Fernsehen dagegen die Frauen etwas überproportional vertreten.

Tabelle 23: Die am häufigsten angestrebte und verwirklichte Berufstätigkeit nach Erfolgsaussichten und Geschlecht
(Angaben in Prozent der Befragten)

In welchen Bereichen haben Sie sich nach dem Studium um eine Anstellung beworben und in welchen sind Sie auch tätig gewesen?	Beworben			Erfolgsquote ⁹⁴		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Zeitungen/Zeitschriften	43	42	47	51	51	53
Öffentliche Verwaltung	38	42	31	39	38	41
Universität	36	38	30	58	60	54
Rundfunk/Fernsehen	27	24	34	38	36	41
Private Dienstleistungen	27	29	21	64	62	70
Verbände	26	26	24	22	22	22
Außeruniversitäre Forschungseinricht.	24	25	22	40	32	62
Öffentliche Bildungseinrichtungen	23	24	22	45	41	57
Parlamente	23	23	22	41	38	48
Verlage	22	22	23	37	37	36
N	322	227	95	322	227	95

Lesebeispiel: Von den 43 % der Befragten, die sich bei Zeitungen und/oder Zeitschriften mindestens einmal beworben haben, haben 51 % zumindest einmal während ihres Berufslebens dort auch gearbeitet.

Die Erfolgchancen in den einzelnen Beschäftigungsbereichen stellen sich anders als in der Reihenfolge der, sei es durch Realismus oder dem Prinzip Hoffnung erzeugten, Präferenzen dar. Unter den relevanten Beschäftigungsbereichen haben es lediglich bei den privaten Dienstleistern (64 %), an der Universität (58 %) und bei der Presse (51 %) mehr als die Hälfte der Bewerber, auch geschafft, eine Anstellung zu erreichen. Vor allem im privaten Dienstleistungsbe-

94 Anzahl der sich erfolgreich bewerbenden mal 100 geteilt durch alle sich in diesem Bereich bewerbenden Befragten. Da weder über die Zahl der Bewerbungen noch die Dauer und den Zeitpunkt der Beschäftigung etwas bekannt ist, läßt sich diese Quote nicht eindeutig berechnen. Bekannt ist jedoch, ob sich jemand mindestens einmal beworben hat und entsprechend mindestens einmal dort tätig war oder nicht. Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis, so ergibt sich daraus zumindest eine Tendenz, eine Annäherung an die gerade für Berufseinsteiger eminent wichtige Frage nach den Erfolgchancen in den verschiedenen Beschäftigungsbereichen.

reich sind mit zwei von drei Bewerbern sehr viele untergekommen. Dagegen fällt die Quote im erheblich stärker begehrten Beschäftigungsbereich der öffentlichen Verwaltung mit 39 % wesentlich geringer aus. Im Bereich der Verbände, von den Absolventen in gleichem Umfang angestrebt wie die privaten Dienstleistungen, liegt die Erfolgsquote mit 22 % ausgesprochen niedrig. Ein ähnlich schlechter Wert ergibt sich für die politischen Parteien. Obwohl sich schon recht wenig dahin bewerben, liegt die Quote nur bei einem Fünftel. Die stärksten Diskrepanzen zwischen Bewerbung und ausgeführter Tätigkeit werden – neben dem Bereich der Industrie (19 %) – damit ausgerechnet in den Bereichen deutlich, für die die Absolventen auf den ersten Blick am besten geeignet erscheinen, nämlich in den Parteien (21 %), Verbänden (22 %), und Stiftungen (32 %).

Diese Erfolgsquoten werden allerdings durch eine Gruppe von Befragten aufge bessert, die, ohne ein Bewerbungsverfahren durchlaufen zu müssen, eine berufliche Tätigkeit ausgeübt haben. Dabei handelt es sich teilweise um durchaus erwähnenswerte Größenordnungen. Unter den beschäftigten Absolventen im Bereich Rundfunk/Fernsehen befinden sich immerhin 15 %, die ohne formales Bewerbungsverfahren dort untergekommen sind. Bei den Printmedien sind es 11 %.⁹⁵ Im privaten Dienstleistungsbereich liegt der Anteil, der ohne Bewerbung tätig gewesenenen Befragten, ebenfalls bei 15 %. Auch der explizit politische Beschäftigungsbereich mit Verbänden (17 %), Parteien (25 %) und Gewerkschaften (36 %) zeichnet sich durch einen hohen Anteil von »Nicht-Bewerbern« unter den Beschäftigten aus. Hier dürfte vor allem der Aufbau persönlicher Kontakte sowie bestehende Mitgliedschaften bzw. geleistete ehrenamtliche Mitarbeit den Einstieg ermöglicht haben.

Die Alltagserfahrung, daß Frauen im Beruf bezüglich Position, Einkommen und Aufstiegschancen häufig benachteiligt werden, schlägt sich an dieser Stelle nicht nieder. Die Erfolgsquote der Frauen ist bei den meisten abgefragten Bereichen besser als bei den Männern. Besonders groß fallen diese Unterschiede bei den öffentlichen Bildungseinrichtungen (57 % zu 41 %) und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (62 % zu 32 %) aus. Offensichtlich widerspricht dieses Ergebnis den Erwartungen der Betroffenen: Lediglich bei den Printmedien und Rundfunk/Fernsehen bemühten sich deutlich mehr Frauen als Männer um eine Stelle. Die Erfolgsquote der Männer ist nur an den Hochschulen (60 % zu 54 %) eindeutig höher, ein Berufsbereich, der von ihnen auch deutlich häufiger angestrebt wurde.

95 Diese hohen Werte im Medienbereich können allerdings auch mit den Arbeitsbedingungen als freie Mitarbeiter zusammenhängen. Diese stehen in keinem formalen Arbeitsverhältnis, für das sie sich bewerben mußten.

Fazit: Die Befragten hatten sich in der Regel bei Abschluß des Studiums soweit den Bedingungen des politologischen Arbeitsmarktes angepaßt, daß nur die wenigsten sich auf *ein* berufliches Traumziel versteiften. Nicht zuletzt deshalb konnten vier Fünftel angeben, ihre beruflichen Präferenzen zumindest teilweise umgesetzt zu haben. In ihrem Bewerbungsverhalten tendierten die Absolventen am stärksten zum Medienbereich. Darüber hinaus waren und sind die öffentliche Verwaltung und die Hochschulen begehrte Ziele. Eher geringes Interesse im Bewerbungsverhalten fanden die politknahen Beschäftigungen bei Verbänden, Gewerkschaften, Stiftungen, Parteien und Parlamenten.

Genau in diesen Bereichen sind die Erfolgsaussichten bei Bewerbungen auch relativ gering. Am besten sind die Chancen bei den privaten Dienstleistern, den Printmedien und den Hochschulen, wenngleich bei letzteren mit abnehmender Tendenz. Eine Benachteiligung der Absolventinnen läßt sich anhand der Erfolgchancen der Bewerbungen nicht erkennen. Im Gegenteil: in den meisten Bereichen liegen die Erfolgchancen der Absolventinnen höher als die ihrer männlichen Kommilitonen.

3.1.3. Bewerbungsstrategien – Schlüssel zum Erfolg?

Ein weit gestreutes Berufsfeld, die Konkurrenz zu Hochschulabsolventen aus anderen Disziplinen, eine zunehmend schwieriger werdende Lage auf dem akademischen Arbeitsmarkt sowie eine häufige Unkenntnis über die politikwissenschaftliche Qualifikation – das sind die Schwierigkeiten, die das Nadelöhr der Bewerbungssituation, durch das die Absolventen hindurch müssen, bestimmen. Ein erstes Problem liegt für die Absolventen darin, zu erkennen, wo es überhaupt einen Bedarf für die eigenen Qualifikationen gibt. Immerhin sitzen nur 17 % der Befragten auf einer Stelle, die explizit auch für Politikwissenschaftler ausgeschrieben wurde. Ein weiteres Problem liegt darin, diesen Bedarf rechtzeitig zu erkennen, um einen Startvorteil gegenüber potentiellen Mitbewerbern zu gewinnen.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht vor allem das zweite Problem. Stellenangebote in der Presse, Mitteilungen vom Arbeitsamt und Hinweise durch öffentliche Aushänge geben zwar eine relativ genaue Beschreibung der Bedürfnisse der potentiellen Arbeitgeber, sind in aller Regel aber nicht exklusiv zu bekommen. Die Veröffentlichung sorgt für zahlreiche Konkurrenten und mindert so die Chancen, selbst zum Zuge zu kommen. Dieser Zusammenhang wird durch die vergleichsweise geringen Erfolgsquoten⁹⁶ dieser Informationsquellen bestätigt.

96 »Erfolg« wird wieder als Verhältnis von Zahl der Nennungen pro Kategorie und wirklicher Anstellung verstanden. Es ist zu berücksichtigen, daß damit nicht die Erfolgsquote in Reaktion auf einen einzelnen Arbeitsplatzhinweis gemeint ist, sondern auf die Informationsquelle insgesamt.

Während die Bewerbungen auf Stellenangebote in Zeitungen und Zeitschriften wenigstens noch bei 43 % der Nutzer zum Erfolg führten, waren es beim Arbeitsamt nur noch 33 % und beim öffentlichen Aushang 20 %. Trotz dieser relativ geringen Quoten belegen die Zahlen aber auch, daß es nicht hoffnungslos ist, sich auf solche Stellen zu bewerben.

Tabelle 24: Die Nutzung von Informationsquellen über freie Arbeitsplätze nach Erfolgsaussichten und Abschlußjahrgängen
(Angaben in Prozent)

Aus welchen Quellen hatten Sie Informationen über freie Stellen und welche führten zu einer Anstellung?	Gesamt	genutzt		Erfolgsquote ⁹⁷		
		bis 85	seit 85	Gesamt	vor 85	seit 85
Kontakte zum Arbeitgeber	34	35	33	81	86	77
Kontakte	36	41	34	75	79	73
Direkte Nachfrage beim Betrieb/Institution	41	32	44	72	68	73
Hinweise von Hochschullehrern	13	17	11	71	83	61
Hinweise aus dem Bekanntenkreis	31	30	31	59	65	57
Hinweise anderer Personen	11	10	11	50	40	54
Stellenangebote in einer Zeitung/Zeitschrift	67	65	68	43	53	38
Arbeitsamt	18	25	15	36	38	33
Hinweise von Kommilitonen	7	1	10	35	-	36
Hinweise aus der Verwandtschaft	6	2	7	28	-	31
Öffentlicher Aushang	15	11	17	21	18	22
N	321	105	216	321	105	216

Lesebeispiel: Von den 34 % der Befragten, die sich durch den Kontakt zu einem Arbeitgeber oder Arbeitgeberin mindestens einmal Informationen über einen Arbeitsplatz besorgt haben, haben 81 % zumindest einmal eine Anstellung gefunden. Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Erfolgsquoten sind die sehr unterschiedlichen Basiszahlen zu berücksichtigen.

Wesentlich erfolversprechender sind die Informationsquellen, die aufgrund von Eigeninitiative zustandekommen. Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern und Beschäftigten sowie die direkte Nachfrage bei Firmen und Institutionen sorgen

⁹⁷ Anzahl der sich erfolgreich Bewerbenden mal 100 geteilt durch alle sich in diesem Bereich bewerbenden Befragten. Da weder über die Zahl der Bewerbungen noch die Dauer und den Zeitpunkt der Beschäftigung etwas bekannt ist, läßt sich diese Quote nicht eindeutig berechnen. Bekannt ist jedoch, ob sich jemand mindestens einmal beworben hat und entsprechend mindestens einmal dort tätig war oder nicht. Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis, so ergibt sich daraus zumindest eine Tendenz, eine Annäherung an die gerade für Berufseinsteiger/innen eminent wichtige Frage nach den Erfolgchancen verschiedener Informationsquellen.

vor allem für einen Wissensvorsprung über die Existenz von Arbeitsplätzen. Die sich daraus ergebende Konkurrenzlosigkeit in der Bewerbungssituation in Verbindung mit dem Nachweis von Initiative und der persönlichen Vorstellung erhöhen die Einstellungschancen erheblich. Über 70 % der Befragten, die solche Informationsquellen nutzten, waren bei ihren Bewerbungen erfolgreich. Eine ähnlich gute Erfolgsbilanz läßt sich sonst nur noch mit Hilfe der Hochschullehrer erzielen. Der Erfolg bzw. die Notwendigkeit von Eigeninitiative bei der Stellensuche läßt sich auch daran erkennen, daß jeder zweite erwerbstätige Absolvent (51 %) einen Arbeitsplatz inne hat, der nicht ausgeschrieben wurde.

Die direkten Informationsquellen wurden von allen Abschlußjahrgängen am IPW genutzt. Auch die jüngsten Jahrgänge 90 und 91 versuchten in erheblichem Maße über aufgebaute Kontakte und direkte Nachfragen in Betrieben und Institutionen zu einem Arbeitsplatz zu kommen. Die eigentlich plausible Vermutung, daß die älteren Abschlußjahrgänge im Vergleich zu den jüngeren Absolventen auf Grund ihrer langjährigen beruflichen Erfahrung einen besseren Zugang zu informellen Quellen haben, trifft nur bedingt zu. Den Mangel an Kontakten zu Beschäftigten glichen die jüngeren durch verstärkte direkte Nachfragen im Betrieb wieder aus.⁹⁸ Die Erfolgsaussichten unterscheiden sich zwischen den Abschlußjahrgängen bei diesen Informationssystemen nur marginal. Offenkundig können direkte Kontakte und Nachfrage das Manko der fehlenden Berufserfahrung teilweise wettmachen.

Die Nutzung der anderen Informationsquellen unterscheidet sich lediglich beim Arbeitsamt und den Hinweisen von Kommilitonen in signifikantem Maße. Das Arbeitsamt wird nur noch von 15 % der jüngeren Absolventen als Hilfsmittel bei der Berufsfindung genutzt. Dagegen hofften 25 % der Absolventen von vor 1985 auf die Dienste des Arbeitsamtes. Der Austausch von Informationen unter den Absolventen selbst spielte bei den älteren Befragten überhaupt keine Rolle, während bei den jüngeren Abschlußjahrgängen immerhin 10 % Arbeitsplatzinformationen aus ihrem alten studentischen Umfeld erhielten.

Die große Bedeutung persönlicher Kontakte und direkter Nachfrage bei potentiellen Arbeitgebern wird von den Befragten auch als Empfehlung für Arbeitssuchende in den Vordergrund gerückt. Über die Hälfte der Befragten empfehlen die Nutzung von persönlichen Kontakten als erfolversprechenden Weg bei der Arbeitsplatzfindung. Ebenso wurde, entsprechend den eigenen Erfahrungen, die

⁹⁸ Das verstärkte direkte Nachfragen bei den jüngeren Abschlußjahrgängen zeigt auch die zunehmenden Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen. Eine solche aktive Suche nach einem Arbeitsplatz wurde von den älteren Absolventen nicht in diesem Umfang betrieben.

Tabelle 25: Empfohlene Informationsquellen für die Arbeitsplatzsuche nach Geschlecht und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent der Befragten)

Welche Informationsquellen würden Sie aus heutiger Sicht empfehlen?	allgemein					Besonders für Berufsanfänger				
	G	M	W	v.85	s.85	G	M	W	v.85	s.85
Persönliche Kontakte	53	51	60	59	51	52	51	54	46	53
Zeitungsannoncen	47	47	47	38	50	27	26	30	26	28
Direkte Nachfrage	14	12	18	15	13	17	13	23	14	17
Fachpublikationen	9	9	9	7	11	6	7	3	3	7
Alle Möglichkeiten ausschöpfen	8	8	8	8	8	7	6	10	9	7
Arbeitsamt	7	8	5	4	8	6	7	3	2	7
Praktische Erfahrungen	4	5	2	5	4	9	10	9	17	7
Sonstiges	12	12	12	9	13	17	16	17	11	19
N	286	201	85	87	199	237	167	70	67	170

direkte Nachfrage bei potentiellen Arbeitgebern mit 14 %⁹⁹relativ oft genannt. Die Frage nach den empfehlenswerten Informationsquellen wurde sowohl generell als auch speziell für Berufsanfänger gestellt. Dabei ergaben sich lediglich für das Studium von Zeitungsannoncen relevante Unterschiede. Während 47 % der Befragten allgemein Annoncen als Informationsquelle empfahlen, mochten speziell für Berufsanfänger nur 27 % dieses Votum abgeben. Anscheinend werden bei Annoncen die Hürden für die erfolgreiche Bewerbung ohne den unterstützenden Charakter der Berufserfahrung, der den Stellenwert der Ausbildung etwas in den Hintergrund drückt, relativ hoch eingeschätzt.

Hinsichtlich der Nutzung persönlicher Kontakten machten die Befragten keinen Unterschied. 52 % empfehlen diese Informationsquelle auch den Berufsanfängern. Die Befragten sprechen sich damit für eine Strategie aus, sich einen festen Arbeitsplatz durch das Knüpfen eines Netzes von Kontaktpersonen bzw. durch ein frühzeitiges ›hineinriechen‹ in das Jobumfeld sozusagen langsam zu erarbeiten. Die Befragten machten auch in ihrer Einschätzung der Rolle des Arbeitsamtes keinen Unterschied zwischen Berufsanfängern und anderen Absolventen. Dem Arbeitsamt wird generell keine große Bedeutung beigemessen. Lediglich 7 % der Befragten, bzw. 6 % für Berufsanfänger, fiel das Arbeitsamt als empfehlenswerte Informationsquelle ein.

Nachdem die Absolventen die notwendige Information über eine Arbeitsstelle erhalten haben, steht als nächstes die Frage an, ob es sich lohnt, sich auf die Stelle zu bewerben. Gerade Berufsanfänger ohne jede Praxiserfahrung können

⁹⁹ Speziell für Berufsanfänger 17 %

nur schwer abschätzen, wie groß ihre Chancen wirklich sind, inwieweit sie von ihrer Qualifikation her überhaupt für die Arbeit in Frage kommen. Ablehnungsbescheide dokumentieren aber nicht nur umsonst investierte Zeit und Finanzen, sondern nagen mit der Zeit auch erheblich am Selbstvertrauen. Welche Bewerbungsstrategie soll also ein Absolvent einschlagen, um sich unnötige Frustrationsgefühle zu ersparen?

Tabelle 26: Ausprobierte Bewerbungsstrategien nach Erfolgsaussichten und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)

Welche Bewerbungsstrategie haben Sie ausprobiert und welche waren erfolgreich?	Ausprobiert			Erfolgsquote ¹⁰⁰		
	Gesamt	bis 85	seit 85	Gesamt	vor 85	seit 85
Nur bei persönlichem Interesse	66	76	62	68	67	74
Bei möglichst vielen Stellen bewerben	52	47	55	41	38	43
Auch bei Teilqualifikation bewerben	46	41	48	36	41	33
Nur bei konkreten Chancen	31	37	29	63	62	64
Auf Grund anderer Qualifikationen bewerben	23	23	23	77	78	76
Ausschreibung identisch mit Qualifikation	22	28	19	46	54	40
Nur wenn im Betrieb bekannt	22	24	22	86	79	89
Auf Grund sozialwiss. Qualifikation	17	18	16	43	50	40
Nur bei potentielltem Fürsprecher	13	13	14	86	92	83
N	314	100	214	314	100	214

Lesebeispiel: Von den 66 % der Befragten, die sich nur auf Stellen beworben haben, denen sie auch ein persönliches Interesse entgegenbrachten, haben 68 % zumindest einmal eine Anstellung gefunden. Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Erfolgsquoten sind die sehr unterschiedlichen Basiszahlen zu berücksichtigen.

Die Befragten favorisieren eindeutig die Strategie, die Stellensuche nicht unter dem Kriterium ›Arbeit um jeden Preis‹ zu betreiben, sondern sich nur um Arbeitsplätze zu bewerben, die auch wirklich das eigene Interesse finden (66 %). Unter dieser Voraussetzung sollte man sich aber nicht zu eng an den geforderten Qualifikationen orientieren. Die Befragten erteilen defensiven Strategien, wie sich nur zu bewerben, wenn die geforderte Qualifikation mit der eigenen übereinstimmt, oder nur auf ausgewiesenermaßen sozialwissenschaftliche Stellen hin Engagement zu entwickeln, eine klare Absage. Sie tendieren eher dazu, Mut zu beweisen und auch einen Versuch zu starten, wenn nur bedingt die eigene Qualifikation gefordert wird (46 %). Zwar sind solche Bewerbungen verständlicherweise nicht so aussichtsreich wie Bewerbungen, bei denen das Anforderungsprofil

¹⁰⁰ Anzahl der sich erfolgreich Bewerbenden mal 100 geteilt durch alle sich in diesem Bereich bewerbenden Befragten mal 100.

mit den eigenen Qualifikationen voll übereinstimmt, durch das größere Stellenangebot haben aber so mehr Absolventen (16 %) eine Anstellung gefunden, als durch das Warten auf die sozialwissenschaftliche Traumstelle (8 %).

Eine nach Abschlußjahren differenzierte Betrachtung läßt einen wichtigen Unterschied im Bewerbungsverhalten erkennen. Die älteren Abschlußjahrgänge orientierten sich bei ihrer Arbeitsplatzsuche viel enger an ihren Wunschvorstellungen. Für sie waren die Kriterien persönliches Interesse (76 % : 62 %), die konkrete Chance auf einen Arbeitsplatz (37 % : 29 %) und die Identität von Anforderungs- und Qualifikationsprofil (28 % : 19 %) wichtiger, als dies bei den jüngeren Abschlußjahrgängen der Fall war. Umgekehrt versuchten diese häufiger, sich auf möglichst viele Stellen zu bewerben (55 % : 47 %) und auch ihre Chance zu suchen, wenn die Anforderungen nur bedingt der eigenen Qualifikation entsprachen (48 % : 41 %). Viele der jüngeren Absolventen verfolgten die Strategie, der Konkurrenz auf dem politikwissenschaftlichen Arbeitsmarkt durch eine breiter angelegte Jobsuche auszuweichen und die Berufschancen durch eine Erhöhung der Anzahl der Bewerbungen in anderen Berufsbereichen zu verbessern.

Zwei Bewerbungsstrategien weisen einen auffälligen Zusammenhang mit der Erfahrung von Arbeitslosigkeit auf. Absolventen, die während ihres Erwerbslebens mindestens einmal arbeitslos gewesen sind, wählen signifikant öfter die Strategie, sich auf möglichst viele Stellen zu bewerben (60 % : 40 %), als auch genau gegenteilig sich bei den Bewerbungen auf solche Arbeitsangebote zu beschränken, die exakt ihre Qualifikationen fordern (26 % : 14 %). Zum einen wird versucht durch eine Ausweitung des Stellenspektrums die Chance zu erhöhen, einen Arbeitsplatz zu erhalten, zum anderen durch eine Begrenzung der Bewerbung auf Stellen, bei denen die Anforderungen exakt dem eigenen Qualifikationsprofil entsprechen, die Zahl der Mißerfolge zu begrenzen. Beiden Strategien ist allerdings gleichwenig Erfolg beschieden. Lediglich 35 % bzw. 38 % fanden so einen Arbeitsplatz. Unter den Absolventen, für die Arbeitslosigkeit ein Fremdwort geblieben ist liegen die entsprechenden Quoten bei 60 % bzw. 71 %.

Fazit: Die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Stellensuche sind Eigeninitiative und Kontakte. Nur auf diesem Weg können durch frühzeitige Information über freie Stellen die Zahl der Konkurrenten klein gehalten und eventuelle Vorbehalte gegen die politologische Ausbildung durch die persönliche Vorstellung ausgeräumt werden. Hinsichtlich der Bewerbungsstrategie tendieren die meisten Absolventen dahin, sich nicht zu sehr an den geforderten Qualifikationsprofilen zu orientieren. Sie empfehlen, sich offensiv, auch bei nur eingeschränkter Übereinstimmung zwischen Anforderungen und eigenen Qualifikationen, zu bewerben, wenn das persönliche Interesse an der Stelle vorhanden ist. Durch das vergrößerte Angebot steigt letztendlich die Chance, eine Stelle zu bekommen.

3.2. Abrundung des Qualifikationsprofils

3.2.1. Vom beruflichen Nutzen der Studieninhalte

Nach dem Hochschulrahmengesetz ist das Ziel eines Diplomstudienganges die Qualifizierung der Studierenden für den Arbeitsmarkt. Im Hamburger Hochschulgesetz heißt es: »Der Student ... bereitet sich *durch sein Studium* (Hervorhebung durch Verfasser) auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vor« (S43). Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müßte der politikwissenschaftliche Diplomstudiengang zumindest teilweise Kenntnisse vermitteln, die auf dem Arbeitsmarkt von Nutzen sein können. Wie weit decken sich die Inhalte des Studiums mit den Ansprüchen des Berufslebens? Läßt sich der Vorwurf der Weltfremdheit und des Orchideenstudiums entkräften?

Tabelle 27: Das im Beruf am häufigsten genutzte Fachwissen nach Sachgebieten

(Angaben in Prozent, N=332)

Mit welchen Sachgebieten haben Sie sich während des Studiums und im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit befaßt?	nützlich für Beruf	im Studium angeeignet	im Studium angeeignet und nützlich für Beruf	Nutzenquote ¹⁰¹
Ökonomie	46	53	37	70
Organisation/Verwaltung/Planung/Staat	49	52	36	69
Massenmedien/ Medienpolitik	41	43	27	63
Sozialpolitik	32	27	17	63
Gewerkschaften/Verbände	40	52	29	56
Frauenfragen	14	16	8	50
Ökologie/Technik/Energie	27	22	11	50
Rechtliche Aspekte der Politik	25	27	13	48
Parteien	40	70	33	47
Empirie/Statistik/Methoden	24	36	17	47
...
Systemvergleich/Komparatistik	11	48	11	23
Theorie der Politik/Gesellschaftstheorien	18	70	16	23

Die Absolventen konnten von dem erworbenen Wissen in ihrem beruflichen Werdegang öfter Gebrauch machen, als mancher Skeptiker dies glauben mag. Fast zwei Drittel der Befragten (62 %) gaben an, daß im Studium erworbenes

¹⁰¹ Die Nutzenquote ergibt sich als Quotient der Absolventen, die das im Studium angeeignete Wissen im Beruf nutzen konnten * 100, geteilt durch diejenigen, die das Wissen im Studium erworben haben.

breites Grundlagenwissen sich in ihrem beruflichen Werdegang als wichtig erwiesen hat. Und selbst von denjenigen, die überhaupt keinen politologischen Bezug in ihrem Beruf mehr haben, teilten 38 % diese Ansicht.¹⁰² Etwa zwei Drittel konnten mindestens drei Sachgebiete, in denen sie während des Studiums Kenntnisse gewonnen hatten, im Beruf nutzen, lediglich 15 % keine.

Den größten Nutzen für die berufliche Verwertung weisen die Sachgebiete Ökonomie und Organisation/Verwaltung/Planung/Staat auf. Jeweils ca. 70 % der Befragten, die hierin Kenntnisse erworben hatten, konnten diese im Beruf auch nutzen. Die politische Theorie oder die Komparatistik, traditionelle Themenbereiche der Politikwissenschaft, haben dagegen erwartungsgemäß im Berufsleben keinen hohen Stellenwert. Ihre Nutzenquote liegt bei jeweils nur 23 %. Sie sind aber notwendige Bestandteile einer Wissenschaft und damit auch einer wissenschaftlichen Ausbildung und erfüllen ihren praktischen Nutzen im Erwerbsleben vor allem indirekt als Mittel zur Schärfung analytischer Fähigkeiten, die im späteren beruflichen Werdegang einen hohen Stellenwert genießen (vgl. Euchner 1987).

Die Aneignung von Kenntnissen in empirischer Forschung hat sich für den beruflichen Werdegang der Absolventen allenfalls begrenzt gelohnt. Nur jeder Zweite (47 %), der sich während seines Studiums mit dem Gebiet Empirie/Statistik/Methoden beschäftigt hat, konnte diese Kenntnisse im Beruf anwenden – kein schlechter aber eben doch nur ein durchschnittlicher Wert. Selbst unter denjenigen, die heute einer wissenschaftlichen Tätigkeit nachgehen, konnten nur 56 % ihre im Studium erworbenen Kenntnisse auch beruflich nutzen.¹⁰³ Der Arbeitsmarkt für empirische Sozialforscher hat sich für Politologen in ihrer Gesamtheit bisher also nicht als die große Chance erwiesen, zumal hier die Konkurrenz zu den anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen Soziologie und Psychologie gegeben ist, in denen der Ausbildung in Empirie, Statistik und Methodik ein wesentlich höherer Stellenwert eingeräumt wird. Lediglich etwa ein Viertel der Befragten (24 %) hat sich überhaupt einmal im Laufe seines Berufslebens mit Problemen der Empirie konfrontiert gesehen.

102 Spezialisiertes Fachwissen erwies sich dagegen nur bei jedem vierten Absolventen als wichtig für den Beruf, wobei dieses Ergebnis vom politologischen Bezug der Tätigkeit abhängt. Unter den politologisch tätigen Absolventen beträgt der Anteil derjenigen, die ihr Spezialwissen als wichtig für ihren beruflichen Werdegang ansehen, 52 %.

103 Dagegen konnten von den Befragten, die sich im Studium mit Empirie/Statistik/Methoden beschäftigt haben und heute einer politischen oder verwaltenden Tätigkeit nachgehen, nur einer sein Wissen bisher beruflich nicht nutzen. Allerdings sind die Fallzahlen gering und es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, daß sie dieses Wissen in ihrem aktuellen Beruf nutzen.

Tabelle 28: Beruflicher Nutzen von Kenntnissen aus den Wahlpflichtfächern nach Geschlecht und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent)

Waren die in ihren Prüfungsfächern, Nebenfächern/ Wahlpflichtfach bzw. im Zusatzstudium erworbenen Kenntnisse für Ihre berufliche Tätigkeit nützlich?	Ins- gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Journalistik	87	88	83	0 ¹⁰⁴	87
VWL	83	83	83	85	82
Jura	80	84	80	88	69
Kultur- und Sprachwissenschaften	75	75	75	25	85
Sozialpädagogik	69	86	50	57	83
Soziologie	65	67	60	86	48
Germanistik/Literatur	58	64	54	80	58
Sozial- und Wirtschaftsgeschichte	38	25	73	80	37
Geschichte	35	29	50	35	34
Anderes	81	81	80	80	80

Lesebeispiel: 87 % der Befragten mit dem Fach Journalistik schätzen ihre Kenntnisse für ihre berufliche Tätigkeit als ziemlich oder sehr nützlich ein.

Die in den Wahlpflichtfächern erworbenen Kenntnisse wurden überwiegend als nützlich für die berufliche Tätigkeit eingeschätzt. Lediglich unter den Absolventen, die Geschichte oder Wirtschafts- und Sozialgeschichte als Nebenfach studierten, gab eine Minderheit von 35 % bzw. 38 % einen beruflichen Nutzen an. Am häufigsten konnten die Befragten mit den Wahlpflichtfächern Journalistik (87 %), VWL (83 %) und Jura (80 %) ihre erworbenen Fachkenntnisse nutzen. Auch Kenntnisse aus selten studierten Nebenfächern wie Naturwissenschaften, Informatik, BWL u.a.m. konnten in hohem Maße von den Absolventen verwertet werden.

Die Differenzen zwischen den Geschlechtern sind auf Grund geringer Fallzahlen nur bedingt aussagekräftig. Auffällig ist lediglich, daß die weiblichen Befragten im Unterschied zu den Männern auch aus den Nebenfächern Geschichte und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mehrheitlich einen beruflichen Nutzen ziehen konnten.

Der Nutzen des Wahlpflichtfaches differiert zwischen den Abschlußjahrgängen. Allerdings schränken auch hier die teilweise sehr niedrigen Fallzahlen den Aussagewert der Unterschiede ein. Von Bedeutung sind die Differenzen nur bei drei Wahlpflichtfächern bzw. -fachgruppen: bei Jura, bei Soziologie und bei den Kultur- und Sprachwissenschaften. Der Anteil der Befragten, die Kenntnisse aus

104 Journalistik wurde für die Absolventen dieser Abschlußjahrgänge noch nicht angeboten

ihrem Wahlpflichtfach Soziologie beruflich nutzen konnten, ging von 86 % auf 48 % am stärksten zurück. Für Jura ergab sich ein Rückgang von 88 % auf 69 %. Für beide Fächer schwindet auch das Interesse der Studierenden. Während vor 1985 noch 36 % Jura als Wahlpflichtfach studierten, waren es von 1985 bis 1991 nur noch 13 %. Der Anteil der Soziologie an den gewählten Wahlpflichtfächern sank im gleichem Zeitraum von 27 % auf 10 %. Die Befragten haben also den sich verschlechternden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt für soziologische und juristische Qualifikationen die Spitze genommen, in dem sie auf andere Fächer ausgewichen sind, deren Verwertungschancen gestiegen sind. Dies gilt u.a. für den neu eingerichteten Studiengang Journalistik (seit 1985: 8 % der Befragten) und für die Kultur- und Sprachwissenschaften, deren Anteil sich von 5 % auf 10 % verdoppelte. Gleichzeitig steigerte sich der Anteil der Absolventen, die Kenntnisse aus den Kultur- und Sprachwissenschaften in ihrem Beruf nutzen konnten von 25 % auf 85 %.

Unter den während des Studiums erworbenen Fähigkeiten erweisen sich vor allem das selbständige Arbeiten und die analytischen Fähigkeiten für die meisten Absolventen im Beruf als nützliche Qualifikation. Die Nutzenquote liegt bei 81 % bzw. 74 %. Beide Qualifikationen wurden im Studium in sehr hohem Maße erworben. Ihre Vermittlung ist dabei explizites Ziel des Hamburger politikwissenschaftlichen Studiums. Der stärkste Mangel ist beim Erwerb von »Organisatorischen Fähigkeiten« und der »Fähigkeit, Arbeits- und Entscheidungsprozesse zu organisieren« zu registrieren. Beide Fähigkeiten wurden im Studium von den Befragten kaum erworben, gehören jedoch im Berufsleben mit zu den wichtigsten Qualifikationen. Sie weisen neben den oben genannten Qualifikationen mit 76 % bzw. 74 % die höchsten Nutzenquoten unter allen im Studium angeeigneten Fähigkeiten auf. Von der Konzeption eines wissenschaftlichen Studienganges her handelt es sich bei diesen Fähigkeiten um studienfremde Qualifikationen. Sie sind nicht explizites Ziel der Ausbildung.

Die geringste Nutzenquote für die berufliche Verwendung während des Studiums erworbener Qualifikationen verzeichnen die Fähigkeit zur Umsetzung theoretischer Konzepte (34 %), die Fähigkeit zu gleichberechtigtem Diskussionsverhalten (33 %) ¹⁰⁵ und politisches Handeln (23 %). Ebenfalls in diese Gruppe von Fähigkeiten, mit nur einem geringfügigen Nutzen für das Berufsleben gehört überraschenderweise das im Studium angeeignete Spezialwissen mit nur 28 %. Dies ist ein deutlicher Hinweis im Hinblick auf die Studienstrategiedebatte zwischen Spezialisten und Generalisten. Breites Grundlagenwissen konnte nämlich dagegen von zwei Dritteln später beruflich genutzt werden.

¹⁰⁵ Während gleichzeitig Durchsetzungsfähigkeit eine Nutzenquote von 61 % hat.

Tabelle 29: Die für den Beruf nützlichsten und am wenigsten nützlichen Fähigkeiten¹⁰⁶

(Angaben in Prozent, N=329)

Geben Sie an, welche Fähigkeit Sie am IPW erworben und welche für Ihre beruflichen Tätigkeiten wichtig war?	nützlich im Beruf	im Studium erworben	im Studium erworben und nützlich im Beruf	Nutzen quote
Fähigkeit, selbständig zu arbeiten	81	88	71	81
Organisatorische Fähigkeiten	72	29	22	76
Analytische Fähigkeiten	72	84	62	74
Fähigkeit, Arbeits- und Entscheidungsprozesse zu organisieren	71	38	28	74
Breites Grundlagenwissen	61	77	51	66
...
Fähigkeit, theoretisch Konzepte umzusetzen	34	29	10	34
Fähigkeit zu gleichberechtigtem Diskussionsverhalten	33	52	17	33
Spezialisiertes Fachwissen	26	71	20	28
Politisches Handeln	15	22	5	23

Viele Fähigkeiten wurden im Rahmen der beruflichen Tätigkeit wesentlich öfter benötigt, als sie erworben wurden. Dies führt auf der individuellen Ebene dazu, daß bei knapp über 30 % der befragten Absolventen, die von ihnen selbst als beruflich wichtig eingestuften Fähigkeiten während des Studiums überwiegend *nicht* erworben wurden.¹⁰⁷ Von dieser Art der Unterqualifikation sind die *Absolventinnen* weit überproportional betroffen. Bei ihnen sind es fast 40 %. Ein solcher geschlechtsspezifischer Unterschied läßt sich bei den Studieninhalten nicht erkennen.

Die Frage der beruflichen Verwertbarkeit der erlernten Fähigkeiten schlug unmittelbar auf die Einschätzung des eigenen Studiums in beruflicher *und* in persönlicher Hinsicht zurück. Das gilt sowohl für diejenigen, die während des Studiums das Ziel verfolgten, berufsorientierte Qualifikationen zu erwerben, als auch für die Absolventen, für die der Erwerb beruflicher Qualifikationen (angeblich) weniger wichtig war. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß der berufliche Verwertungsgedanke eine wichtigere Rolle für die Absolventen spielt, als es sich ihren Äußerungen entnehmen läßt.

Trotz dieser Parallele in der Richtung des Zusammenhanges von beruflichem Nutzen und Bedeutung des Studiums für die persönliche und die berufliche Entwicklung beurteilen die Absolventen das Studium unter persönlichen und berufli-

¹⁰⁶ Die vollständige Tabelle befindet sich als Tabelle 50 im Tabellenanhang.

¹⁰⁷ Bei den Sachgebieten ist es nur etwa jeder Neunte.

chen Aspekten völlig gegensätzlich. Während 77 % der Befragten das Studium als für sich persönlich befriedigend empfanden, fühlte sich ein fast genauso hoher Prozentsatz (74 %) durch das Studium schlecht auf das Berufsleben vorbereitet. Diese große Diskrepanz läßt sich zum Teil mit der eingeschränkten Bedeutung der beruflichen Perspektive für die Befragten während des Studiums erklären. Es bleibt aber unverständlich, wieso die Qualität des Studiums hinsichtlich der Vorbereitung auf das Berufsleben so schlecht beurteilt wird. Die Analyse der beruflichen Verwertbarkeit von Studieninhalten und vermittelten Qualifikationen hat einen relativ hohen Nutzen des Studiums ergeben. Es stellt sich auch die Frage nach dem Maßstab. Wie weit kann ein wissenschaftliches Hochschulstudium auf ein nichtuniversitäres und überwiegend nichtwissenschaftlich ausgerichtetes Berufsleben überhaupt vorbereiten?

Eine Aufgliederung nach den Berufsbereichen zeigt, daß die Einschätzung der Bedeutung des Studiums für die persönliche Entwicklung relativ einheitlich über alle fünf wichtige Bereiche ausfällt. Zwischen 72 % (Öffentliche Verwaltung/Dienstleistung) und 82 % (Forschung/Bildung) stuften das Studium als für sich persönlich befriedigend ein. Ähnliches gilt für die Frage nach der Berufsvorbereitung. Auch die Absolventen, die im wissenschaftlich dominierten Berufsbereich Forschung/Bildung geblieben sind, fühlten sich nur unwesentlich besser vorbereitet als ihre ehemaligen Kommilitonen in anderen Berufen. 23 %, und damit mehr als in fast jedem anderen Bereich, fühlten sich sogar sehr schlecht vorbereitet. Die Absolventen deuten damit an, daß das Studium zur Zeit auch im Hinblick auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses Defizite aufweist und aus diesem Grund reformbedürftig ist.

Erst in der Einschätzung der Bedeutung des Studiums für den beruflichen Werdegang zeigen sich Differenzen zwischen den erwerbstätigen Absolventen in den verschiedenen Berufsbereichen. So beurteilen die Absolventen in den studien-nahen Berufsbereichen Politik (66 %) und Forschung/Bildung (58 %) das Studium mehrheitlich als wichtig für ihr Fortkommen, während in den Bereichen Medien (39 %) und Handel/priv. Dienstleistungen (38 %) nur eine Minderheit zu diesem Urteil kommt. Trotz der mehrheitlich positiven Beurteilung des Studiums für den beruflichen Werdegang im Bereich Politik und Forschung/Bildung ist der Nutzen des Studiums zumindest im wissenschaftlich geprägten Bereich Forschung/Bildung als enttäuschend gering einzustufen. Allerdings relativiert sich diese Beurteilung, wenn man die Art der Tätigkeit berücksichtigt. Nicht alle Beschäftigten im Bereich Forschung/Bildung sind mit wissenschaftlichen Arbeiten betraut. Unter den Absolventen, die wissenschaftlich tätig sind, sei es im Bereich Forschung/Bildung oder einem anderen Berufsbereich, sind es 73 %, die ihr eigenes Studium für ihren beruflichen Werdegang als wichtig ansehen.

Tabelle 30: Einschätzung des eigenen Studiums bezüglich persönlicher Entwicklung, beruflichem Werdegang und Berufsvorbereitung nach Berufsbereichen¹⁰⁸
(Angaben in Prozent)

Berufsbereich	persönlich				berufl. Werdegang				Berufsvorbereitung				N
	++	+	-	--	++	+	-	--	++	+	-	--	
Medien	23	55	22	0	6	33	47	13	0	24	56	20	82
Forschung/Bildung	27	55	18	0	37	21	39	4	9	17	51	23	55
Handel/priv. Dienstl.	26	49	21	4	2	36	38	25	2	17	51	30	53
Politik	18	59	21	3	24	42	32	3	0	33	53	15	39
Öffentl. Verw./Dienstl.	26	46	20	9	14	37	34	14	3	20	66	11	35
Sonstiges	0	67	33	0	22	56	11	11	0	44	44	11	9
Insgesamt	23	54	21	2	15	34	39	12	3	23	54	20	273

Es kann folgendes festgehalten werden:

1. Von dem während des Studiums erworbenen Sachwissen konnten die meisten Absolventen im Berufsleben zumindest teilweise direkt profitieren. Nur eine kleine Minderheit von 15 % konnte kein im Studium erworbenes Wissen beruflich verwenden. Von einem beruflich irrelevanten Studium kann also keine Rede sein. Zudem ist zu berücksichtigen, daß der Nutzen sich nicht nur auf die Erwerbstätigkeit beziehen muß. Wie weit Absolventen ihre Kenntnisse bspw. im Rahmen einer politischen Betätigung gesellschaftlich gewinnbringend nutzen konnten, wird in dieser Analyse nicht erfaßt. Daß sich hier ein recht hoher Nutzen ergeben könnte, legt das starke politische Engagement der Absolventen nahe (siehe auch Kapitel 2.3.3).

2. Das Nebenfach bzw. die Nebenfächer erwiesen sich für die meisten Befragten als nützliches Wissen für ihre berufliche Tätigkeit. Dies gilt ganz besonders für Journalistik, VWL und Jura, wobei die Nutzungsmöglichkeiten für juristisches Wissen jedoch sinken. In den Abschlußjahrgängen seit 1985 zeigt sich auch ein sehr hoher Nutzen von Kenntnissen in den Kultur- und Sprachwissenschaften. Das Wissen in Geschichte und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte konnte dagegen mehrheitlich beruflich nicht genutzt werden. Aber auch hier ist es immer noch jeweils deutlich mehr als ein Drittel, daß die erworbenen Kenntnisse im Rahmen der beruflichen Tätigkeit einsetzen konnte.

3. Bei den Fähigkeiten ist die Ausbildung analytischer Fähigkeiten der stärkste Pluspunkt der politologischen Ausbildung. Hierbei handelt es sich auch um die

¹⁰⁸ Die Antwortskalen lauteten: Das Studium war für mich persönlich sehr befriedigend bis sehr unbefriedigend, für meinen beruflichen Werdegang war mein Studium sehr wichtig bis nicht wichtig und durch das Studium war ich sehr gut bis sehr schlecht auf das Berufsleben vorbereitet.

Qualifikation, die im Erwerbsleben am stärksten gefragt ist. Starke Defizite ergeben sich vor allem im organisatorischen Bereich. Dieser Umstand trifft als Kritik zu großer Praxisferne allerdings auf fast alle Studienfächer zu. Er ist sehr stark vom Ausbildungsgedanken des Studiums bestimmt. Unter dem Gesichtspunkt, daß auch Politologen eine befriedigende Erwerbstätigkeit außerhalb des Wissenschaftsbetriebs suchen bzw. brauchen, sollte überlegt werden, wie weit sich der Gegensatz Theorie/Praxis während des Studiums aufheben ließe, um die Arbeitsmarktchancen zu erhöhen ohne die wissenschaftliche Identität des Faches zu gefährden.

4. Wenn nach dem Sinn und Nutzen des Studiums gefragt wird, so ist der berufliche Nutzen nur eine Verwertungsmöglichkeit. Gerade bei den befragten Absolventen standen während des Studiums Gesichtspunkte, die den Eigenwert des Studiums, den Bildungscharakter, betonen und dessen Nutzen für persönliche und politische Zwecke betreffen, aber oft im Vordergrund. Der Erwerb von berufsorientierten Qualifikationen wurde nur von gut der Hälfte (56 %) als wichtig eingestuft. Trotz eines signifikanten Zusammenhanges zwischen beruflichem Nutzen und Einschätzung des Studiums erklärt sich nicht zuletzt aus diesem Umstand zumindest teilweise der scheinbare Widerspruch zwischen der hohen persönlichen Zufriedenheit mit dem Studium und der miserablen Beurteilung der Berufsvorbereitung durch das Studium.¹⁰⁹

3.2.2. Zur Funktion von Praktika und Auslandsaufenthalten

Das Qualifikationsprofil eines Bewerbers ist für das berufliche Fortkommen eine entscheidende Größe. Die Studienkonzeption und die Prüfungsordnung am IPW (siehe Kapitel 2.4.1) lassen den einzelnen Studierenden viel Spielraum, das eigene Qualifikationsprofil abzurunden. Dabei ermöglicht die Prüfungsordnung nicht nur eine relativ freie Auswahl aus dem Studienangebot des IPW, sondern läßt auch den zeitlichen Spielraum für die Möglichkeit, sich extern Wissen, Fähigkeiten und Erfahrungen anzueignen sowie Kontakte zu knüpfen. Eine große Bedeutung wird in diesem Zusammenhang Praktika und Auslandsaufenthalten beigegeben. So halten auch vier Fünftel der befragten Absolventen ein Praktikum für sehr wichtig oder sogar unabdingbar. Für Auslandsaufenthalte wird diese Ansicht von zwei Dritteln vertreten. Als unwichtig bzw. überflüssig werden Praktika nur von 6 % und Auslandsaufenthalte von 10 % bezeichnet.

Die Absolventinnen messen sowohl Praktika als auch Auslandsaufenthalten eine größere Bedeutung zu als ihre männlichen Kollegen. 87 % der weiblichen Befragten halten ein Praktikum für unabdingbar oder sehr wichtig. Unter den Män-

¹⁰⁹ 77 % empfanden das Studium als für sie persönlich befriedigend, 74 % fühlten sich durch das Studium schlecht auf das Berufsleben vorbereitet.

nern sind es »nur« 75 %. Bei den Auslandsaufenthalten betonen 79 % der Frauen und 60 % der Männer die Wichtigkeit. Bei den Auslandsaufenthalten decken sich diese Unterschiede in der Ansicht zwischen den Geschlechtern auch mit dem realen Handeln. Während von den Absolventinnen 59 % einen längeren Auslandsaufenthalt durchführten, waren dies bei den männlichen Befragten nur 45 %. Bei den Praktika läßt sich dagegen auf der Handlungsebene kein relevanter Unterschied entdecken. Sowohl unter den Frauen als auch unter den Männern waren es etwa 60 %, die mindestens ein Praktikum vor, während oder nach dem Studium absolvierten.

Tabelle 31: Stellenwert von Praktikum und Auslandsaufenthalten nach Ansicht der Befragten, Geschlecht und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent)

Welchen Stellenwert würden Sie einem Praktikum bzw. einem Auslandsaufenthalt beimessen?	Praktikum					Auslandsaufenthalt				
	insgesamt	Geschlecht M	Geschlecht W	Abschlußjahr v. 85	Abschlußjahr s. 85	insgesamt	Geschlecht M	Geschlecht W	Abschlußjahr v. 85	Abschlußjahr s. 85
Unabdingbar	35	32	41	28	38	15	15	16	16	15
Sehr wichtig	45	43	47	54	40	50	45	63	57	47
Ziemlich wichtig	15	16	13	14	16	26	31	13	23	27
Eher unwichtig	6	8	0	4	6	9	9	7	5	10
Überflüssig	0	1	0	0	1	1	0	2	0	1
N	298	210	88	96	202	290	202	88	97	193

Unter den Absolventen der verschiedenen Abschlußjahrgänge erfährt das Praktikum eine relativ konstante Anerkennung. Unter den Befragten, die vor 1985 das IPW verlassen haben, halten 82 % ein Praktikum für sehr wichtig, unter den jüngeren Abschlußjahrgängen teilen 78 % diese Ansicht. Allerdings liegt diesen Ansichten ein unterschiedlicher Erfahrungsschatz zu Grunde. Während von den älteren Absolventenjahrgängen lediglich 37 % mindestens ein Praktikum absolvierten, waren es unter den jüngeren 68 %. Ähnliches gilt für die Auslandsaufenthalte. Unter den älteren Abschlußjahrgängen finden sich 45 %, die selbst Auslandserfahrungen gesammelt haben, unter den jüngeren sind es 59 %. Anders als bei den Praktika stufen die älteren Abschlußjahrgänge trotz geringerer Erfahrung Auslandsaufenthalte aber sogar noch wichtiger als die jüngeren ein (73 % : 62 %).

Beide Spielarten der Qualifizierung, Praktika und Auslandsaufenthalte, sind weder Zulassungsvoraussetzung noch im Studienprogramm vorgeschrieben. Trotzdem haben 59 % der Befragten ein Praktikum absolviert. 16 % sammelten

Praktikumserfahrung(en) vor dem Studium, fast jeder zweite (49 %) machte ein Praktikum während des Studiums und 15 % absolvierten ein Praktikum als ausgebildete Politologen. Fast die Hälfte (46 %) der Praktika wurde im Medienbereich geleistet. Bei den weiblichen Befragten gilt dies sogar für 60 % der Praktika. Ein Viertel der Praktika entfiel auf den Bereich von Politik und Verwaltung. Die Praktika wurden also in einem wesentlich engeren Berufsspektrum durchgeführt, als dies später bei den realen Beschäftigungsverhältnissen der Fall ist. Im Regelfall beschränkten sich die Absolventen nicht auf ein einzelnes Praktikum, sondern es wurden mehrere durchgeführt. Dies gilt besonders im Medienbereich.

Tabelle 32: Absolvierte Praktika nach Beschäftigungsbereichen und Geschlecht
(Angaben in Prozent)

Gesamt		Männer		Frauen	
Beschäftigungsbereich	Anteil der Nennungen Anteil der Befragten	Beschäftigungsbereich	Anteil der Nennungen Anteil der Befragten	Beschäftigungsbereich	Anteil der Nennungen Anteil der Befragten
Medien	46 34	Medien	39 31	Medien	60 41
Politik/Verwaltung	25 23	Politik/Verwaltung	29 25	Politik/Verwaltung	17 20
Dienstleistungen	9 11	Dienstleistungen	10 12	Dienstleistungen	9 9
Forschung	6 6	Forschung	7 7	Gew./Handel/Industrie	5 7
Gew./Handel/Industrie	6 7	Gew./Handel/Industrie	6 7	Forschung	4 5
Sonstiges	8 8	Sonstiges	9 10	Sonstiges	5 4
Kein Praktikum	41		42		40
N	405 308	N	276 215	N	129 93

Seit Mitte der achtziger Jahre ist die Neigung, ein Praktikum auf freiwilliger Basis durchzuführen, sprunghaft gestiegen. Waren es in den Abschlussjahren bis einschließlich 1984 lediglich ein gutes Drittel (37 %) der Befragten, so war der Anteil der ›Praktikanten‹ in den Jahrgängen 85–91 fast doppelt so hoch (68 %). Ebenso stieg die durchschnittliche Anzahl von Praktika von 1,88 auf 2,36.¹¹⁰ Die späteren Jahrgänge konzentrierten sich mit ihren Praktika noch stärker auf den Bereich Medien und Politik/Verwaltung (Anteil an allen Praktika 75 %), als dies in den frühen Jahrgängen der Fall war (Anteil 56 %).

Wie schon erwähnt, hält die überwältigende Mehrheit der Befragten ein Praktikum für wichtig, 35 % meinen sogar, daß es unabdingbar ist. Nur 6 % sehen in einem Praktikum keinen Sinn. Bietet ein Praktikum für Politologen also große Vorteile bei der Arbeitsplatzsuche? So einfach ist es nicht: nur etwa jede Fünfte (19 %) konnte das Praktikum für seinen beruflichen Werdegang direkt nutzen.

¹¹⁰ Dies bezieht sich auf die Absolventen, die mindestens ein Praktikum absolviert haben.

Für 12 % hatte es einen indirekten beruflichen Nutzen, in dem es ihnen half, ihre beruflichen Vorstellungen zu konkretisieren. Für den überwiegenden Teil der Befragten liegt der Nutzen einer solchen Praxiserfahrung jedoch ausschließlich im Bereich der Persönlichkeitsentwicklung (61 %). Den Wert einer solchen Erfahrung kann freilich nur jemand ermessen, der auch ein Praktikum absolviert hat. So erklärt sich dann auch, warum ein Praktikum von denen, die keines gemacht haben, in einem wesentlich geringeren Umfang (24 %) für unabdingbar gehalten wird, als von denjenigen, die als Praktikanten tätig waren (41 %).

Tabelle 33: Berufliche Verwertung von Praktika nach Selbsteinschätzung nach Geschlecht und Abschlussjahr
(Angaben in Prozent)

Konnten Sie Ihre Praktika in beruflicher Hinsicht verwerten?	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlussjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Ja, wurde übernommen	2	2	2	2	1
Ja, konnte wichtige Kontakte knüpfen	2	2	2	2	1
Ja, nützlich für die Bewerbung	6	7	3	4	6
Ja, nützlich für den Beruf	10	11	10	13	10
Ja, berufl. Vorstellungen wurden konkreter	12	9	16	13	12
Ja, Erfahrungen für mich selber wichtig	61	62	59	63	60
Nein, hat nichts gebracht	4	5	0	0	5
Anderes	5	3	8	2	5
N	194	133	61	46	146

Bei einer Betrachtung des beruflichen Erfolges der Befragten der Abschlussjahrgänge 1985 und später¹¹¹ ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Absolventen, die mindestens ein Praktikum absolviert haben, und denen, die ohne Praktikumserfahrung blieben. So waren in der Gruppe der ›Praktikanten‹ nur 54 % nach dem Studium irgendwann einmal arbeitslos, in der anderen Gruppe dagegen 71 %. 93 % der ›Praktikanten‹ stuften ihren beruflichen Werdegang als erfolgreich ein, bei den anderen nur 64 %. Für diesen größeren beruflichen Erfolg bieten sich zwei Erklärungen an: Zum einen der Umstand, daß Praktika in der Bewerbungssituation positive Auswirkungen haben können, von denen die Bewerber gar nichts mitbekommen. Zum anderen werden Praktika, die im politikwissenschaftlichen Studiengang am IPW freiwillig sind, in erster Linie von Absolventen durchlaufen, die verstärkt zur Eigeninitiative neigen. Dies schlägt sich im Bewerbungsverhalten nieder. Von den ›Praktikanten‹ haben sich

¹¹¹ Diese Berechnungen wurden nach Abschlussjahrgängen aufgesplittet, um den verzerrenden Einfluß des Zeitfaktors zu verringern.

bspw. 46 % bemüht, einen Arbeitsplatz durch direkte Nachfrage bei potentiellen Arbeitgebern zu bekommen, von den Absolventen, die auf ein Praktikum verzichtet haben, nur 27 %. Wie oben schon erwähnt ist der Aufbau von Kontakten und direktes Nachfragen, also Eigeninitiative, der erfolgversprechendste Weg zu einem Arbeitsplatz.

Für die Befragten, die vor 1985 ihren Abschluß machten, ergeben sich allerdings andere Ergebnisse. Hier mußten die ›Praktikanten‹ häufiger Erfahrungen mit Phasen der Erwerbslosigkeit machen (65 %) als ihre ehemaligen Kommilitonen, die auf ein Praktikum verzichteten (57 %). Und in der Beurteilung des beruflichen Werdegangs ergibt sich, daß diejenigen, die kein Praktikum gemacht haben, ihren beruflichen Werdegang in höherem Maße als erfolgreich empfinden (96 % : 89 %). Beide Prozentsatzdifferenzen sind allerdings in Relation zur Fallzahl (N=98) so gering, daß sie nicht überinterpretiert werden sollten. Feststellen läßt sich lediglich ein Angleichen der Unterschiede bei beiden Variablen. Die naheliegende Erklärung für diesen Prozeß lautet, daß der Nutzen eines Praktikums mit zunehmender Berufserfahrung sinkt bzw. durch diese ersetzt wird.

Auslandsaufenthalte übten auf die Absolventen ebenfalls einen großen Reiz aus. Fast jede zweite Befragte (49 %) hielt sich für längere Zeit im Ausland auf.¹¹² Bei den Absolventinnen waren es sogar 59 %, während von ihren männlichen Kommilitonen nur 45 % reisten. Die meisten Auslandsaufenthalte sind auf Studienaufenthalte an ausländischen Universitäten zurückzuführen. Auf diese Erfahrung können 22 % der Befragten zurückgreifen. 19 % hielten sich ohne konkrete Bildungsmaßnahmen länger im Ausland auf. Steigender Beliebtheit unter den Absolventen erfreute sich das Auslandspraktikum. Von den Abschlußjahrgängen vor 1985 nutzten nur 7 % diese Möglichkeit, nach '85 war der Anteil doppelt so hoch (15 %). Eine ähnliche Entwicklung gilt für Sprachkurse in anderen Ländern. Waren es vor '85 nur 11 %, so lag der Anteil der Befragten, die einen Sprachkurs im Ausland belegten danach bei 21 %. Eine eher untergeordnete Rolle bei den Auslandsaufenthalten spielten Fortbildungsmaßnahmen. An solchen Projekten waren nur 6 % der Befragten beteiligt.

Auslandsaufenthalte dokumentieren gleich in mehrfacher Hinsicht eine Abrundung des Qualifikationsprofils. Sie dokumentieren Eigeninitiative und Lebenserfahrung, soziale Kompetenz und letztendlich in aller Regel auch überdurchschnittliche Fremdsprachenkenntnisse¹¹³. Entsprechend positiv können sich Auslandsaufenthalte bei Bewerbungen auswirken. So ist es auch nicht überraschend, daß auf die Frage nach vermuteten günstigen Faktoren bei Bewerbungen Auslandsaufenthalte relativ oft genannt wurden (13 %) – wobei hier ähnlich wie für

112 Womit selbstverständlich keine Urlaubsaufenthalte gemeint sind.

113 Natürlich nur, wenn es sich nicht gerade um Österreich oder die Schweiz handelt

die Praktika gilt, daß die Bewerber die positiven Wirkungen gar nicht vollständig erfassen können. Fremdsprachen wurden ebenfalls von etwa 13 % als positiver Faktor genannt. Unter Berücksichtigung von Doppelnennungen erwähnen damit fast 20 % Auslandserfahrungen/Fremdsprachenkenntnisse als positiven Bewerbungsfaktor – und damit genauso oft wie den Faktor Berufserfahrungen. Dieser Wert ist um so höher zu gewichten, da nur die Hälfte der Befragten, nämlich die, die über Auslandserfahrungen verfügte, auch entsprechende positive Bewertungsfaktoren angeben konnte.

Sowohl die Praktika als auch die Auslandsaufenthalte gehen mit einem erheblichen Zeitaufwand einher. So wandten die befragten Absolventen für Auslandsaufenthalte insgesamt im Durchschnitt etwa 10–11 Monate auf. Am zeitaufwendigsten war dabei ein Auslandsstudium (Dauer im Normalfall ein Jahr), der zeitlich geringste Aufwand wurde von den Befragten in Sprachkurse investiert, die durchschnittlich drei Monate in Anspruch nahmen. Für Praktika wurden durchschnittlich 26 Wochen aufgewendet, wovon 21 Wochen während des Studiums anfielen.¹¹⁴ Beide Arten der Qualifizierung sind also dazu geeignet die Studienzeit erheblich zu verlängern. Sie demonstrieren aber durch ihre berufliche Verwertbarkeit auch, daß lange Studienzeiten für sich genommen nichts über Berufschancen aussagen. Entscheidend ist, wie das Studium gefüllt wird.

Fazit: Unter den Absolventen genießen Praktika und Auslandsaufenthalte im Zuge der Ausbildung ein hohes Ansehen. Auslandserfahrungen in Verbindung mit dabei erworbenen Fremdsprachenkenntnissen werden von den Befragten als positiver Bewerbungsfaktor gleichrangig mit Berufserfahrung angesehen. Der konkrete berufliche Nutzen von Praktika bleibt dagegen diffus. Eine direkte Übernahme in einen Job ist selten. Praktika wirken eher indirekt als Nachweis von Erfahrung und Eigeninitiative, beides Faktoren, die die Berufschancen deutlich verbessern.

3.2.3. Zusatzqualifikationen – Reicht das Diplom?

Die Studienkonzeption des IPW läßt den Studierenden große Spielräume, um über das Lehrangebot des Instituts hinaus sich weitere Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Durch das Erwerben solcher Zusatzqualifikationen sollen die Studierenden, so die Theorie, die dahinter steckt, sich ein eigenständiges Qualifikationsprofil aneignen, mit dem sie ihre beruflichen Chancen gezielt verbessern können. Die Möglichkeiten gehen dabei über die bereits erwähnten Praktika und

114 Der Durchschnittswert wird stark durch ›Langzeitpraktikanten‹ beeinflusst, die Hälfte der Befragten, die irgendwann Praktika absolvierten, ließen sich hierfür weniger als 17 Wochen Zeit. Entsprechendes gilt für Praktika während des Studiums. Hier liegt der Median bei drei Monaten (13 Wochen).

Auslandsaufenthalte weit hinaus. Diese Studienkonzeption ist eine bewußte Reaktion auf den wenig strukturierten Arbeitsmarkt für Politologen. Die unterschiedlichen und teilweise konträren Ansprüche der potentiellen Arbeitgeber, sind in einem Studiengang nicht zu bündeln. Sie kollidieren auch mit dem Wissenschaftsanspruch, wenn es z.B. um den Erwerb von Führungsfähigkeiten, die Vermittlung von EDV-Kenntnissen oder um Ansprüche aus fachfremden Beschäftigungsbereichen geht.

Tabelle 34: Zusatzqualifikationen und ihre Nützlichkeit

(Angaben in Prozent, N=320)

Haben Sie während Ihres Studiums oder später weitere Zusatzqualifikationen ¹¹⁵ erworben und war dies für Ihre berufliche Tätigkeit nützlich?	erworben im Studium	erworben nach Studium	nützlich im Beruf	Nutzenquote ¹¹⁶ Studium
EDV-Kenntnisse*	32	50	68	85
<i>darunter: Textverarbeitung</i>	23	37	54	89
<i>darunter: Allgemeine EDV-Kenntnisse</i>	23	34	49	84
Sprachen*	48	23	48	69
<i>darunter: Englisch</i>	31	10	42	82
<i>darunter: Französisch</i>	17	10	21	58
<i>darunter: andere Sprachen</i>	20	10	14	51
Ökonomische Kenntnisse*	40	20	44	80
Rhetorik	20	20	41	92
Juristische Kenntnisse*	29	17	36	74
Führungsfähigkeiten	8	26	35	92
Psychologische Grundkenntnisse	14	11	24	80
Empirie/Statistik*	25	5	19	53
Didaktik	11	10	18	77

Lohnt es sich unter beruflichen Gesichtspunkten, Zusatzqualifikationen zu erwerben, und wenn ja welche? Dies dürfte die wichtigste Frage für die Studierenden sein, wenn sie sich nicht nur aus reiner Bildungslust fortbilden wollen. Das grundsätzliche Gewicht von weitergehenden Qualifizierungsmaßnahmen ist eindeutig. Auf die Frage, »Haben Sie sich auf ihre Arbeitsstelle als Politologe beworben?« gaben 60 % der arbeitenden Befragten an, daß sie sich auf Grund anderer Qualifikationen beworben haben.

Um die Bedeutung einzelner Zusatzqualifikationen zu überprüfen, wurde den Absolventen eine Liste mit verschiedenen Merkmalen vorgelegt, die berufsrele-

¹¹⁵ Bei den mit einem Stern versehenen Zusatzqualifikationen handelt es sich um zusammengefaßte Qualifikationsgruppen

¹¹⁶ Errechnet nach der Formel $\frac{\text{angeeignet während Studium und nützlich im Beruf}}{\text{angeeignet im Studium}} \cdot 100\%$

vante Kenntnisse betreffen. Wie breit die berufliche Ansprüche gestreut sind, zeigt sich darin, daß lediglich EDV-Kenntnisse und hierunter speziell die elektronische Textverarbeitung von einer Mehrheit der Befragten als nützlich für ihren Beruf eingestuft wurde. Auf diese Anforderungen wurde am Fachbereich Sozialwissenschaften, zu dem das IPW zählt, bereits Mitte der 80er Jahre mit der Anschaffung von PCs und der entsprechenden Software, die allen Studierenden des Fachbereichs zur Nutzung offen steht, reagiert. Die übrigen zusätzlichen Qualifikationen wurden dagegen nur von jeweils einem Fünftel bis knapp der Hälfte der Befragten als nützlich für den Beruf eingeschätzt. Lediglich 9 Befragte (=3 %) gaben an, weder diese noch andere Zusatzqualifikationen erworben zu haben.

EDV-Kenntnisse werden mit 68 % so oft von den Befragten als nützliche Kenntnisse für den Beruf angegeben, daß es schon fast angemessen scheint, hier von unumgänglichen Standards im modernen Berufsleben zu sprechen. Neben der elektronischen Textverarbeitung (54 %) wurden vor allem allgemeine EDV-Kenntnisse (49 %) als wichtig angesehen. Hierunter fallen das Grundverständnis für die Funktionsweise eines PCs und der Betriebssysteme sowie Grundkenntnisse über gängige Anwendersoftware, neben Textverarbeitung also Datenbanken, Tabellenkalkulation und Grafikprogramme. Darüber hinausgehende spezialisierte EDV-Kenntnisse werden im Beruf nur selten genutzt. Kenntnisse in Statistiksoftware empfindet nur ein Anteil von 9 % als nützlich für den Beruf, die Kenntnisse in Programmiersprachen nur 6 %. Allerdings: wer sich Kenntnisse nicht aneignet, kann sie auch nur schwerlich nutzen. Beide Werte sind in Relation zu der Anzahl der Absolventen zu sehen, die über solche speziellen Software-Kenntnisse verfügen. Kenntnisse in Statistiksoftware haben nur 13 % erworben, Kenntnisse in Programmiersprachen nur 9 %.

Auf den ersten Blick kann also lediglich zum Erwerb von EDV-Kenntnissen geraten werden. Die anderen Zusatzqualifikationen können sich lohnen – oder auch nicht. Am ehesten scheint noch die Pflege der Englischkenntnisse, der Erwerb von ökonomischen bzw. kaufmännischen Kenntnissen und das Aneignen von kommunikativen Kompetenzen (Rhetorik) sich zu rentieren. Die Angelegenheit stellt sich jedoch etwas differenzierter dar, wenn man zwei andere Indikatoren heranzieht: zum einen wie viele ihre *im* Studium erworbenen Fähigkeiten beruflich nutzen konnten (Nutzenquote). Zum anderem welche Fähigkeiten in welchem Umfang nach dem Studium erworben wurden, wobei dies teilweise auch als Fortbildung im Job laufen kann, also keine Notwendigkeit für den Jobeinstieg darstellt.

Wenn man die Nutzenquote betrachtet, zeigt sich, daß vor allem rhetorische und Führungsfähigkeiten sowie Kenntnisse in elektronischer Textverarbeitung im Beruf gefragt sind. Jeweils um die 90 % derjenigen, die sich diese Kenntnisse und Fähigkeiten während des Studiums angeeignet haben, konnten sie auch im Be-

rufsleben nutzen. Für alle drei Qualifikationen gilt auch, daß die Befragten sich diese Qualifikationen zum gleichen (Rhetorik) oder gar überwiegenden (Führungsfähigkeiten, Textverarbeitung) Teil, nach dem Studium angeeignet haben. Fast keine andere Zusatzqualifikation wurde nach dem Studium in ähnlich starkem Maße erworben, wie diese drei.¹¹⁷ Auch dies ist ein Beleg für das große Nutzenpotential. Allerdings dürfte zumindest der Erwerb von Führungsqualitäten während der Studienzeit nicht leicht fallen. Schließlich läßt sich ›Führung‹ nicht nur theoretisch lernen. Hier können aber Tätigkeiten im ehrenamtlichen Bereich helfen. Die 24 Absolventen, die von sich meinten, Führungsqualitäten während des Studiums entwickelt zu haben, haben praktische Erfahrungen vor allem in politischen Gruppierungen gesammelt.

Ebenfalls noch recht häufig können allgemeine EDV-Kenntnisse (84 %), Englischkenntnisse (82 %), psychologische Kenntnisse (80 %) und ökonomische Kenntnisse (80 %) im Beruf genutzt werden. Der Nutzen von Qualifikationen im Bereich der empirischen Sozialforschung und der Sprachen ist dagegen deutlich geringer. Nur 53 % derjenigen, die sich mit empirischer Sozialforschung während des Studiums vertraut gemacht haben, können hiervon im Beruf profitieren. Bei den Sprachkenntnissen, die über Englisch hinausgehen, sind es ähnliche Größenordnungen. Französisch brachte 58 % der französisch sprechenden Absolventen beruflichen Gewinn, bei den anderen Sprachen waren es 51 %. Entsprechend dieser verhältnismäßig geringen Nutzenquote setzte auch nach dem Studium nur eine kleine Gruppe von 5 % bzw. 10 % der Befragten auf diese beiden Bereiche, um ihr Qualifikationsprofil zu verbessern. Die manchmal in der Studienberatung genannte Empfehlung, durch Konzentration auf Empirie und/oder ›exotische‹ Sprachen Berufschancen zu verbessern, läßt sich also nach diesen Ergebnissen so pauschal nicht nachvollziehen. Eine mögliche Erklärung für die relativ geringe Nutzenquote liegt darin, daß es kaum Arbeitsplätze gibt, wo man diese Sprachen ›ein bißchen‹ braucht. Allerdings sind die Quoten mit über 50 % immer noch so hoch, daß von einer solchen Zusatzqualifikation unter beruflichen Gesichtspunkten auch generell nicht abgeraten werden kann.

Eine Betrachtung des Nutzens der verschiedenen Zusatzqualifikationen nach den verschiedenen Abschlußjahrgängen zeigt lediglich für den Erwerb und Nutzen von Rechts- und EDV-Kenntnissen signifikante Veränderungen. Die Veränderungen bei den EDV-Qualifikationen sind dabei natürlich eine Folge der relativ

117 Lediglich für allgemeine EDV-Kenntnisse und ökonomische Kenntnisse bestand nach dem Studium ein ähnlich großes Interesse. Im Einzelnen: Textverarbeitung lernten nach dem Studium 37 %, allgemeine EDV 34 %, Führungsfähigkeiten erwarben 26 % und rhetorische Fähigkeiten 20 %, ökonomische Kenntnisse 20 %. Der Ansturm auf Fortbildung in der EDV ist selbstverständlich eine Folge der technologischen Entwicklung der letzten 10-15 Jahre und der zunehmenden Durchdringung der Arbeitsplätze mit EDV.

kurzen und stürmischen Entwicklung im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung. Die Änderungen im Bereich der Rechtskenntnisse stellen eine nachträgliche Rechtfertigung für die Abschaffung des Wahlpflichtfaches Jura in der Diplom-Prüfungsordnung von 1977 dar. Die Nutzenquote sank für die Absolventen der Abschlußjahrgänge seit 1985 von zuvor 83 % auf 67 %. Die gesunkene Quote führte im Zusammenhang mit dem Umstand, daß Rechtskenntnisse nun auch seltener erworben wurden,¹¹⁸ dazu, daß juristische Kompetenzen im Beruf unter den Absolventen der Abschlußjahrgänge seit '85 nur noch von 34 % genutzt werden konnten. Zuvor waren es 47 % gewesen.

Eine Aufschlüsselung der oben erläuterten Ergebnisse nach Beschäftigungsbereichen erbringen teilweise überraschende, teilweise aber auch vorurteilsbestätigende Erkenntnisse. Zu den überraschenden Ergebnissen zählt sicher, daß der Nutzen rhetorischer und didaktischer Fähigkeiten im Mediensektor weit unterdurchschnittlich ist und daß empirische Kenntnisse nicht etwa im Bereich Forschung und Bildung am häufigsten benötigt werden, sondern im Politikbereich.¹¹⁹ Vorurteilsbestätigend ist dagegen der vergleichsweise geringe Nutzen von EDV-Kenntnissen in der öffentlichen Verwaltung. Wenn man die Nutzenquote, also die Verwertbarkeit von während der Studienzeit erworbenen Qualifikationen im Beruf, für die einzelnen Beschäftigungsbereiche betrachtet, so erreichen die Quoten für einzelne Fertigkeiten in bestimmten Beschäftigungsbereichen die 100 %-Marke. Dies gilt für Rhetorik, Didaktik und Englisch im Bereich Forschung/Bildung, für psychologische und EDV-Kenntnisse im Bereich Handel/priv. Dienstleistungen und Politik sowie Rechtskenntnisse im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Die Nutzenquote sagt zwar etwas darüber aus, ob etwas im Berufsleben genutzt werden konnte, aber nur wenig darüber, wie sich dieser Nutzen konkret bemerkbar macht. Welchen Beitrag leistet der Erwerb von Zusatzqualifikationen zur Berufsbiographie im Hinblick auf eine ausbildungsadäquate Beschäftigung, auf das Einkommen und den politologischen Bezug der Tätigkeit sowie auf die Zufriedenheit mit der Erwerbsbiographie? Eine Konzentration auf einzelne Qualifikationen ist wenig hilfreich zur allgemeinen Verbesserung der Chancen. Lediglich für den Erwerb ökonomischer Kenntnisse läßt sich ein positiver Zusammenhang mit dem erreichten beruflichen Status erkennen. Die Befragten, die ökonomische Kenntnisse während des Studiums erworben haben, befinden sich überdurchschnittlich oft in abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen (82 % bei ei-

118 In den Abschlußjahrgängen seit '85 erwarben nur noch 38 % Rechtskenntnisse. Zuvor waren es 53 % gewesen.

119 Lediglich 27 % gaben für den Bereich Forschung/Bildung an, empirische Kenntnisse nutzen zu können. Im Bereich Politik sind es 30 %. Dieser Wert hängt mit der hohen Anzahl wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Parlamenten und Fraktionen zusammen.

nem Durchschnitt von 75 %), sitzen überdurchschnittlich oft auf akademischen Berufspositionen (83 % zu 75 %) und weisen in höherem Maße einen politologischen Bezug in ihrer Arbeit auf (53 % zu 46 %). Allerdings sind die angegebenen Prozentsatzdifferenzen nicht so groß, als daß hier von einem Königsweg gesprochen werden könnte¹²⁰ und hinsichtlich der Einkommensverteilung sind keine signifikanten Unterschiede zwischen ökonomisch gebildeten Absolventen und den anderen festzustellen.

Die anderen Qualifikationen haben für sich allein betrachtet keinen nachweisbaren Nutzen für den beruflichen Werdegang. Auch aus der Anzahl aller zusätzlichen Qualifikationen konnte aus dem vorliegenden Datenmaterial kein Indiz für einen Einfluß auf die Berufsbiographie gewonnen werden. Ob bestimmte Qualifikationsprofile, also Kombinationen von verschiedenen Qualifikationen nachweisbare Verbesserungen bei den Berufsaussichten mit sich bringen, kann hier nicht geprüft werden. Es ist jedoch im Einzelfall davon auszugehen, daß spezifische Qualifikationsprofile in spezifischen Arbeitsmarktsegmenten Vorteile bringen. Hierfür spricht nicht zuletzt der Umstand, daß fast zwei Drittel (61 %) der Befragten nicht explizit als Politologe, sondern auf Grund anderer Qualifikationen ihren aktuellen Arbeitsplatz erhalten haben. Alle hier gemachten Aussagen beziehen sich jedoch auf die Gesamtheit der Befragten. Für sie lassen sich keine generalisierten Erkenntnisse gewinnen, die eine Konzentration auf bestimmte Zusatzqualifikationen nahelegen.

Fazit: Grundsätzlich ist die Aneignung von Zusatzqualifikationen zu empfehlen. Der überwiegende Teil der Absolventen verdankt diesen ihren Job. Jedoch erweisen sich nur EDV-Kenntnisse im Berufsleben als für die Mehrheit der Befragten nützlich. Was sinnvoll ist, hängt vom Einzelfall und dem spezifischen Qualifikationsprofil ab. Bei einer einzelnen Betrachtung der Zusatzqualifikationen kann lediglich für ökonomische Kenntnisse ein positiver Zusammenhang mit der beruflichen Situation nachgewiesen werden. Allerdings liegt die Nutzenquote, d.h. die berufliche Nutzung von im Studium erworbenen Fertigkeiten bei fast allen Zusatzqualifikationen hoch. Lediglich Kenntnisse in Empirie/Statistik mit einer Quote von 53 % und Fremdsprachen (außer Englisch und Französisch) mit einer Quote von 51 % fallen etwas ab. Dabei schwanken die Quoten zwischen den einzelnen Beschäftigungsbereichen stark. Wie weit und unter welchen Bedingungen bestimmte Kombinationen von Zusatzqualifikationen die Berufschancen verbessern, konnte hier nicht geprüft werden.

¹²⁰ Es kann auch zu recht bezweifelt werden, daß der Erwerb ökonomischer Qualifikationen für die besseren Berufschancen ursächlich ist. Vielmehr könnte eine Karriereorientierung die entscheidende Variable sein, die sowohl dazu beiträgt, die Berufschancen zu steigern, als auch verstärkt ökonomische Kenntnisse zu gewinnen.

4. Der Beruf

4.1. Die Beschäftigungssituation der Hamburger Absolventen

Politikwissenschaftler werden unabhängig davon, welche Universität sie absolviert haben, oft als für den (akademischen) Arbeitsmarkt zu leicht befunden. Immer wieder haben sich angehende Politologen damit auseinanderzusetzen, daß ihr Gegenüber sich als politologische Berufsperspektive lediglich den Taxifahrer oder den angehenden Politiker bzw. angehende Politikerin vorzustellen bereit ist. Entgegen dieser landläufigen Ansicht kann in Anlehnung an die Erkenntnisse über die Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge in Hamburg von Meyer-Althoff als Ergebnis der hier vorliegenden Studie für die Hamburger Politologen festgestellt werden, daß sie »immer schon eine Vielfalt von beruflichen Möglichkeiten hatten und (...) die verschiedensten Berufe ergriffen haben und ergreifen« (Meyer-Althoff 1994: 1).

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der aktuellen Berufssituation der Hamburger IPW-Absolventen. Dabei werden zunächst die heutigen Lebensumstände und der berufliche Status der Absolventen geschildert. Danach werden die unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsbereiche und die Situation der Absolventen außerhalb des traditionellen Angestelltenverhältnisses beschrieben. Letzteres bedeutet: Arbeiten in der Selbständigkeit und Arbeitslosigkeit, die Wahrnehmung von Honorartätigkeiten und Gelegenheitsarbeiten, das Verbleiben in Fortbildungsmaßnahmen und in einem Hausfrauen- oder -männerdasein. Ein besonderes Augenmerk wird in diesem Abschnitt auf der unterschiedlichen beruflichen Situation von weiblichen und männlichen Absolventen sowie dem Einfluß der verschiedenen Abschlußjahre liegen.

Das Studium der Politikwissenschaft zielt nicht auf einen bestimmten Tätigkeitsbereich, eine Karriere bzw. bestimmte Karriereverläufe sind nicht vorgezeichnet. Angesichts dieser Berufsperspektiven, mit denen sich die angehenden Politikwissenschaftler bereits während des Studiums auseinandersetzen müssen, stellt sich die Frage, mit welchem Maßstab beruflicher Erfolg von Politologen gemessen werden kann. Die Einkommensverhältnisse und die berufliche Position sind nur *ein* möglicher Gradmesser. Wie bewerten die Absolventen selbst ihre Situation, welche Bedeutung haben für sie diese Erfolgsindikatoren? Diese Fragen werden im dritten Kapitel vor allem unter dem Blickwinkel der beruflichen Zufriedenheit betrachtet.

4.1.1. Die aktuelle Lage der Absolventen – Ein Überblick

Nach dem Studium blieben die Absolventen zum großen Teil in Hamburg. 72 % der von uns ermittelten 557 Adressen liegen in Hamburg bzw. im Nahbereich um Hamburg herum.¹²¹ Damit ist der Anteil der Absolventen, die ihren Lebensmittelpunkt am Studienort behielten, lediglich um 6 Prozentpunkte niedriger als dies für die Berliner Absolventen von 1979 bis 1986 ermittelt worden war. Dort wird dieser hohe Wert durch die, zum Untersuchungszeitpunkt noch gegebene, ›Insel-lage‹ begründet (Fiebelkorn u.a.: 1989: 11). Eine mögliche Erklärung liegt im großen Arbeitsangebot in Hamburg vor allem im Medienbereich und der zentralen Bedeutung persönlicher Kontakte bei der Stellensuche (siehe Kapitel 3.1.3). Selbstverständlich muß auch berücksichtigt werden, daß die Ermittlung der Hamburger Adressen wesentlich leichter fällt als von den auswärtigen Anschriften. Immerhin konnten wir aber auch Hamburger Politologen an so fernen Orten wie Suva (Fidji Islands), Antananarivo (Madagaskar) oder Rio de Janeiro aufspüren.

Zwei Drittel der Absolventen sind bis zum Zeitpunkt der Befragung kinderlos geblieben. Dies ist zum Teil eine Folge der Zusammensetzung der Befragten. Zwei Drittel der Befragten haben ihren Abschluß 1985 oder später gemacht, sind also oft noch relativ jung. Aber auch unter den Befragten, die vor 1985 ihr Studium abschlossen, hat fast die Hälfte (46 %) keine Kinder.¹²² Männliche Absolventen haben häufiger Kinder als die Politologinnen. 39 % der männlichen Absolventen haben Nachwuchs. Bei den Frauen sind es nur 18 %. Es drängt sich die Vermutung auf, daß die Kinderlosigkeit in einem direkten Zusammenhang mit der unsicheren Berufssituation steht, von der Frauen, wie später noch gezeigt werden wird, in einem höheren Maße betroffen sind als die Männer. Entsprechend der Kinderzahl ist auch der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte unter den Wohnverhältnissen der Absolventen hoch: 45 % leben als Single, 28 % zu zweit. Unter den Absolventinnen beträgt der Single-Anteil 55 %.

84 % der Absolventen sind erwerbstätig. Die überwiegende Anzahl (67 %) arbeitet als Angestellte. Die anderen 17 % verteilen sich relativ gleichmäßig auf Beamte, Selbständige/Freiberufler, ABM-Kräfte und Freie Mitarbeiter/Honorarkräfte. Bei den 16 % nicht erwerbstätigen Politologen handelt es sich *nicht* ausschließlich um arbeitslose Akademiker. In dieser Gruppe sind all diejenigen Absolventen zusammengefaßt, die entweder derzeit keine Anstellung oder (zur Zeit) gar kein Interesse an einer Berufstätigkeit¹²³ haben, als auch diejenigen, die zur

121 Der alte Postleitzahlenbereich 2000 bis 2104. Weitere 8 % liegen im übrigen Postleitzahlenbereich 2, 17,5 % im übrigen Deutschland, 2,5 % im Ausland.

122 Von den seit 1985 geprüften Politologen haben 78 % keine Kinder

123 z.B. Hausfrau- oder Hausmannstätigkeit

Zeit der Befragung nur gelegentlich Jobs nachgehen oder eine Aus- oder Fortbildung ausüben. Von den Nicht-Erwerbstätigen befinden sich die meisten in einer Fortbildung (69 %). Frauen sind von der Erwerbslosigkeit weit überdurchschnittlich betroffen. 22 % der Frauen aber nur 13 % der Männer sind nicht erwerbstätig. Dieser Unterschied läßt sich nicht durch ein vermehrtes Hausfrauenschicksal unter den Politologinnen erklären. Nur 2 % der Absolventinnen geben an, als Hausfrau tätig zu sein.

Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen der Erwerbstätigen liegt bei 5900 DM. Dieser Wert weist große Abweichungen nach Geschlecht – Absolventinnen erzielen nur ein durchschnittliches Monatseinkommen von 4700 DM – und zeitlichem Abstand vom Studium auf. Das Durchschnittseinkommen der erwerbstätigen Absolventen von vor 1985 liegt bei 7800 DM, bei den ›späten‹ Absolventen nur bei 4800 DM. Für neun von zehn Absolventen stellt die Haupterwerbstätigkeit oder Einkünfte aus Honorartätigkeiten oder Werkverträgen die wichtigste Finanzierungsquelle für ihren Haushalt und ihre Lebensführung dar. Auf öffentliche Leistungen wie Sozial- und Ausbildungsbeihilfe, Unterhaltsgelder und Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind nur etwa 5 % der Befragten angewiesen.

Die erwerbstätigen Absolventen haben zu 61 % unbefristete Arbeitsverträge. 30 % der Arbeitsverträge sind befristet, 9 % arbeiten ohne schriftliche vertragliche Grundlage. Sehr hohe Anteile an *unbefristeten* Verträgen gibt es unter den Absolventen, die archivarischen/dokumentarischen Tätigkeiten (88 %) oder PR-Arbeit und Marketing-Aktivitäten (84 %) nachgehen. Einen besonders hohen Anteil an *befristeten* Arbeitsverträge gibt es im Beschäftigungsbereich Forschung und Bildung mit 63 %. Für Berufsanfänger ist es schwierig, einen unbefristeten Vertrag zu erhalten. Von den erwerbstätigen Absolventen der Abschlußjahrgänge 90/91 müssen 61 % auf einen solchen Vertrag verzichten.

Die Folgen eines befristeten Arbeitsvertrages werden dadurch verschärft, daß es sich bei ihnen zu fast einem Viertel (23 %) um Teilzeitverträge mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden in der Woche handelt. Auch wenn eine Teilzeitbeschäftigung im Einzelfall erwünscht sein mag, führt dies zwangsläufig zu sozialen Problemlagen, wenn im Anschluß an die befristete Beschäftigung Arbeitslosigkeit folgt. Bei unbefristeten Tätigkeiten liegt der Anteil der entsprechenden Teilzeitverträge mit weniger als 20 Wochenstunden nur bei 6 %. Zwischen den Geschlechtern gibt es erhebliche Unterschiede in der Arbeitszeit. Während die erwerbstätigen Absolventinnen nur zu 60 % eine Vollzeitstelle inne haben, sind es unter den männlichen Absolventen 87 %. Dieser Unterschied läßt sich nicht durch die klassische Rollenzuweisung in der Kindererziehung erklären, da lediglich 18 % der Politologinnen Kinder haben. Insgesamt gehen

20 % der erwerbstätigen Befragten einer Teilzeittätigkeit mit weniger als 30 Stunden Wochenarbeitszeit nach. Die Hälfte davon arbeitet weniger als 20 Wochenstunden.

Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Absolventen (48 %) sehen in ihrer Tätigkeit einen starken politikwissenschaftlichen Bezug. Für 31 % war das Politikstudium eine inhaltliche und für 19 % eine formale Voraussetzung zur Aufnahme ihres heutigen Berufes. Insgesamt konnten drei Viertel aller befragten Absolventen aus ihrem Studium einen beruflichen Nutzen für ihre aktuelle Tätigkeit ziehen. Dieser Nutzen bezieht sich allerdings nicht immer auf die Verwertbarkeit von speziell politikwissenschaftlichem Know How, sondern auch auf allgemein sozialwissenschaftliche Kenntnisse oder auch nur die bloße Existenz eines Hochschuldiploms. Es lassen sich bezüglich dieses Aspektes keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Abschlussjahrgängen¹²⁴ und Geschlechtern feststellen.

4.1.2. Eine kleine Typologie des beruflichen Verbleibs

Um die extrem unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse, in denen sich die Absolventen befinden, in einer anschaulichen Form darstellen zu können, werden im Folgenden zehn verschiedene Verbleibsgruppen gebildet.¹²⁵ Im ersten Schritt werden die Absolventen nach dem arbeitsrechtlichen Status ihrer derzeitigen Beschäftigungssituation unterteilt. Es wird unterschieden zwischen durch Arbeitsvertrag abgesicherten Erwerbstätigen (74 %), in anderer Weise Erwerbstätigen (10 %) und Nichterwerbstätigen (16 %). Es ist dabei darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich Mischformen möglich sind. Die Klassifizierung erfolgt nach dem Kriterium des Schwerpunktes der Tätigkeit nach Selbsteinschätzung der Befragten.

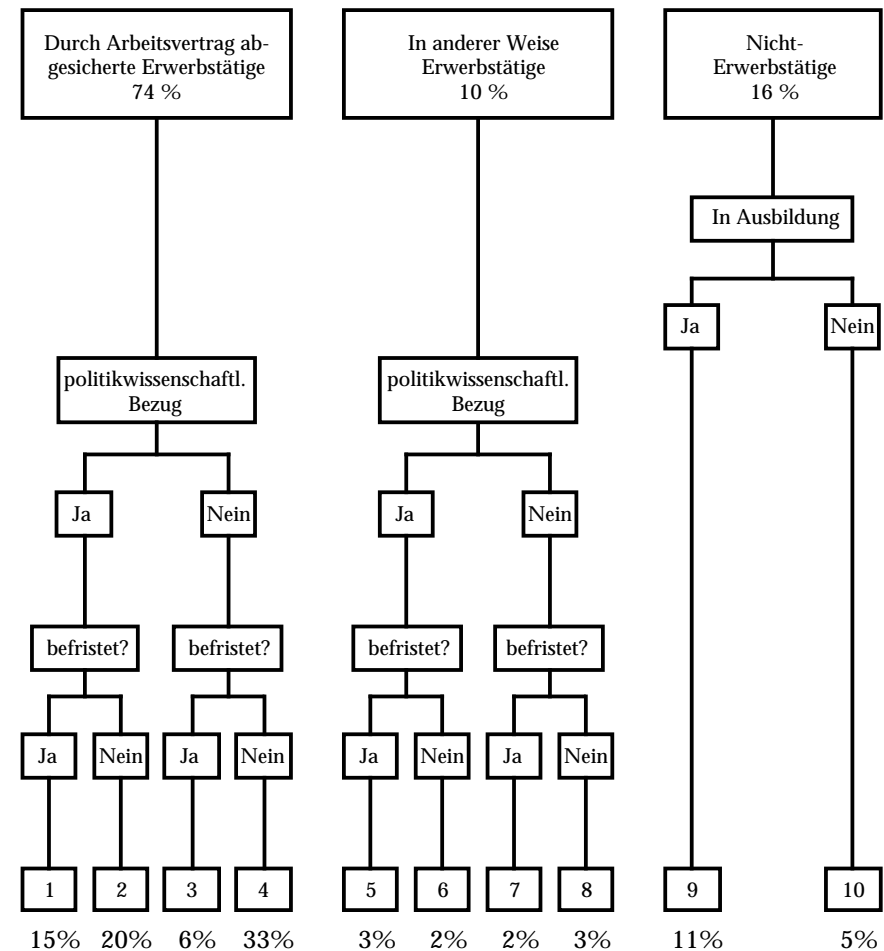
Im zweiten Differenzierungsschritt wird der inhaltliche Aspekt der Tätigkeit durch die Frage nach dem politikwissenschaftlichen Bezug der Tätigkeit bei den Erwerbstätigen und durch das Kriterium der Ausbildung bei den Nichterwerbstätigen berücksichtigt. Das Ausmaß des politikwissenschaftlichen Bezuges der Tätigkeit wird durch die Selbsteinschätzung der Befragten bestimmt. Als Drittes wird die zeitliche Absicherung des Arbeitsplatzes einbezogen. Sie wird durch das Merkmal der Befristung des Arbeitsverhältnisses berücksichtigt. Die Kriterien lassen sich allerdings nicht auf alle Absolventen sinnvoll anwenden. So ist bei den Nichterwerbstätigen eine Unterscheidung nach politikwissenschaftlichen Bezug oder der Befristung des derzeitigen Arbeitsverhältnisses offensichtlich überflüssig.

¹²⁴ Hier ist aber auch zu berücksichtigen, daß im Falle mehrjähriger Berufserfahrung ohnehin die Ausbildung in Bewerbungssituationen einen anderen Stellenwert hat.

¹²⁵ Diese Typologisierung lehnt sich an das Verfahren der Berliner Verbleibsstudie von 1989 an. Allerdings wurde auf eine spezielle Ausweisung der Selbständigen auf Grund der geringen Fallzahlen verzichtet (Fiebelkorn u.a. 1989: 39).

Sie werden deshalb ausschließlich nach dem Kriterium, ob sie sich in Ausbildung befinden, getrennt. Das Ergebnis dieser Gruppierung zeigt das folgende Schaubild.

Verbleibsgruppen der Absolventen (N=334)



Mit diesen drei Kriterien werden der arbeitsrechtliche Status, Arbeitsinhalte und die Sicherheit des Arbeitsplatzes in Form der zeitlichen Befristung als die drei wichtigsten Dimensionen zur Beschreibung der beruflichen Situation der Absolventen herangezogen. Generell sind weitere Kriterien nicht nur denkbar, sondern

auch sinnvoll, um die Berufstätigkeit der Absolventen umfassend zu beschreiben. Dies gilt vor allem für die Frage nach einem studienadäquaten Positionsniveau als auch für die wöchentliche Arbeitszeit, die dem Arbeitsvertrag zu Grunde liegt und dem Einkommen. So läßt sich das Positionsniveau der Tätigkeit durch die formale Einstiegsvoraussetzung eines Hochschulabschlusses beschreiben, die vertragliche Arbeitszeit und das Einkommen wurden direkt abgefragt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde zu diesem Zeitpunkt auf eine Aufnahme dieser Punkte verzichtet. Die Kriterien werden im Folgenden bei der Betrachtung der einzelnen Gruppen mit berücksichtigt.

Die ersten vier Gruppen umfassen den beruflichen Verbleib im Bereich der arbeitsvertraglich abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse. Fast drei Viertel aller Absolventen sind in dieser Form beschäftigt. Sie sind als Angestellte, Beamte oder ABM-Kräfte eingestellt. Als Arbeiter ist kein Absolvent tätig. Die Gruppen fünf bis acht sind in anderer Weise erwerbstätig. Unter ihnen befinden sich Selbständige, Freiberufler und Absolventen, die auf der Basis von Honorar- oder Werkverträgen arbeiten. Ein Sonderfall in dieser Gruppe sind die freien festen Mitarbeiter im Mediensektor, die trotz ihres Status als ›Freie‹ über eine gewisse soziale Absicherung verfügen. Die Verbleibsgruppen neun und zehn gehören zu den ›Nichterwerbstätigen‹ (16 %). Für diese Absolventen wurde mit Absicht nicht der Begriff der ›Erwerbslosen‹ gewählt, da sie nur zum geringsten Teil arbeitssuchend sind. So gehören Absolventen in Aus- oder Fortbildung und Hausfrauen/-männer in diese Gruppen. Hinzu kommen Gelegenheitsarbeiter und ›echte‹ Arbeitslose.

Als generelle Ergebnisse für alle Absolventen können festgehalten werden, daß Männer in den arbeitsvertraglich abgesicherten Stellungen überrepräsentiert sind und auch der Abstand zum Studienabschluß in der Frage der sozialen Absicherung und der Befristung der Arbeitsverhältnisse eine große Rolle spielt. Der Anteil an Vollzeitstellen und unbefristeten Arbeitsverträgen steigt mit dem Abstand zum Studium. Die Absolventen ›bezahlen‹ den politikwissenschaftlichen Bezug ihrer Tätigkeit oft mit einer Befristung ihrer Arbeitsverträge. Dieses Ergebnis zeichnet sich bei Betrachtung der Verteilung auf die Verbleibsgruppen unter den arbeitsvertraglich abgesicherten Erwerbstätigen ab. Während die Absolventen mit einem starken politikwissenschaftlichen Bezug zu 43 % einer befristeten Beschäftigung nachgehen, sind es bei den erwerbstätigen Absolventen mit einem schwachen oder keinem politikwissenschaftlichen Bezug nur 15 %. Die Verbleibsgruppen im Einzelnen:

Die *Gruppe 1* umfaßt die durch Arbeitsvertrag abgesicherten erwerbstätigen Absolventen, die einen starken politikwissenschaftlichen Bezug in ihrer Tätigkeit aufweisen und einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag haben. Hierbei handelt es sich um 15 % aller Absolventen. Fast alle Absolventen in dieser Gruppe (93 %)

haben eine ausbildungsadäquate Beschäftigung gefunden, d.h. sie sitzen auf einem Arbeitsplatz, für den ein Hochschulabschluß Einstellungs Voraussetzung gewesen war. Die meisten arbeiten im Beschäftigungsbereich Forschung/Bildung (51 %) und dem i.w.S. politischen Beschäftigungsbereich¹²⁶ (26 %). Überwiegend üben sie eine wissenschaftliche Tätigkeit aus (70 %). Der Anteil an Teilzeitstellen ist in dieser Gruppe mit einem Drittel überdurchschnittlich hoch. Die naheliegende Erklärung, daß diese hohe Zahl überwiegend auf Promotionsstellen zurückzuführen sein könnte, trifft nur bedingt zu. Lediglich ein Drittel der Inhaber von Teilzeitstellen schreibt an seiner Dissertation. 16 % der Absolventen in der Gruppe 1 stehen in einem ABM-Anstellungsverhältnis. Für alle ABM-Stellen war ein Hochschulabschluß eine notwendige Voraussetzung.

Die *Gruppe 2* wird von dem Fünftel der Absolventen gebildet, die in einem arbeitsvertraglich abgesicherten Beschäftigungsverhältnis stehen, einen starken politikwissenschaftlichen Bezug in ihrer ausgeübten Tätigkeit sehen und einen unbefristeten Vertrag haben. Bei fast allen Arbeitsverhältnissen in dieser Gruppe handelt es sich um Vollzeitverträge (91 %). Die Absolventen sind überdurchschnittlich oft in den Beschäftigungsbereichen Medien (37 %) und Politik (22 %) angestellt. Im Handel haben ausgesprochen wenig Absolventen dieser Gruppe ein Einkommen gefunden (5 %). Die ausgeübten Tätigkeiten entspringen zum großen Teil dem publizistisch-journalistischen (36 %) und wissenschaftlichen Feld (31 %). Das verbleibende Drittel übt die unterschiedlichsten Tätigkeiten vom Gewerkschaftssekretär bis zum Unternehmensberater aus. Die Gruppe 2 besteht in weit überdurchschnittlichem Maße aus Absolventen, deren Studienabschluß längere Zeit zurückliegt. 55 % der Absolventen in dieser Gruppe haben ihren Abschluß vor 1985 gemacht. Unter allen Befragten macht deren Anteil jedoch nur 31 % aus.

Gruppe 3 besteht aus den Absolventen, die einer arbeitsvertraglich abgesicherten Tätigkeit nachgehen, die nur einen schwachen oder gar keinen politikwissenschaftlichen Bezug aufweist und befristet ist. Die Gruppe ist mit 6 % der Befragten relativ klein. Die Absolventen dieser Gruppe arbeiten überdurchschnittlich oft in den Beschäftigungsbereichen Forschung (41 %) und Öffentliche Verwaltung/Dienstleistung (24 %). Vergleichsweise selten finden sie einen Job im Mediensektor (6 %) und Handel/Private Dienstleistungen (12 %). Die ausgeübten Tätigkeiten gehören recht häufig zum wissenschaftlichen (35 %) oder pädagogisch/lehrenden (24 %) Tätigkeitsfeld. Auch in dieser Gruppe gibt es relativ wenig Inhaber von Vollzeitstellen (69 %). Bei einem Achtel der Stellen handelt es sich um ABM-Arbeitsverhältnisse.

¹²⁶ Parlamente, Parteien, Verbände, Stiftungen u.s.w.. Zur Konstruktion der Beschäftigungsbereiche und Tätigkeitsfelder siehe folgendes Kapitel.

In der *Gruppe 4* befinden sich die Absolventen, die einer arbeitsvertraglich abgesicherten Erwerbstätigkeit nachgehen, keinen starken politologischen Bezug haben und sich in einer unbefristeten Anstellung befinden. Die Gruppe ist mit 33 % aller befragten Absolventen, die größte der zehn Verbleibsgruppen. Der Anteil derjenigen, die eine ausbildungsadäquate Tätigkeit ausüben, d.h. eine Tätigkeit für die ein Hochschulabschluß formale Voraussetzung war, ist mit 70 % relativ gering.

Trotz (oder gerade wegen?) dieses verhältnismäßig geringen Anforderungsniveaus bei den formalen Qualifikationen wird in dieser Gruppe mit 6500 DM das höchste Durchschnittsbruttoeinkommen erzielt. Die Absolventen sind zu einem großen Teil in dem studienfernen Beschäftigungsbereich des Handels und privaten Dienstleistungsgewerbes untergekommen (37 %). Die Art der ausgeübten Tätigkeiten entspringt einem sehr breiten Spektrum. Schwerpunkte liegen auf publizierenden Tätigkeiten (23 %), PR/Werbung/Marketing-Aktivitäten (16 %) und kaufmännischen Berufen (17 %). Die Gruppe 4 weist mit 77 % den höchsten Männeranteil aller Verbleibsgruppen auf.

In den Gruppen 5–8 sind die in anderer Weise erwerbstätigen Absolventen erfaßt. Ihr Anteil ist mit insgesamt 10 % Anteil relativ klein, wobei die einzelnen Gruppen in etwa den gleichen Umfang haben (2 %–3 %). *Gruppe 5* besteht aus Absolventen, die einen starken politikwissenschaftlichen Bezug und eine Befristung ihrer Tätigkeit aufweisen. Sie sind in ihrer Mehrheit im Beschäftigungsbereich Medien tätig (57 %). Eine Beschäftigung in der Politik oder der Öffentlichen Verwaltung/Dienstleistung kommt in dieser Gruppe gar nicht vor. Die Absolventen in der *Gruppe 6* befinden sich im Unterschied zur Gruppe 5 in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis. Sie sind bis auf einen alle im Bereich Medien als freie Journalisten beschäftigt. Die Gruppe 6 ist die Gruppe mit dem niedrigsten Durchschnittsbruttoeinkommen. Es beträgt lediglich 2600 DM.

Die Gruppen 7 und 8 umfassen die in anderer Weise erwerbstätigen Absolventen ohne starken politikwissenschaftlichen Bezug. Die Befragten in *Gruppe 7* üben ihre Erwerbstätigkeit nur mit einer zeitlichen Befristung aus. In dieser Gruppe sind die meisten im Forschungsbereich (50 %) und im Sektor Handel/Private Dienstleistungen (33 %) tätig. Sie arbeiten jedoch weder als Wissenschaftler noch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit oder Werbung, sondern üben zu 43 % Tätigkeiten als Dozent/Lehrkraft aus. Die Gruppe 7 ist die einzige Gruppe unter den ›in anderer Weise Erwerbstätigen‹ mit einem Männerüberschuß (67 : 33). In der *Gruppe 8*, Erwerbstätigkeit ohne feststehende zeitliche Befristung, sind alle Absolventen im Mediensektor (63 %) oder im Handel/Private Dienstleistungen (37 %) beschäftigt. Die Tätigkeiten in dieser Gruppe zeichnen sich durch einen sehr niedrigen Anteil an studienadäquaten Arbeiten aus.

In den Gruppen 9 und 10 sind die Nichterwerbstätigen¹²⁷ zusammengefaßt. Zur *Gruppe 9* gehören die Absolventen, die eine Aus- oder Fortbildung absolvierten, wobei nur etwa jede Fünfte (22 %) arbeitssuchend ist. Die Gruppe ist mit 11 % der Befragten relativ groß. Die materielle Lage der Absolventen in der Gruppe 9 ist besser als man bei einem Oberbegriff ›Nichterwerbstätige‹ vermuten möchte. Mehr als zwei Drittel befinden sich in einer bezahlten Fortbildung (69 %).¹²⁸ Dies ermöglicht mehr als der Hälfte (53 %) der Befragten in dieser Gruppe, das eigene Einkommen als wichtigste Finanzierungsquelle für den Lebensunterhalt zu nutzen. Auch die Absolventen in der *Gruppe 10*, die nicht in Ausbildung befindlichen ›Nichterwerbstätigen‹, sind nur gut zur Hälfte (56 %) ›echte‹ Arbeitslose. 17 % sind Hausmenschen, 28 % halten sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser. In dieser Gruppe geben zwei Drittel an, arbeitssuchend zu sein. Die Gruppe 10 umfaßt 5 % aller befragten Absolventen.

Fazit: Die Hamburger Politologen haben sich zum weitaus überwiegenden Teil auf dem Arbeitsmarkt etablieren können. Selbst unter den 16 % Nichterwerbstätigen befinden sich nur wenige ›echte‹ Arbeitslose. Allerdings mußten viele Absolventen Abstriche an der Absicherung und den Inhalten der ausgeübten Tätigkeit hinnehmen. 30 % der Arbeitsverträge sind befristet, etwa die Hälfte (52 %) der erwerbstätigen Befragten muß in ihrer Arbeit auf einen starken politikwissenschaftlichen Bezug verzichten.¹²⁹

4.2. Das vielfältige Gesicht des Arbeitsmarktes für Politologen

4.2.1. Von der Bildung bis zur Politik, vom Archivieren bis zum Verwalten – Berufsbereiche und Tätigkeitsfelder Hamburger Politologen

Die Beschäftigungsverhältnisse sagen nichts über den Berufsbereich und die Art der Tätigkeit, die die Absolventen ausüben, aus. Eine alleinige Betrachtung der Berufsbereiche ist nicht ausreichend, da sehr unterschiedliche Tätigkeiten in einem Berufsbereich zusammengefaßt sein können. Z.B. gibt es im Medienbereich sowohl reine Verwaltungs- als auch den großen Bereich der journalistischen Tätigkeiten.¹³⁰ Wissenschaftliche Mitarbeiter können in der Forschung, in der

127 Zur Erinnerung: als Nichterwerbstätige werden alle aufgefaßt, die ihren derzeitigen Schwerpunkt nicht in einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit sehen. Dies schließt damit ›Gelegenheitsjobber‹ und bezahlte Aus- und Fortbildungen ein.

128 Bezahlte Aus- oder Fortbildungen können durchaus mit recht hohem Einkommen verknüpft sein, wie z.B. bei einem Volontariat.

129 Auf der anderen Seite sind es jedoch auch nur 13 % die gar keinen politologischen Bezug in ihrer Tätigkeit sehen. (11 % sehr schwachen Bezug, 29 % schwachen Bezug).

130 Zur Komplexität der Klassifizierung siehe auch Wittkämper 1987: 119f

Verwaltung und auch in Parteien, Fraktionen oder Parlamenten angestellt sein. Aber selbst diese Unterscheidung zwischen Beschäftigungsbereich und Tätigkeitsfeld sagt über die konkreten Arbeitsinhalte nur begrenzt etwas aus. So können sich hinter den Sammelbegriffen der Tätigkeitsfelder, leitende und/oder ausführende Tätigkeiten, selbständiges oder fremdbestimmtes Arbeiten verbergen.

Alein die Zusammenfassung der Berufe in Berufsbereiche ist aufwendig. Von den Absolventen wurden insgesamt mehrere hundert verschiedene Berufe ausgeübt. Aus dieser Vielzahl von unterschiedlichen beruflichen Erfahrungen lassen sich fünf große Beschäftigungsbereiche bilden, die für die Befragten von Bedeutung sind:

- der Mediensektor,
- der Forschungs- und Bildungsbereich,
- Handel und private Dienstleistungen,
- der politische Bereich mit Parlamenten, Parteien, Verbänden, NROs¹³¹ und Stiftungen und
- der Bereich der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistung.

Für die Absolventen des IPW stellt der Mediensektor den größten Beschäftigungsbereich dar. 30 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in diesem Bereich. Für die erwerbstätigen Frauen sind die Medien als Arbeitgeber noch etwas wichtiger als für die männlichen Absolventen. Bei ihnen sind es ein gutes Drittel (34 %), bei den Männern nur ein gutes Viertel (28 %), die beim Rundfunk/Fernsehen, den Printmedien oder Verlagen arbeiten. Das überwiegende Betätigungsfeld für die Absolventen im Medienbereich liegt erwartungsgemäß bei den journalistischen Tätigkeiten, aber immerhin ein Viertel ist mit anderen Arbeiten beschäftigt, z.B. im Bereich Archiv/Dokumentation oder auf dem kaufmännischen Feld. Im Medienbereich können 45 % der Befragten in ihrer Arbeit einen starken politikwissenschaftlichen Bezug entdecken.

Den für die Hamburger Politologen zweitgrößten Beschäftigungsbereich bilden die Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Es ist der einzige Beschäftigungsbereich, in dem die Absolventen mehrheitlich (64 %) ihre politikwissenschaftliche Ausbildung bei der Bewerbung als Qualifikation in den Vordergrund gestellt haben¹³² und in dem auch ein starker politikwissenschaftlicher Bezug entsprechend häufig festgestellt wird (63 %). Jeder fünfte Absolvent ist hier tätig. Sie sind fast ausschließlich mit wissenschaftlichen oder lehrenden Aufgaben betraut. Die insgesamt fünf Ausnahmen in diesem Feld arbeiten als Archivar/Dokumentar, als Öffentlichkeitsarbeiter oder in der Verwaltung der Einrichtungen. Die Ar-

131 NRO = Nicht- Regierungsorganisation, Z.B. amnesty international, Rotes Kreuz u.ä.

132 Insgesamt bewarben sich nur 40 % ausdrücklich als Politologen

beitsverhältnisse in diesem Beschäftigungsbereich sind von einer großen Zukunftsunsicherheit geprägt. Nur 37 % der Absolventen verfügen über unbefristete Jobs. Zum Vergleich: im Mediensektor sind 89 % der Befragten unbefristet tätig. Auch der Anteil der Teilzeitverträge liegt mit 39 % sehr hoch.¹³³

Tabelle 35: Verteilung der berufstätigen Absolventen auf einzelne Berufsbereiche nach Geschlecht und Abschlußjahr*
(Angaben in Prozent)

Beschäftigungsbereich	Ins- gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Medien	30	28	34	29	30
Forschungs-/ Bildungseinrichtungen	20	19	22	21	19
Handel/private Dienstleistungen	20	21	16	24	18
Politik	15	14	17	14	15
Öffentlicher Dienst	13	14	11	11	13
Sonstiges	3	5	0	1	5
N	273	197	76	98	175

Ebenfalls 20 % sind in dem Beschäftigungsbereich ›Handel/Private Dienstleistungen‹ untergekommen. Die Arbeit in diesem Bereich weist einen ausgesprochen geringen Zusammenhang mit der politikwissenschaftlichen Ausbildung auf. Nur 13 % geben an, in ihrer Arbeit einen starken politikologischen Bezug zu haben.¹³⁴ Dennoch war das Studium auch für die in diesem Bereich Beschäftigten nicht nutzlos. Bei 62 % bestand die formale Voraussetzung eines Hochschulabschlusses für ihren Arbeitsplatz. Die Tätigkeiten in diesem Beschäftigungsbereich liegen überwiegend im kaufmännischen Fach (33 %) und in PR- und Marketing-Aktivitäten (28 %). Die Jobs in diesem Bereich sind mit großem Abstand die lukrativsten, die die Absolventen erreichen konnten. Im Schnitt erzielen die erwerbstätigen Politologen in diesem Beschäftigungssektor ein monatliches Bruttoeinkommen von 7700 DM.

Parlamente, Parteien, Verbände und Stiftungen gelten in den Augen der Öffentlichkeit oft als klassisches Betätigungsfeld für Politologen. Von den Absolventen des IPW arbeitet jedoch nur etwa jeder siebte (14 %) auf diesem Gebiet. Der politische Beschäftigungsbereich ist damit nur der viertgrößte. Obendrein spielt die professionelle politische Betätigung hier nur eine untergeordnete Rolle. Nur 13 % der Absolventen in diesem Berufsbereich sind explizit politisch d.h. als Po-

133 Insgesamt liegt der Anteil bei 21 % von allen Erwerbstätigen

134 Insgesamt sind es 48 % aller erwerbstätigen Befragten.

* Ausführliche Darstellung im Tabellenanhang, Tabelle 52.

litiker tätig. 26 % arbeiten als wissenschaftliche Angestellte und 31 % sind mit publizistischen und journalistischen Tätigkeiten befaßt. Der politische Beschäftigungsbereich für Politologen zeichnet sich durch ein sehr breites Spektrum an Tätigkeiten aus.¹³⁵ Dies führt dazu, daß in diesem Bereich »nur« knapp zwei Drittel (65 %) einen starken politologischen Bezug in ihrem Arbeitsleben erkennen. Der Anteil der Vollzeitstellen (über 30 Stunden) ist mit 74 % relativ gering. Er wird nur im Forschungs- und Bildungsbereich noch unterschritten.

Der letzte größere Beschäftigungsbereich ist die öffentliche Verwaltung und die öffentlichen Dienstleistungsträger¹³⁶. Hier arbeiten 13 % der Absolventen. Mit Verwaltungstätigkeiten sind jedoch nur 31 % der in diesem Sektor Tätigen beschäftigt. 34 % arbeiten als wissenschaftliche Angestellte in der Verwaltung, jeweils etwa 10 % führen pädagogische/lehrende Tätigkeiten (11 %) und PR-/Marketing-Aktivitäten (9 %) aus. In diesem Beschäftigungsbereich spielt die Qualifikation als Politikwissenschaftler eine relativ große Rolle. Für fast 60 % waren sozialwissenschaftliche Kenntnisse eine inhaltliche Voraussetzung für die ausgeübte Beschäftigung. Allerdings haben 43 % der in diesem Bereich Erwerbstätigen nur eine befristete Stelle bekommen.

Wenn man die Absolventen nach den ausgeübten Tätigkeiten aufschlüsselt, zeigen sich zwei dominante Tätigkeitsfelder. Fast die Hälfte der berufstätigen Politologen ist zu gleichen Teilen im publizistisch-journalistischen oder im wissenschaftlichen Tätigkeitsfeld (jeweils 24 %) beschäftigt. Ein im Vergleich zur Berliner Studie nicht überraschendes Ergebnis; auch dort waren, wenn auch im geringeren Umfang journalistische und wissenschaftliche Tätigkeiten am häufigsten genannt worden (vgl. Fiebelkorn u.a. 1989: 14). Erstaunlich viele Absolventen üben Tätigkeiten in den Feldern PR/Marketing/Werbung (10 %) und »kaufmännische Tätigkeiten« (8 %) aus, die in ihrem Umfang teilweise noch vor den für Politikwissenschaftlern naheliegenderen politischen (3 %), lehrenden (8 %)¹³⁷ oder verwaltenden (10 %)¹³⁸ Tätigkeitsfeldern rangieren. Einen eher geringen Stellenwert haben archivarische und dokumentarische Tätigkeiten (3 %).

Bei den Tätigkeitsfeldern fallen in viel stärkerem Maße als bei den Beschäftigungsbereichen Unterschiede in der beruflichen Situation zwischen Absolventinnen und Absolventen auf. Wie bereits während des Studiums (siehe Kapitel 2.2.1) sind die Frauen eher bei den kommunikativen humanorientierten Tätigkeiten, die Männer eher bei den organisatorisch-zahlenorientierten Arbeiten zu finden. So

135 Lediglich kaufmännische Tätigkeiten werden von keinem Politologen in diesem Feld ausgeführt.

136 z.B. Körperschaften des öffentlichen Rechts wie Sozialversicherungen u.a.m.

137 mit dem großen Feld der Dozententätigkeit in der politischen Bildung

138 vor allem im öffentlichen Dienst

Tabelle 36: Verteilung der berufstätigen Absolventen auf einzelne Tätigkeitsfelder nach Geschlecht und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent)

Tätigkeitsfeld	Ins- gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
publizistisch/journalistische Tätigkeiten	24	21	31	23	24
wissenschaftliche Tätigkeiten	24	27	17	22	25
Tätigkeiten im Bereich PR/Marketing/Werbung	11	10	13	7	13
verwaltende Tätigkeiten	10	11	7	11	9
kaufmännische Tätigkeiten	8	11	3	8	9
pädagogische/lehrende Tätigkeiten	8	6	13	10	6
Tätigkeiten in Archiv und Dokumentation	3	2	5	3	3
politische Tätigkeiten	3	3	3	3	2
sonstige Tätigkeiten	11	12	9	15	9
N	276	199	77	102	174

arbeiten die Frauen weit überdurchschnittlich auf journalistisch-publizistischem (31 %) und pädagogisch/lehrendem (13 %) Gebiet, die Männer sind dagegen verstärkt mit wissenschaftlichen (27 %), kaufmännischen und verwaltenden (je 11 %) Aufgaben betraut. Dieses Ergebnis entspricht in der groben Tendenz auch den beruflichen Präferenzen der Geschlechter zum Studienende.

Die zunächst »studienfremd« anmutenden Tätigkeitsfelder PR/Marketing/Werbung und das Kaufmannswesen bieten in überdurchschnittlichem Maße abgesicherte und lukrative Jobs. So sind nur 19 % im kaufmännischen und gar nur 12 % im Tätigkeitsfeld PR/Marketing/Werbung befristete Arbeitsverhältnisse. Zum Vergleich: die wissenschaftlich tätigen Politologen müssen zu 58 % mit befristeten Jobs vorlieb nehmen. Das durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen beträgt bei den kaufmännisch tätigen Absolventen 9000 DM, bei den im Feld PR/Marketing/Werbung Tätigen liegt es mit 5800 DM auf etwa gleicher Höhe mit dem Durchschnittseinkommen aller Befragten.¹³⁹

Zumindest das Tätigkeitsfeld PR/Marketing/Werbung erweist sich bei genauerer Betrachtung als durchaus nicht so »studienfremd«, wie sich auf den ersten Blick vermuten läßt. So sehen 32 % der Absolventen in ihrer Tätigkeit in diesem Feld einen starken politikwissenschaftlichen Bezug. Das sind weitaus mehr, als z.B. bei den pädagogisch/lehrenden Tätigen (20 %). Sogar für 44 % im PR/Marketing/Werbungs-Bereich waren sozialwissenschaftliche Kenntnisse eine inhaltli-

139 Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Beschäftigten in diesem Bereich überdurchschnittlich oft zu den jüngeren Abschlußjahrgängen gehören, ergibt sich auch für diese Gruppe ein sehr hohes Einkommensniveau.

che Voraussetzung für die ausgeübte Beschäftigung. Dieses Tätigkeitsfeld ist für die Absolventen auch deshalb besonders interessant, weil es Absolventen in zunehmender Zahl aufnimmt. Während von den Abschlußjahrgängen vor 1985 nur 7 % in diesem Bereich tätig wurden, sind seitdem 13 % beruflich mit solchen Tätigkeiten betraut.

In manchen klassischen Tätigkeitsfeldern müssen die Absolventen dagegen erhebliche Abstriche bei der beruflichen Absicherung hinnehmen. Dies trifft vor allem auf die journalistischen und wissenschaftlichen Tätigkeiten zu. Wissenschaftliche Angestellte müssen, wie schon erwähnt, sehr häufig mit einer Befristung ihres Arbeitsvertrages rechnen. Dies hängt vor allem mit der Arbeitsweise in der Forschung (Projektarbeit) und der Abhängigkeit von Wahlen in der Politik, von denen die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fraktionen und Abgeordneten betroffen sind zusammen. Bei den journalistischen Tätigkeiten sind befristete Verträge zwar selten (13 %), dafür befinden sich aber nur drei Viertel der Beschäftigten in einem festen Anstellungsverhältnis.¹⁴⁰ Journalistisch arbeitende Absolventen können auch nur (oder immerhin) in etwa zur Hälfte (53 %) ihr politologisches Fachwissen für den Beruf nutzen.

Fazit: Trotz der Bestätigung der bekannten These von der breiten Streuung der Berufe, in denen Politologen arbeiten, lassen sich Schwerpunkte in der beruflichen Tätigkeit ausmachen. Etwa die Hälfte der Befragten üben publizistisch/journalistische oder wissenschaftliche Tätigkeiten aus. Beide Tätigkeitsfelder zeichnen sich leider durch negative Besonderheiten aus. Wissenschaftliche Angestellte verfügen sehr oft nur über befristete Verträge, journalistisch tätige Absolventen überdurchschnittlich oft über gar keine. Die Beschäftigungsbereiche lassen sich in fünf große Felder zusammenfassen: Medien, Forschungs- und Bildungseinrichtungen; Handel/private Dienstleistungen, Politik und Öffentliche Verwaltung/Dienstleistung. Der Mediensektor ist mit 30 % der größte Beschäftigungsbereich für die Hamburger Politologen. Eher selten sind dagegen Absolventen in die Politik (14 %) oder den öffentlichen Dienst (13 %) gegangen.

4.2.2. Politologen außerhalb der traditionellen Erwerbstätigkeit

Vier von fünf Absolventen gehen einer Erwerbstätigkeit im traditionellen Sinne nach, d.h. sie arbeiten als Angestellte, Beamte oder Arbeiter (74 %) oder haben sich selbständig gemacht bzw. sind freiberuflich tätig (4 %). Ein gutes Viertel (27 %) der mit einem Arbeitsvertrag ausgestatteten erwerbstätigen Befragten steht allerdings nur in einer befristeten Anstellung. Etwa jeder fünfte Absolvent ist in anderer Weise oder gar nicht erwerbstätig. Das Verhalten der Absolventen,

¹⁴⁰ Gesamtdurchschnitt 88 %

die bisher nicht einer traditionellen Erwerbstätigkeit in Dauerstellung nachgehen, gewinnt unter dem Eindruck der ständig gebetmühenhaft wiederholten Thesen von den schlechten Berufschancen für Politologen eine besondere Relevanz. Wie gehen sie mit ihrem ›Schicksal‹ um, wie sehen sie ihre Situation? Streben sie überhaupt eine Stellung im traditionellen Beschäftigungssystem an? Führt die berufliche Unsicherheit zu einer Lethargie oder wird aktiv am (Wieder)Einstieg in das Berufsleben gearbeitet?

Befristete Arbeitsverhältnisse nehmen in diesem Zusammenhang eine Sonderstellung ein. Sie sind durchaus nicht immer Ausdruck von beruflichem Mißerfolg bzw. von Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. So sind befristete Verträge vor allem bei projektorientierten Arbeiten eher der Normalzustand, da dort auf eine Anstellung nicht automatisch eine längere Phase der Arbeitslosigkeit, sondern der nächste Job folgt. Hier dürften denn auch die Gründe dafür zu suchen sein, daß immerhin 44 % der befristet angestellten Absolventen angeben, daß die Absicherung der Tätigkeit weitgehend ihren Erwartungen entspricht und gar 48 % die Perspektiven hinsichtlich der Absicherung als positiv beurteilen. Im Folgenden werden die Gruppen der zeitlich befristet angestellten Absolventen und der Politologen, die ganz außerhalb der traditionellen Erwerbstätigkeit stehen, getrennt betrachtet.

Tabelle 37: Zusammensetzung der Gruppe der befristet angestellten

Absolventen

(Angaben in Prozent, N=60)

beruflicher Status		Geschlecht		wichtigste Einkommensquelle		Abstand zum Studium	
Angestellter	82	männlich	70	Erwerbsarbeit	98	bis 2 Jahre	37
Beamter	3	weiblich	30	Priv. Unterstützung	2	bis 5 Jahre	27
ABM-Angestellter	15					bis 8 Jahre	20
						über 8 Jahre	15

Die Zusammensetzung der befristet tätigen Absolventen unterscheidet sich hinsichtlich Geschlecht und zeitlichem Abstand zum Studium nur geringfügig von der Zusammensetzung aller Befragten. Lediglich die Gruppe der Politologen, die vor über acht Jahren ihr Studium beendet haben, ist mit 15 %¹⁴¹ in ihrem Umfang deutlich geringer. Ein Vergleich mit den unbefristet angestellten Absolventen zeigt jedoch deutliche Unterschiede. In dieser Gruppe stellen die Absolventen, die seit längstens zwei Jahren mit dem Studium fertig sind, mit 24 % eine wesentlich klei-

¹⁴¹ Gesamtanteil 23 %

nere Gruppe, während die Befragten, deren Studienzeit mehr als acht Jahre zurückliegt mit 30 % einen doppelt so hohen Anteil aufweisen.¹⁴² Befristete Anstellungsverhältnisse sind also verstärkt in der Gruppe der Berufsanfänger festzustellen.

Dennoch zeigen die immer noch hohen Anteile bei den älteren Absolventen, daß die Befristung des Arbeitsverhältnisses, wie schon vermutet wurde, durchaus nicht nur ein Übergangsproblem zwischen Ausbildung und Erwerbsleben darstellt. In manchen Tätigkeitsfeldern – vor allem bei wissenschaftlicher Arbeit (s.o.) – sind befristete Tätigkeiten im beruflichen Alltag nichts Außergewöhnliches. Die befristeten Stellenangebote richten sich deshalb oft gar nicht an Berufsanfänger. Bei der Hälfte der befristeten Arbeitsverhältnisse (51 %) war Berufserfahrung eine Einstellungsvoraussetzung für den Bewerber.¹⁴³ Bei den Absolventen, deren Abschluß mehr als fünf Jahre zurückliegt, ist dieser Anteil mit über zwei Dritteln sogar genauso hoch wie bei den unbefristeten Beschäftigten. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind also nicht pauschal als Arbeitsplätze minderer Bedeutung zusehen. Folgerichtig wird der berufliche Werdegang unter den Befragten mit befristetem Arbeitsvertrag auch mit steigendem Abstand zum Studium in hohem Maße als positiv bewertet. 85 % der mehr als fünf Jahre und 84 % der höchstens seit fünf Jahren nicht mehr studierenden befristet tätigen Befragten bezeichnen ihren Berufsweg als »eher erfolgreich«.

Tabelle 38: Zusammensetzung der Gruppe der keiner traditionellen Erwerbstätigkeit nachgehenden Absolventen¹⁴⁴
(Angaben in Prozent, N=75)

beruflicher Status		Geschlecht		wichtigste Einkommensquelle		Abstand zum Studium	
Honorarbasis	28	männlich	55	Arbeiten	44	bis 2 Jahre	63
Stipendium/bez. Prakt.	33	weiblich	45	Eigenfinanzierung	16	bis 5 Jahre	17
Gelegenheitsarbeiten	7			Öffentl. Unterst.	21	bis 8 Jahre	14
unbez. Fortbildung	15			Priv. Unterstützung	16	über 8 Jahre	6
Arbeitslos	13			Mischfinanzierung	3		
Hausmann/-frau	4						

¹⁴² Die anderen Gruppenanteile sind etwa gleich.

¹⁴³ Zum Vergleich: bei den unbefristeten Jobs beträgt der Anteil 74 %.

¹⁴⁴ Diese Gruppe umfaßt die Nicht-Erwerbstätigen und Absolventen, die auf Honorarbasis bzw. mit Werkverträgen arbeiten

Die Gruppe der keiner traditionellen Erwerbstätigkeit nachgehenden Absolventen ist wesentlich komplexer zusammengesetzt. Sie reicht von den »echten« Arbeitslosen (13 %) über die »freiwillig« Erwerbslosen, wie Hausfrauen/-männer (4 %) oder sich in Aus- oder Fortbildung befindlichen Absolventen (15+33=48 %), hin zu den Gelegenheitsjobbern (7 %), die sich durch Nutzung sporadisch auftauchender kurzzeitiger, vertraglich unregelter Arbeitsangebote, ein unsicheres Einkommen verschaffen, und den auf Honorarbasis oder Werkvertragsbasis und als freie Mitarbeiter arbeitenden Befragten (28 %). Entsprechend der unterschiedlichen Stellung im beruflichen Status, beziehen die Befragten ihren Lebensunterhalt aus verschiedenen Einkommensquellen. 44 % geben als wichtigste Einkommensquelle die Erwerbstätigkeit an. Für weitere 16 % stellt eine Eigenfinanzierung in Form von Stipendien, Darlehen oder eigenem Vermögen die wichtigste Grundlage für den täglichen Bedarf dar. 37 % finanzieren sich in erster Linie durch öffentliche (Arbeitsamt, Sozialamt) oder private Unterstützung (Eltern, Partner usw.). Im Unterschied zu den befristeten Arbeitsplätzen ist der Einfluß des Zeitfaktors in dieser Gruppe nicht zu übersehen. Für fast zwei Drittel liegt ihr Studium nicht mehr als zwei Jahre zurück.

Trotz der beruflichen Unsicherheit erleben 69 % ihren beruflichen Werdegang als erfolgreich. Dieser hohe Wert ist jedoch zu vier Fünftel auf Absolventen zurückzuführen, die als freie Mitarbeiter bzw. Honorarkräfte tätig sind, eine bezahlte Fort- oder Weiterbildung absolvieren oder selbiges durch ein Stipendium finanzieren. Da bei diesen Absolventen zu einem sehr großen Teil (69 %) der Studienabschluß nicht mehr als zwei Jahre zurückliegt, reicht der Umstand, daß es überhaupt beruflich und finanziell weitergeht, um schon als Erfolg zu gelten. Die Gründe für die übrigen »Erfolgreichen« bleiben unklar. Sie befinden sich zu gleichen Teilen in einer unbezahlten Fortbildung oder sind arbeitslos. Für die in unbezahlter Fortbildung befindlichen Absolventen mag das gleiche gelten wie für die zuerst genannten Befragten: Auch sie haben überwiegend das Studium erst vor kurzem beendet und keinen Grund, schon zu diesem Zeitpunkt eine negative Bilanz zu ziehen. Die »erfolgreichen« Arbeitslosen standen bis vor kurzem in einem festen Arbeitsverhältnis und verstehen vermutlich ihre Arbeitslosigkeit eher als ein einzukalkulierendes vorübergehendes Ereignis denn einen Karriereknick.

Entsprechend gering ist die Zahl derjenigen, die sich um eine neue Arbeitsstelle bemühen (39 %); und nur ein Absolvent gibt an, daß sie/er *dringend* eine Erwerbstätigkeit braucht. Vor allem die in Aus- bzw. Fortbildung befindlichen Befragten wollen zu über 60 % erst ihre Ausbildung beenden. Weitere 11 % suchen in Ruhe eine befriedigende Tätigkeit. Offenkundig wird die Aus-/Fortbildung nach dem Studium nur selten als eine Überbrückung temporärer Arbeitslosigkeit empfunden, sondern ist oft Teil einer (neuen?) Qualifizierungsstrategie. Diese

Strategie zollt auch dem Umstand Respekt, daß in bestimmten Berufsbereichen ein Hochschulabschluß allein nicht ausreicht, um eine Anstellung zu finden. Gerade im stark frequentierten Medienbereich führt der Einstieg in den Beruf letztlich nur über ein Volontariat und Praktika. Auch die Kombination des Politik-Studiums mit dem Nebenfach Journalistik ist dafür kein Ersatz. Für die Arbeit in wissenschaftlichen Tätigkeitsfeldern ist oftmals eine abgeschlossene Promotion Bedingung.

Die Zufriedenheit mit der Fortbildung wird natürlich erleichtert, wenn sie vergütet wird. Dies trifft auf etwa zwei Drittel der sich in Aus-/Fortbildung befindlichen Befragten zu. Sie sind fast alle im Rahmen eines Volontariats beschäftigt oder schreiben ihre Dissertation. Zwei Absolventen durchlaufen im Bereich der Privaten Dienstleistungen eine interne Ausbildung, ein sogenanntes Trainee-Programm. Die Finanzierung läuft über das Gehalt oder über Stipendien. Anders stellt sich die Situation für die Politologen dar, die über nicht entlohnte Fortbildungsmaßnahmen oder Praktika versuchen, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen bzw. einen Einstieg in diesen zu finden. Diese Gruppe umfaßt 15 % der keiner traditionellen Erwerbstätigkeit nachgehenden Absolventen. Sie finanzieren den größten Teil ihres Lebensunterhalts über Sozialhilfe, über private Kanäle wie Verwandte oder Partner oder über eventuelle Nebentätigkeiten.¹⁴⁵

Fazit: Die Befristung von Arbeitsverträgen ist zwar vorrangig in den jüngeren Absolventenjahrgängen anzutreffen, sie wird von den Betroffenen aber nicht als Ausdruck von beruflichen Schwierigkeiten empfunden. Dies gilt auch für Absolventen, deren Studium schon lange zurück liegt. Die Befragten, die keiner traditionellen Erwerbstätigkeit nachgehen, sind mit ihrem beruflichen Status überwiegend zufrieden. Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß nur 13 % aus dieser Gruppe sich selbst als arbeitslos einstufen. Über 75 % arbeiten auf Honorarbasis, mit Werkverträgen oder als freie Mitarbeiter oder befinden sich in einer Fortbildung. Des weiteren dürfte die berufliche Zufriedenheit in dieser Gruppe darauf zurückzuführen sein, daß für fast zwei Drittel das Studium noch nicht mehr als zwei Jahre zurück liegt und die Ansprüche an die beruflichen Perspektiven relativ bescheiden sind.

4.2.3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Zur Lage der Absolventinnen auf dem Arbeitsmarkt

Eine Betrachtung des Arbeitsmarktes unter dem Blickwinkel geschlechtsspezifischer Unterschiede führt in aller Regel immer zu dem gleichen Ergebnis: Frauen werden beruflich benachteiligt. Hierfür werden als Indikator vor allem die Bezahl-

¹⁴⁵ Jeweils ein Drittel nutzt eine dieser Finanzierungsquellen als wichtigste Einnahmequelle.

lung und die berufliche Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse herangezogen. Diese Indikatoren sprechen auch für die Hamburger Politologen eine deutliche Sprache. Das durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen der erwerbstätigen Absolventinnen liegt mit etwa 4700 DM um 28 % unter dem Einkommen der männlichen Befragten. Als »arbeitslos« bezeichnen sich 6 % der Frauen und nur 2 % der Männer, mit dem Status eines freien Mitarbeiters bzw. einer Arbeit auf Honorarbasis oder mit Werkvertrag müssen 10 % der Frauen und nur 4 % der Männer zufrieden sein. Zusammengefaßt bedeutet das, daß 80 % der Männer aber nur 64 % der Frauen in einem Angestellten- oder Beamtenverhältnis stehen, daß jede fünfte Frau (22 %), aber nur jeder achte Mann (13 %) nicht erwerbstätig ist. Von den durch Arbeitsvertrag abgesicherten Beschäftigten haben 87 % der Männer, aber nur 60 % der Frauen eine Vollzeitstelle.

Eine solche pauschale Betrachtung der Arbeitsmarktverhältnisse scheint zwar eindrucksvoll die Benachteiligung der Frauen zu belegen, sie verdeckt jedoch die Vielzahl von Faktoren, die die berufliche Karriere und die Einkommensentwicklung beeinflussen. So entspringt der hohe Einkommensunterschied auch den Unterschieden in den arbeitsvertraglich geregelten Arbeitszeiten und den unterschiedlichen Lohnverhältnissen in verschiedenen Tätigkeitsfeldern. Desgleichen können sich die Konstellationen in den verschiedenen Alterskohorten sehr verschieden darstellen. Die jüngeren Abschlußjahrgänge tun sich auf dem Arbeitsmarkt generell schwerer als die älteren Absolventen, Frauen sind in diesen Jahrgängen überproportional vertreten. Weitere Einflüsse lassen sich in unterschiedlichen Ausbildungsverläufen und unterschiedlichen Berufsmotivationen vermuten. Schon in der Studienanlage waren deutliche Unterschiede in den Interessen und im erworbenen Wissen und Fähigkeiten zwischen den Geschlechtern festzustellen (siehe Kapitel 2.2.1).

Berücksichtigt man bei einem Vergleich der Einkommen ausschließlich die vollzeitbeschäftigten Absolventen, liegt das Einkommen der Politologinnen mit nunmehr 5300 DM »nur« noch 14 % unter dem ihrer ehemaligen männlichen Kommilitonen.¹⁴⁶ Eine zusätzliche Aufteilung der Befragten in die Absolventen der Abschlußjahrgänge vor und nach 1985 ergibt eine deutliche Annäherung der Einkommen der Politologinnen der jüngeren Abschlußjahrgänge an die entsprechenden »Männer«gehälter. Der Unterschied beträgt unter den vollzeittätigen Absolventen, die seit 1985 ihr Studium beendet haben, nun 5 %.¹⁴⁷ Diese Beispiele

¹⁴⁶ Berechnet man aus den angegebenen realen Arbeitszeiten und dem Einkommen einen Bruttostundenlohn, so ergibt sich für die befragten Absolventinnen mit 38 DM/Std. sogar ein geringfügig höherer Betrag als für die Männer (35 DM/Std.).

¹⁴⁷ Für die Abschlußjahrgänge vor 1985 beträgt der Unterschied immerhin noch 18 %. Eine weitere Untergliederung ist auf Grund der Fallzahlen nicht möglich.

widerlegen zwar nicht die schlechtere Bezahlung von politologisch ausgebildeten Frauen, verdeutlichen jedoch, daß die Bezahlung bei der Beschreibung einer Benachteiligung in heutiger Zeit zumindest für die Hamburger Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler eine eher untergeordnete Rolle spielt.

Tabelle 39: Beschäftigungssituation in einzelnen Beschäftigungsbereichen nach Geschlecht

Beschäftigungsbereich	Verteilung in Prozent			Bruttomonats-einkommen (in DM)			Anteil befristeter Tätigkeiten in Prozent			Anteil an Teilzeitjobs in Prozent		
	G	M	W	G	M	W	G	M	W	G	M	W
Medien	30	28	34	6000	6600	4800	11	8	13	12	3	28
Forschung/Bildung	20	19	22	4800	5400	3400	64	56	81	39	23	79
Handel u. Dienstleistungen	19	21	16	7800	8400	5850	14	17	0	6	4	17
Politik.	15	14	17	5200	5500	4600	37	35	42	32	23	50
Öffentl. Verwaltung	13	14	11	5000	5200	4500	36	40	25	7	9	0
Sonstiges	3	5	0	5200	5200		22	22		22	22	
Gesamt				5900	6400	4600	30	28	33	21	13	40
N	273	197	76	259	188	71	246	175	71	204	146	58

Eine Betrachtung der Berufssituation von Politologinnen und Politologen in den einzelnen Beschäftigungsbereichen zeigt auf den ersten Blick erhebliche Unterschiede. In allen Bereichen liegt der durchschnittliche Verdienst der Männer erheblich über dem der Frauen. Dabei schwankt die Einkommenshöhe der Frauen zwischen 63 % der entsprechenden Männereinkünfte im Bereich Forschung und Bildung und 87 % in der öffentlichen Verwaltung. Auch hier hat der Anteil der Frauen an den Teilzeitstellen Auswirkungen auf die Unterschiede im Einkommen. So hat nur eine von fünf Frauen im Forschungsbereich eine Vollzeitstelle inne. Bei den Männern ist das Verhältnis fast umgekehrt.

Unter diesem Blickwinkel sind die Einkommensunterschiede in zwei Bereichen anders zu bewerten, als es zunächst den Anschein hat. Im Bereich Politik erreichen die Frauen 84 % des Männerlohnes, obwohl jede zweite von ihnen eine Teilzeitstelle besetzt, bei den Männern nur jeder vierte. Offensichtlich sind die Einkommensunterschiede in diesem Bereich marginal. Ganz anders sieht es im Bereich ›Öffentliche Verwaltung/Dienstleistung‹ aus. Hier sind die Einkommensunterschiede bei einer pauschalen Betrachtung mit 13 % am niedrigsten, jedoch ist dies der einzige Bereich, in dem mehr Männer Teilzeitarbeit leisten als Frauen. Die Differenz erklärt sich hier vor allem aus den unterschiedlichen Tätigkeiten, die in diesem Beschäftigungsbereich ausgeübt werden.

Von der Befristung von Arbeitsverhältnissen sind die Absolventinnen insgesamt kaum stärker betroffen als die Männer.¹⁴⁸ Lediglich im Bereich Forschung/Bildung liegt der Anteil befristeter Tätigkeiten bei den Frauen wesentlich höher. Auch dieser Unterschied wird dadurch beeinflusst, daß der Studienabschluß der in diesem Bereich beschäftigten Frauen zu mehr als zwei Dritteln höchstens fünf Jahre zurückliegt¹⁴⁹ und Berufsanfänger sich überdurchschnittlich oft mit befristeten Beschäftigungen begnügen müssen. Freilich müssen die Absolventinnen sich in diesen ersten fünf Jahren nicht nur überdurchschnittlich und überwiegend, sondern fast ausschließlich auf befristete Tätigkeiten einlassen (91 %), während ihre männlichen Kommilitonen zwar ebenfalls zu einem hohen Teil befristete Jobs haben (75 %), aber deutlich seltener als die weiblichen Befragten.

Die Ausführungen zeigen, daß Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern nur bedingt ein tauglicher Indikator für Benachteiligungen der Frauen auf dem politologischen Arbeitsmarkt sind. Der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« läßt sich nicht überprüfen, da der Maßstab »gleiche Arbeit« mit vertretbarem Aufwand für statistische Analysen im Rahmen dieser Studie nicht ermittelbar ist. Die Benachteiligung von am IPW politologisch ausgebildeten Arbeitnehmerinnen scheint ohnehin weniger auf finanziellem Gebiet als im Zugang zu qualifizierten, abgesicherten und gut bezahlten Jobs zu liegen. So haben die im öffentlichen Dienst beschäftigten Absolventinnen nur zu 63 % einen Job inne, für den ein abgeschlossenes Hochschulstudium bei der Einstellung Bedingung war. Die in diesem Bereich tätigen männlichen Absolventen stehen alle in einem Arbeitsverhältnis, das ein Hochschulstudium erfordert. Dies zieht selbstverständlich entsprechende Unterschiede im Einkommen nach sich.

Wie kommt es zu den Unterschieden? Die beliebte Erklärung, daß die Kindererziehung den Frauen einen Strich durch die Karriererechnung macht, trifft bei den Absolventinnen in der Regel nicht zu (s.o.).¹⁵⁰ Nur eine geringe Minderheit (18 %) hat Kinder zu versorgen. Die Vielzahl weiterer Faktoren, die das berufliche Fortkommen beeinflussen, wurden bereits angedeutet. Sie können in dieser Studie nicht systematisch überprüft werden. Wie gehen die Absolventinnen mit diesen geschlechtsspezifischen Differenzen im Beruf um? Die Einschätzung des Erfolgs im beruflichen Werdegang ist bei beiden Geschlechtern fast gleich. 88 % der Absolventen und 83 % der Absolventinnen stufen ihren Werdegang als erfolgreich ein. Ein Grund hierfür ist in der unterschiedlichen Wertsetzung für ver-

148 Werden ausschließlich die befristeten Angestelltenverhältnisse betrachtet, läßt sich gar kein Unterschied feststellen.

149 Bei den Männern sind es nur 49 %.

150 Damit soll nicht angezweifelt werden, daß Frauen Chance verweigert werden mit der Begründung, sie *könnten* wegen Kindererziehung ausfallen.

schiedene Aspekte der beruflichen Tätigkeit zu finden (siehe Kapitel 4.3.2).

Für die Absolventinnen des IPW sind die arbeitszeitlichen Regelungen von erheblich größerer Bedeutung als für ihre ehemaligen männlichen Kommilitonen. 52 % der befragten Politologinnen, aber nur ein Drittel der männlichen Politologen geben an, daß ihnen die arbeitszeitlichen Regelungen ziemlich oder sehr wichtig sind. Diese Angaben gewinnen dadurch Erklärungskraft für die Thematik, daß die Befragten Teilzeittätigkeit, unabhängig vom Geschlecht, sehr zu schätzen wissen. Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit ist bei den Teilzeitbeschäftigten größer, als bei den Vollzeitbeschäftigten. Während die Vollzeitbeschäftigten zu 77 % mit ihrer Arbeitszeit zufrieden sind, sind es bei den in geringerem Umfang Tätigen 83 %. Da den Frauen die arbeitszeitlichen Regelungen im Vergleich zu den Männern besonders wichtig sind, gleichzeitig das Einkommen jedoch als relativ unwichtig¹⁵¹ empfunden wird, ist zu vermuten, daß Frauen in relevantem Umfang freiwillig Teilzeitjobs vorziehen, der hohe Frauenanteil bei Teilzeittätigkeiten also nicht generell als Ausdruck von beruflicher Benachteiligung angesehen werden kann. Diese These wird von dem Umstand gestützt, daß unter den weiblichen Befragten, deren reale wöchentliche Arbeitszeit unter 40 Wochenstunden liegt, nur 39 % das Gehalt, aber 83 % die arbeitszeitlichen Regelungen als ein wichtiges Kriterium bei der Beurteilung ihrer beruflichen Tätigkeit ansehen.

Für die persönliche Einschätzung einer Befristung der Erwerbstätigkeit spielen vor allem die Aspekte der Aufstiegschancen und der Absicherung eine Rolle. Beide Aspekte sind den Absolventinnen des IPW nur geringfügig weniger wichtig als den männlichen Absolventen.¹⁵² Aber auch hier gibt es bei näherer Betrachtung Indizien dafür, daß bei den Absolventinnen die Aufnahme von befristeten Tätigkeiten nicht ausschließlich Ausdruck einer schlechten Wettbewerbslage auf dem Arbeitsmarkt ist. Die weiblichen Befragten sind wesentlich stärker als die Männer an der inhaltlichen Ausgestaltung ihres Arbeitsplatzes interessiert. Die materiellen Gesichtspunkte, wie Einkommen oder Aufstiegschancen sind dagegen, im Gegensatz zu den männlichen Absolventen, eher zweitrangig. Dies trifft besonders auf die IPW-Absolventinnen zu, die befristeten Tätigkeiten nachgehen. Sie stellen zu 74 % die öffentliche Wirksamkeit und zu 65 % den politologischen Bezug der beruflichen Tätigkeit in den Vordergrund, während die Aspekte Gehalt und be-

151 Auf die Frage, welche Bedeutung folgende Aspekte bei der generellen Beurteilung beruflicher Tätigkeit haben, erklärten 71 % der männlichen Befragten und nur 54 % der Frauen, daß dem Einkommen eine wichtige Rolle zukomme.

152 63 % der Männer und 58 % der Frauen halten Aufstiegschancen für wichtig, 57 % der Männer und 48 % der Frauen sehen eine berufliche Absicherung als wichtig an.

rufflicher Aufstieg nur von jeweils 39 % als wichtig erachtet werden.¹⁵³ Diesen Ansprüchen sind sie auch in ihrer Wahl des Arbeitsplatzes gefolgt. Die befristeten Tätigkeiten, die von den Absolventinnen ausgeübt werden, weisen zu fast drei Vierteln (74 %) einen starken politologischen Bezug auf, während es bei den unbefristeten Arbeitsplätzen nur 44 % sind.¹⁵⁴

Fazit: Krasse Unterschiede in der beruflichen Situation zwischen den weiblichen und männlichen Befragten sind nur zu einem Teil Ausdruck einer Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Absolventinnen sind in stärkerem Maße als ihre ehemaligen männlichen Kommilitonen bereit, Abstriche hinsichtlich der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze hinzunehmen, wenn sie sich mit den Arbeitsplatzinhalten identifizieren können. Gleichzeitig schätzen sie arbeitszeitliche Regelungen als besonders positiv ein, die ihnen neben der Erwerbstätigkeit Freiräume für andere Aktivitäten lassen. Beide Elemente tragen dazu bei, daß die Frauen in hohem Umfang befristeten Beschäftigungen und Teilzeittätigkeiten nachgehen. Der überdurchschnittliche Anteil an Teilzeittätigkeiten erklärt in einem hohen Maße das erheblich geringere Einkommen der Absolventinnen im Vergleich zu den Männern.

Die Thematik von der Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stellt sich für die Absolventinnen als so vielschichtig dar, daß sie im Rahmen dieser Studie nicht weiter durchdrungen werden kann. Unterschiedliche Abschlußjahrgänge, verschiedene Berufsziele und sehr individuelle Ausbildungsverläufe, unterschiedliche Prioritätensetzungen hinsichtlich Arbeitsplatzinhalte und Karriereplanung sowie die Lage in den einzelnen Beschäftigungsbereichen führen zu einer Unvergleichbarkeit der Berufssituation, auf die mit dem vorhandenen Datenmaterial und Zeitbudget nicht reagiert werden kann.

4.3. Der erfolgreiche Politologe

4.3.1. Kommt Zeit, kommt Geld

Das Einkommen gilt in dem Wohlstandsland Deutschland als wichtigster Indikator für Erfolg und Leistung und, damit einhergehend, gesellschaftliche Anerkennung. Zahlreiche Volksweisheiten, von »Kleider machen Leute« bis zum schnoddrigen »Haste was, biste was«, dokumentieren die zentrale Bedeutung des gut ge-

153 Bei den befristet tätigen Männern lauten die entsprechenden Prozentzahlen in gleicher Reihenfolge: 37 % für öffentliche Wirksamkeit, 43 % für politologischen Bezug, 51 % für Aufstiegschancen und 58 % für Gehalt/Einkommen.

154 Insgesamt weisen die unbefristeten Jobs sogar nur zu 38 % einen starken politologischen Bezug auf.

füllten Geldbeutels. Für die Absolventen des IPW war der materielle Gewinn aus dem Hochschulabschluß jedoch bereits während ihrer Studienzzeit eher zweitrangig (siehe Kapitel 2.3). Sind die Einkommensverhältnisse für Politologen dann ein angemessener Indikator für den ›beruflichen Erfolg‹? Welchen Stellenwert hat die Höhe des Einkommens für die Absolventen in der Zeit nach dem Studium, in der sie in vollem Umfang den Reproduktionszwängen ausgesetzt sind?

Auf die Frage, welche Aspekte bei der generellen Beurteilung beruflicher Tätigkeit für sie persönlich wichtig wären,¹⁵⁵ geben nur 7 % an, daß ihnen die Höhe des Gehalts sehr wichtig wäre. Fast alle anderen Gesichtspunkte, besonders aus dem Bereich der Arbeitsinhalte, des Arbeitsklimas und der Arbeitsformen waren wichtiger. Bereits bei der Analyse der Studienmotivation hatte es jedoch einzelne Hinweise gegeben, daß die starke anti-materialistische Grundhaltung der IPW-Absolventen zumindest in Teilen einer modischen Attitüde entspringt. Die Höhe des Einkommens hat natürlich auch für Politologen einen bestimmten Stellenwert. Die Einstellung der Befragten läßt sich am ehesten mit dem Sprichwort ›Geld allein macht nicht glücklich, aber es hilft dabei‹ beschreiben. Als explizit unwichtig erklären nämlich nur 1,5 % das Einkommen, ein Wert, der zu den niedrigsten zählt und nur zweimal unterschritten wird.¹⁵⁶ Insgesamt ergibt sich eine klare Mehrheit von genau zwei Dritteln der Befragten, die das Gehalt als ›sehr‹ oder ›ziemlich wichtig‹ betrachten.

Tabelle 40: Bedeutung des Einkommens für die erwerbstätigen Politologen nach Einkommensgruppen¹⁵⁷, Geschlecht und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent)

Einkommensgruppe	Gesamt	Sehr oder ziemlich wichtig			
		Männer	Frauen	Abschluß vor 85	Abschluß ab 85
niedrig (bis 3000 DM)	45	52	39	40	44
mittel (bis 6000 DM)	65	66	59	66	64
hoch (über 6000 DM)	85	88	69	85	85
insgesamt	66	71	54	78	60
N	262	190	72	94	168

Lesebeispiel: 52 % der Männer, aber nur 39 % der Frauen mit einem Monatseinkommen von bis zu 3000 DM halten das Einkommen für eine ziemlich oder sehr wichtige Größe bei der Beurteilung ihrer beruflichen Tätigkeit.

¹⁵⁵ Insgesamt wurde nach 15 verschiedenen Aspekten gefragt, die an Hand einer vierstufigen Skala von ›nicht wichtig‹ bis ›sehr wichtig‹ beurteilt werden sollten.

¹⁵⁶ Und zwar bezüglich des inhaltlichen Interesses an einer Tätigkeit und selbständiger Arbeitsformen

¹⁵⁷ Durchschnittlicher Bruttomonatslohn

Die Bedeutung des Einkommens steigt mit der Höhe desselben. Sind es in der niedrigsten Einkommensgruppe noch weniger als die Hälfte der Befragten, die dem Einkommen eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der beruflichen Tätigkeit zuweisen, so sind in der Einkommensgruppe über 6000 DM 85 % dieser Auffassung. Diese Tendenz ist unabhängig vom Geschlecht und von dem Jahr des Abschlusses. Zwar nehmen die früheren Abschlußjahrgänge das Einkommen insgesamt erheblich wichtiger (78 %) als die späteren Abschlußjahrgänge (60 %), dies ist jedoch ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die gutverdienenden Absolventen in den Abschlußjahrgängen vor 1985 wesentlich stärker vertreten sind. Innerhalb der einzelnen Einkommensklassen lassen sich zwischen den Abschlußjahrgängen weder in der Tendenz, noch in der absoluten Höhe Unterschiede in der Einschätzung erkennen. Die Absolventinnen schätzen die Wichtigkeit des Einkommens in jeder Einkommensgruppe für sich persönlich wesentlich geringer als die männlichen Absolventen ein. Lediglich in der mittleren Einkommensgruppe nähern sich die Aussagen der beiden Geschlechter einander an. Trotzdem bleibt die Tendenz gleich. Je höher die Einkünfte, um so größer ist die Bedeutung des Einkommens für die Zufriedenheit mit dem ausgeübten Beruf.

Gewinnt das Einkommen an Bedeutung, weil es hoch ist, oder ist das Einkommen hoch, weil es für die Absolventen von großer Bedeutung ist? Eine Betrachtung der Durchschnittseinkommen der Absolventen nach den Abschlußjahrgängen deutet eher auf die letztgenannte These hin. Bei den erwerbstätigen Absolventen der jüngsten Abschlußjahrgänge 90 und 91 gibt es zwischen denjenigen, denen das Einkommen eher wichtig und der Gruppe derjenigen, denen das Einkommen eher unwichtig ist, keine signifikanten Unterschiede in der Höhe der Einkünfte. Diese Erscheinung setzt sich erst bei den älteren Abschlußjahrgängen in zunehmenden Maße durch.¹⁵⁸ Anscheinend gibt es die ›Gesinnung‹, die sich dann im Verlauf der beruflichen Karriere im wahrsten Sinne des Wortes auszuzahlen beginnt.

Wenn Reichtum auch nicht das erklärte Ziel der Hamburger Politologen ist, so ist ein ausreichendes Einkommen unter dem Aspekt der Selbstversorgung und der etwaigen Finanzierung Angehöriger trotzdem eine durchaus bedeutende Kategorie bei der Beschreibung des beruflichen Werdegangs der Absolventen. Die letzten Verbleibsstudien am Berliner Otto-Suhr-Institut haben ein dermaßen niedriges Durchschnittseinkommen ergeben, daß man Zweifel haben muß, ob Politologen jemals Anschluß an das übliche akademische Einkommensniveau finden werden. Wie sieht es bei den Absolventen des IPW aus?

¹⁵⁸ Die Differenz liegt bei den Absolventen der Abschlußjahrgänge 85-89 bei etwa 1000 DM, bei den Abschlußjahrgängen 80-84 bei etwa 2000 DM, und bei den Absolventen, die die Uni in den 70ern verlassen haben bei etwa 3000 DM.

Die Hamburger Politologen nagen keineswegs am Hungertuch. Mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 5900 DM liegen die erwerbstätigen Absolventen zum Zeitpunkt der Befragung auf einem Niveau, das durchaus akademischen Gehältern entspricht. Allerdings ist das Einkommensniveau in hohem Maße von dem zeitlichen Abstand zum Studium beeinflusst. Während die Abschlußjahrgänge 70–74 z.B. 9400 DM pro Monat verdienen sind es bei den jüngsten Abschlußjahrgängen (90–91) nur noch 3900 DM. Darüber hinaus stellt sich die Einkommenssituation in den Beschäftigungsbereichen und Tätigkeitsfeldern sowie nach Geschlecht und persönlichem Arbeitseinsatz unterschiedlich dar.

Tabelle 41: Durchschnittseinkommens in verschiedenen Abschlußjahrgängen nach Geschlecht und Bedeutung des Einkommens*
(Angaben in DM)

Abschlußjahr	Gesamt	Männer	Frauen	Geld wichtig	Geld unwichtig
90–91	3891	3914	3660	4040	3679
89	4623	4833	4114	5000	4057
88	4913	5276	3883	5336	4256
87	4990	5450	4070	5165	4414
86	5889	7325	4740	6625	4416
85	5225	5448	4557	5769	4500
80–84	6760	6976	6146	7419	5589
75–79	8674	9639	5200	9180	5600
70–74	9409	9476	8000	9565	7850
N	260	191	69	177	83

Die Einkommenssituation der befragten erwerbstätigen Absolventen ist in den jüngsten Abschlußjahrgängen von relativ niedrigen Einkünften geprägt. Erst die Absolventen, deren Studium mehr als fünf Jahre zurückliegt, weisen ein durchschnittliches Bruttoeinkommen auf, das die 5000 DM-Grenze übersteigt, und damit akademisches Niveau erreicht. Die Frauen hinken in der Einkommensentwicklung den Männern hinterher. Während bei den Männern bereits die Absolventen des Abschlußjahrgangs 1988 mehr als 5000 DM pro Monat an Einkommen erzielen, ist dies bei den Frauen erst für die Abschlußjahrgänge 80–84 der Fall. Hohe Einkommen von über 6000 DM werden von den Absolventen, die ihren Abschluß nach 1984 machten, nur selten erzielt. Bei den Männern gehört lediglich jeder fünfte erwerbstätige Absolvent in diese Einkommensgruppe, bei den Frauen sind es sogar nur 8 %. Dagegen sind es bei den älteren erwerbstätigen

* Zur Einkommensverteilung zwischen den Geschlechtern siehe auch Tabelle 51 im Anhang.

männlichen Absolventen zwei Drittel, bei den Absolventinnen fast die Hälfte (47 %).

In den einzelnen Beschäftigungsbereichen variieren die Einkommen der Politologen erheblich. Sie liegen zwischen durchschnittlich 4800,- DM (Forschung und Bildung) und 7800 DM (Handel/Private Dienstleistungen). Hohe Löhne werden auch im Medienbereich (6000 DM) erzielt, während die Beschäftigten in der Öffentlichen Verwaltung mit 5000 DM eher niedriger entlohnt werden (siehe Tabelle D5). In allen Bereichen liegt der durchschnittliche Verdienst der Männer erheblich über dem der Frauen. Auch in den einzelnen Tätigkeitsfeldern kommt es zu teilweise drastischen Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern. Die Absolventinnen erzielen lediglich bei den Verwaltungstätigkeiten ein zumindest ebenso hohes Durchschnittseinkommen wie ihre männlichen Kollegen.

Wie weit läßt sich aber von den Absolventen das Einkommensniveau durch Ausbildungsstrategien beeinflussen? Im Allgemeinen werden eine Fülle von Ausbildungsfaktoren genannt, von denen angenommen wird, daß sie einen positiven Einfluß auf die Berufssituation haben könnten. Dies sind in erster Linie:

- Praktika und Auslandsaufenthalte,¹⁵⁹
- die Wahl eines ›harten‹ Nebenfaches, also Jura/Öffentliches Recht oder VWL,
- die Studiendauer und
- die nachgewiesene Leistung in Form der Note

Von diesen Faktoren läßt sich lediglich für die Wahlpflichtfächer Jura/Öffentliches Recht und VWL sowie für die Studiendauer ein positiver Zusammenhang mit der Einkommenshöhe erkennen. Wer diese Fächer studiert und/oder zur schnelleren Hälfte der Absolventen hinsichtlich der Studiendauer gehört, hat im Durchschnitt um etwa 20 % höheres Bruttomonatseinkommen. Für die Abschlussnote läßt sich dagegen kein Zusammenhang mit der Einkommenshöhe entdecken. Gleiches gilt für Praktika und Auslandsaufenthalte. Anscheinend beschränkt sich der Nutzen von Praktika/Auslandsaufhalten ausschließlich auf die Berufsfindungs- und -einstiegsphase. Sie erleichtern den Zugang zum Job, führen aber nicht zu besser bezahlten Stellen (siehe Kapitel 3.2.2).

Einen wesentlich stärkeren Einfluß auf die Einkommenshöhe als diese Studienfaktoren hat der Karrierewillen, d.h. die Orientierung an Gehalt und Aufstiegschancen beim beruflichen Werdegang. Unterteilt man die Absolventen anhand dieses Karrierewillens in zwei Gruppen, so zeigt sich bei den Karriereorientierten ein Einkommensvorteil in Höhe von 1100 DM bei den Absolventen seit 1985

¹⁵⁹ So halten 80 % der Befragten ein studienbezogenes Praktikum angesichts ihrer beruflichen Erfahrungen für sehr wichtig oder gar unabdingbar. Einen Auslandsaufenthalt stufen 65 % als sehr wichtig bzw. unabdingbar ein, 26 % immerhin noch als ziemlich wichtig.

und sogar 2200 DM bei den Absolventen vor 1985. Dies entspricht einem Plus von 26 % (Abschluß seit 1985) bzw. sogar 34 % (Abschluß vor 1985).

Das eigene Einkommen durch eine regelmäßig ausgeübte Haupterwerbstätigkeit stellt für vier Fünftel aller befragten Absolventen die wichtigste Finanzierungsquelle dar. Jedoch gibt nicht einmal die Hälfte (45 %) das berufliche Einkommen als alleinige wesentliche Grundlage für den Lebensunterhalt an. Ein Fünftel lebt in hohem Maße auch von den Einkünften aus Honorartätigkeiten und Werkverträgen, für ein Sechstel trägt der (Ehe-)Partner entscheidend zum Lebensunterhalt bei und für 13 % bedeuten ihre Ersparnisse bzw. die Erträge aus Vermögen eine wichtige finanzielle Basis. Von den Absolventen der Abschlußjahrgänge seit 1985 stellt die Haupterwerbstätigkeit nur für 73 % die wichtigste Erwerbsquelle für ihren Haushalt dar gegenüber 94 % bei den Absolventen von vor 1985. Vor allem durch die Unterstützung von Verwandten und das Einkommen aus Gelegenheitsarbeiten wird versucht, dieses Manko auszugleichen.

Die Bedeutung des Einkommens aus einer regelmäßigen Haupterwerbstätigkeit unterscheidet sich auch stark zwischen den Geschlechtern. Bei den Frauen stellt die Haupterwerbstätigkeit nur für 70 % die wichtigste Erwerbsquelle dar. Unter den Männern sind es 85 %, die die Haupterwerbstätigkeit als wichtigste Erwerbsquelle angeben. Dafür haben fast alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten unter den Frauen eine größere Bedeutung als unter den Männern. Besonders stark fällt der Unterschied zwischen den männlichen und weiblichen Absolventen bei der Unterstützung durch den (Ehe-) Partner¹⁶⁰ und die Finanzierung des Lebensunterhaltes durch ein Stipendium¹⁶¹ aus.

Fazit: Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der erwerbstätigen Absolventen des IPW liegt mit 5900 DM durchaus auf akademischem Niveau. Allerdings wird dieses erst etwa fünf Jahre nach Abschluß des Studiums erreicht. Berufsanfänger erzielen ein Einkommen von knapp 4000 DM. Die Einkommensmöglichkeiten variieren stark nach Beschäftigungsbereich und Tätigkeitsfeldern. Am besten wird im Bereich Handel/private Dienstleistungen verdient (7800 DM), am schlechtesten im Bereich Forschung und Bildung (4800 DM). Unter den geprüften Ausbildungsfaktoren läßt sich für die Wahlpflichtfächer VWL und Jura sowie der Studiendauer ein positiver Zusammenhang mit der Einkommenshöhe erkennen. Einen wesentlich größeren Einfluß auf die finanziellen Verhältnisse der Absolventen als diese Studienfaktoren scheint jedoch die Karriereorientierung im Erwerbsleben zu haben.

¹⁶⁰ 11 % der Absolventinnen, aber nur 3 % der männlichen Absolventen geben an, das der Partner der wichtigste Finanzier ist.

¹⁶¹ 6 % der Frauen und 1 % der Männer

4.3.2. Berufliche Wertorientierungen und ihre Realisierungschancen

Verschiedentlich wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Politologen hinsichtlich ihrer beruflichen Vorstellungen und Wertsetzungen sich von dem durchschnittlichen Akademiker unterscheiden. Die Aussicht auf eine Karriere und der Wunsch nach einem hohen Einkommen spielen bei vielen Absolventen des IPW nur eine untergeordnete Rolle. Die materiellen Wünsche sind zwar nicht unwichtig (s.o.), werden in ihrer Bedeutung durch den Stellenwert der Arbeitsinhalte und anderer Faktoren aber relativiert. Den Absolventen ist es oft wichtiger, was sie beruflich machen, als für wieviel Geld sie es machen. Die Wichtigkeit der Erwerbstätigkeit insgesamt steht bei ihnen dabei allerdings außer Frage. 88 % stuften ihre Haupterwerbstätigkeit für sich selber als sehr (56 %) oder ziemlich (32 %) wichtig ein.

Am wichtigsten sind den Absolventen des IPW bei der Beurteilung einer beruflichen Tätigkeit das inhaltliche Interesse und selbständige Arbeitsformen. Auch sonst dominieren inhaltliche Aspekte und Fragen des Arbeitsklimas die Präferenzliste der Befragten für die generelle Beurteilung beruflicher Tätigkeit. Materielle Aspekte wie das Einkommen, die Aufstiegschancen und die Absicherung der Tätigkeit sind dagegen relativ unwichtig. Erstaunlicherweise spielt der politologische Bezug der Tätigkeit im Verhältnis zu den anderen Aspekten nur eine geringe Rolle. Insgesamt messen nur 40 % der Befragten dem politologischen Bezug eine sehr oder ziemlich wichtige Bedeutung bei. Ob damit lediglich dem realen Arbeitsmarktangebot mit seinen Restriktionen Tribut gezollt wird oder der Erwerb des spezifischen politologischen Know How von vornherein nicht beruflich verwertet werden sollte, kann hier nicht abschließend diskutiert werden. Zumindest ist unter den Absolventen, die das Studium mit dem Ziel »berufsorientierte Qualifikationen (zu)erwerben« aufgenommen haben, kein größeres Interesse als bei den anderen an einem politologischen Bezug im Beruf erkennbar.

In der allgemeinen Beurteilung verschiedener Aspekte beruflicher Tätigkeit, sind die Auffassungen zwischen den weiblichen und männlichen Absolventen oft recht ähnlich. Frauen sprechen allerdings drei Aspekten absolut betrachtet einen wesentlich höheren Stellenwert zu. Dabei handelt es sich um die öffentliche Wirksamkeit der Tätigkeit (+0,31 Punkte), die arbeitszeitlichen Regelungen (+0,38) sowie die Stadt, in der der Arbeitsplatz liegt (+0,45) – alles drei Punkte, die eher zu den immateriellen Aspekten zählen. Die Unterschiede in den Wertigkeiten werden noch deutlicher, wenn man die jeweilige Reihenfolge der Präferenzen betrachtet.¹⁶² Dann zeigt sich, daß bei den männlichen Befragten das Einkommen

¹⁶² Eine solche Betrachtung ist vor allem deshalb sinnvoll, weil bei der Arbeitswahl den Relationen zwischen den Aspekten ein größeres Gewicht zukommt, als der absoluten Einschätzung.

Tabelle 42: Beurteilung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte bei der Beurteilung beruflicher Tätigkeit nach Geschlecht, Befristung des Arbeitsverhältnisses und wöchentlicher Arbeitszeit

(Durchschnittswerte anhand einer vierstufigen Skala von 0 = nicht wichtig bis 3 = sehr wichtig)

Aspekte	Gesamt	Geschlecht		Befristung		Arbeitszeit	
		M	W	ja	nein	bis 30 WS	über 40 WS
mein inhaltliches Interesse an der Tätigkeit	2,77	2,77	2,80	2,80	2,74	2,72	2,81
selbständige Arbeitsformen	2,67	2,65	2,73	2,73	2,65	2,58	2,74
die Chancen der Selbstverwirklichung	2,32	2,25	2,48	2,31	2,32	2,39	2,24
das betriebliche Klima	2,28	2,30	2,43	2,14	2,33	2,40	2,26
Einflußchancen durch meine Tätigkeit	1,93	1,91	1,98	1,88	1,90	1,82	1,99
Möglichkeiten der Teamarbeit	1,90	1,91	1,91	1,91	1,91	1,88	1,97
die Stadt, in der ich meiner Arbeit nachgehe	1,81	1,67	2,12	1,82	1,76	1,80	1,70
die Aufstiegschancen	1,72	1,70	1,74	1,55	1,79	1,58	1,81
das Gehalt/ Einkommen	1,71	1,77	1,55	1,52	1,81	1,53	1,80
eine abgesicherte Tätigkeit	1,56	1,62	1,45	1,45	1,57	1,50	1,55
die öffentliche Wirksamkeit meiner Tätigkeit	1,54	1,44	1,75	1,51	1,47	1,58	1,56
der politologische Bezug meiner Tätigkeit	1,33	1,31	1,36	1,57	1,24	1,40	1,32
die arbeitszeitlichen Regelungen	1,33	1,22	1,60	1,70	1,18	1,95	1,04
daß der Beruf meine eigentlichen Interessen nicht beeinträchtigt	1,19	1,18	1,26	1,37	1,10	1,21	1,19
die strikte Trennung von Beruf und Privatem	0,88	0,85	1,00	1,01	0,80	1,15	0,75
N	284	202	77	63	150	38	140

zwar »nur« um durchschnittlich 0,22 Punkte höher bewertet wird, daß es aber in der Präferenzliste damit um vier Ränge höher liegt, als bei den weiblichen Befragten. Ebenso hat die vertragliche Absicherung der Tätigkeit bei den Männern einen relativ höheren Stellenwert.

Wie in einem vorherigen Kapitel bereits erwähnt, zeigen sich in der Beurteilung beruflicher Tätigkeit auch erhebliche Unterschiede zwischen den Inhabern von Vollzeitarbeitsplätzen und den Absolventen, die nur bis zu 30 Wochenstunden arbeiten.¹⁶³ Das gleiche gilt für die erwerbstätigen Politologen unter Berücksichtigung der Befristung der Arbeitsverträge. Dies sind Indizien dafür, daß das Verbleiben der Absolventen auf Arbeitsplätzen, die nur eine geringe Wochenarbeitszeit von bis zu 30 Stunden bieten und/oder die zeitlich befristet sind, zumindest teilweise auch gewollt ist bzw. mehr oder weniger bereitwillig in Kauf ge-

¹⁶³ Der Maßstab ist hier nicht die vertragliche, sondern die nach Selbsteinschätzung angegebene reale Arbeitszeit.

nommen wird. In diesem Absolventenkreis haben die arbeitszeitlichen und inhaltlichen Aspekte eine wesentlich größere Bedeutung für die Beurteilung beruflicher Tätigkeit als die materiellen Aspekte wie das Einkommen und die Absicherung der Tätigkeit. So erreicht der Aspekt der arbeitszeitlichen Regelungen bei den Absolventen mit bis zu 30 Stunden Wochenarbeitszeit einen Durchschnittswert von 1,95 Punkten. Bei den Absolventen, die wöchentlich über 40 Stunden arbeiten, liegt er nur bei 1,04 Punkten.¹⁶⁴ Die Bedeutung des politologischen Bezuges liegt bei den befristet Beschäftigten bei 1,57, bei den unbefristet Beschäftigten bei 1,24 Punkten.

Zwischen den Absolventen in den einzelnen Beschäftigungsbereichen ergeben sich zum Teil erhebliche Differenzen bei den Maßstäben für die Beurteilung beruflicher Tätigkeit. Am schärfsten fallen sie bei den Aspekten »öffentliche Wirksamkeit« und »politologischer Bezug« aus. Während für die im politischen Beschäftigungsbereich tätigen Absolventen die öffentliche Wirksamkeit mit 1,97 Punkten einen hohen Stellenwert genießt, sind es bei den im Bereich »Öffentliche Verwaltung/Dienstleistung« Erwerbstätigen durchschnittlich 0,91 Punkte weniger. Auch der Aspekt »politologischer Bezug« wird von den in der Politik Beschäftigten mit 1,62 Punkten am wichtigsten genommen, während die Absolventen aus dem Bereich »Handel/Private Dienstleistungen« den Aspekt nur mit durchschnittlich 1,02 Punkten bewerten.

Die Einschätzung der Befragten, in wie weit ihre momentan ausgeübte Erwerbstätigkeit ihren Erwartungen entspricht, ist vor dem Hintergrund der Bedeutung der verschiedenen Aspekte für die generelle Beurteilung beruflicher Tätigkeit zu sehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Wahl eines Arbeitsplatzes fast immer das Ergebnis einer Abwägung zwischen verschiedenen Kriterien darstellt, die für den Arbeitsplatzsuchenden unterschiedlich wichtig sind. Für die hier angestellten Betrachtungen ist es von Interesse, wie weit sich die Erwartungen in den wichtigen Aspekten mit der Realität decken. Dieser Deckungsgrad, der in der folgenden Tabelle für die einzelnen Aspekte angegeben wird, kann als Indikator für die Zufriedenheit der Absolventen des IPW mit ihrer beruflichen Existenz genutzt werden.

Vor allem bei den Aspekten, denen die Absolventen die größte Wichtigkeit beimessen, werden die Erwartungen der Befragten in hohem Umfang erfüllt. Hinsichtlich den Möglichkeiten zu selbständigem Arbeiten und dem inhaltlichen Interesse an der ausgeübten Tätigkeit äußern jeweils etwa 90 % der Befragten, denen diese Aspekte wichtig sind, daß sie damit an ihrem Arbeitsplatz zufrieden sind. Den Erwartungen an das ebenfalls von vielen als wichtig eingestufte be-

¹⁶⁴ Bei den Absolventen, die 31–40 Wochenarbeitsstunden haben, ergibt sich für diesen Aspekt ein Wert von 1,27.

Tabelle 43: Deckungsgrad¹⁶⁵ für verschiedene Aspekte zur Beurteilung beruflicher Tätigkeit nach Geschlecht und Abschlußjahr
(Angaben in Prozent)

Aspekte	Insgesamt	Geschlecht		Abschlußjahr		N
		M	W	vor 85	ab 85	
die strikte Trennung von Beruf und Privatem	91	89	95	100	86	57
selbständige Arbeitsformen	90	92	83	96	86	275
die Stadt, in der ich meiner Arbeit nachgehe	90	92	85	94	88	171
mein inhaltliches Interesse an der Tätigkeit	89	91	85	93	87	273
das Gehalt/ Einkommen	85	85	83	94	79	190
das betriebliche Klima	79	80	79	83	78	249
der politologische Bezug meiner Tätigkeit	79	79	79	84	77	108
Möglichkeiten der Teamarbeit	78	83	65	89	73	192
eine abgesicherte Tätigkeit	77	78	73	91	70	152
die öffentliche Wirksamkeit meiner Tätigkeit	77	77	77	86	74	132
die arbeitszeitlichen Regelungen	77	77	77	85	73	103
Einflußchancen durch meine Tätigkeit	74	76	70	84	68	194
daß der Beruf meine eigentlichen Interessen nicht beeinträchtigt	73	68	83	68	75	92
die Aufstiegschancen	72	77	58	75	70	169

Leleseispiel: Von den 57 Befragten, denen die Trennung von Beruf und Privatleben ziemlich oder sehr wichtig ist, geben 91 % an, daß ihre momentane berufliche Tätigkeit ihren Erwartungen bezüglich dieses Aspektes entspricht.

triebliche Klima wird mit 79 % zwar immer noch relativ oft entsprochen, aber doch schon deutlich seltener. Bei den materiellen Aspekten Einkommen und Aufstiegschancen liefert die Befragung unterschiedliche Ergebnisse. Mit einem ›Deckungsgrad‹ von 85 % ist die Zufriedenheit mit dem Einkommen unter den erwerbstätigen Absolventen recht stark ausgeprägt, während die Aufstiegschancen mit nur 72 % den geringsten Deckungsgrad aufweisen.

Bei einer Aufschlüsselung der Deckungsgrade nach Geschlecht zeigen sich bei den Frauen ›Benachteiligungsempfindungen‹. Am deutlichsten manifestiert sich dies im Bereich der Aufstiegschancen. Nur 58 % der Absolventinnen, denen Aufstiegschancen wichtig sind, sehen ihre diesbezüglichen Erwartungen an ihrem Arbeitsplatz erfüllt. Bei den Männern sind es 77 %. Stärkere Unterschiede ergeben sich auch bei den Arbeitsformen. So empfinden die weiblichen Befragten ihren Anspruch, selbständig zu arbeiten in deutlich geringerem Umfang verwirklicht als

¹⁶⁵ Zwischem als wichtig eingestuftem Aspekt für die Beurteilung einer beruflichen Tätigkeit und der Erfüllung der Erwartungen

die männlichen Befragten, wenngleich das Ergebnis mit 83 % immer noch auf einem recht hohem Niveau liegt. Drastischer fällt der Unterschied bei den Möglichkeiten zur Teamarbeit aus. Während bei den Männern der Deckungsgrad hinsichtlich der Erfüllung der Erwartungen bei 83 % liegt, sind es bei den Frauen nur knapp zwei Drittel, die bezüglich dieses Aspektes zufrieden sind. Auf dem materiellen Sektor ergeben sich keine erkennbaren Unterschiede, wie auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Studie schon zu vermuten war. Obwohl das Einkommen der Frauen wesentlich geringer ausfällt, entspricht es den Erwartungen der Absolventinnen im gleichen Umfang wie bei den Männern. Die Absicherung der Tätigkeit wird unter Berücksichtigung der Meßgenauigkeit ebenfalls etwa gleich beurteilt.

Die Aufspaltung der Befragten nach Abschlußjahren, vor 1985 und ab 1985, zeigt für fast alle Aspekte zur Beurteilung beruflicher Tätigkeit einen höheren Deckungsgrad bei den frühen Abschlußjahrgängen. Der Unterschied zu den jüngeren Absolventen ist besonders hoch bei den materiellen Aspekten ›Absicherung des Arbeitsplatzes‹ mit 21 Prozentpunkten und dem ›Gehalt/Einkommen‹ mit 15 Prozentpunkten sowie bei den ›Möglichkeiten der Teamarbeit‹ mit 16 Prozentpunkten. Alle Punkte lassen sich in hohem Maße durch die geringere bis gar nicht vorhandene Berufserfahrung der jüngeren Politologen erklären. Der einzige Punkt, in dem die jüngeren Absolventen hinsichtlich ihrer beruflichen Tätigkeit zufriedener sind, ist der Erhalt von Freiräumen neben dem Beruf.¹⁶⁶ Dies ist allerdings angesichts der hohen Zahl von Teilzeittätigen in dieser Gruppe nicht weiter erstaunlich. Ob sich die Ergebnisse ansonsten durch bessere Arbeitsmarktchancen früherer Abschlußjahrgänge und daraus folgend einem Anpassen des Arbeitsplatzes an die eigenen Wünsche oder durch ein Anpassen der Erwartungen an die Realität erklären lassen, muß hier offen bleiben.

Die Erwartungshaltung hinsichtlich der verschiedenen Aspekte wird in den einzelnen Berufsbereichen sehr unterschiedlich erfüllt. So entspricht das Gehalt im Bereich Handel/priv. Dienstleistungen den Erwartungen von 92 % der befragten Absolventen, denen dieser Aspekt wichtig ist, im Bereich Forschung/Bildung sind nur 77 % mit ihrem Einkommen zufrieden. Ebenfalls wenig angetan sind viele im Forschungsbereich Tätige von der Absicherung ihrer Arbeit. Hier liegt der Deckungsgrad gemäß dem hohen Anteil an befristeten Anstellungsverhältnissen in diesem Bereich bei nur 63 %, während er im Mediensektor z.B. 87 % erreicht. Weitere auffällige Ergebnisse: Die Aufstiegschancen werden im Bereich Politik nur von 64 % als ausreichend empfunden. Unter Karriere Gesichtspunkten erweisen sich die Referenten- und wissenschaftliche Mitarbeiterstellen offensicht-

¹⁶⁶ Der Aspekt, daß »der Beruf meine eigentlichen Interessen nicht beeinflusst«.

lich öfter als Sackgasse. Die Erwerbstätigen in den Bereichen Politik und öffentliche Verwaltung wännen sich ausgesprochen selten auf einer einflußreichen Position. Der Deckungsgrad liegt hier nur bei 66 bzw. 63 %, im Medienbereich liegt er dagegen bei 89 %.

Fazit: Die Absolventen betonen auch im Erwerbsleben, wie schon während des Studiums, die immateriellen Werte. Dies tritt bei den weiblichen Befragten noch stärker in den Vordergrund als bei den Männern. Die wichtigsten Aspekte sind bei beiden Geschlechtern die Arbeitsinhalte, die Möglichkeit zu selbständigem Arbeiten und das Betriebsklima. Materielle Werte wie das Einkommen, Aufstiegschancen und Absicherung spielen nur eine vergleichsweise geringe Rolle. Erstaunlich gering ist mit 40 % der Anteil der Befragten, dem ein politologischer Bezug seiner beruflichen Tätigkeit wichtig ist.

Den angegebenen Wertemustern bei der Beurteilung beruflicher Tätigkeit haben die Absolventen in ihrer Berufswahl überwiegend Rechnung tragen können. Vor allem bei den wichtigsten Aspekten erfüllten sich die Erwartungen der Befragten. Es zeigen sich hier aber deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die weiblichen Befragten sehen hinsichtlich der Aufstiegschancen ihre Vorstellungen in wesentlich geringerem Umfang als erfüllt an als die Männer. Ähnliches gilt bei den Arbeitsformen sowohl für die Möglichkeiten zum selbständigen Arbeiten als auch zur Teamarbeit.

4.3.3. Im Großen und Ganzen recht zufrieden – Zur Beurteilung der beruflichen Situation

Auf ähnliche Weise wie der oben benutzte Deckungsgrad läßt sich ein einfacher individueller Zufriedenheitsindikator für die regelmäßig erwerbstätigen Befragten errechnen. Hierzu wird gegenübergestellt, wie weit die Erwartungen bezüglich der wichtigen Aspekte zur allgemeinen Beurteilung beruflicher Tätigkeit erfüllt und nicht erfüllt werden.¹⁶⁷ Die Differenz ergibt den Indikatorwert. Ein positiver Wert bedeutet, daß sich mehr Erwartungen erfüllt als nicht erfüllt haben, ein negativer Wert bedeutet entsprechend das Gegenteil. Im Ergebnis zeigt sich hinsichtlich ihrer beruflichen Tätigkeit eine überwiegend zufriedene Absolventenschaft. Nur eine kleine Minderheit von 9 % weist einen Überschuß an nicht erfüllten Erwartungen bei ihnen wichtigen Aspekten auf, bei weiteren 3 % halten sich erfüllte und nicht erfüllte Erwartungen die Waage. Dabei ist allerdings zu beachten, daß bei diesem Indikator ausschließlich die Erwerbstätigen Berücksichtigung finden.

167 Dabei werden diejenigen, die weniger als fünf wichtige Aspekte angeben, nicht berücksichtigt. Der Index kann die Werte von -15 bis +15 annehmen.

Während die Durchschnittswerte des Indexes für die Absolventen und Absolventinnen zwar um 0,7 Punkte differieren, diese Differenz jedoch statistisch nicht als gesichert angesehen werden kann, läßt sich (erwartungsgemäß) zwischen den frühen und späten Abschlußjahrgängen ein signifikanter Unterschied feststellen. Für die Abschlußjahrgänge vor 1985 ergibt sich ein Indexwert von 6,3, für die Absolventen der Abschlußjahrgänge ab 1985 ein Indexwert von nur 4,7. Trotz des Unterschiedes liegen die Werte für beide Absolventengruppen so deutlich im positiven Bereich, daß für beide eine überwiegende berufsbezogene Zufriedenheit festzustellen ist.

Der Unterschied zwischen den über- und unterdurchschnittlichen Einkommensgruppen¹⁶⁸ fällt größer als zwischen den Abschlußjahrgängen aus. Während die Absolventen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von maximal 5400 DM nur einen Indexwert von 3,6 aufweisen, liegt er bei den Befragten mit einem Einkommen von über 5400 DM bei 6,9. Spielt das Geld also doch eine sehr große Rolle für die befragten Politologen? Eine solche Aussage würde den Zusammenhang überinterpretieren. Der Indexwert zeigt lediglich, daß ein hohes Einkommen den anderen Aspekten beruflicher Tätigkeit nicht alternativ gegenübersteht. In aller Regel lautet die Entscheidung also auch für Politologen nicht Geld *oder* befriedigende Arbeit. Der Deckungsgrad hinsichtlich der Erfüllung der Erwartungen liegt bei fast allen Aspekten bei den Beziehern überdurchschnittlicher Einkünfte eindeutig höher.¹⁶⁹ Lediglich bei der Einschätzung des politologischen Bezuges und der arbeitszeitlichen Regelungen sind die Unterschiede im Deckungsgrad so gering, daß sie nicht als statistisch abgesichert gelten können.

Wenn man die Indexwerte in den einzelnen Berufsbereichen betrachtet, ergeben sich nur relativ geringe Unterschiede. Lediglich die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung fallen mit einem durchschnittlichen Zufriedenheitsindex von 4,22 etwas ab. Diese relativ schlechte Beurteilung ist vor allem auf den Aspekt der Möglichkeiten zur Teamarbeit¹⁷⁰ sowie die öffentliche Wirksamkeit und Einflußchancen¹⁷¹ zurückzuführen. Die verhältnismäßig schlechte Gesamtbeurteilung der Arbeit ist aber nicht gleichzusetzen mit schlechten Erfahrungen bei verwaltenden Tätigkeiten. Im Gegenteil: Die Absolventen, die in diesem Tätigkeitsfeld arbeiten, weisen im Durchschnitt mit einem Zufriedenheitsindex von 6,0 nach dem politischen Tätigkeitsfeld den zweithöchsten Wert auf.

168 Als Einkommensgrenze für die Dichotomisierung der Variablen wurde der Median gewählt.

169 Die Differenz im Deckungsgrad ist beim Einkommen zwar hoch (25 Prozentpunkte) aber keineswegs am größten. Bei vier anderen Aspekten sind stärkere Unterschiede festzustellen. Am stärksten fällt er bei der öffentlichen Wirksamkeit der Tätigkeit mit 32 Prozentpunkten aus.

170 19 Prozentpunkte unterm Schnitt im Deckungsgrad

171 Jeweils 10 Prozentpunkte Differenz zum Durchschnitt

Tabelle 44: Verteilung der Indexwerte zur beruflichen Zufriedenheit nach Geschlecht, Abschlußjahrgang und Einkommen bei den erwerbstätigen Absolventen
(Angaben in Prozent)

Indexwert	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlußjahrgang		Einkommen in DM	
		Männer	Frauen	vor 85	ab 85	bis 5400	über 5400
< -6	1	1	1	1	1	1	1
-4 bis -6	3	3	3	0	3	5	0
-1 bis -3	6	6	7	1	8	10	1
0 bis 2	9	8	12	9	9	15	4
3 bis 5	26	25	26	20	29	30	19
6 bis 8	38	38	40	48	32	30	46
> 8	18	22	12	22	17	8	30
Durchschnitt	5,3	5,5	4,8	6,3	4,7	3,6	6,9
N	277	200	77	102	175	139	138

Die Annahme, daß die Absolventen durch die Wahl von VWL oder Jura als Nebenfach, einen guten Abschluß und/oder eine kurze Studiendauer Vorteile für sich verbuchen können, läßt sich unter Berufung auf den Zufriedenheitsindex nur teilweise erhärten. Ein eindeutiger Zusammenhang ergibt sich lediglich zwischen der Studiendauer und dem Zufriedenheitsindex. Eine unterdurchschnittliche Studiendauer geht mit einer überdurchschnittlichen beruflichen Zufriedenheit einher.¹⁷² Die Abschlußnote hat für sich genommen, wie schon beim Einkommen, auch auf die berufliche Zufriedenheit insgesamt keinen Einfluß. Unterschiede zwischen den Absolventen mit ›hartem‹ und anderen Nebenfach sind nach dem Herausrechnen des Zeiteinflusses ebenfalls nicht erkennbar.¹⁷³

Die beruflichen Perspektiven werden von den befragten erwerbstätigen Absolventen in allen Aspekten überwiegend positiv eingeschätzt. Einen sehr großen Optimismus ließen die Befragten hinsichtlich der materiellen Aspekte ›Gehalt/Einkommen‹ und ›Absicherung der Tätigkeit‹ erkennen. Für ersteres werden von 83 % die Perspektiven als vielversprechend empfunden und für letzteres von 78 %. Nur zwei andere Aspekte wurden noch positiver hinsichtlich der Aussichten beurteilt. Die Perspektive für Möglichkeiten zum selbständigen Arbeiten werden von 93 % und für die Anpassung der Tätigkeit an das persönliche Interesse

172 $r = -0,19$. Signifikant auf dem 99 %-Niveau

173 Durch die alte Prüfungsordnung, nach der Jura oder VWL Pflichtnebenfach war, kommt es bei den alten Abschlußjahrgängen zu einer Überrepräsentation der Wähler eines ›harten‹ Nebenfaches. Da aber das Abschlußjahr entscheidenden Einfluß auf die berufliche Zufriedenheit hat, führt dies im Ergebnis auch zu zufriedeneren Absolventen mit Nebenfach Jura oder VWL.

von 91 % optimistisch gesehen. Skepsis wurde vor allem bezüglich der arbeitszeitlichen Regelungen¹⁷⁴ und dem politologischen Bezug der Tätigkeit¹⁷⁵ geäußert. Die befragten Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich der Beurteilung der Perspektiven nur in einem Punkt erheblich. Die erwerbstätigen Politologinnen stufen ihre Aufstiegschancen nur zu 57 % als positiv ein, die erwerbstätigen Politologen zu 68 %.

Tabelle 45: Beurteilung¹⁷⁶ der beruflichen Perspektiven durch die erwerbstätigen Absolventen hinsichtlich ausgewählter wichtiger Aspekte nach Geschlecht und Abschlußjahr*
(Angaben in Prozent, N=278)

Wenn Sie zur Zeit einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen, wie beurteilen Sie Ihre beruflichen Perspektiven bezüglich:	Ins-gesamt	Als positiv stuften ein:				N
		Geschlecht		Abschlußjahr		
		M	W	vor 85	ab 85	
Selbständige Arbeitsformen	93	95	90	97	91	270
Pers. Interesse am Inhalt der Tätigkeit	92	92	92	94	91	272
Gehalt/Einkommen	90	90	88	92	88	185
Möglichkeiten der Teamarbeit	82	84	77	90	77	189
Betriebliches Klima	80	83	75	86	79	239
Einflußchancen durch die Tätigkeit	79	81	75	84	76	189
Aufstiegschancen	76	79	68	80	73	163
Strikte Trennung von Beruf und Privattem	74	71	79	95	62	54

Lebeispiel: Von den 270 Befragten, denen die Trennung von Beruf und Privatleben ziemlich oder sehr wichtig ist, geben 93 % an, daß sie die Aussichten bezüglich dieses Aspektes positiv sehen.

Generell gilt, daß die beruflichen Aussichten um so besser bewertet werden, je wichtiger der Aspekt dem Befragten für die Bewertung beruflicher Arbeit ist. So sind es unter denen, die dem Gehalt/Einkommen einen hohen Stellenwert beimessen sogar 90 %, die die finanziellen Aussichten positiv sehen, während es bei den anderen ›nur‹ 72 % sind. Der Zusammenhang zwischen Wichtigkeit und Bewertung der Zukunftsaussichten trifft bei allen Aspekten zu. Dies läßt auf ein sehr großes Selbstvertrauen der Befragten hinsichtlich ihrer beruflichen Qualitäten und auf ein großes Vertrauen in den Erfolg eigener beruflicher Initiative schlie-

174 56 % urteilen positiv, 35 % negativ, 10 % interessiert dieser Aspekt nicht.

175 54 % positiv, 31 % negativ, 15 % interessieren sich nicht für diesen Aspekt.

176 Sehr positiv oder eher positiv. Grundlage ist eine vierstufige Skala von sehr negativ bis sehr positiv. Zusätzlich gab es die Möglichkeit ›interessiert mich nicht‹, die hier als fehlender Wert angesehen wird.

* Vollständige Darstellung im Tabellenanhang, Tabelle 53.

ßen. Die Einschätzungen von Frauen und Männern unterscheiden sich auf dieser Ebene der Betrachtung, wo nur die Befragten einbezogen sind, die einen Aspekt wichtig finden, nicht von den bereits genannten Ergebnissen. Unter den verschiedenen Abschlußjahrgängen fällt die große Differenz bei dem Punkt der ›Trennung von Beruf und Privatem‹ auf. Während 95 % der Absolventen von vor 1985 die Aussichten zu diesem Aspekt positiv beurteilen sind es bei den jüngeren 33 Prozentpunkte weniger. Eine mögliche Erklärung läge darin, daß die Jüngeren befürchten, in der Zukunft einen weit größeren Arbeitseinsatz leisten und stärkere Schulungsmaßnahmen in ihrer Freizeit durchführen zu müssen, um ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu halten oder zu verbessern.

Hinsichtlich der Beurteilung der Perspektiven zerfallen die Befragten in zwei Gruppen. Wer seine Erwartungen in seiner bisherigen Tätigkeit als erfüllt ansieht, sieht auch wesentlich bessere Perspektiven als diejenigen, die mit ihrer bisherigen Tätigkeit nicht so zufrieden sind. Wenn man entsprechend dem Verfahren zur Bildung des Zufriedenheitsindex einen Prognoseindex entwickelt, ergibt sich ein extrem hoher statistischer gleichläufiger Zusammenhang zwischen beiden Größen.¹⁷⁷ Der momentane Zustand wird also in der Zukunftserwartung einfach fortgeschrieben. Dieser Zusammenhang ist bei allen Abschlußjahrgängen festzustellen. Für die jüngsten Absolventen der Abschlußjahrgänge 90 und 91 ist er am stärksten.¹⁷⁸ Bei ihnen kommt zusätzlich hinzu, daß zwei Drittel von ihnen so-

Tabelle 46: Verteilung der beruflichen Zufriedenheit und der Beurteilung der Perspektiven bei den erwerbstätigen Absolventen nach Abschlußjahren

(Angaben in Prozent, N=273)¹⁸⁰

	Prognoseindex	Gesamt		Abschluß vor 85		Abschluß seit 85	
		niedrig	hoch	niedrig	hoch	niedrig	hoch
niedrig	46	7	31	10	54	5	
hoch	11	37	15	44	9	33	

¹⁷⁷ $r=0,74$

¹⁷⁸ $r=0,84$

¹⁷⁹ Zufriedenheitsindex = Summe aller Aspekte, die wichtig für die Beurteilung beruflicher Tätigkeit sind und die im ausgeübten Beruf weitestgehend den Erwartungen entsprechen abzüglich der Summe aller Aspekte, die wichtig für die Beurteilung beruflicher Tätigkeit sind und denen im ausgeübten Beruf nicht entsprochen wird. Der Prognoseindex entspricht im Aufbau dem Zufriedenheitsindex. Hier werden lediglich die Erwartungen bezüglich der Zukunft anstelle der Beurteilung der Gegenwart einbezogen.

¹⁸⁰ Mehrfachnennungen waren möglich.

wohl ihre berufliche Gegenwart als auch ihre Zukunftserwartungen schlechter als der Durchschnitt beurteilen.

Dies ist zwar nicht sonderlich erstaunlich, jedoch angesichts der bisherigen Ergebnisse der Studie eigentlich unbegründet. Der berufliche Erfolg scheint in erster Linie eine Zeitfrage zu sein. Gerade die Absolventen, die erst vor kurzem ihren Abschluß gemacht haben, verkennen ihre beruflichen Chancen, wenn sie aus einer momentanen unbefriedigenden beruflichen Situation, negative Erwartungen an die Zukunft ableiten. Ein Verkennen von Chancen kann aber dazu führen, daß entsprechende Möglichkeiten dann auch nicht genutzt werden, wodurch die als negativ empfundene Perspektive zur ›self-fulfilling prophecy‹ wird. Insgesamt darf dieser Effekt allerdings nicht überdramatisiert werden. Auch die Hälfte der Absolventen, die die berufliche Zukunft schlechter beurteilt, neigt nicht zum Pessimismus. Nur bei 8 % liegt der Prognoseindex im negativen Bereich, überwiegt die Erwartung einer negativen Entwicklung bei wichtigen Aspekten der Beurteilung beruflicher Tätigkeit.

Fazit: Die Befragten sind mit ihrer beruflichen Situation insgesamt recht zufrieden. Nur bei jeder Elften überwiegen negative Einschätzungen bei der Bewertung ihrer beruflichen Tätigkeit. Einen besonders starken positiven Zusammenhang mit der beruflichen Zufriedenheit weist die Einkommenshöhe auf. Die Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen sehen in fast allen Aspekten ihre Vorstellungen in höherem Maße als erfüllt an. Auch die Prognose über die beruflichen Perspektiven fällt in hohem Maße positiv aus. Lediglich die Aussichten für den politologischen Bezug und die arbeitszeitlichen Regelungen werden eher zurückhaltend beurteilt. Die weiblichen Absolventinnen sehen darüber hinaus für sich nur mäßige Aufstiegschancen. Generell neigen die Befragten dazu, die aktuelle berufliche Situation als Trend fortzuschreiben. Wer seine momentane Situation überdurchschnittlich positiv sieht, beurteilt auch seine Zukunftschancen überdurchschnittlich. Entsprechendes gilt für eine negative Sichtweise. Dies gilt im besonderen Maße für die beiden jüngsten Abschlußjahrgänge. Für eine solche Sichtweise gibt es jedoch in der Verbleibsstudie keinen empirischen Beleg.

5. Kurze Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse in Kurzform dargestellt. Sie orientieren sich dabei an den Abschnitten Studium, Übergang Studium – Beruf und Beruf. Vorweg ein paar soziographische Daten zu den Absolventen: Die meisten befragten Absolventen haben zwischen 1985 und 1989 ihren Abschluß am Institut für Politische Wissenschaften (IPW) gemacht. Das Zahlenverhältnis von Männern zu Frauen beträgt 7: 3. Die Befragten haben im Schnitt 11,7 Semester benötigt und waren beim Abschluß 28,6 Jahre alt. Hochschulwechsel waren eher selten. Fast 70 % der Befragten haben ihr Politikstudium auch in Hamburg begonnen. Das wichtigste Argument für ein Studium in Hamburg war die Stadt Hamburg an sich. Immerhin 29 % geben den Ruf des Instituts als Begründung an.¹⁸⁰ 72 % der befragten Absolventen leben nach wie vor in und um Hamburg. Zwei Drittel sind bis zum Zeitpunkt der Befragung kinderlos geblieben. 45 % leben als Single, 28 % in einem Zweipersonenhaushalt.

5.1. Das Studium

Fähigkeiten und Wissen der Hamburger Politologen

Der Versuch, ein Bildungsprofil zu erstellen, läßt auf der Wissensebene lediglich eine sehr grobe Struktur der Inhalte erkennen. Die Absolventen haben thematisch eher breit studiert. Trotz der Existenz eines Grundstudiums mit seinen Pflichtgrundkursen, in denen elementare Kenntnisse vermittelt werden könnten, gibt es kaum gemeinsames thematisches Grundwissen. Die persönliche Gestaltung des weiteren Studiums ist von einem so starken individuellen Zuschnitt gekennzeichnet, daß auch die Kenntnis der geprüften Teilbereiche kaum einen Hinweis auf das erworbene Wissen liefert. Die Sachthemen erscheinen wegen ihrer Vielfalt wenig geeignet, dem Fach und damit seinen Absolventen ein eigenständiges Profil zu geben.

Bei den Fähigkeiten wird dem politikwissenschaftlichen Studiengang an der Universität Hamburg von den Absolventen eine hohe Ausbildungskompetenz vor allem im analytischen und fachlichen Bereich zuerkannt. Schwächen werden in erster Linie in der Ausbildung der praxisnahen Fähigkeiten wie organisatorischen und genuin politischen Fertigkeiten gesehen. Doch schwankt hier das Urteil stark. Ohnehin kann die Bewertung, ob eine Fähigkeit nun stark oder gar nicht während des Studiums vermittelt wurde, nicht verabsolutiert werden. Sie ist von den speziellen Ansichten, Erwartungen und Erfahrungen der befragten Absolventen als auch von deren eigenem Engagement abhängig.

Die Politische Wissenschaft als »studium generale« oder Spezialistenausbildung

Der Regelfall der gewählten Studienstrategie ist eine Mischform. In der Tendenz orientieren sich die Befragten zwar eher an einer generalistischen Studienanlage mit einer starken Selbstwertbetonung des Studiums, diese Tendenz ist allerdings nicht so stark ausgeprägt, daß von einem ausgeprägten Typus »Generalist« oder »Spezialist« gesprochen werden könnte. Über die Hälfte der Befragten (54 %) empfindet keinen Gegensatz in der Wichtigkeit von Grundlagenwissen und Detailkenntnissen für ihre Studienplanung. Diese Mischung wird auch von der Prüfungsordnung gestützt. Durch das Grundstudium und die Scheinpflcht in allen Teilbereichen wird der Erwerb von breitem Grundlagenwissen stark gefördert, während spätestens durch die Arbeit an der Diplomarbeit Spezialwissen erworben wird (vgl. v. Bandemer/Wewer 1987: 214).

Berufsperspektiven als Ansporn oder Belastung?

Da unter den Absolventen nur eine verhältnismäßig geringe Karriereorientierung vorhanden war, hielt sich die Belastung durch die Perspektive einer ungewissen beruflichen Zukunft in Grenzen. Die Belastung durch die beruflichen Perspektiven für die Absolventen hat allerdings im Laufe der Jahre stark zugenommen. Während unter den Absolventen der frühen 70er Jahre die Berufsaussichten überhaupt kein Problem darstellten, fühlten sich von den Befragten der frühen 90er Jahre ein Viertel während ihres Studiums durch die ungewisse berufliche Zukunft stark belastet. Ausschlaggebend für diese Belastung sind weniger konkrete Zugangsschwierigkeiten zum Arbeitsmarkt als vielmehr die Unwissenheit über berufliche Möglichkeiten. So zeigt sich, daß die Entwicklung beruflicher Vorstellungen den psychischen Druck mildern kann. In der Konsequenz führte die Belastung durch die beruflichen Perspektiven nicht etwa zu einem Aufarbeiten der beruflichen Vorstellungen und damit zu einer offensiven Problemlösung, sondern hatte negative Auswirkungen auf die Ausbildungsleistung des Studiums. Die Absolventen, die sich stark belastet fühlten, studierten auch in höherem Maße als ihre Kommilitonen an den Bedürfnissen des Berufslebens vorbei.

Politikwissenschaft – eine Wissenschaft der Politik oder eine politische Wissenschaft?

Die Absolventen erwarten von der Politischen Wissenschaft überwiegend die Erfüllung der drei Funktionsbereiche »Politische Funktionen« »Bildungsfunktionen« und »Funktionen einer kritischen Demokratiewissenschaft« in jeweils etwa gleicher Stärke. Dabei wird lediglich die »Bildungsfunktion« am IPW den Ansprüchen in etwa gerecht. In den anderen beiden Bereichen geht die Politische

Wissenschaft, so wie sie in Hamburg erlebt wird, an den Bedürfnissen und Erwartungen vorbei. Insbesondere die Forderung nach einer politischen Wissenschaft wird nicht eingelöst. Dies ist um so bedeutsamer, als die Absolventen mehrheitlich mit einer politischen Zielsetzung in das Studium eintraten und unter politischen Gesichtspunkten in großen Teilen einen Ausbildungscharakter des Studiums befürworten (politisches Handeln lernen). Diese Zielsetzung findet im Studium keine Unterstützung.

Das gesellschaftliche Engagement der Absolventen

Die Absolventen des Instituts für Politische Wissenschaft gingen mit einer starken Motivation zum politischen Handeln in das Studium hinein. Insgesamt 62 % verbanden ihre Studienaufnahme mit der Erwartung bzw. Hoffnung ihr Studium politisch nutzen zu können.

Entsprechend stark fiel ihr politisch-gesellschaftliches Engagement während des Studiums aus. Über die Hälfte (52 %) der Befragten geben an, während des Studiums politisch aktiv gewesen zu sein. Dieses Engagement blieb auch nach dem Studium weitestgehend erhalten. Das Zurückstellen politischer Ziele zum Ende des Studiums hatte nur vorübergehenden Charakter. Fast jeder zweite Absolvent ist nach dem Studium aktives Mitglied einer Organisation gewesen, die im politisch-gesellschaftlichen Raum tätig ist. Ein weiteres Viertel betätigte sich unorganisiert auf der politischen Bühne. Durch das Studium konnte damit in erheblichem Umfang politikwissenschaftlicher Sachverstand in den politischen Prozeß eingebracht werden.

Das Studienkonzept in der Kritik

Von fast jedem zweiten Absolventen wird die Konzeption des Studienganges ausdrücklich begrüßt. Wenn Kritik geübt wird, dann nicht an der geringen Vorstrukturierung, sondern daran, daß daraus sich ergebende Freiheiten nicht hinreichend genutzt worden sind bzw. werden konnten. Unter dem Aspekt des Erfolgs oder Mißerfolgs des Konzeptes der offenen Studiengestaltung kann der berufliche Werdegang der Absolventen allerdings nicht völlig ignoriert werden. Ein erfolgreicher Diplomstudiengang muß seinen Absolventen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Daß das Hamburger Studienkonzept von den richtigen Grundannahmen über mögliche berufliche Tätigkeiten ausgeht, zeigen die Ergebnisse dieser Studie. Daß in der Umsetzung manches zu verbessern ist, belegt die Kritik der Absolventen. Daß mit dem Studium und dem darin erworbenen Wissen etwas auf dem Arbeitsmarkt anzufangen ist, zeigt die Zahl derjenigen, für die sozialwissenschaftliche Kenntnisse Voraussetzung für ihren Arbeitsplatz waren (53 %).¹⁸¹

Kritik, Rat- und Reformvorschläge zur Studienorganisation

Änderungen an der Studienanlage im Sinne einer Einschränkung der Gestaltungsfreiheit werden von den Befragten aus allen Tätigkeitsfeldern abgelehnt. Eine große Zustimmung findet dagegen die Empfehlung an die einzelnen Studierenden, ihr Studium stark zu strukturieren, also eine eigene fundierte Studienplanung zu betreiben (83 %). Ebenso generell zustimmend werden Empfehlungen aufgenommen, die auf einen stärkeren Praxisbezug hinauslaufen. Damit ist vor allem eine stärkere Orientierung auf die Arbeitsbedingungen des Erwerbslebens und die Vermittlung von grundlegenden Qualifikationen/Fähigkeiten gemeint. Umstritten sind Auffassungen, die eine inhaltliche Umorientierung empfehlen. Hier variiert der Zustimmungsteil stark zwischen den einzelnen Tätigkeitsfeldern, in denen die Absolventen beschäftigt sind. Unterschiedliche Empfehlungen stehen häufig auch in einem Zusammenhang mit dem Grad des politikwissenschaftlichen Bezuges der ausgeübten Tätigkeit.

5.2. Der Übergang

Problematische Rahmenbedingungen bei der Arbeitsplatzsuche

Die Rahmenbedingungen der Absolventen bei der Arbeitsplatzsuche sind in hohem Maße von einer Konkurrenzsituation zu anderen Studiengängen geprägt. Dabei kommt erschwerend hinzu, daß es sich bei der Politikwissenschaft in Deutschland um eine relativ junge Wissenschaft handelt. So können die Absolventen nur selten (7 %) an die Arbeit politologisch geschulter Vorgänger anknüpfen. Unter diesen Bedingungen kommt bestehenden Vorurteilsstrukturen über das Studienfach eine besondere Bedeutung zu. So bereitet das schlechte Image des Faches den Absolventen bei der Stellensuche große Schwierigkeiten. Hier ist die Wissenschaft bzw. sind ihre Vertreter selbst gefragt, durch eine effektive Öffentlichkeitsarbeit diese Probleme zu beseitigen.

Wünsche und Illusionen – Angestrebte Berufe

Die Befragten hatten sich in der Regel bei Abschluß des Studiums soweit den Bedingungen des politologischen Arbeitsmarktes angepaßt, daß nur die wenigsten sich auf *ein* berufliches Traumziel versteiften (15 %). Nicht zuletzt deshalb konn-

¹⁸¹ Der Prozentsatz zeigt zugegebenermaßen auch, daß die Chance nicht allzu groß ist. Dennoch zahlt sich das Studium auch für die 23 % aus, für die allgemein ein Hochschulabschluß formale Voraussetzung für ihre Einstellung gewesen ist. Weitere 5 % benötigen für ihre berufliche Tätigkeit zwar keinen Hochschulabschluß, geben aber einen politikwissenschaftlichen Bezug für ihre Tätigkeit an. Für lediglich 25 % der befragten Absolventen blieb das Studium für ihren Beruf völlig bedeutungslos.

ten vier Fünftel angeben, ihre beruflichen Präferenzen zumindest teilweise umgesetzt zu haben. In ihrem Bewerbungsverhalten tendierten die Absolventen am stärksten in den Medienbereich (43 % Printmedien, 27 % Rundfunk/Fernsehen). Darüber hinaus waren und sind die öffentliche Verwaltung und die Hochschulen begehrte Ziele. Eher geringes Interesse im Bewerbungsverhalten fanden die politknahen Beschäftigungen bei Verbänden, Gewerkschaften, Stiftungen, Parteien und Parlamenten.

Genau in diesen Bereichen sind die Erfolgsaussichten bei Bewerbungen auch relativ gering. Am besten sind die Chancen bei den privaten Dienstleistern, den Printmedien und den Hochschulen, wenngleich bei letzteren mit abnehmender Tendenz. Eine Benachteiligung der Absolventinnen läßt sich anhand der Erfolgchancen der Bewerbungen nicht erkennen. Im Gegenteil: in den meisten Bereichen liegen die Erfolgchancen der Absolventinnen höher als die ihrer männlichen Kommilitonen.

Gewählte Bewerbungsstrategien

Die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Stellensuche sind Eigeninitiative und Kontakte. Nur auf diesem Weg können durch frühzeitige Information über freie Stellen die Zahl der Konkurrenten klein gehalten und eventuelle Vorbehalte gegen die politologische Ausbildung durch die persönliche Vorstellung ausgeräumt werden. Hinsichtlich der Bewerbungsstrategie tendieren die meisten Absolventen dahin, sich nicht zu sehr an den geforderten Qualifikationsprofilen zu orientieren. Sie empfehlen, sich offensiv, auch bei nur eingeschränkter Übereinstimmung zwischen Anforderungen und eigenen Qualifikationen, zu bewerben, wenn das persönliche Interesse an der Stelle vorhanden ist. Durch das vergrößerte Angebot steigt letztendlich die Chance, eine Stelle zu bekommen.

Der berufliche Nutzen der Studieninhalte!

Von dem während des Studiums erworbenen Sachwissen konnten die meisten Absolventen im Berufsleben zumindest teilweise direkt profitieren. Nur eine kleine Minderheit von 15 % konnte kein im Studium erworbenes Wissen beruflich verwenden. Von einem beruflich irrelevanten Studium kann also keine Rede sein. Zudem ist zu berücksichtigen, daß der Nutzen sich nicht nur auf die Erwerbstätigkeit beziehen muß. Wie weit Absolventen ihre Kenntnisse bspw. im Rahmen einer politischen Betätigung gesellschaftlich gewinnbringend nutzen konnten, wird in dieser Analyse nicht systematisch erfaßt. Daß sich hier ein recht hoher Nutzen ergeben könnte, legt das starke politische Engagement der Absolventen nahe.

Das Nebenfach bzw. die Nebenfächer erwiesen sich für die meisten Befragten als nützliches Wissen für ihre berufliche Tätigkeit. Dies gilt ganz besonders für

Journalistik, VWL und Jura, wobei die Nutzungsmöglichkeiten für juristisches Wissen jedoch sinken. In den Abschlußjahrgängen seit 1985 zeigt sich auch ein sehr hoher Nutzen von Kenntnissen in den Kultur- und Sprachwissenschaften. Das Wissen in Geschichte und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte konnte dagegen mehrheitlich beruflich nicht genutzt werden. Aber auch hier ist es immer noch jeweils deutlich mehr als ein Drittel, das die erworbenen Kenntnisse im Rahmen der beruflichen Tätigkeit einsetzen konnte.

Bei den Fähigkeiten ist die Ausbildung analytischer Fähigkeiten der stärkste Pluspunkt der politologischen Ausbildung. Hierbei handelt es sich auch um die Qualifikation, die im Erwerbsleben am stärksten gefragt ist. Starke Defizite ergeben sich vor allem im organisatorischen Bereich. Dieser Umstand trifft als Kritik zu großer Praxisferne allerdings auf fast alle Studienfächer zu. Er ist sehr stark vom Ausbildungsgedanken des Studiums bestimmt. Unter dem Gesichtspunkt, daß auch Politologen eine befriedigende Erwerbstätigkeit außerhalb des Wissenschaftsbetriebes suchen bzw. brauchen, sollte überlegt werden, wie weit sich der Gegensatz Theorie/Praxis während des Studiums aufheben ließe, um die Arbeitsmarktchancen zu erhöhen ohne die wissenschaftliche Identität des Faches zu gefährden.

Wenn nach dem Sinn und Nutzen des Studiums gefragt wird, so ist der berufliche Nutzen nur eine Verwertungsmöglichkeit. Gerade bei den befragten Absolventen standen während des Studiums Gesichtspunkte, die den Eigenwert des Studiums, den Bildungscharakter, betonen und dessen Nutzen für persönliche und politische Zwecke betreffen, oft im Vordergrund. Der Erwerb von berufsorientierten Qualifikationen wurde nur von gut der Hälfte (56 %) als wichtig eingestuft. Trotz eines signifikanten Zusammenhanges zwischen beruflichem Nutzen und Einschätzung des Studiums erklärt sich nicht zuletzt aus diesem Umstand zumindest teilweise der scheinbare Widerspruch zwischen der hohen persönlichen Zufriedenheit mit dem Studium und der miserablen Beurteilung der Berufsvorbereitung durch das Studium.¹⁸²

Zur Funktion von Praktika und Auslandsaufenthalten

Unter den Absolventen genießen Praktika und Auslandsaufenthalte im Zuge der Ausbildung ein hohes Ansehen. 60 % der Befragten absolvierten Praktika, 50 % verbrachten eine längere Zeit im Ausland. Auslandserfahrungen in Verbindung mit dabei erworbenen Fremdsprachenkenntnissen werden von den Befragten als positiver Bewerbungsfaktor gleichrangig mit Berufserfahrung angesehen. Der konkrete berufliche Nutzen von Praktika bleibt dagegen diffus. Eine direkte

¹⁸² 77 % empfanden das Studium als für sie persönlich befriedigend, 74 % fühlten sich durch das Studium schlecht auf das Berufsleben vorbereitet.

Übernahme in einen Job ist selten. Nur 4 % geben an, daß sie nach einem Praktikum übernommen wurden oder durch ein Praktikum den entscheidenden Kontakt herstellen konnten. Praktika wirken eher indirekt als Nachweis von Erfahrung und Eigeninitiative, beides Faktoren, die die Berufschancen deutlich verbessern.

Zusatzqualifikationen – Reicht das Diplom?

Grundsätzlich ist die Aneignung von Zusatzqualifikationen zu empfehlen. Der überwiegende Teil der Absolventen verdankt ihnen ihren Job. 61 % geben an, daß sie sich auf ihre momentane Arbeitsstelle sogar ausdrücklich auf Grund nicht-politologischer Qualifikationen beworben haben. Jedoch erweisen sich nur EDV-Kenntnisse im Berufsleben als für die Mehrheit der Befragten nützlich. Was sinnvoll ist, hängt vom Einzelfall und dem spezifischen Qualifikationsprofil ab. Bei einer einzelnen Betrachtung der Zusatzqualifikationen kann lediglich für ökonomische Kenntnisse ein positiver Zusammenhang mit der beruflichen Situation nachgewiesen werden. Allerdings liegt die Nutzenquote, d.h. die berufliche Nutzung von im Studium erworbenen Fertigkeiten bei fast allen Zusatzqualifikationen hoch. Lediglich Kenntnisse in Empirie/Statistik mit einer Quote von 53 % und Fremdsprachen (außer Englisch und Französisch) mit einer Quote von 51 % fallen etwas ab. Jedoch schwanken diese Quoten stark zwischen den einzelnen Beschäftigungsbereichen. Wie weit und unter welchen Bedingungen bestimmte Kombinationen von Zusatzqualifikationen die Berufschancen verbessern, konnte hier nicht geprüft werden.

5.3. Der Beruf

Der berufliche Verbleib

Die Hamburger Politologen haben sich zum weitaus überwiegenden Teil auf dem Arbeitsmarkt etablieren können. Selbst unter den 16 % Nicht-Erwerbstätigen befinden sich nur wenige »echte« Arbeitslose. Allerdings mußten viele Absolventen Abstriche an der Absicherung und den Inhalten der ausgeübten Tätigkeit hinnehmen. Ein gutes Viertel hat »nur« befristete Arbeitsverträge, etwa die Hälfte (52 %) der erwerbstätigen Befragten muß in ihrer Arbeit auf einen starken politikwissenschaftlichen Bezug verzichten.

Berufsbereiche und Tätigkeitsfelder Hamburger Politologen

Trotz der Bestätigung der bekannten These von der breiten Streuung der Berufe, in denen Politologen arbeiten, lassen sich Schwerpunkte in der beruflichen Tätigkeit ausmachen. Etwa die Hälfte der Befragten üben publizistisch/journalistische

oder wissenschaftliche Tätigkeiten aus (jeweils 24 %). Beide Tätigkeitsfelder zeichnen sich leider durch negative Besonderheiten aus. Wissenschaftliche Angestellte verfügen sehr oft nur über befristete Verträge (58 %), journalistisch tätige Absolventen überdurchschnittlich oft über gar keine (25 %). Die Beschäftigungsbereiche lassen sich in fünf große Felder zusammenfassen: Medien, Forschungs- und Bildungseinrichtungen; Handel/private Dienstleistungen, Politik und Öffentliche Verwaltung/Dienstleistung. Der Mediensektor ist mit 30 % der größte Beschäftigungsbereich für die Hamburger Politologen. Eher selten sind dagegen Absolventen in die Politik (14 %) oder den öffentlichen Dienst (13 %) gegangen.

Politologen außerhalb der traditionellen Erwerbstätigkeit

Die Befristung von Arbeitsverträgen ist zwar vorrangig in den jüngeren Absolventenjahrgängen anzutreffen, sie wird von den Betroffenen aber nicht als Ausdruck von beruflichen Schwierigkeiten empfunden. Dies gilt auch für Absolventen, deren Studium schon lange zurück liegt. Die Befragten, die keiner traditionellen Erwerbstätigkeit nachgehen, sind mit ihrem beruflichen Status überwiegend zufrieden (69 %). Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß nur 13 % aus dieser Gruppe sich selbst als arbeitslos einstufen. Die Mehrzahl von über 75 % arbeitet auf Honorarbasis, mit Werkverträgen oder als freie Mitarbeiter oder befindet sich in einer Fortbildung. Des weiteren dürfte die berufliche Zufriedenheit in dieser Gruppe darauf zurückzuführen sein, daß für fast zwei Drittel das Studium noch nicht mehr als zwei Jahre zurück liegt und die Ansprüche an die beruflichen Perspektiven relativ bescheiden sind.

Zur Lage der Absolventinnen auf dem Arbeitsmarkt

Krasse Unterschiede in der beruflichen Situation zwischen den weiblichen und männlichen Befragten sind nur zu einem Teil Ausdruck einer Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Absolventinnen sind in stärkerem Maße als ihre ehemaligen männlichen Kommilitonen bereit, Abstriche hinsichtlich der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze hinzunehmen, wenn sie sich mit den Arbeitsplatzinhalten identifizieren können. Gleichzeitig schätzen sie arbeitszeitliche Regelungen als besonders positiv ein, die ihnen neben der Erwerbstätigkeit Freiräume für andere Aktivitäten lassen. Beide Elemente tragen dazu bei, daß die Frauen in hohem Umfang befristeten Beschäftigungen und Teilzeittätigkeiten nachgehen. Der überdurchschnittliche Anteil an Teilzeittätigkeiten erklärt in einem hohen Maße das erheblich geringere Einkommen der Absolventinnen im Vergleich zu den Männern.

Die Thematik von der Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stellt sich für die Absolventinnen als so vielschichtig dar, daß sie im Rahmen die-

ser Studie nicht weiter durchdrungen werden kann. Unterschiedliche Abschlußjahrgänge, verschiedene Berufsziele und individuelle Ausbildungsverläufe, unterschiedliche Prioritätensetzungen hinsichtlich Arbeitsplatzinhalten und Karriereplanung sowie die Lage in den einzelnen Beschäftigungsbereichen führen zu einer Unvergleichbarkeit der Berufssituation, auf die mit dem vorhandenen Datenmaterial und Zeitbudget nicht reagiert werden kann.

Die Einkommenssituation

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der erwerbstätigen Absolventen des IPW liegt mit 5900 DM durchaus auf akademischem Niveau. Allerdings wird dieses erst etwa fünf Jahre nach Abschluß des Studiums erreicht. Berufsanfänger erzielen nur ein Einkommen von knapp 4000 DM. Die Einkommensmöglichkeiten variieren stark nach Beschäftigungsbereich und Tätigkeitsfeldern. Am besten wird im Bereich Handel/private Dienstleistungen verdient (7800 DM), am schlechtesten im Bereich Forschung und Bildung (4800 DM). Unter den geprüften Ausbildungsfaktoren läßt sich für die Wahlpflichtfächer VWL und Jura sowie der Studiendauer ein positiver Zusammenhang mit der Einkommenshöhe erkennen. Einen wesentlich größeren Einfluß auf die finanziellen Verhältnisse der Absolventen als diese Studienfaktoren scheint jedoch die Karriereorientierung im Erwerbsleben zu haben.

Berufliche Wertorientierungen und ihre Realisierungschancen

Die Absolventen betonen auch im Erwerbsleben, wie schon während des Studiums, die immateriellen Werte. Dies tritt bei den weiblichen Befragten noch stärker in den Vordergrund als bei den Männern. Die wichtigsten Aspekte sind bei beiden Geschlechtern die Arbeitsinhalte, die Möglichkeit zu selbständigem Arbeiten und das Betriebsklima. Materielle Werte wie das Einkommen, Aufstiegschancen und Absicherung spielen eine vergleichsweise geringe Rolle. Erstaunlich gering ist mit 40 % der Anteil der Befragten, dem ein politikwissenschaftlicher Bezug seiner beruflichen Tätigkeit wichtig ist.

Den angegebenen Wertemustern bei der Beurteilung beruflicher Tätigkeit haben die Absolventen in ihrer Berufswahl überwiegend Rechnung tragen können. Vor allem bei den wichtigsten Aspekten erfüllten sich die Erwartungen der Befragten. Es zeigen sich hier aber deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die weiblichen Befragten sehen hinsichtlich der Aufstiegschancen ihre Vorstellungen in wesentlich geringerem Umfang erfüllt als die Männer. Ähnliches gilt bei den Arbeitsformen sowohl für die Möglichkeiten zum selbständigen Arbeiten als auch zur Teamarbeit.

Die Beurteilung der beruflichen Situation

Die Befragten sind mit ihrer beruflichen Situation insgesamt recht zufrieden. Nur bei jedem Elften überwiegen negative Einschätzungen bei der Bewertung ihrer beruflichen Tätigkeit. Einen besonders starken positiven Zusammenhang mit der beruflichen Zufriedenheit weist die Einkommenshöhe auf. Die Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen sehen in fast allen Aspekten bei der Beurteilung beruflicher Tätigkeit ihre Vorstellungen in höherem Maße als erfüllt an. Auch die Prognose über die beruflichen Perspektiven fällt in hohem Maße positiv aus. Lediglich die Aussichten für den politologischen Bezug und die arbeitszeitlichen Regelungen werden eher zurückhaltend beurteilt. Die Absolventinnen sehen darüber hinaus für sich nur mäßige Aufstiegschancen. Generell neigen die Befragten dazu, die aktuelle berufliche Situation als Trend fortzuschreiben. Wer seine momentane Situation überdurchschnittlich positiv sieht, beurteilt auch seine Zukunftschancen überdurchschnittlich. Entsprechendes gilt für eine negative Sichtweise. Dies gilt im besonderen Maße für die beiden jüngsten Abschlußjahrgänge. Für eine solche Sichtweise gibt es jedoch in der Verbleibsstudie keinen empirischen Beleg.

6. Einsichten und Aussichten

6.1. Das Studium ist besser als sein Ruf

Wenn man die Ergebnisse dieser Verbleibsstudie Revue passieren läßt, so muß man zu dem Schluß kommen, daß das Studium der Politikwissenschaft selbst hinsichtlich der beruflichen Verwertbarkeit besser als sein Ruf ist. Fast alle Absolventen des Instituts haben sich in den Arbeitsmarkt integrieren können und erzielen nach einer Anlaufphase ein Einkommen, von dem sich zumindest leben läßt. Schwierigkeiten in der Übergangsphase vom Studium in den Beruf, verbunden mit zunächst ungesicherten Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeitserfahrungen, geringem Einkommen und Problemen in der Umstellung auf praxisorientiertes Arbeiten im Beruf sind kein spezielles Problem von Politikwissenschaftlern und sollten deshalb nicht überbewertet werden. Entscheidend ist, daß sie kein Dauerzustand sind – und davon kann bei den Absolventen des IPW keine Rede sein. Zwar haben etwas mehr als die Hälfte der Befragten Erfahrungen mit Phasen der Arbeitslosigkeit sammeln müssen, jedoch bezeichnete sich zum Zeitpunkt der Befragung nur jeder Fünzigste als aktuell arbeitslos.

Etwa die Hälfte der berufstätigen Absolventen gibt an, daß ihr Arbeitsplatz einen starken politikwissenschaftlichen Bezug aufweist. Der Anteil der Befragten, die ihr Studium für ihren momentanen Arbeitsplatz in formaler oder inhaltlicher Form nutzen konnten ist allerdings wesentlich höher. Das konkrete politikwissenschaftliche Wissen tritt gegenüber allgemeineren akademischen und intellektuellen Qualifikationen wie konzeptionelles Denken, Analysefähigkeit und kommunikativen Fähigkeiten in den Hintergrund. Alles in allem können drei Viertel der befragten Absolventen einen beruflichen Nutzen aus ihrem Studium ziehen. Allerdings benötigten 60 % explizit den Nachweis über andere Qualifikationen, um ihren Arbeitsplatz zu bekommen.

Diese Zahlen demonstrieren, daß der Erwerb eines politikwissenschaftlichen Abschlusses sich zwar beruflich verwerten bzw. nutzen läßt, allein jedoch nur selten ausreicht. Das Studium war oft eine notwendige, selten aber eine hinreichende Voraussetzung zur Ausübung des Berufes. Die Studierenden müssen sich frühzeitig Zusatzqualifikationen aneignen, um sich Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Welche Qualifikationen dabei sinnvoll sind, läßt sich pauschal nicht beantworten. Im Gegenteil: gerade die Vielfalt möglicher Qualifikationen bzw. ihre Zusammensetzung zu einem individuellen Qualifikationsprofil bietet die Gelegenheit, den sich ebenfalls immer stärker ausdifferenzierenden Anforderungen am Arbeitsplatz gerecht zu werden. Politologen steht kein exklusiver Arbeitsmarkt

zur Verfügung. Große aufnahmefähige Tätigkeitsfelder, in denen mit einem relativ standardisierten Qualifikationsstand Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden können, wie z.B. Controlling, Marketing oder Vertrieb für Betriebswirte, sind für Politologen kaum in Sicht. Der Arbeitsmarkt für den Politikwissenschaftler liegt eher dort, wo das spezielle Qualifikationsprofil gesucht ist.

Was ergibt sich aus den Ergebnissen dieser Absolventenbefragung für das Studium selbst, für die vorgegebene Studien- bzw. Prüfungsordnung wie auch für die individuell gewählte Studienanlage? Größere Tätigkeitsfelder und Berufsbereiche lassen sich erkennen, der Zugang zu ihnen, als auch die konkreten Anforderungen und Arbeitsplatzinhalte sind jedoch so unterschiedlich, daß nicht von feststehenden beruflichen Zielbereichen gesprochen werden kann. Insoweit bestätigen die Ergebnisse die Erkenntnisse anderer Verbleibsstudien. Für den Studiengang bedeutet dies, daß sich eine Aufnahme von spezifischen Berufsorientierungen in die Studienordnung nicht anbietet. Selbst auf die größten Tätigkeitsfelder ›journalistische Tätigkeiten‹ und ›wissenschaftliche Tätigkeiten‹ entfallen insgesamt nur knapp die Hälfte der Arbeitsverhältnisse der Befragten. Eine Konzentration in der Ausbildung auf diese Bereiche würde nicht nur völlig unnötig die Berufschancen in anderen Berufsbereichen einschränken, sondern zudem tendenziell zu einer Überlastung der jeweiligen Arbeitsmärkte führen. Arbeitsplätze sind auch in diesen Bereichen knapp. Der gestiegene Ausstoß an diplomierten Politologen führte nur deshalb nicht zu steigenden Arbeitslosenzahlen, weil Arbeitsplätze abseits dieser beiden großen Felder entdeckt und besetzt wurden. Dies gilt vor allem für Jobs im Bereich PR/Marketing.

Für die Absolventen der Politikwissenschaft liegt die Chance auf dem Arbeitsmarkt in der Individualität und Flexibilität. Sie ermöglicht kurzfristiges Reagieren auf die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt. Innerhalb des Veranstaltungsangebotes eines Studienganges ein solches individuelles Qualifikationsprofil zu ermöglichen, ist ausgeschlossen. Es läßt sich nur erreichen, wenn der Studienplan so strukturiert ist, daß er entsprechende Freiräume bietet, die eine Weiterbildung außerhalb der Angebote des Fachbereiches ermöglichen. Eine Weiterbildung muß sich nicht im Besuch von Veranstaltungen an anderen Fachbereichen und Instituten der Universität erschöpfen, sondern schließt ebenso Tätigkeiten außerhalb der Universität mit ein. Gerade im kommunikativen und organisatorischen Bereich, in dem der Ausbildung am IPW Mängel attestiert werden, können durch entsprechende Jobs oder ehrenamtliche Arbeit in Verbänden, Parteien, Initiativen usw. praktische Erfahrung gesammelt und Kontakte geknüpft werden, die sich später bei der Arbeitsplatzsuche positiv auswirken können. Die hierfür notwendigen Freiräume hält der Studiengang am IPW bisher bereit und findet damit auch die Anerkennung der Absolventen.

Die subjektiven Einschätzungen der Absolventen über das Studium sind durchaus positiv. In der Wirtschaft wird als eine wichtige Variable zur Erfolgsmessung eines Produktes die Markentreue angesehen. Hierunter wird verstanden, daß bei einer Wiederbeschaffung zum gleichen Produkt oder zumindest zur gleichen Produktlinie oder Marke gegriffen wird. Die befragten Absolventen zeichnen sich in ihren Studienwünschen ebenfalls durch eine hohe ›Markentreue‹ aus. Auf die Frage, ob sie aus heutiger Sicht zurückblickend noch einmal Politische Wissenschaft studieren würden, antworteten 89 % mit ja.¹⁸³ Nur 10 % gaben an, daß sie jungen Menschen heute von einem politikwissenschaftlichen Studium generell abraten würden. Selbst unter den Befragten, die in ihrem Beruf überhaupt keinen Bezug zur politischen Wissenschaft sehen, sind es drei Viertel, die erneut ein Studium der Politischen Wissenschaft aufnehmen würden.

6.2. Berufsorientierungs- und Berufsfindungsstrategien

Studierende der Politischen Wissenschaft sind im Vergleich zu Studierenden in anderen Hochschulstudiengängen nur in einem geringen Maße auf eine berufliche Karriere fixiert. Während des Studiums genießen politische und persönlichkeitsbildende Ziele ein wesentlich höheres Ansehen. Nur die Hälfte der Absolventen hatte bereits frühzeitig konkrete berufliche Vorstellungen, die wiederum bei der Hälfte von diesen während des Studiums wechselten. In dieser geringen Fixierung liegen Chancen und Risiken für die Studierenden der Politischen Wissenschaft. Chancen, indem auf den schwierigen Zugang zum Arbeitsmarkt durch Flexibilität reagiert werden kann; Risiken, indem das fehlende Ziel zur Orientierungslosigkeit im Studium führt.

Flexibilität darf aber nicht mit Ziellosigkeit verwechselt werden. Frühzeitige Gedanken über den beruflichen Verbleib helfen nicht nur, die Studienzeit befriedigender zu gestalten, sondern auch, sie qualitativ im Hinblick auf das spätere Berufsleben besser zu strukturieren. So hielten sich mit 31 % der Absolventen mit konkreten Berufsvorstellungen doppelt so viele Befragte für gut auf das Berufsleben vorbereitet, als von den übrigen Befragten. Eine Unterstützung der Studierenden bei der Auseinandersetzung mit ihren beruflichen Perspektiven könnte eine sinnvolle Hilfe für eine effektivere Studienzeit und damit auch für eine Steigerung der Berufschancen sein.

Flexibilität ist eher auf dem Weg zum beruflichen Ziel gefragt. Es ist ein Hilfsmittel, um auch einen schwierigen Berufseinstieg über ein paar Umwege doch noch zu erreichen. Berufseinstiegswege sind nicht vorgezeichnet, Arbeitsangebote

183 Wobei 10 % allerdings nur noch ein politikwissenschaftliches Nebenfachstudium aufnehmen würden.

für Politikwissenschaftler selten und öffentliche Stellenausschreibungen, sei es in Annoncen, Aushängen oder über das Arbeitsamt unterliegen einer zahlenmäßig starken Konkurrenz. Eine passive, abwartende Haltung bezüglich der eigenen zukünftigen beruflichen Entwicklung können sich Absolventen des IPW nicht leisten. Eine Verdrängung löst nicht das Problem, sondern verschärft es. Das wichtigste Kriterium für eine erfolgreiche Stellensuche heißt Eigeninitiative. Wer nicht über die Minimalanforderungen des Studienganges hinaus Wissen und Kenntnisse erwirbt, wer nicht über den Kreis der Universität hinaus Erfahrungen macht und Kontakte knüpft, wer nicht die Flexibilität besitzt auch abseits der ausgetretenen beruflichen Pfade seine Ziele zu verfolgen, wird die Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, erheblich vergrößern.

Praktika scheinen geradezu ein Idealweg zu sein, um sich für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Allerdings werden sie allzuoft in ihrer Bedeutung überschätzt. Den Charakter eines Türöffners, durch den der entscheidende Kontakt zum späteren Arbeitgeber hergestellt wird, besaß ein Praktikum für die Hamburger Politikwissenschaftler im Unterschied zu anderen Studienfächern wie Betriebswirtschaftslehre in den seltensten Fällen. Lediglich 4 % der Absolventen, die Praktika gemacht haben, wurden übernommen oder konnten wichtige Kontakte knüpfen.¹⁸⁴ Diese geringe Zahl hat nichts mit den miserablen Leistungen der Politikwissenschaftler während des Praktikums zu tun, sondern ist eine Folge des geringen Stellenbedarfs an Politikwissenschaftlern – auch in den Praktikumsstellen selbst. Den größten Nutzen der Praktika sahen die Absolventen eher auf der persönlichen Ebene in Form von konkreter werdenden beruflichen Vorstellungen und vor allem als wichtige neue Erfahrung.

Diese Erfahrungen wiederum scheinen sich zu lohnen. Praktika führen zwar nur selten direkt zu einem Job. Es zeigt sich doch, daß Absolventen, die Praktika gemacht haben, die Stellensuche leichter fällt als ihren Kommilitonen, die keine Praxiserfahrung vorweisen konnten. ›Nur‹ 54 %¹⁸⁵ der Befragten mit Praktikumserfahrung waren nach dem Studium irgendwann einmal erwerbslos, ohne Praktikumserfahrung traf es 71 %. Und das Praktikum geht auch bei fast allen Absolventen zumindest in den ersten Berufsjahren mit der Einschätzung einher, den eigenen beruflichen Werdegang als erfolgreich anzusehen. Unter den Befragten ohne Praktikum stuften nur zwei Drittel ihren beruflichen Werdegang als erfolgreich ein.

Praktika sind ein hilfreiches, aber doch nur ein begrenzt taugliches Mittel zur beruflichen Orientierung. Im Praktikum kann eine bestehende Berufsidee über-

184 Immerhin weitere 16 % sahen sie als nützlich für den Beruf bzw. die Bewerbung an.

185 Dieser Prozentwert und die folgenden in diesem Absatz genannten Zahlen beziehen sich auf die Befragten, die ihren Abschluß 1985 oder später gemacht haben

prüft werden, entwickelt werden muß sie vorher. Dies ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil eine berufliche Vorstellung in der Regel eine Voraussetzung dafür ist, überhaupt einen Praktikumsplatz zu bekommen. Zur beruflichen Orientierung und zum Knüpfen eines Beziehungsnetzes sollten sich die Studierenden deshalb nicht ausschließlich auf Praktika stützen, sondern ehrenamtliche politische und/oder soziale Tätigkeiten wahrnehmen, studiennahe Jobs zur Studienfinanzierung ausüben, im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Arbeiten Feldrecherchen durchführen sowie sich durch Literaturstudium, nutzen der vorhandenen Beratungseinrichtungen und ständige Gespräche im persönlichen Umfeld Informationen zu Berufsmöglichkeiten verschaffen.

Für die erfolgreiche Stellensuche zeigt sich neben dem Studium der Stellenanzeigen in Zeitungen/Zeitschriften das Beziehungsnetz als wichtigste Größe. Der persönliche Kontakt zum Betrieb bzw. zur Institution, sei es zu Beschäftigten oder direkt zum zukünftigen Arbeitgeber, und Hinweise aus dem Bekanntenkreis führen nicht nur oft zu Hinweisen auf offene Stellen, sondern auch überdurchschnittlich oft zu Anstellungsverhältnissen. Diese Kontakte sind keine Selbstgänger und keine Zufallsprodukte. Sie sind das Ergebnis oft jahrelanger Bemühungen, sich außerhalb des Instituts bekanntzumachen. Wer es schafft, diese Kontaktpflege bereits während der Studienzzeit einzuleiten, erhöht seine Chancen, lange Übergangsjahre vom Studium in den Beruf zu vermeiden, beträchtlich.

Als Ursache für den hohen Nutzen von Kontakten lassen sich die drastisch verringerte Zahl von Konkurrenten im Vergleich zu Bewerbungen über Stellenanzeigen und der Wegfall des formalen Bewerbungsweges vermuten. Ebenfalls gute Erfolgchancen bieten sich durch direktes Nachfragen bei Betrieben und Institutionen nach Arbeitsmöglichkeiten. Hier dürfte sich neben der geringen Konkurrentenzahl vor allem der Nachweis von Eigeninitiative durch das Bewerbungsverfahren positiv auswirken. Eine Eigeninitiative im Übrigen, die sich gut bei einer Praktikumsuche üben läßt.

Eine entscheidende Bedeutung im beruflichen Werdegang der Absolventen des IPW kommt dem Zeitfaktor zu. Mit zunehmender Entfernung zum Studium verbessert sich die berufliche Situation sowohl finanziell als auch inhaltlich. Dies führt dazu, daß der berufliche Werdegang von der überwältigenden Mehrheit der Befragten als eher erfolgreich beurteilt wird. Ähnlich positiv fällt das Urteil hinsichtlich der beruflichen Perspektiven aus. Zwar sind Zeiten beruflichen Stillstandes vielen Befragten durchaus bekannt, aber nur bei 4 % hielt die Zeit der Erwerbslosigkeit länger als 2 Jahre an. Der Ausweg aus der Erwerbslosigkeit lag für die Absolventen in der Regel nicht im Bruch mit ihren beruflichen Plänen. 50 % gaben an, ihre zum Ende des Studiums bestehenden beruflichen Präferenzen weitestgehend verwirklichen zu können, weiteren 31 % gelang dies zumindest teil-

weise. Es besteht – zumindest bisher – kein Grund für Absolventen des IPW, frühzeitig den beruflichen Optimismus zu verlieren. Wenn es gelingt, Erwerbslosigkeitsphasen sinnvoll zu füllen, sei es durch Fortbildungen, Praktika, wissenschaftliches Arbeiten (Veröffentlichungen), Nachholen von Auslandserfahrungen o.a.m., und zusätzlich nicht auf dem direkten Weg zum Traumjob beharrt wird, ist es oft möglich, berufliche Ziele doch noch zu erreichen.

6.3. Reformvorschläge

Die Politikwissenschaft gilt in den Augen der Öffentlichkeit ähnlich wie die Geisteswissenschaften als ›Lager‹wissenschaft ohne praktischen Nutzen und ähnlich wie die anderen Sozialwissenschaften als links und kritisch, d.h. wenig arbeitgeberfreundlich. Zudem ist sie in Deutschland eine junge Wissenschaft, d.h. es gibt keine traditionellen Tätigkeitsfelder für ihre Absolventen. Auf diesem Nährboden gedeihen die Vorurteile gegenüber den frisch ausgebildeten Politologen. Am häufigsten sind die Befragten in ihrem beruflichen Werdegang dem Vorurteil begegnet, daß die politikwissenschaftliche Ausbildung ein minderwertiges Studium sei. Ebenfalls häufig erlebten die Absolventen eine Unkenntnis ihrer potentiellen Arbeitgeber über das Fach bzw. die dabei erworbenen Qualifikationen. Beides sind Punkte, den sich Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft annehmen könnten, ohne wieder in eine ermüdende Professionalisierungsdebatte zurückzufallen. Das Interesse der Studierenden als zukünftige Arbeitsuchende, an einer Verbesserung des Lehrbetriebes und damit des Images der politikwissenschaftlichen Ausbildung mitzuarbeiten, sollte selbstverständlich sein. Die Lehrenden sollten sich fragen, ob diese wahrgenommenen Vorbehalte im Zusammenhang mit der Verteilung der finanziellen Mittel für den Hochschulbereich sich nicht letztendlich auch verheerend auf die Zukunft des Instituts und damit ihre Arbeit auswirken könnten.

Ein schlechtes Image der Qualität einer Ausbildung kann verschiedene Ursachen haben. Es kann sich auf die tatsächliche Qualität der Ausbildung beziehen. Sollte dies der Fall sein, müßte der Ausbildungsgang hinsichtlich seiner Ausbildungsleistung schnellstens reformiert werden. Es kann sich auf die wahrgenommene Qualität der Ausbildung beziehen. Dann wäre dies ein Problem der Öffentlichkeitsarbeit und es müßten Anstrengungen unternommen werden, die potentiellen Arbeitgeber der Absolventen von den wirklichen Qualitäten zu überzeugen. Ein schlechtes Image kann aber auch durch die Inkompatibilität der Ausbildungsziele und der benötigten Fähigkeiten hervorgerufen werden. Unter diesen Umständen wäre der Ausbildungsgang als ganzes in der Kritik, und es müßte die Frage nach der Existenzberechtigung gestellt werden. Diese Frage hat für einen

Hochschulstudiengang ihren besonderen Reiz dadurch, daß ein Studium nicht nur Ausbildungskriterien folgen sollte, sondern auch einem Wissenschaftsanspruch gerecht werden muß.

Entsprechend den genannten Ursachen lassen sich drei zentrale Fragen festhalten, die Gegenstand von Reformüberlegungen hinsichtlich der Verbesserung der Chancen für Politikwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt sind. Zum einen die Frage nach der Studienanlage bzw. Studiengestaltung. Zum zweiten die Frage nach der Selbstvermarktung des Studienganges und zum dritten die Frage, auf die sich die Vertreter der Politischen Wissenschaft bisher fast ausschließlich konzentriert haben, die Frage nach dem Verhältnis von Ausbildungs- und Wissenschaftsanspruch. Diese Konzentration ist zumindest soweit berechtigt, als daß es sich dabei um eine Art Meta-Frage handelt, die das Thema der Existenzberechtigung des Faches beinhaltet und damit jeder weiteren Überlegung zur Studiengestaltung oder Öffentlichkeitsarbeit vorgeordnet ist. Andererseits hilft den Studierenden, die zu 70 % ihre beruflichen Perspektiven außerhalb des wissenschaftlichen Arbeitens sehen (müssen), eine solche zwangsläufig eher theoretische und abstrakte Diskussion wenig weiter. Für sie sind handfestere Ratschläge zur Studiengestaltung unterhalb und unabhängig von dieser grundsätzlichen Diskussion wichtig. Ratschläge, die sich relativ schnell umsetzen lassen und ihnen berufliche Chancen auch außerhalb des Wissenschaftsbetriebes eröffnen.

Im Rahmen der Studie wurden die Absolventen nach ihren Empfehlungen gefragt, die sie auf Grund ihrer persönlichen beruflichen Erfahrungen für den Studiengang bzw. die Studiengestaltung geben würden. Diese Ratschläge lassen sich so zusammenfassen: Eine Erhöhung der Leistungsanforderungen¹⁸⁶ sowie eine stärkere Regulierung des Studienablaufs im Hinblick auf Wahlpflichtfach, Scheinanforderungen, Spezialisierung und Studiendauer wird abgelehnt. Dagegen findet die Forderung nach einem stärkeren Bezug zur beruflichen Praxis breite Unterstützung. Darunter fallen berufsorientierte Seminare, Praktika oder die Aneignung ›handwerklicher‹ Fähigkeiten, wie formale Arbeitstechniken, freie Rede, Rhetorik oder Fremdsprachen.

Diese Empfehlungen sind keine detaillierten Reformvorschläge, aber sie geben im Groben die Richtung vor, in die sich eine politikwissenschaftliche Ausbildung, die *auch* ihren Ausbildungsauftrag ernst nimmt, nach Auffassung der Absolventen bewegen müßte. Im Kern laufen die Empfehlungen auf drei Punkte hinaus:

- Stärkere Beachtung der ›handwerklichen‹ Fähigkeiten in der Ausbildung

¹⁸⁶ Die Ablehnung ist hinsichtlich der Leistungsanforderungen in den Abschlußprüfungen eindeutig (71 %). Etwas differenzierter ist die Angelegenheit bei den Leistungsanforderungen während des Studiums. Hier lehnen 43 % eine Erhöhung ab, während 26 % sie für notwendig erachten. 31 % entschieden sich für die Mittelkategorie ›wäre gut‹.

- Eine stärkere Einbeziehung berufs- und praxisorientierter Elemente in Studien- und Seminarpläne
- Verstärkte Orientierungshilfen und Beratung hinsichtlich Studienplanung und Berufsfindung

Eine stärkere Beachtung der ›handwerklichen‹ Fähigkeiten ist ohne Verzicht auf den Wissenschaftscharakter des Studiums teilweise in den Seminaren und Übungen möglich. Sie erfordert lediglich den Willen aller Beteiligten, der Studierenden und der Lehrenden, dies auch umzusetzen. Dies bezieht sich insbesondere auf Präsentationstechniken, einen didaktisch sinnvollen Aufbau von Referaten bzw. von ganzen Seminarabläufen, ergebnisorientiertes Diskutieren und Argumentieren, freies Reden und schnelles Recherchieren. Diese Fähigkeiten lassen sich nur schwer im Selbststudium erlernen, sondern setzen ein qualifiziertes Feedback durch Lehrende *und* Kommilitonen voraus. Darüber hinaus wäre natürlich auch eine grundsätzliche Beschäftigung mit diesen Techniken, die durchaus als Techniken wissenschaftlichen Arbeitens im weiteren Sinne zu verstehen sind, sinnvoll und sollten zum Gegenstand des Grundstudiums, insbesondere der Grundkurse, gemacht werden.

Darüber hinaus lassen sich diese Fertigkeiten auch außerhalb des Studienbetriebes schulen. Das am IPW verfolgte Studienkonzept mit seinen vielen Freiräumen für die Studierenden stellt dafür die zeitlichen Ressourcen zur Verfügung. Unter den Bildungsangeboten der Volkshochschulen und Partei-Stiftungen sowie vieler anderer Bildungseinrichtungen finden sich zahlreiche Kurse zu den angesprochenen Techniken, die gegenüber professionellen Trainingsinstituten der Wirtschaft den Vorteil bieten, in ihren Kosten auch für Studierende erschwinglich zu sein. Gleichzeitig bieten die Einrichtungen im Bereich der politischen Bildung zusammen mit Parteien, Vereinen, Verbänden und Initiativen ein Betätigungsfeld, in dem diese Techniken durch kontinuierliches Üben verbessert werden können. Während die Chancen, in den Institutsveranstaltungen zu Wort zu kommen, wegen Überfüllung oft nicht sehr groß sind, Referatsentwürfe bzw. Hausarbeiten dadurch häufig nur für den Scheinerwerb und den ›Papierkorb‹ erstellt werden, ließen sich diese Arbeiten, Qualität vorausgesetzt, außerhalb der Universität teilweise noch verwerten. Eine solche Zusammenarbeit mit Institutionen außerhalb der Universität böte neben dem Übungsfeld für die angehenden Politikwissenschaftler die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, politikwissenschaftliches Know How an die Gesellschaft weiterzugeben und gleichzeitig durch das Feedback die Relevanz zu überprüfen und durch die Präsenz in der Öffentlichkeit das Image der politikwissenschaftlichen Ausbildung zu verbessern.

Eine stärkere Einbeziehung berufs- und praxisorientierter Elemente in den Studienplan ist auf Grund der Breite möglicher Berufsfelder nur dann funktional,

wenn sie auf eine Ausrichtung auf spezielle Tätigkeitsfelder verzichtet und sich auf allgemein verwertbare Informationen, Erfahrungen und Qualifikationen beschränkt oder die Art der Spezialisierung den einzelnen Studierenden überläßt. Dies ist durch Seminare zu Berufsfeldanalysen, Projektseminare und Praktika möglich. Während Praktika jeder Studierende in Eigenregie planen und durchführen kann, ist für Berufsfeldanalysen und Projektseminare ein entsprechendes Angebot am Institut unumgänglich. Vor allem Projektseminare könnten neben der oft in Stellenanzeigen geforderten Projekterfahrung bei entsprechender Anlage durch den Seminarleiter auch zu einer Vermittlung organisatorischer Fähigkeiten führen, einem Punkt, den die Absolventen in ihrer Ausbildung stark vermißt haben.

Eine Einbeziehung berufs- und praxisorientierter Elemente in die einzelnen Seminarabläufe ist ebenfalls häufig möglich, ohne auf Wissenschaftsansprüche verzichten zu müssen. Dies betrifft vor allem die Frage der Praxiskontakte. Fast in jeder Veranstaltung wäre es vom Thema her denkbar, Vertreter der Praxis, also Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit dem diskutierten Problem befaßt sind, einzuladen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Ferner wäre es denkbar, mit den erarbeiteten Seminarergebnissen an potentielle Interessenten außerhalb der Universität heranzutreten und sie dort weiter zu nutzen. Die verstärkte Beachtung handwerklicher Fähigkeiten in den Veranstaltungen wurde bereits oben erwähnt. Auch sie gehört zum Kanon der Möglichkeiten einer verstärkten Praxisorientierung.

Der Wunsch nach stärkeren Orientierungshilfen im Studium geht indirekt aus dem Wunsch nach einem strukturiertem Studium hervor. Damit wird nicht die Konzeption des Studienganges am IPW, die viele Freiheiten hinsichtlich der Studiengestaltung läßt, kritisiert. Im Gegenteil: diese Konzeption wird ausdrücklich gelobt. Viele Befragte hatten aber Probleme damit, diese Freiheit sinnvoll zu nutzen, und kritisierten in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Beratungsleistungen des Lehrkörpers. Um ein Studium sinnvoll zu planen und eine individuelle Studien- und Ausbildungsstrategie entwickeln zu können, benötigen die Studierenden ein Wissen über die Wissenschaft und die späteren Verwertungsmöglichkeiten, die sie selbst zu einem frühen Zeitpunkt in ihrem Studium gar nicht haben können. Damit keine Ressourcen verschwendet werden, was letztendlich auch zu einer Beeinträchtigung der Qualität der Ausbildung führen würde, ist ein umfangreiches Beratungsangebot zur Studien- und Berufsorientierung gerade unter einer Studienkonzeption, die viele Freiheiten zur individuellen Spezialisierung läßt, unerläßlich.

29 % der Befragten, die im Rahmen ihres Erwerbslebens Vorbehalte gegenüber ihrer politikwissenschaftlichen Ausbildung erlebten, gaben an, daß sie auf

Unkenntnis über das Fach gestoßen seien. 41 % stellten fest, daß ihre Ausbildung im Vergleich zu anderen Hochschulabschlüssen als minderwertig abqualifiziert wird. Auch diese Abqualifizierung dürfte zumindest in Teilen auf Unkenntnis zurückzuführen sein. Unter diesen Umständen wird das Diplom eher zum Hemmschuh denn zur Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt. Wenn die Ausbildungsleistung der Politischen Wissenschaft im Fächerkanon der Universität keine Anerkennung findet, ist das nicht nur für die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch für die politikwissenschaftlichen Institute im hochschulinternen Verteilungskampf eine Belastung.

Eine solche externe Wahrnehmung bzw. Nichtwahrnehmung des Studienganges läßt es angeraten erscheinen, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit seitens des Instituts zu betreiben, um das Image nachhaltig zu verbessern. Dafür bietet sich im politiknahen Umfeld¹⁸⁷ eine regelmäßige Zusammenarbeit im Sinne von Politikberatung, in die auch die Studierenden eingebunden werden, an. Hierzu ist es notwendig, einen Ansprechpartner bzw. Koordinator zu installieren, der über ein entsprechendes Gewicht am Institut verfügt und Kontinuität in der Zusammenarbeit garantieren kann. Potentielle Arbeitgeber außerhalb dieses Umfelds ließen sich durch eine entsprechende Pressearbeit erreichen, in der die wissenschaftlichen Leistungen aller am Institut arbeitenden Personen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies wird nicht durch Veröffentlichungen in Fachzeitschriften oder auf den Wissenschaftsseiten der überregionalen Presse erreicht, sondern hierfür ist es notwendig, auch die auflagenstarken regionalen und lokalen Tageszeitungen sowie Rundfunk und Fernsehen offensiv mit Mitteilungen aus der Politischen Wissenschaft zu versorgen.

Für eine erfolgreiche Selbstdarstellung des Faches ist es unabdingbar, ein bestimmtes Leistungsniveau in der Ausbildung als Minimalstandard festzuschreiben, sodaß potentielle Arbeitgeber mit dem Diplom auch einen Qualitätsnachweis verbinden können. Da dies auf Grund der Breite politologischer Themenfelder auf der Wissenssebene kaum erreichbar ist, muß sich eine solche Qualitätssicherung in erster Linie auf einen Kanon von Kernfähigkeiten beziehen. Dies wären entsprechend den Ausbildungszielen und den von den Befragten genannten im Studium vermittelten Qualifikationen vor allem analytisches und konzeptionelles Denken sowie kommunikative Kompetenzen. Auf dieser Basis ließe sich ein Ausbildungsprofil entwickeln und festschreiben, daß den Abschluß in Politischer Wissenschaft zu einem Qualitätsprodukt machen könnte.

Eine solche Ausrichtung dürfte sich jedoch nicht auf die Abschlußprüfungen beschränken, sondern müßte in jedem einzelnen Seminar, in jeder einzelnen

¹⁸⁷ Behörden, Parlamente, Vereine, Verbände etc.

Übung spürbar werden. Das Image des Faches wird nicht nur durch seine Absolventen geprägt, sondern zu einem großen, wenn nicht dem größten, Teil durch die zahlreichen Nebenfachstudenten in den Veranstaltungen (mit)bestimmt. Diese Studierenden, die in ihrer Anzahl die Hauptfachstudenten weit überwiegen, tragen ohne Abschlußprüfung die Erfahrungen und Eindrücke aus den Seminaren als Multiplikatoren in die Arbeitswelt. Studienveranstaltungen mit einem geringen Anforderungsniveau werden so zum Hemmschuh für jeden Qualitätsanspruch.

Eine Qualitätssicherung kann nur funktionieren, wenn das gesamte Studium auf das Qualitätsziel ausgerichtet ist. Hierzu müßten eine Studentenschaft, die während der Studienphase leider oft einen verbalen elitären Anti-Leistungsreflex pflegt¹⁸⁸ und die Universität gelegentlich mit einer Volkshochschule (Bildung für alle) oder einer Sozialeinrichtung verwechselt (Der Zwang zum Geldverdienen rechtfertigt geringere Leistung) und eine Professorenschaft, die sich hinsichtlich der Qualität und der Ergebnisse der politikwissenschaftlichen Ausbildung häufig allzu desinteressiert zeigt, sich von Ideologien und Vorurteilen befreien und zusammen an dem Erreichen eines solchen Zieles arbeiten.

Die Absolventen des IPW haben ihr Studium nicht in erster Linie aus Gründen der beruflichen Verwertbarkeit aufgenommen. Im Gegenteil: der berufliche Nutzen stand bei Aufnahme des Studiums weit hinter Zielen der Persönlichkeitsentwicklung und politischen Zielen zurück. Zwar wurde die berufliche Orientierung im Studium zum Ende hin wichtiger, aber immer noch war es nur eine Minderheit der Befragten, die sich hierzu bekannten. Viele Absolventen haben das Studium in der Tat gar nicht in der Absicht aufgenommen, politologische Kenntnisse beruflich zu verwerten. Selbst im Beruf stehend geben nur 40 % an, daß ihnen eine Verbindung zwischen Studieninhalten und Beruf wichtig ist, daß sie also Wert auf einen politologischen Bezug ihrer Tätigkeit legen. Insoweit sehen also die Absolventen nicht den Zwang, die Studieninhalte auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zuzuschneiden. Die Daseinsberechtigung der Politikwissenschaft beruht für sie nicht auf den beruflichen Verwertungschancen, sondern in der Funktion als *politisches* Bildungsfach.

Diese Einstellung betrifft jedoch ausschließlich die Beziehung zwischen den Studieninhalten, dem politikwissenschaftlichen Fachwissen, und deren beruflicher Verwertung. Sie bezieht sich nicht auf Arbeitstechniken und erlernte Fähigkeiten und auch nicht auf die außerberufliche Verwertung. Die Absolventen wol-

188 Der Anti-Leistungsreflex ist in der Regel ausschließlich verbaler Natur. Die individuelle Leistungsbereitschaft ist auf der Handlungsebene vorhanden. So lehnen die Absolventen auf der einen Seite eine Erhöhung der Leistungsanforderungen während des Studiums ab, auf der anderen Seite kritisieren sie unfruchtbare Seminare und Faulheit.

len ihr Studium praktisch nutzen, wollen ihr Wissen verwerten; nicht unbedingt indem sie einen politologischen Beruf ergreifen, sondern indem sie ihr Wissen in politische Prozesse einbringen. Sie sind nicht an einer Reflexionswissenschaft interessiert, die nur sich selbst bzw. ihre eigenen Ergebnisse reflektiert, sondern an einer Wissenschaft, die sich *aktiv* mit ihrem Gegenstand, der Politik und der Gesellschaft, auseinandersetzt und in diese hineinwirkt. Doch von einer solchen politischen Politischen Wissenschaft haben die Absolventen wenig bemerkt.

Der innerwissenschaftliche Diskurs über Sinn und Zweck der politikwissenschaftlichen Ausbildung und des politikwissenschaftlichen Forschens und Arbeitens bzw. über die Konsequenzen solcher Überlegungen für die Anlage eines Studienganges müßte angesichts dieser Ergebnisse schnellstmöglich wieder aufgegriffen werden. Heute wäre in Anlehnung an den Titel eines Buches aus dem Berliner Otto-Suhr-Institut zu fragen: ›Was heißt und zu welchem Ende studieren und lehren wir Politikwissenschaft?‹ (Albrecht/Altwater/Krippendorf (Hrsg.) 1989). Für die Absolventen scheint die Antwort des IPW auf diese Frage während ihres Studiums zumindest nicht deutlich geworden zu sein.

Wenn man die Arbeit der verschiedenen Institute, die politikwissenschaftliche Forschung betreiben, betrachtet, fällt auf, daß die Politikwissenschaft ihr Know How in hohem Maße in Form von Untersuchungen und Gutachten an die Politik weitergibt. Eine solche Ausrichtung wünschen sich die Absolventen auch für ihre Ausbildung im Rahmen des Politikstudiums. Da die Professoren am IPW sich durchaus politikberatend betätigen, stellt sich die Frage, warum bei den Studierenden so wenig davon ankommt. Ein stärkeres Einbinden der Studierenden in solche Arbeiten würde nicht nur diese zufriedenstellen, sondern gleichzeitig die Möglichkeit zum Kontakteknüpfen, zum praxisnahen Arbeiten und zur Imagepflege bei den Auftraggebern, die gleichzeitig potentielle Abnehmer von Absolventen sind.

Diese Studie hat, wie Verbleibsstudien anderer Hochschulen auch, gezeigt, daß das Studium der Politikwissenschaft es den Absolventen zwar nicht unbedingt leicht macht, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, daß es sich aber langfristig keineswegs als Arbeitsverhinderungsstudium, wie manchmal befürchtet, entpuppt. Erwerbslosigkeit und unterqualifizierte Beschäftigung ist für Hamburger Politologen kein wesentlich größeres Problem als für die Absolventen anderer Studiengänge auch.

Trotzdem läßt sich für das Institut ein großer Reformbedarf in der Ausbildungskonzeption feststellen. Durch eine stärkere Orientierung auf praktische Fertigkeiten im Rahmen der normalen Seminararbeit und eine offensive Öffentlichkeitsarbeit könnte das IPW dazu beitragen, daß die Chancen für seine Absolventen sich verbessern, ohne seine Identität als *politikwissenschaftliches* Institut zu gefährden.

Allerdings sollte jedem Studierenden klar sein, daß das Studium der Politischen Wissenschaft immer nur eine Kernausbildung liefert, d.h. daß es zwar für viele Stellen eine notwendige, selten aber eine hinreichende Qualifikation bildet. Über das Angebot des Instituts hinaus muß jeder für sich selbst sorgen, wie sie/er sich fit für den Arbeitsmarkt machen will. Hierzu ist es notwendig, sich frühzeitig (im Grundstudium) einen Überblick über Wissenschaft und Verwertungsmöglichkeiten zu verschaffen, um sich dann (im Hauptstudium) durch ein zielorientiertes Aneignen von Fachwissen und praktischen Erfahrungen sowie dem Erwerben der entsprechenden notwendigen und hilfreichen Qualifikationen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Die Interview- studie

Sebastian Haunss
Robert Hennies
Martina Richter

Connie Goos
Johannes Moes
Johannes Steil

1. Zielsetzung

Der fehlende Arbeitsmarkt, die unausweichliche Arbeitslosigkeit und das Taxifahren als notwendige Konsequenz gehören zu den unzerstörbaren Mythen der Politikwissenschaft als Beruf.

Vor diesem Hintergrund zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Verbleibsstudie allerdings ein überraschendes Bild – die berufliche Situation Hamburger PolitologInnen ist nicht allein von einer zumeist erfolgreichen Etablierung, sie ist vor allem auch von einer ausgesprochenen Vielfalt der Tätigkeiten geprägt. Daß eine deutliche Mehrheit der AbsolventInnen hierbei in den vier großen Bereichen Medien, Verwaltung, Wissenschaft und Dienstleistung eine Anstellung gefunden hat, verdeckt eher noch die Wahrnehmung der tatsächlichen Unterschiede in den Tätigkeitsfeldern und Arbeitsverhältnissen.

Die Vielfalt der Tätigkeiten korrespondiert dabei offensichtlich mit jenen Möglichkeiten, welche das Studium der Politikwissenschaft und der Arbeitsmarkt den AbsolventInnen bieten. Ein konsistentes Berufsbild »PolitologIn« mit deutlich umrissenen Anforderungen existiert nicht. Die Konfrontation mit einem weitgehend unstrukturierten Arbeitsmarkt und damit die Unbestimmtheit des eigenen Weges erfordern von PolitologInnen ein hohes Maß an Flexibilität in der beruflichen Etablierung; individuell ausgeprägte Strategien treten zwangsläufig bei der Suche nach einer Arbeitsstelle in den Vordergrund.

Doch nicht allein der konkrete berufliche Weg, auch die Erwartungen und Ansprüche an den zukünftigen Beruf sind mit Abschluß des Studiums keineswegs klar bestimmt. Das Studium der Politikwissenschaft liefert offensichtlich keine präzise einzugrenzende Qualifikation, und es bietet kaum Orientierungspunkte für die jeweilige Berufsbiographie. Unter diesen Voraussetzungen verwundert es nicht, daß viele PolitologInnen nicht sofort nach dem Studium einen »Job fürs Leben« annehmen. Mehr oder weniger häufige Wechsel der Arbeitsstelle – oft durchsetzt mit Phasen der Erwerbslosigkeit – sind charakteristische Merkmale politologischer Berufsbiographien.

Die Berliner Studie von 1989 über den beruflichen Verbleib von PolitologInnen (Fiebelkorn u.a. 1989) führt in diesem Zusammenhang den Begriff des »Rotationsarbeitsmarktes« ein. Diesem Segment des politologischen Arbeitsmarktes, geprägt durch prekäre, häufig befristete Beschäftigungsverhältnisse, gilt das Hauptinteresse des folgenden, qualitativ orientierten Teiles der Hamburger Verbleibsstudie.

In 18 Intensivinterviews haben wir uns von je 9 Frauen und Männern, die jeweils mindestens drei unterschiedliche Tätigkeiten ausgeübt hatten, ihre Berufs-

biographien seit dem Studium schildern lassen und sie dabei über ihre Zufriedenheit mit der momentan ausgeübten Arbeit, ihre beruflichen Vorstellungen und ihre rückblickende Bewertung des Studiums befragt.¹⁸⁹

Im Zentrum des Interesses standen die Gründe für den häufigen Wechsel der Arbeitsstelle – theoretisch kann die konstatierte Flexibilität der PolitologInnen sowohl mit einer biographischen Offenheit gegenüber unterschiedlichen Ansprüchen zusammenfallen, als auch schlicht eine erzwungene Anpassungsleistung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes darstellen:

Sind die AbsolventInnen gezwungen, häufig eine neue Arbeit zu suchen, weil die möglichen Beschäftigungsverhältnisse zeitlich befristet sind? Will niemand PolitologInnen auf Dauer einstellen?

Ist der Wechsel eine Folge von Arbeitsverhältnissen, deren Qualifikationsanforderungen weit unter denen liegen, die durch das Studium erworbenen wurden? Drückt sich im Wechsel ein stetiger beruflicher Aufstieg aus?

Ist die Tendenz zum häufigen Wechsel der Arbeitsstelle vielleicht gar nicht den Zwängen des Arbeitsmarktes geschuldet, sondern Folge veränderter – möglicherweise postmaterieller – Ansprüche an eine adäquate Arbeit?

Interessant und in gewisser Weise im Gegensatz zu den Ergebnissen der Berliner Verbleibsstudie von 1989 erscheint die Tatsache, daß die von uns nach dem Kriterium »Häufiger Wechsel« ausgewählten InterviewpartnerInnen mit Ausnahme der im Wissenschaftsbereich Tätigen weder in die Kategorie »Rotationsarbeitsmarkt« passen, noch eine anfängliche Einfädelungsphase im Sinne der Berliner Studie durchlaufen, an deren Ende eine unbefristete Stelle steht. Der Wechsel der Arbeitsstelle wird bei den hier Untersuchten weniger stark durch die formale Ausgestaltung des Beschäftigungsverhältnisses – befristet vs. unbefristet, Honorarvertrag vs. feste Anstellung – beeinflusst, als dies in der Berliner Studie der Fall ist.

Auch wenn sich damit die Existenz eines genuinen Rotationsarbeitsmarktes mit unseren Ergebnissen nicht belegen läßt, bleibt der Stellenwert jener Wechsel zu bestimmen, welche Ausdruck der Offenheit und Nichteindeutigkeit politologischer Biographien sind:

Erklären sich diese Wechsel aus den Bedingungen des Arbeitsmarktes mit seinen Restriktionen, den Charakteristika des Studienganges mit den erworbenen Qualifikationen oder den wertegewandelten Präferenzen der PolitologInnen selbst?

¹⁸⁹ Die Arbeit an der Interviewstudie wurde auf weiten Strecken nicht allein von den drei AutorInnen geleistet. Connie Goos, Johannes Moes und Johannes Steil waren bei der Durchführung der Interviews, ihrer anschließenden Transkribierung und der Diskussion der Ergebnisse während eines langen Zeitraumes beteiligt. Ohne sie wäre die Studie nicht zustande gekommen.

Weil eine Erklärungsdominanz einzelner Faktoren ausgeschlossen werden muß, tritt ein zweiter Aspekt zunehmend in den Vordergrund. PolitologInnen bewegen sich – wie andere Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen auch – aufgrund der fehlenden Eindeutigkeit ihres Berufsbildes in einem permanentem Spannungsverhältnis aus Qualifikation, Arbeitsmarkt und individuellen Ansprüchen. Um diese Spannungen auszugleichen, ist eine stetige *Orientierungs- und Vermittlungsleistung* vonnöten:

Wie gestaltet sich diese Orientierungsleistung und was sind ihre Voraussetzungen? Wie wird die Vermittlung konkurrierender Ansprüche realisiert, bewertet und gegenüber Dritten dargestellt?

Der Aufbau der Studie orientiert sich am zeitlichen Verlauf der vorgestellten Berufsbiographien. Wir beginnen nach einer kurzen Darstellung der methodischen Grundlagen mit dem Studium beziehungsweise dessen Abschluß, gehen dann über zu verschiedenen Aspekten der Stellensuche und des Wechsels der Arbeitsverhältnisse und kommen schließlich zu Fragen der Zufriedenheit mit den ausgeübten Beschäftigungen. Mit dieser Anordnung wollen wir jedoch keineswegs die realen Berufsbiographien der Interviewten abbilden – sie verliefen in den meisten Fällen weniger linear als zyklisch oder sprunghaft.

2. Methodik und Vorgehensweise

Wenn – wie einleitend skizziert – politologische Erwerbsbiographien sowohl eine immense Bandbreite an Tätigkeiten ermöglichen, als auch in eben dieser Vielfalt von den AbsolventInnen ein hohes Maß an individueller Orientierungsleistung verlangen, dann erfordert eine Analyse der beruflichen Werdegänge eine Vorgehensweise, die einen systematischen Zugang zu beiden Ebenen gewährleistet. Die Nichteindeutigkeit der Qualifikation und ihrer beruflichen Verwertbarkeit als vergleichbare Rahmenbedingungen auf der einen, sowie die Strategie des Umgangs mit dieser Situation auf der anderen Seite verweisen dann in nicht zufälliger Weise aufeinander, wenn individuelle Handlungsrationalität und strukturelle Handlungsbedingungen theoretisch als Dualität von Struktur aneinander gekoppelt werden (Giddens 1988).¹⁹⁰ Methodologisch gewendet, lassen sich somit durch eine Untersuchung individueller Handlungsorientierungen verallgemeinerbare Aussagen über den Charakter der Handlungsbedingungen treffen.

Eine Strukturbeschreibung dieser Art hat über ihre notwendige inhaltliche und methodische Offenheit allerdings einen eher explorativen Ausgangspunkt, da Ausgangsvermutungen über individuelle Orientierungen schwächer ausfallen müssen als über strukturelle Bedingungen. Die Ergebnisdarstellung gewinnt jedoch dann an analytischer Tiefe, wenn über das Zusammenspiel struktureller Bedingungen und individueller Handlungsorientierungen die Mechanismen ihrer Vermittlung präzisiert werden können. Die Validität der Ergebnisse ist somit weniger Resultat der quantitativen Repräsentativität des Untersuchungs-Samples, als einer möglichst weitgehenden methodischen Sensibilität jenen Handlungsbedingungen gegenüber, die sich in vergleichbaren Handlungsrationaltäten manifestieren und damit die Unübersichtlichkeit politologischer Karrieren erklären helfen.

Eine sinnvolle methodische Umsetzung erfahren diese Ansprüche in Form des Intensivinterviews. Es ist zentraler Bestandteil einer Vorgehensweise, die sich insgesamt als Ausdruck eines qualitativen Verständnisses empirischer Sozialforschung versteht. Über das eigentliche Erhebungsinstrument hinaus manifestiert sich dieser Anspruch folgerichtig auch in der Form der Auswertung sowie in Fragen der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Im Rahmen der Fragebogenverschickung der Hamburger AbsolventInnen-Verbleibsstudie wurde über eine gesonderte Antwortkarte die Bereitschaft zu ei-

¹⁹⁰ Strukturen, als Regeln und Ressourcen definiert, ermöglichen und beschränken zugleich individuelles Handeln. Dieses geschieht unter Mobilisierung von Ressourcen und der Verwendung von Regeln – es reproduziert und verändert (über nichtintendierte Handlungsfolgen) also beständig jene Strukturen, welche jenseits der Handlungen keine analytische Eigenständigkeit besitzen.

nem zusätzlichen Interview erfragt. Aus der Liste derer, die auf diese Nachfrage positiv reagierten, wurden über Telefonkontakt 18 Personen ausgewählt, die nach 1980 ihren Studienabschluß gemacht hatten und sich mindestens im dritten Beschäftigungsverhältnis befanden. Im geschlechterquotierten Sample waren die aktuellen Beschäftigungsbereiche Wissenschaft, Bildung, Journalismus und Dienstleistung vertreten.

Die Intensivinterviews wurden zwischen April und Juni 1992 von jeweils zwei InterviewerInnen in den Wohnungen oder (in drei Fällen) am Arbeitsplatz der Befragten durchgeführt. Die Befragung dauerte zwischen 60 und 90 Minuten und wurde im Einverständnis mit den Interviewten tonbandprotokolliert.

Nach einer kurzen Vorstellung der Studie wurden die Interviewten im ersten, rein narrativen Abschnitt des Interviews um eine Darstellung ihres bisherigen studentischen und beruflichen Werdeganges gebeten. Die Schilderungen wurden möglichst nicht unterbrochen und im Verlauf des Interviews in zentralen Aussagen erneut aufgegriffen.

Der sich anschließende leitfadenorientierte Teil des Interviews war in verschiedene, nicht ausformulierte Fragekomplexe gegliedert, welche die Bereiche Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsplatzsuche und -wechsel, Verhältnis Berufs- und Privatleben sowie die Zufriedenheit mit der eigenen Situation zum Thema hatten.

Vor Beginn der eigentlichen Auswertungsphase wurden alle Interviews – mit Ausnahme ihrer nichtsprachlichen Äußerungen – transkribiert.

In Anlehnung an das zu Beginn der Studie formulierte Erkenntnisinteresse wurden die Interviews anschließend im ersten Auswertungsschritt in Hinblick auf ihre Aussagekraft zu den Bereichen berufliche Orientierung, Arbeitsplatzwechsel und Rotationsarbeitsmarkt diskutiert. Die sich herauskristallisierenden Schwerpunkte wurden mit den Ausgangsvermutungen verglichen und schließlich zu den drei Komplexen *Berufliche Situation, Kontinuität und Wechsel* sowie *Studium und Beruf* zusammengefaßt.

Die diesen drei Komplexen zuzuordnenden Aussagen wurden im einem zweiten Schritt computergestützt zu Zitatlisten zusammengefaßt und nach Themenkomplexen getrennt diskutiert. Die thesenartig formulierten Ergebnisse wurden dann abschließend im Kontext der Ausgangsvermutungen interpretiert und zusammengefaßt.

3. Studium und Beruf

Ein erster Zugang zur Vielfältigkeit politologischer Erwerbsbiographien ergibt sich aus der Annahme struktureller Besonderheiten des sogenannten Rotationsarbeitsmarktes (vgl. Kapitel 1: Zielsetzung), der durch die Befristung und den häufigen Wechsel der Beschäftigungsverhältnisse als Gemeinsamkeit gekennzeichnet ist. Ob und in welcher Form dieser Arbeitsmarkt jedoch gerade für PolitologInnen von Bedeutung ist, führt folgerichtig zu der Frage, inwieweit ein Studium der Politikwissenschaft AbsolventInnen in diese Form von Berufsverläufen drängt, zwingt oder eine mögliche Akzeptanz erleichtert.

Ein erster Schwerpunkt unserer Untersuchung ist daher ein Themenkomplex, der sich mit folgenden drei Fragen eingrenzen läßt:

- Wie wird das Studium im nachhinein grundsätzlich bewertet?
- Gibt es genau bestimmbare politikwissenschaftliche Qualifikationen?
- Welchen Stellenwert hat das Studium für das Finden und das Ausüben bestimmter Berufe?

»In Wirklichkeit hätte ich auch was anderes studieren können, denke ich, um diese ganzen Arbeiten machen zu können. Ich glaube nicht, daß dieses Politikstudium irgendwo wirklich eine Grundlage hatte, daß ich meinen Beruf deshalb ausgeübt habe oder mehr Durchblick hatte. Ich sehe das einfach so, daß es ein unheimlich interessantes Studium ist, ich habe es damals jedenfalls so erlebt, du kapiert ganz grundsätzlich, aber nicht so praktisch anwendbar in irgendwelchen Arbeitsbereichen – habe ich nie erlebt.« (13, w)¹⁹¹

Das Zitat zeigt prägnant die Tendenz der Interviews: Das Studium der Politikwissenschaft ist interessant und vermittelt Grundsätzliches – für eine berufliche Karriere jedoch ist es alles andere als direkt vorbereitend oder qualifizierend.

Im folgenden soll – in Anlehnung an die genannten Leitfragen – dieses auf den ersten Blick so eindeutige Bild aufgeschlüsselt und hinterfragt werden, um den Zusammenhängen einer sich ergänzenden Selbst- und Fremdbeschreibung auf die Spur zu kommen.

Methodisch bemerkenswert ist hierbei die leichte Zugänglichkeit von Äußerungen zum Bereich »Studium«. Vermutlich fallen den Interviewten Aussagen und Bewertungen zum Thema leichter, wenn bei den InterviewerInnen aufgrund des gleichen Studiums ein gewisses InsiderInnenwissen vermutet wird. Dieses Wissen der InterviewerInnen wiederum kann gleichzeitig eine nachträgliche Ver-

191 Um die Zitate einzelnen Personen zuordnen zu können, ist in den Klammern die Interviewnummer und das Geschlecht der/des Interviewten angegeben.

zerrung etwas relativieren, welche gerade in der Studienbewertung nicht zu verhindern ist. Der Bereich liegt zeitlich am weitesten zurück und die Tendenz, aus der Perspektive einer erfolgreichen Karriere die Brüche und die Schwierigkeiten der »Ausbildungszeit« zu leugnen, ist verständlicherweise stark.

3.1. Bewertung des Studiums

»Ich denke, nein also, Politikwissenschaft studiert zu haben, habe ich nicht bereut. Ich wäre einfach nicht die Person, die ich heute bin, wenn ich es nicht studiert hätte.« (11, w)

Eine Schlüsselposition innerhalb der Studienbewertung kommt dem Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung zu. Im Rahmen einer Berufsverbleibsstudie sicherlich ungewöhnlich und überraschend wird den persönlichen Konsequenzen des Studiums eine den beruflichen zumindest gleichwertige Bedeutung zugesprochen. Diese Tendenz korrespondiert mit einer insgesamt positiven Beurteilung des Studiums – vor allem im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Studiengestaltung, welche sich aus fach- und Hamburg-spezifischen Bedingungen ergeben. Die Vielfalt der Themen sowie die Freiräume während des Studiums stehen hierbei im Vordergrund:

»Das habe ich auch am Politologiestudium so unheimlich geliebt, schnell einarbeiten können in ganz unterschiedliche Themenbereiche.« (4, m)

Spaß am Gestalten der Freiräume, das Verfolgen individueller Interessen und das Knüpfen sozialer Kontakte beschreiben eine Art des Studierens, die Zielorientiertheit kaum kennt: Die tendenzielle Nichtausrichtung des Studiums auf ein bestimmtes Themen-, Qualifikations- oder Berufsprofil ist die dominierende Gemeinsamkeit der Studienverläufe. Hier treffen die Offenheit in den Interessen zu Studienbeginn, der Vorteil individueller Freiräume in der Studiengestaltung und die Ablehnung reinen Karrierestrebens auf den ersten Blick optimal auf Studienstrukturen, welche genau dieses ermöglichen und zugleich einfordern.

»Also ich finde es unsinnig, ein Studium nur darauf auszurichten, wie kann ich es irgendwie verwenden, welchen Zweck hat es hinterher für meine berufliche Laufbahn: Das ist die falsche Herangehensweise.« (9, w)

Gleichzeitig wird aber auch deutlich, daß diese Offenheit nicht als etwas problemlos zu Bewältigendes mißverstanden werden darf:

»Ich denke, daß es Leute gibt, die das nicht so gut haben können, weil die wirklich eine ganz gerade Orientierung brauchen ... daß Politologie, so nach meiner

Einschätzung, jedenfalls nicht ein Fach ist für Leute, die so eine Stringenz brauchen.« (5, w)

Darüberhinaus wird die insgesamt positive Bewertung häufig in dem Sinne relativiert, daß zwar die inhaltlichen und formellen Rahmenbedingungen, nicht jedoch die konkrete Situation am Hamburger Institut ein erfolgreiches Studium ermöglichen. Diese Differenzierung hat in ihrer Selbstverständlichkeit überrascht und erscheint für das Selbstverständnis des Hamburger Instituts doch bedenkenswert.

Im Kontext der beruflichen Perspektiven von zentraler Bedeutung ist jedoch die Frage, ob eine derartige Form des Studierens insgesamt die richtige Vorbereitung für den Berufseinstieg darstellt. In der Tendenz wird deutlich, daß – abgesehen von der rein formalen Bedeutung eines Hochschulabschlusses – gerade die Offenheit und Nichtzielorientiertheit jene Flexibilität ausmacht, die anscheinend optimal den (vermuteten) Erfordernissen des Arbeitsmarktes entspricht. An den spezifisch politikwissenschaftlichen Kompetenzen und ihrer Bedeutung für die Berufseinfädung wird sich zeigen, ob dieser Zusammenhang auf mehr verweist, als auf eine Berufsvorbereitung in Form eines »Flexibilitätstrainings«:

»Aber ich denke, wenn man es schon während des Studiums nicht aushält, hält man es hinterher auch nicht aus.« (5, w)

3.2. Politikwissenschaftliche Qualifikationen

»Wenn ich nochmal alles zurückdrehte, würde ich Tiermedizin machen ... so ein bißchen schwingt da auch mit, eine Qualifikation mal zu haben, und wirklich auch einmal gebraucht zu werden vom Beruf her.« (1, m)

PolitologInnen haben – zusammen mit anderen Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen – eine Besonderheit: Eine direkte Qualifikation für einen bestimmten, gar gesellschaftlich anerkannten, Aufgabenbereich besitzen sie nicht.

»Politologen, das sind irgendwelche komischen Menschen, von denen man eigentlich nicht weiß, wo kann man die denn einsetzen. Also die Funktionalität dieser Menschen ist irgendwie nicht klar bestimmt.« (3, w)

Daß dies ein Problem sein kann, wissen StudienanfängerInnen, die sich für ihr Tun rechtfertigen müssen, ebenso wie im Berufsleben stehende PolitologInnen, die wehmütig formulieren, »einmal gebraucht zu werden«. Zwangsläufig stellt sich die Frage, wie denn jene Kompetenzen aussehen, die es dennoch ermöglichen, sowohl das Studium zu beenden als auch mit diesem Abschluß Geld zu verdienen.

»Man ist ja so breit mit den Möglichkeiten und auch mit der Thematik und ist dadurch kein Fachidiot. Das ist der Vorteil. Der Nachteil ist aber, daß man so ein Generalist ist und im Grunde genommen von vielem was weiß, aber von einer Sache weiß man eigentlich nie so genug, daß man ein Fachmann wäre.« (17, m)

Die Aussagen der Interviewten verdeutlichen, daß der Umgang mit vielfältigen Möglichkeiten und einer breiten Thematik PolitologInnen kaum eine Wahl läßt – sie sind vorrangig GeneralistInnen, ausgezeichnet vor allem durch zwei Eigenschaften: Flexibilität und Analysekompetenz.

Diese Eigenschaften prägen das Selbstverständnis, sichern gleichzeitig die Legitimation des eigenen Handelns als auch die Identität. Bei dieser Aufgabenhäufung verwundert es nicht, daß beide Eigenschaften einen eher stereotypen Charakter aufweisen und sich nur schwer präzisieren lassen. Soweit wie möglich, soll es dennoch versucht werden.

Flexibilität wird vorrangig als die Fähigkeit beschrieben, sich in unterschiedlichste Themen schnell und selbständig einarbeiten zu können:

»Was ich aus dem Studium rausgezogen habe, das ist einfach die Möglichkeit, viele Informationen schnell aufzunehmen, also das Lernen zu lernen ... wie man zum Beispiel Informationen aufnimmt und sie zielgerichtet weiterverarbeitet.« (7, m)

Die Eigenständigkeit des Handelns und die Selbstmotivation sind in diesem Zusammenhang von ebensolcher Bedeutung wie die notgedrungene Offenheit für unterschiedlichste Themen. Diese Fähigkeiten jedoch sind im Studium kaum direkt zu vermitteln, da sie in erster Linie auf individuelle Möglichkeiten verweisen – gleichzeitig also eine unabdingbare Voraussetzung als auch ein kaum zu realisierendes didaktisches Ziel sind. Folgenreich ist dies nicht allein für Studienreformediskussionen; vor allem von den Betroffenen wird im Umgang mit dieser Widersprüchlichkeit zwangsläufig eine gewisse Robustheit verlangt.

Beide Eigenschaften verweisen dann in gewisser Weise aufeinander, wenn zumindest eine Variante der Analysekompetenz darin besteht, die Flexibilität in der Themenvielfalt mit der Fähigkeit des Einordnens und Übertragens zu kompensieren:

»Vielleicht die Fähigkeit, die geschult wird ganz allgemein, analytische Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu durchschauen, zu verknüpfen und dann in anderen Zusammenhängen anzuwenden.« (7, m)

Obwohl die »Zusammenhänge« einen viele Aussagen bestimmenden Schlüsselbegriff darstellen, erscheint das Bild insgesamt uneinheitlich. Analytisches Denken wird wechselweise als wissenschaftlich, machtanalytisch oder strukturidentifizie-

rend definiert, so daß es sich allenfalls unter einer allgemeinen Formel wie »Technik statt Inhalt« subsumieren ließe. Die Gemeinsamkeiten finden sich eher über die Funktion dieser Selbstbeschreibung, die auf das politologische Selbstbewußtsein und die identitätsstiftende Abgrenzung verweist.

Ergänzen lassen sich die beiden skizzierten Qualifikationen darüberhinaus durch abgeleitete Eigenschaften wie Vermittlungs-, Schreib- und Problemlösungskompetenzen.

Ob diese, am ehesten noch als Sekundärqualifikationen zu beschreibenden Fähigkeiten jedoch einen über das Persönlichkeitsbildende und Identitätsstiftende hinausgehenden Nutzen aufweisen, kann letztlich nur ihr Stellenwert innerhalb der Berufstätigkeit zeigen.

3.3. Qualifikation und Berufssituation

»Das Studium ist nicht so wichtig, was man studiert hat. Wichtig ist, daß man studiert hat, daß das Studium abgeschlossen ist und daß man danach einen Job findet und ein Jahr durchhält.« (18, m)

Die These, daß allein die Tatsache eines abgeschlossenen Hochschulstudiums – egal welcher Studienrichtung – einen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht, markiert ein Extrem in der Beurteilung der Berufseinfädungschancen. Insgesamt jedoch zeigen die Interviews die Tendenz, diesen Faktor nicht in dem Sinne überzubewerten, daß fachspezifische Kompetenzen für eine mögliche Einstellung keinerlei Relevanz besitzen.

Da es aber gleichzeitig keine direkt zu verwertende berufliche Vorbereitung durch das Studium gibt, stellt sich die Frage, in welcher Form PolitologInnen denn über ihren Hochschulabschluß hinaus verwertbare Kompetenzen für den breitgefächerten AkademikerInnen-Arbeitsmarkt vorweisen können.

»Daß auch Behörden und Institutionen gerne Politikwissenschaftler nehmen, weil sie von vornherein einfach offen sind. Offen sind, alle Arbeiten ein Stück weit zu machen. Und für alle Sachen auch ein Stück weit qualifiziert sind, weil, was von den Seminaren kann man nachher umsetzen, in der Praxis gar keins. Sondern nur dein Interesse, Zusammenhänge zu erkennen und bestimmte Analysen zu machen.« (1, m)

Dominierten in der Studienbewertung und im Qualifikationsprofil noch eindeutig die Gemeinsamkeiten, müssen in diesem Zusammenhang Berufsgruppen differenziert werden. Für die im Wissenschafts- und Bildungsbereich tätigen PolitologInnen stellt sich die Situation dergestalt dar, daß sie selbstverständlich zwischen Studium und Beruf eine auch thematische Kontinuität haben – also durchaus di-

rekt zu nutzende Qualifikationen vorweisen können. Ihre weiter unten noch thematisierte Berufseinfädelsituation erklärt sich jedoch nicht aus dieser Besonderheit, sondern verweist vielmehr auf spezifische Arbeitsmarktbedingungen.

Für die im Journalismus Tätigen sowie für die nicht politikwissenschaftlich im klassischen Sinne arbeitenden PolitologInnen jedoch gilt die skizzierte Ambivalenz – keine direkte Berufsvorbereitung auf der einen, verwertbare Sekundärqualifikationen auf der anderen Seite. Obwohl es auf dem Arbeitsmarkt offensichtlich keinen Angebotsüberschuß von »flexiblen Analysestellen« im Wortsinne gibt, handelt es sich bei dieser Gruppe vorwiegend um erfolgreich etablierte und gut bezahlte PolitologInnen. Eine Unterscheidung von Einfädels- und Etablierungsphase verdeutlicht allerdings, daß dieser scheinbar paradoxe Zusammenhang nicht zufällig ist:

Für die Orientierung im Anschluß an das Studium dominiert die Wahrnehmung, mit den erworbenen Kompetenzen weder selbstbewußt ein konkretes Berufsziel verfolgen zu können noch unbedingt umworben zu sein. Die Tatsache, sich die eigene Stelle selbst schaffen zu müssen, in Kombination mit einer häufig nicht vorhandenen beruflichen Orientierung, prägt eine Phase des Suchens und Ausprobierens – Selbst- und Jobfindungsstrategien ergänzen sich hierbei mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung:

»Politologen, die ich kenne, die haben auch solche Phasen gemacht oder machen sie immer noch, sehr stark projektorientiert im weitesten Sinne, sei es, selber irgendeinen Verein auf die Beine zu stellen, irgendwie basispolitologisch oder, weiß der Geier, Filme in Indien zu machen über bestimmte Themen oder sonst irgendwas.« (3, w)

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Einfädelsphase dem Selbstbewußtsein der PolitologInnen nicht unbedingt förderlich ist. Dieses regeneriert sich dann entweder nach erfolgreicher Etablierung oder mit Hilfe eines trotzig Selbstbehauptungswillens:

»Nachdem ich mich mal kurz mit Umschulungsgedanken getragen habe, bin ich doch schon soweit, daß ich sage, ich bin Politologin und irgendwer wird mich dafür auch beschäftigen, wenn ich lange genug suche« (2, w)

Daß und in welcher Form eine solche Etablierung möglich ist, wird in den folgenden Kapiteln ausführlich beschrieben – Netzwerke, Offenheit und Durchsetzungsvermögen erklären diesen Weg, keineswegs jedoch politikwissenschaftliches Fachwissen im engeren Sinne:

»Was an Fachwissen aus dem Politikstudium nun wirklich konkret reingenommen wird in den Beruf, das ist für die Berufsausübung relativ wenig.« (7, m)

Direkte Qualifikationen im Sinne eines arbeitsplatzspezifischen Fachwissens werden entweder außerhalb des Studiums oder im Beruf selbst erworben.

Auch die Sekundärqualifikationen können, allein genommen, kaum selbstbewußt als Einstellungsgrund herangezogen werden. Sie werden allerdings – gerade von den Etablierten – immer wieder für die erfolgreiche Behauptung im Beruf sowie die Karrierechancen mitverantwortlich gemacht.

»Ich denke, das ist auch was, was man da lernt und was eine ganz wichtige Qualifikation ist – gerade auch für solche Jobs wie die, in denen ich gelandet bin ... selbstorganisiert und ohne den permanenten Druck von oben, gesagt zu kriegen, was man nun als nächsten Schritt machen soll, zu arbeiten.« (5, w)

Zusammenfassend betrachtet, bleibt der Stellenwert dieser indirekten und doch spezifisch politikwissenschaftlichen Prägung somit eher ambivalent. Ihr Nutzen im Sinne von Offenheit und Selbständigkeit wird von den Betroffenen zwar stets betont, ob sich dies jedoch wirklich direkt beruflich verwerten läßt, bleibt fraglich.

Vielmehr scheint es sich um eine, dem Arbeitsmarkt zweifellos angemessene, individuelle Einstellung in Form einer robusten Flexibilität zu handeln, welche – durch das Studium durchaus geprägt, aber nicht ursächlich zu erklären – eine erfolgreiche Etablierung ermöglicht. Letztlich also eher individuelle Disposition als Ausbildungsergebnis – erklärungsbedürftig durch zusätzliche Faktoren und durchsetzungsfähig wohl auch in anderen Studiengängen.

4. Wechsel und Flexibilität

4.1. Wechsel

Ausgehend von der Berliner Verbleibsstudie »Zu allem fähig – zu nichts zu gebrauchen?« von 1989 gingen wir in der qualitativen Untersuchung der dort aufgestellten These nach, daß die »extreme Instabilität der Arbeitsverhältnisse, die Labilität der Honorar- und Werkaufträge sowie die fließenden Übergänge zwischen geringfügiger Beschäftigung und Erwerbslosigkeit ... auf einen Rotationsarbeitsmarkt« (Fiebelkorn u.a. 1989: 47) hindeuten.

Uns interessierte vor allem die Frage der Absichtlichkeit des Wechsels. Setzen sich PolitologInnen den Bedingungen des Rotationsarbeitsmarkts freiwillig aus, wollen sie eigentlich viel lieber eine feste (Lebenszeit-)Stelle, oder ist das Wechseln Ausdruck einer Vorstellung, die Lohnarbeit nicht als »Ein-und-Alles« setzt?

Tendenziell läßt sich sagen, daß die Tatsache des relativ häufigen Wechsels in den von uns untersuchten Fällen nicht unbedingt auf die Instabilität der Arbeitsverhältnisse hinweist.

Die Studie zeigt, die Gründe für einen beruflichen Wechsel sind vielfältig und individuell sehr verschieden: Die befragten AbsolventInnen wechselten, weil sie mit ihrer bisherigen Tätigkeit nicht mehr zufrieden waren, die befristete Stelle auslief, weil ihnen ein Arbeitsangebot reizvoll erschien, die angebotene Stelle besser bezahlt war, eine größere Verantwortung bedeutete oder mehr Zeit für die Kindererziehung ließ. Sie wechselten sowohl aus ungesicherten oder befristeten als auch aus unbefristeten Arbeitsverhältnissen.

Die einzige Gemeinsamkeit besteht darin, daß keineR aus einem gesicherten in ein ungesichertes Arbeitsverhältnis wechselte.

4.1.1. Wechseltypen

Auch wenn die Gründe, den Arbeitsplatz zu wechseln, individuell sehr unterschiedlich sind, lassen sich die interviewten AbsolventInnen doch zwei »Wechseltypen« zuordnen. Die eine Gruppe der Befragten ist aufgrund ihrer befristeten Beschäftigungsverhältnisse gezwungen zu wechseln, die andere Gruppe wechselt freiwillig innerhalb sicherer, das heißt hier, unbefristeter Stellen.

Dieser Typenzugehörigkeit entsprechend fällt auch die Bewertung des Wechsels aus. Alle sehen die Möglichkeit, als PolitologIn relativ einfach die Arbeitsstelle wechseln zu können, als Chance, die eigenen Bedürfnisse im Beruf umzusetzen; der Wunsch, die momentane Arbeit nicht »bis zur Rente« zu machen, wird in unterschiedlicher Intensität von allen geäußert. Aber alle sehen auch den Un-

terschied, sich aus freien Stücken nach einer neuen, besseren Stelle umsehen zu können, oder sich, weil die befristete Stelle ausläuft, in einem begrenzten Zeitraum um eine neue Stelle kümmern zu müssen.

»Na gut, ich kann mir auch nicht vorstellen, sowas bis zur Rente machen, aber ich hätte schon ganz gern eine Phase, wo ich mir nicht jedes Jahr wieder überlegen muß, wo krieg ich nächstes Jahr mein Geld her, das fände ich mal ganz angenehm.« (10, m)

4.1.2. Der Rotationsarbeitsmarkt

Die Unterscheidung der zwei Wechseltypen erweist sich auch als sinnvoll zur Kategorisierung der Arbeitsbereiche: In den von uns untersuchten Fällen deckt sich die Gruppe der erzwungenen WechslerInnen mit den AbsolventInnen, die im Wissenschafts- und Bildungsbereich arbeiten, die übrigen fallen alle in die Gruppe der freiwilligen WechslerInnen.

Der Wissenschafts- und Bildungsbereich zeichnet sich durch Instabilität der Arbeitsverhältnisse, Honorarverträge und einen teilweise fließenden Übergang zwischen geringfügiger Beschäftigung und Erwerbslosigkeit aus. Nach der Definition der Berliner Studie haben wir es hier also mit einem Rotationsarbeitsmarkt zu tun.

Niemand, der sich auf dem Rotationsarbeitsmarkt befindet, bewertet den Zwang zum Wechseln positiv.

»Wenn es immer drei Jahre wären, wär es ja noch schön, aber es ist zum Teil deutlich weniger, also das Problem bei solchen Zeitverträgen ist, daß du im Prinzip in einer permanenten Unsicherheit lebst, und daß du eigentlich immer in vier Töpfen gleichzeitig rühren muß, damit irgendwie, damit es dann hinterher, also in einem von den vier wieder weitergeht, und das ist was, was auf Dauer eben einfach an der Substanz zehrt und wo ich auch eigentlich keine Lust mehr drauf hab, wo aber das Problem ist, solange ich dabei inhaltlich das machen kann, was mir Spaß macht, nehme ich das in Kauf, aber ich wär schon froh, wenn ich irgendwann mal 'ne festere Stelle kriegen würde oder sei es auch nur 'ne längere Perspektive wieder. Weil's auf die Dauer irgendwie nix ist.« (10, m)

Dennoch lassen sich zwei unterschiedliche Einschätzungen der Situation und damit einhergehende Handlungsstrategien nachweisen.

Die passive Haltung: Der Rotationsarbeitsmarkt wird als unumgängliches Übel angesehen; als eine Phase, die so schnell wie möglich überwunden werden soll. Damit einher geht eine stärkere Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Arbeitssituation.

»Also, es würd mich schon reizen, dieses Forschungsprojekt zu machen, wenn es durchkommt, aber ich glaub schon, daß es jetzt langsam an der Zeit ist, irgendwo in einen bestimmten Bereich zu kommen, wo ich sage, gut, da bin ich jetzt, das mach ich, das kann ich, und da kann ich mich jetzt ein paar Jahre so fett niederlassen und neue Fertigkeiten mir aneignen.« (9, w)

Die aktive Haltung: Der Rotationsarbeitsmarkt wird als interessante Übergangsphase angesehen, deren Gestaltung weitgehend selbst bestimmt wird. Die befristeten Arbeitsverhältnisse werden häufig als Orientierungsphase betrachtet und der Weiterbildungsaspekt in den Vordergrund gerückt.

Ob sich PolitologInnen eher dem ersten oder dem zweiten Typ zuordnen lassen, hängt in erster Linie vom bisherigen Erfolg ab, den sie bei der Stellensuche hatten.¹⁹²

Für alle AbsolventInnen in befristeten Arbeitsverhältnissen läßt sich sagen, daß es faktisch weniger problematisch ist, tatsächlich einen Job zu finden, aber dennoch die Tatsache als Belastung empfunden wird, nicht oder nur schwer über einen längeren Zeitraum planen zu können.

»In Erwachsenenbildung, da krieg ich auch jedesmal was, also ist mir noch nie passiert, daß ich nichts gekriegt habe, aber nicht als feste Einstellung, sondern nur auf Honorarbasis, ganz egal, an welchen Träger man da schreibt, ... aber 'ne feste Anstellung auf der Basis zu finden, ist ganz schwer.« (2, w)

»Ja, also, weißt du, du kannst auch nichts aufbauen. Du kannst nicht einmal richtig an einem Projekt länger arbeiten oder politisch auch was bewirken, wenn du immer Rücksicht darauf nehmen muß, was passiert, wenn jetzt die zwei Jahre abgelaufen sind. Ich denke, so eine feste Stelle gibt dir auch Unabhängigkeit, in der du deine Freiräume ganz kontinuierlich ausbauen kannst und damit auch was bewirken kannst.« (8, w)

Im Vergleich zu den übrigen Interviewten fällt auf, daß die Dauer der Anstellungsverhältnisse sich bei den PolitologInnen im Wissenschafts- und Bildungsbereich im Durchschnitt nicht von den anderen unterscheidet. Das kann daran liegen, daß keineR der von uns befragten länger als 10 Jahre gearbeitet hat, weist aber auch darauf hin, daß die Tatsache, ob eine Stelle befristet oder unbefristet ist, oft weniger ein praktisches als vielmehr ein psychologisches Problem für die

¹⁹² Zur Beurteilung des jeweiligen beruflichen Erfolgs beschränken wir uns auf die Selbsteinschätzung der Interviewten. Die Berufsbiographien sind zu unterschiedlich, als daß sich beruflicher Erfolg beispielsweise in der Bezahlung oder der Stellung in der Hierarchie einheitlich messen ließe. Ausschlaggebend war für uns die Zufriedenheit mit der jeweiligen Position.

AbsolventInnen darstellt. Wer sowieso nach drei Jahren seine Arbeitsstelle wechseln möchte, dem könnte es an sich ja egal sein, ob die Stelle befristet ist oder nicht.

Ausschlaggebend für die unterschiedliche Bewertung ist die Möglichkeit, selbst über den Wechsel von einer auf die andere Stelle entscheiden zu können. Diese Möglichkeit bietet sich offenbar gerade dann nicht, wenn man in einem Bereich arbeitet, in dem die Inhalte des Politikstudiums auch im Beruf umgesetzt werden. Wissenschaft und Bildung, die Bereiche, in denen nicht nur Qualifikationen wie Analysefähigkeit oder schnelles Aneignen neuer Themen gefragt sind, sondern auch politologisches Wissen, bieten die geringste Chance, relativ bald nach dem Studium eine unbefristete Anstellung zu finden. Umgekehrt scheint es so, daß es umso einfacher ist, eine feste Stelle zu bekommen, je weniger der Arbeitsbereich direkt mit politischer Wissenschaft zu tun hat.

»Ich beklage es selber übrigens auch, weil ich keine Lust mehr auf diese Zwei-Jahres-Geschichten habe. Du willst irgendwann schon mal eine Perspektive haben, ich kann mir zwar nicht vorstellen, daß ich nächstes Jahr meinen Job finde, den ich bis zur Rente mache, das ist mir bestimmt zu langweilig. Ich will aber selber entscheiden können, wann ich mich für etwas anderes umsehen möchte und nicht, weil der Zwei-Jahres-Rhythmus wieder vorbei ist und du jetzt dringend wieder eine neue Geldquelle suchen muß, das ist einfach ungeheuer nervenaufreibend.« (8, w)

Die übrigen 12 Interviewten befinden sich nicht auf dem Rotationsarbeitsmarkt, sie wechseln also nicht aus dem Zwang der Befristung, sondern aus anderen Gründen. Als einzige Gemeinsamkeit läßt sich bei ihnen festhalten, daß alle »erfolgreich« gewechselt haben. Das heißt, keinE hatte nach dem Wechsel ein schlechtere Stelle als vorher. Sie sind nicht unbedingt besser bezahlt, aber keineR der Interviewten äußert, daß sie/er mit der späteren Stelle unzufrieden war.

In dieser Gruppe wird Wechsel als Chance aufgefaßt, die Arbeitssituation den eigenen Wünschen anzunähern. Bei den meisten, die sich in dieser Position befinden, finden Wechsel dann auch oft nur noch innerhalb eines Berufsbereichs statt. Diese Beobachtung deckt sich auch mit den unten dargestellten Überlegungen zur Bedeutung von Netzwerken.

»Der Wechsel dann zu der anderen Firma hier in Hamburg war dadurch noch besonders reizvoll, außer dem Geld, daß es sich da um diesen Kunstkatalog handelte, und das ist also ein großes Hobby von mir, die Musik, und da die Programme sehr viel mit Musik, also mit Komponisten und Live-Aufführungen usw. zu tun hatten, war das der besondere Reiz daran.« (7, m)

Auffallend ist, daß die JournalistInnen in unserer Untersuchung nicht im Rotationsarbeitsmarkt zu finden sind, obwohl gerade dieser Berufsbereich in der Berliner Studie ein Musterbeispiel für den Rotationsarbeitsmarkt ist.

Anzumerken ist noch, daß sich auch in der Gruppe der freiwilligen WechslerInnen Menschen befinden, die zeitweise im Wissenschafts- und Bildungsbereich gearbeitet haben. Dabei handelte es sich aber jeweils nur um relativ kurze Zwischenspiele.

4.1.3. Bewertung von Wechsel

Alle Interviewten – ob im Rotationsarbeitsmarkt oder nicht – bewerten die Möglichkeit, die Arbeitsstelle wechseln zu können, positiv. Was sie – fast selbstverständlich – nicht wollen, ist der Zwang, nach einer bestimmten Zeit die Stelle wechseln zu müssen. Entsprechend wird auch die unklare Ausrichtung des Politikstudiums häufig eher positiv als Flexibilität beschrieben.

»Nebenbei bemerkt: Ich finde eigentlich PolitologInnen sind tierisch flexibel, das ist ein ganz ganz positiver Punkt, also finde ich hervorragend.« (3, w)

Dem auch von unseren InterviewpartnerInnen verbreiteten Stereotyp, PolitologInnen hätten kein Interesse an einer gesicherten Anstellung, sonst hätten sie etwas anderes studiert, wird meistens noch nicht einmal selbst entsprochen. Der Wunsch nach einer sicheren Stelle sollte keinesfalls zu hoch bewertet werden. Er ist latent vorhanden, spielt in konkreten Entscheidungssituationen (individuell natürlich unterschiedlich) aber meistens eher eine untergeordnete Rolle und hinderte keineN eine als interessant bezeichnete Stelle anzunehmen.

4.2. Planung und Zufall

Die un stetigen Arbeitsverhältnisse und das Fehlen eines klaren Berufsbildes lassen nun die Frage in das Zentrum des Interesses rücken, wie die PolitologInnen wurden, was sie geworden sind. Der Weg in eine relativ unbestimmte berufliche Zukunft bewegt sich zwischen Planung und Zufall. Wie auch die Ergebnisse der Fragebogenerhebung zeigen, lassen sich zwar einige Bereiche angeben, in denen PolitologInnen gehäuft anzutreffen sind, aber die Anzahl derer, die sich außerhalb dieser »klassischen« Berufsfelder (Verwaltung, Wissenschaft, Journalismus) befinden, ist beträchtlich.

Die Unterschiedlichkeit dieser »Restbereiche« ist groß und geht über die von uns – selbst bei einem Studium mit einem derart diffusen Qualifikationsprofil – erwartete hinaus. Immer wieder betonten unsere InterviewpartnerInnen die wichtige Rolle, die Zufälle bei ihrer erfolgreichen Jobsuche spielten.

»Ja, so bin ich dann dahin gekommen, also das waren wirklich glückliche Zufälle würde ich mal einfach sagen, und habe diese Stelle angefangen.« (3, w)

Dabei ist jedoch Zufall nicht mit völliger Beliebigkeit gleichzusetzen. Irgendwelche Kriterien für mögliche Berufsbereiche hat jedeR; seien es nun positive, wie Film oder Theater als Ziel oder negative, wie »nicht in einem Tendenzbetrieb zu arbeiten«. Von zufälligen Einflüssen hängt es meistens eher ab, ob die Stelle dann beispielsweise beim Radio oder einer Zeitung gefunden wird. Der Einfluß von »zufälligen« externen Faktoren wird auch durch die häufige Unbestimmtheit der Zukunftsvorstellungen nach dem Studium verstärkt. In dieser Situation bietet es sich natürlich an, Gelegenheiten wahrzunehmen. Wir denken, daß die relative Offenheit der PolitologInnen, gekoppelt mit den im Folgenden noch näher beschriebenen Netzwerkstrukturen, erklären kann, warum die Berufswege so weit auseinanderdriften.

Bei der allgemein eher negativen Einschätzung der beruflichen Chancen für ausgebildete PolitologInnen liegt es nahe, die große Vielfalt der Tätigkeitsfelder als notwendige Anpassung an den Arbeitsmarkt und »Ergreifen jedes Strohhalms« zu interpretieren.

Die Bereitschaft, sich ganz den Zufälligkeiten des Arbeitsmarktes zu überlassen, ist jedoch individuell sehr unterschiedlich ausgeprägt. Sie kann Ausdruck einer Statusunsicherheit der AbsolventInnen sein und damit die Bereitschaft steigern, irgendeine Stelle anzunehmen.

»Nach dem Studium hab ich also ein gutes Jahr lang mich sehr intensiv beworben, hab also wirklich Zeitungen durchgeguckt, und überall angerufen und gesagt, gibt's Stellen, auf die ich mich bewerben kann.« (2, w)

Oder sie kann Ausdruck von (noch) unklaren Vorstellungen einer gewünschten Arbeitsstelle sein oder auch einer Einstellung, die der Erwerbsarbeit nur eine untergeordnete Rolle zuweist.

»Hätte mit jemand mal angeboten, Du kannst anfangen zu arbeiten und bekommst jedes Jahr 'ne neue Arbeit, und wir sagen Dir auch nicht vorher, was das für eine Arbeit ist, sondern Du mußt so zusagen, im Hafengebiet hab' ich auch ganz oft gearbeitet, von der Hafendarbeit bis hin zu irgendwelchen Büro, trockensten und drögesten Büroarbeiten, so wie also im Finanzamt als schönes Beispiel, wäre ich bereit das anzufangen, wenn ich jedes Jahr was anderes machen könnte.« (1, m)

Gefördert wird die Unterschiedlichkeit der Berufsbereiche auch durch die Tatsache, daß der Bereich, in dem sich die im Studium erworbenen Fähigkeiten direkt umsetzen ließen – der Wissenschafts- und Bildungsbereich – die schlechtesten Berufsaussichten bietet. Promotions- und drittmittelgeförderte Stellen lassen sich höchstens fünf Jahre lang betreiben. Später werden die Stellen zwar sicherer – bis hin zur beamteten Professur –, doch soweit war noch keineR unserer InterviewpartnerInnen.

Paradoxerweise sieht es so aus, daß die sichereren und besser bezahlten Stellen leichter – das heißt hier: ohne gezielt darauf hinzuarbeiten – zu bekommen sind.

Umgekehrt heißt das: in die klassischen Bereiche Wissenschaft und Bildung kommt man nicht zufällig. Wer dort arbeiten will, sucht gezielt und kennt in der Regel die schlechte Arbeitsmarktlage. Die Notwendigkeit zum häufigen Wechsel wird bewußt gewählt bzw. in Kauf genommen.

Auf der anderen Seite war der Wunsch nach einer festen Stelle nie der ausschlaggebende Grund dafür, nicht im Wissenschafts- und Bildungsbereich arbeiten zu wollen. Meistens spielten hier inhaltliches Interesse und persönliche Netzwerke eine größere Rolle als formale Vorgaben. Letztere wirken eher restriktiv auf den Anzahl der in Frage kommenden Bereiche und Arbeitsverhältnisse.

4.3. Netzwerke statt Qualifikation?

Im Verlauf der Untersuchung wurde deutlich, daß, neben den allgemein für wichtig erachteten Qualifikationsmerkmalen wie Hochschulabschluß, Fremdsprachenkenntnis, Praktika etc., ein Faktor oft entscheidende Wichtigkeit für die erfolgreiche Stellensuche hat: Beziehungen – oder besser: Netzwerke.

Nur sehr selten fanden die Interviewten ihre Stellen über Stellenausschreibungen oder das Arbeitsamt – letzteres ist nach unserem Wissen für PolitologInnen weitgehend bedeutungslos, ohne daß es völlig ausgeschlossen ist, hierüber eine Stelle zu finden.

In der Regel waren es aber persönliche Kontakte, über welche die Interviewten von einer möglichen Arbeitsstelle erfuhren oder über die ihnen eine Stelle angeboten wurde.

Die Rolle dieser persönlichen Kontakte bei der erfolgreichen Stellensuche ist beträchtlich. Fast alle Interviewten haben sich auch ohne persönliche Kontakte auf Stellenausschreibungen in Zeitungen oder Fachzeitschriften beworben, meistens jedoch erfolglos. So ist denn auch das Bewerbungen-Schreiben für die meisten mit unangenehmen Erinnerungen verbunden:

»Und da sagte er, da wäre so viel hochgekommen, als er sich hingesetzt hat um die Bewerbung zu schreiben, daß er das erstmal zwei Wochen in die Ecke getan hat und gar nichts gemacht hat. Und so geht mir das manchmal auch, daß ich denke, Oh Gott, jetzt kommen wieder die großen Umschläge, da tu' ich lieber gar nichts.« (9, w)

Diese negativen Erfahrungen mit Bewerbungen hielten jedoch einige nicht davon ab, bis zu 50 Bewerbungen zu schreiben. Erfolgversprechender war es, wenn sie entweder schon vor dem Studienabschluß bei ihrem zukünftigen Arbeitgeber gejobbt hatten ...

»Also ich hab vorher schon jahrelang als studentische Hilfskraft am A. gearbeitet, und daraus hat sich dann praktisch dieser erste Zeitvertrag da entwickelt« (10, m)

... oder wenn einE BekannteR ihnen erzählt hat, daß hier oder dort eine Stelle frei ist oder sie dem/der zukünftigen ArbeitgeberIn schon bekannt waren.

»Ich hab dann auch ständig weiter Bewerbungen geschrieben. Hat aber im Prinzip alles nichts gemacht. Das war ein Zufall, daß ich dann über einen Freund hörte, daß hier was frei ist.

Frage: Also auch über Beziehungen, die Stelle hier?

Ja, über freundschaftliche Beziehungen.« (18, m)

Die verschiedenen Äußerungen unserer InterviewpartnerInnen weisen darauf hin, daß neben dem »öffentlichen« Arbeitsmarkt ein weiteres Segment des Arbeitsmarkts existiert, in dem Stellen frei und wieder neu besetzt werden, ohne daß Außenstehende davon etwas mitbekommen. In diesem Segment, das in unserem Fall den größeren Teil des Arbeitsmarktes ausmacht, ist es notwendig, über ein persönliches Netzwerk zu verfügen und dieses auch zu nutzen, um erfolgreich eine Anstellung zu finden.

Wir denken, daß es richtig ist, für dieses Kontaktnetz den Begriff des sozialen Netzwerks zu verwenden, wie er in der soziologischen Netzwerkanalyse gebraucht wird.

Netzwerk dient dort erst einmal der Visualisierung der »Tatsache, daß Menschen mit anderen sozial verknüpft sind und vermittelt für dieses Faktum eine bildhafte Darstellungsmöglichkeit. Menschen werden als Knoten dargestellt, von denen Verbindungsbänder zu anderen Menschen laufen, die wiederum als Knoten symbolisiert werden.« (Keup 1987: 11 f.)

Über diese reine Beschreibung enthält der Begriff des Netzwerkes jedoch auch utopische Momente: die Möglichkeit der freien Gestaltung der individuellen sozialen Umwelt, ohne den traditionellen Zwängen von Familie, Milieu oder Schicht verhaftet zu sein.

Netzwerke gewinnen dort an Bedeutung, wo tradierte Sozialstrukturen aufgelöst werden. In diesem Sinne ersetzen Netzwerke die abnehmenden »alten« Sozialbindungen. Dieser Netzwerkbegriff stellt die Zweckorientierung sozialen Beziehungen in den Vordergrund.

Ihre Funktion läßt sich nach Walker, Mc Bride & Vachon (1977) in fünf Bereiche aufteilen:

1. Affektive Unterstützung: hohe Dichte (strong ties), hohe Homogenität, geringe Dispersion
2. Instrumentelle Unterstützung: große Dispersion, hohe Dichte

3. Kognitive Unterstützung: geringe Intensität (weak ties)¹⁹³, geringe Homogenität
4. Aufrechterhaltung der sozialen Identität: Netzwerke, die durch geringe Größe, hohe Dichte, starke Bindungen, geringe Dispersion und hohe Homogenität gekennzeichnet sind, ermöglichen eher die Bildung und Aufrechterhaltung eines Identitätsmusters, das relativ einfach strukturiert ist und sich wenig ändert. Auf der anderen Seite erhalten Netzwerke, die groß sind, mehr schwache Bindungen beinhalten, eine geringe Dichte, hohe Dispersion und geringe Homogenität aufweisen, eher eine Identität aufrecht, die offen für Veränderungen und relativ komplex ist.
5. Vermittlung sozialer Kontakte: geringe Intensität (weak ties)

Die Arbeitssuche läßt sich am ehesten mit der Vermittlung sozialer Kontakte vergleichen. Damit sollten dann eher weak ties für den Erfolg bei der Jobsuche ausschlaggebend sein.

Folgen wir den quantitativen Untersuchungen zur Struktur und Funktion von Netzwerken, dann erfüllen alle unsere Interviewten optimale Bedingungen für das Vorhandensein von großen Netzwerken. Sie sind jung, finanziell weitgehend abgesichert und leben in einer Großstadt. Es ist also nicht weiter verwunderlich, daß alle über ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes Netzwerk verfügen.

Die Bedeutung, die die Interviewten den Beziehungen beimessen, läßt sich an folgenden Zitaten erkennen:

»Alle Leute, die ich kenne und eine Stelle bekommen haben, haben das nur aufgrund von Beziehungen gekriegt.« (1, m)

»Was ich aber gemerkt habe, ist, wenn man als Politologe 'nen Job kriegen will, das kriegst du nur über Beziehungen, also entweder mußt du zur Presse 'n Draht haben, daß du da reinkommst, irgendwen kennen, oder jetzt eben wie bei mir in der Erwachsenenbildung über die politischen Stiftungen.« (2, w)

»Ich meine, das ist das Entscheidende, dadurch daß ich nun die Runden kenne und die Kreise schließen sich ja dann doch recht schnell, Entwicklungspolitik im weitesten Sinne, wußte ich auch immer recht schnell, wo welche ABM-Stellen frei wurden.« (3, w)

193 Strong bzw. weak ties beschreiben die Intensität und Häufigkeit der Beziehungen. Strong ties stehen für feste und/oder häufige Beziehungen, weak ties für seltene und/oder weniger feste Beziehungen. Diese Bezeichnungen sagen jedoch nichts über die Wirkung und Wichtigkeit der Beziehungen aus. Je nach Situation greifen Personen eher auf starke oder auf schwache Beziehungen zurück.

Dabei kann es sogar sein, daß bestehende Kontakte auch die Einschätzung des individuellen Spielraums bestimmen:

»Ich denke, nach der Diss möchte ich lieber etwas anderes machen, als jetzt sofort eine Forschungsstelle zu übernehmen. Das Problem ist, ich habe lauter Kontakte in diesem Forschungsbereich und deswegen kann man sich das ja nicht ganz aussuchen, den Bereich wo man dann arbeitet.« (8, w)

Einschränkend muß hier gesagt werden, daß wir die Netzwerkthese erst während der Auswertung der Interviews gebildet haben. Wir hatten also nicht die Möglichkeit, die Existenz der von uns postulierten Netzwerke mit den Methoden der Netzwerkanalyse zu überprüfen.

Das Konzept des Netzwerks, auch als Sturkturmerkmal der Gesellschaft, beschreibt die Bedeutung des von uns vorgefundenen Beziehungsgeflechts treffend. Die Beziehungen, die fast alle unserer InterviewpartnerInnen genutzt haben, sind mehr als das meistens abschätzig sogenannte »Vitamin B«, und sie lassen sich auch nicht mit dem Begriff der »Seilschaften« treffend charakterisieren.

Eine These für die augenfällige Bedeutung der Netzwerke wäre, daß Netzwerke für PolitologInnen bei der Berufssuche eine ähnliche Kompensationsfunktion erfüllen wie zum Beispiel soziale Hilfsnetze in der Substitution fehlender staatlicher Sozialleistungen: Auf einem wenig strukturierten Arbeitsmarkt nimmt die Bedeutung von Netzwerken gegenüber den formalen Bewerbungsverfahren zu. Sie treten dabei aber nicht einfach an deren Stelle, sondern entsprechen in ihrer offenen Struktur auch eher den vielfältigen, nicht festgelegten Arbeitsmöglichkeiten für PolitologInnen.

4.4. Flexibilität/Kontinuität

Zum eher diffusen Berufsbild der PolitologInnen passend sind die Aussagen zum Schlagwort »Flexibilität«.

»Ich sehe also einen Vorteil darin, mir das so relativ offen gelassen zu haben, und offen gestaltet zu haben. Man ist da wirklich nicht so festgelegt. Das ist einer der Vorteile des Politologiestudiums für mich.« (7, m)

Flexibilität wird als anzustrebender Wert betrachtet und zwar sowohl in der eigenen Lebensplanung – im Sinne von Vielfältigkeit – als auch im Beruf – im Sinne von Anpassungsfähigkeit. Beruflich schlägt sich der Anspruch nach Flexibilität vor allem in der schon oben erwähnten Bereitschaft oder sogar dem Wunsch nieder, häufiger die Arbeitsstelle wechseln zu können. Privat bedeutet Flexibilität, relativ offen für Ortswechsel oder gegenüber materiellen Veränderungen zu sein.

Häufig handelt es sich hier aber stärker um die Bereitschaft, sich auf neue, veränderte Situationen einzustellen, die in der Praxis gar nicht so häufig verlangt

und damit auch selten auf die Probe gestellt wird. Tatsächlich ist es so, daß (unterschiedliche) Kontinuitäten den Lebensverlauf der von uns Befragten deutlich stärker bestimmten als Flexibilität.

Diese Kontinuitäten bilden quasi ein inhaltliches Gegengewicht zum Wechsel der Tätigkeiten.

»Also erstmal muß ich sagen, daß also so zergliedert, wie es nach außen hin aussieht es eigentlich nicht ist, ... ich kann sagen, daß ich seit 1981 eigentlich kontinuierlich meine Arbeit mit Lateinamerika oder mit lateinamerikanischen relevanten Themen durchziehe, das ist 'ne sehr große Kontinuität.« (3, w)

Kontinuität weist dabei auf zwei Zusammenhänge hin: Sie ergibt sich einerseits als Folge beruflicher Qualifikation. Die nach Abschluß des Studiums im Beruf angeeigneten Fähigkeiten dienen als Qualifikation für die zukünftigen Stellen. So ergibt sich beispielsweise durch journalistische Erfahrung die Möglichkeit, innerhalb des Pressebereichs zu wechseln.

Andererseits kann inhaltliche Kontinuität die Klammer für formal sehr unterschiedliche Arbeitsverhältnisse darstellen. Sie wird von vielen der Interviewten gesucht und teilweise so weit gefaßt, daß problemlos so ziemlich alles darunter paßt:

»Ich mache nichts anderes, hab im Grunde nie was anderes gemacht als das, was ich eigentlich wollte, wo ich damals als kleines Kind mal angetreten bin, Öffentlichkeitsarbeit machen, beziehungsweise anders formuliert, Kommunikation, Vermittlung von Wissen.« (4, m)

5. Erwerbsbiographien

Im folgenden Kapitel werden wir uns mit den Vorstellungen der AbsolventInnen bezüglich des Berufslebens und ihren tatsächlichen Arbeitsbedingungen beschäftigen. Neben ihrer Bewertung der Arbeitsverhältnisse stellt dabei die Vorstellung ihrer Traumjobs einen Schwerpunkt dar. Es geht also sowohl um objektiv gegebene als auch um subjektiv wahrgenommene Strukturen; um die Realität, Vorstellungen und die Ansprüche bezüglich der Arbeitsstellen. Individuelle Ansprüche werden dabei durch von außen herangetragene Erwartungen überlagert und beeinflusst.

5.1. Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen lassen sich nach zwei Phasen unterscheiden: nach dem Studium die der Berufseinfädung und die spätere der Etablierung. Beide zusammen beschreiben die Entwicklung eines beruflichen Selbstbewußtseins der AbsolventInnen, das nur zu einem geringen Teil auf Qualifikationen beruht, die direkt im Studium vermittelt werden.

Als bestimmende Faktoren erwiesen sich die inhaltliche und die finanzielle Dimension der Arbeitsplätze, da sie bei der Beschreibung der Arbeitsbedingungen für die Interviewten von zentraler Bedeutung sind.

Die Phase der Berufseinfädung: Finanzielle Aspekte spielen im Gegensatz zu inhaltlichen noch keine tragende Rolle. Die AbsolventInnen sind bereit, unterbezahlte Stellen anzunehmen, sofern – und das ist unabdingbar – diese mit ihren inhaltlichen Vorstellungen übereinstimmen. Es stellt sich also die Frage, warum die inhaltlichen Aspekte dominieren, während die finanziellen (noch) kaum beachtet werden?

Zunächst drängt sich hier ein typisches Fremdbild von PolitologInnen auf, das häufig auch ihrem Selbstbild entspricht: Aus idealistischen Gründen, das heißt um ihren politischen Anspruch in der Arbeit zu verwirklichen, nehmen sie Stellen an, in denen sie diesen Anspruch verwirklichen können und stellen demgegenüber (altruistisch) die finanzielle Seite in den Hintergrund.

Unter unseren Interviewten fand sich jedoch niemand für diese idealistische Variante; vielmehr dokumentierten die Interviews für diese Situation ein eher geringes Selbstbewußtsein der AbsolventInnen über den eigenen Wert auf dem Arbeitsmarkt. Eine der Ursachen ist sicherlich das fehlende konkrete Berufsfeld für PolitologInnen, das – verbunden mit nichtvorhandenen Berufsvorstellungen seitens der AbsolventInnen – die Phase der Berufseinfädung zum »flexiblen Aus-

probieren« von Berufsmöglichkeiten werden läßt. Eine zweite bezieht sich auf die im Studium erworbenen Qualifikationen, die von den PolitologInnen nicht hoch genug eingeschätzt werden, um daraus auch finanzielle Forderungen abzuleiten.

»Da habe ich mich relativ diffus beworben, weil ich mir nicht genau vorstellen konnte, was ein Politologe macht. Mir war klar, die machen irgendwas mit Journalismus, die gehen in die Wissenschaft, aber so genau, sag' ich mal, war mir das nicht klar.« (9, w)

»Ich hatte dann auch mal so eine Phase, wo ich mir gesagt habe, Hauptsache, du kriegst deine Aufwendungen entschädigt, aber das bringt's auf die Dauer nicht. Ich habe festgestellt, daß ganz viele Frauen, aber auch ganz viele Leute, die so'n blöden Kram eben studiert haben, dann bereit sind, weiß ich nicht, für fünfzehn Mark die Stunde irgendwas zu machen, bloß, weil es eine interessante Tätigkeit ist, und im Prinzip verdirbt man damit nur grundsätzlich die Preise – und auch die Aussichten, fest angestellt zu werden: Also, wenn ich immer bereit bin, für fünfzehn Mark die Stunde die Arbeit zu machen, dann besteht überhaupt kein Grund, mich fest anzustellen und besser zu bezahlen.« (2, w)

»Hauptsache einen Job, wo du nicht total verblödest, also schon etwas, wozu man einen Studienabschluß braucht, aber es mußte nicht den absoluten Bezug zu meinem Studium haben, das ist sowieso bei Politikwissenschaftlern schwierig.« (9, w)

Die Etablierungsphase: Je länger die AbsolventInnen jedoch im Berufsleben stehen, desto weniger sind sie bereit, unterbezahlte Stellen anzunehmen. In der Etablierungsphase besitzen sie mehr Selbstvertrauen; durch ihre geleistete Arbeit haben sie außeruniversitäre, berufsrelevante und -spezifische Qualifikationen und Erfahrungen erworben. Diese positive Einschätzung der eigenen Leistungen geht häufig (außer im Wissenschafts- und Bildungsbereich) einher mit relativ hohen Positionen innerhalb der betrieblichen Hierarchien.

Erhöhte Gehaltsforderungen werden in dieser Phase von fast allen AbsolventInnen gestellt, egal, in welcher hierarchischen und arbeitsvertraglichen Position sie waren, so daß diese Veränderung unabhängig von den Arbeitsbereichen oder -stellen zu sehen ist.

Viele AbsolventInnen betonen jetzt verstärkt die Verbindung zwischen finanziellen Leistungen und ihrer eigenen Position in den Betrieben/Organisationen/Institutionen und verlangen aus diesem Grunde angemessene akademische Gehälter.

Darüber hinaus nimmt im Laufe der Zeit auch das Sicherheitsdenken zu. Neben der Bezahlung gewinnen Kriterien wie eine »feste Stelle« und die Sozialversicherung an Bedeutung. Es wird als Luxus empfunden, in einer bestimmten Le-

bensphase ausschließlich die eigenen Interessen verfolgen zu können, die eigene Zeit frei einteilen zu können, ohne Rücksicht auf familiäre Bindungen oder auf die eigene Altersabsicherung nehmen zu müssen.

Die Bezahlung wird also insgesamt wichtiger, bestimmt aber trotzdem nicht primär die Entscheidung für oder gegen eine neue Stelle.

»Also ich bin nicht karrieregeil oder sowas, sondern ich würde nie einen Job annehmen, nur weil man mir einen Tausender mehr bietet im Monat oder so, und der Job wäre irgendwo in der Wallachei oder er wäre inhaltlich total uninteressant oder es wäre nur etwas rein Kaufmännisches oder sonst irgendwas, das würde ich nie machen.« (7, m)

Die inhaltliche Dimension bleibt demzufolge dominant gegenüber dem finanziellen Aspekt. Aus den oben angeführten Gründen nimmt aber die Bereitschaft, wegen eines guten Inhaltes unterbezahlt zu werden, mit der Zeit ab.

»Geld ist für mich nie ein Thema gewesen. ... Mittlerweile sehe ich das ein bißchen anders, weil, ich finde es einfach ekelhaft, daß man also Leute, nur weil die Arbeit Spaß macht, immer so schlecht bezahlt. Also das würde ich nicht mehr so machen.« (13, w)

»Das [inhaltlicher Bezug auf Lateinamerika] ist derzeit immer noch mein Schwerpunkt. Dafür mache ich Abstriche, was meine Prioritäten an Sicherheitsbedürfnissen anbetrifft.« (3, w)

In diesem Punkt gibt es auch ein Beispiel, bei dem die eigene berufliche Qualifikationseinschätzung und damit auch die finanziellen Forderungen zwar anstiegen, die Einfädung aber nicht gelungen war. Die Unzufriedenheit mit der eigenen Arbeit und die vergebliche Suche nach einer adäquaten, inhaltlich interessanten Stelle äußerte sich hier durch Resignation. Statt an den eigenen Ansprüchen und Gehaltsforderungen festzuhalten, wird auf die Erfolglosigkeit von anderen verwiesen. Zugleich wird ein Dualismus zwischen Inhalt und Gehalt aufgebaut:

»So arbeite ich auch nach BAT IVb, wenn die Inhalte stimmen. Denn es geht ja irgendwann auch mal um meine Zufriedenheit, und die ist mir ja auch wichtig – nicht nur das Geld. Es geht mir nicht nur darum, daß ich diesem BAT IIa nachjage – das können sich die meisten abschminken. Daran kann man sich wirklich nicht mehr orientieren – da sind mir die Inhalte dann auch wichtiger.« (11, w)

5.2. Berufsansprüche

Es kann bei einer Verbleibsstudie nicht allein um die Frage nach den Anforderungen des Arbeitsmarktes und deren Erfüllung gehen; genauso zentral sind die An-

sprüche und Wünsche der AbsolventInnen. Daher sind neben der Darstellung der Arbeitsbedingungen die Berufsansprüche der AbsolventInnen von Interesse. Diese haben wir im Hinblick auf die Bestätigung oder die Infragestellung gängiger Fremd- und Selbstbilder untersucht.

Hier spielt die im vorangegangenen Abschnitt vorgenommene Unterteilung in zeitliche Phasen keine Rolle. Unterschiede im Anspruchsdenken lassen sich eher zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen feststellen – soweit unterschiedliche Ansprüche überhaupt vorhanden sind.

Die AbsolventInnen waren in ihrer aktuellen Beschäftigung relativ häufig in hohen Positionen oder erfolgreiche Selbständige, soweit sie nicht im Bereich Wissenschaft und Bildung arbeiteten.

»Erfolgreich« beschränkt sich für uns keineswegs auf den finanziellen Aspekt, vielmehr beschreibt es die generelle Zufriedenheit der AbsolventInnen, zu der ebenfalls die inhaltliche Ausrichtung der Stelle oder das Arbeitsklima gehören.

Bei den meisten AbsolventInnen entsteht mit ihrem zunehmenden Selbstbewusstsein auch die Forderung, in ihrem Bereich eigenverantwortlich Entscheidungen treffen zu können. Die angestrebten Freiräume beziehen sich auf die ersten drei Aspekte der hier behandelten Berufsansprüche: die Arbeitszeiteinteilung und Gesamtstundenzahl, die Inhalte und die innerbetrieblichen Strukturen, bzw. konkreter die Hierarchien. Abschließend wurden die finanziellen Erwartungen der AbsolventInnen hier als vierte zentrale Anforderung untersucht.

5.2.1. Zeiteinteilung

Die AbsolventInnen verbindet der häufig geäußerte Wunsch nach freier Zeiteinteilung. Hierbei spielt die Möglichkeit der freien Zeiteinteilung während ihres Studiums eine nicht unwichtige Rolle. Neben dem Wunsch nach Eigenverantwortlichkeit und der Ablehnung fester Strukturen¹⁹⁴ könnte dies auch die Wichtigkeit, die dem Privatleben zugemessen wird, zeigen.

Hervorzuheben ist, daß niemand – auch nicht bei den AbsolventInnen, die über 40 Stunden pro Woche arbeiten – dem Privatleben eine dem Beruf untergeordnete Stellung zuweist. Es ist klar negativ besetzt, zu leben, um zu arbeiten. Arbeit darf wichtig sein, aber nicht den alleinigen Lebensinhalt ausmachen.

Die meisten der Interviewten arbeiten mindestens 40 Stunden pro Woche, lediglich vier arbeiten bis zu 30 Stunden. Unter diesen vier befinden sich drei Frauen. Dieses Verhältnis spiegelt in etwa den gesellschaftlichen Durchschnitt wider. Auffällig ist, daß alle vier PolitologInnen bewußt die Entscheidung getroffen haben, weniger zu arbeiten; entweder weil sie ihre Prioritäten grundsätzlich im Privatleben setzen, oder weil sie sich in einer Lebensphase befinden, in der sie auf-

194 Zur Bedeutung fester Stellen und Hierarchien siehe Kapitel 5.2.3.

grund ihres Alters ihr Sicherheitsdenken noch zurückstellen. Sie arbeiten in verschiedenen Berufsbereichen. KeineR hat Kinder als Grund für die Teilzeitarbeit angegeben.

»Ich will nie wieder so voll arbeiten ... Ich verkaufe meine Arbeitskraft und das mache ich gerne, ich arbeite intensiv, aber ich habe ein Leben, das außerhalb der Arbeit ist und das ist das Allerwichtigste auf dieser Welt ... Ich habe eine gute Ausbildung, ich kann eine Menge, und entweder die Leute können sich damit arrangieren oder nicht.« (13, w)

Auch die PolitologInnen, die durchschnittlich um die 40 Stunden arbeiten, sind keineswegs eine homogene Gruppe. Obwohl sie in verschiedenen Bereichen arbeiten, bleibt auch ihr verbindendes Element der prinzipielle Wunsch nach freier Zeiteinteilung.

Die Sicherheit, die feste, unbefristete Arbeitsverträge vermitteln, ging jedoch in allen Berufsbereichen mit dem Verlust der freien Zeiteinteilung einher.

»Ist mir auch relativ wichtig, 'ne gewisse Freiheit in Bezug auf die Arbeitszeitgestaltung zu haben. Also das nervt mich schon 'n bißchen, daß ich da so festgelegt bin.« (5, w)

Demgegenüber waren die Interviewten weder im Wissenschafts- noch im Bildungsbereich finanziell und arbeitsrechtlich (durch einen unbefristeten Arbeitsvertrag) abgesichert.¹⁹⁵ Diese beiden traditionellen Bereiche sind Sektoren, in denen eine lange, durch befristete Stellen geprägte Phase auffällig ist. Dafür bestand für die befragten AbsolventInnen hier häufig die Möglichkeit der freien Zeiteinteilung.

Durch die Arbeit im Forschungsinstitut beispielsweise ...

»konnte ich es mir so einrichten, daß ich mir selber Aufgaben gesetzt habe, die ich dann gemacht habe und wieder aufgehört habe, und wenn ich mehr Wert auf Privatleben gelegt habe, habe ich das gemacht.« (8, w)

Aus dem Risiko der ungesicherten Einkommensquelle ergibt sich für Selbständige die kompensatorische Möglichkeit der freien Zeitgestaltung durch die Übernahme oder die Ablehnung von Aufträgen. Natürlich nur, solange eine gewünschte oder notwendige finanzielle Mindestabsicherung vorhanden ist.

»Der Vorteil ist, ich kann machen, was ich will in der Zeit ... Ich habe ein Projekt, das muß ich dann und dann abgeben, die Zeit, die ich bis dahin habe, steht mir zur Verfügung.« (4, m)

195 Zu den Besonderheiten des Wissenschafts- und Bildungsbereichs siehe Kapitel 4.

Die damit verbundene Problematik wird in folgendem Zitat deutlich:

»Wenn ich ihn [den Job/Auftrag] annehme, dann hat alles andere zurückzustehen und das heißt dann auch, das ich die Nächte durcharbeite, das ist ja eben schon fast die Norm.« (12, w)

Ein weiterer Zeitaspekt, der sicherlich bereits für die Wahl des Berufsbereiches (hier der Bildung) entscheidend ist, ist der folgende:

»Es hat auch sowas mit grundsätzlicher Lebenseinstellung zu tun. Das war mir eigentlich schon während des Studiums klar, daß ich nicht unbedingt der Typ bin, der Lust hat, von morgens um acht bis abends um sechzehn Uhr irgendwo im Büro zu sitzen ... Das ist nicht meine Welt. Wenn ich dann arbeite, dann will ich erstmal selbstbestimmt arbeiten und auch möglichst flexibel, also ich möchte meine Zeit frei einteilen können, dann bin ich auch gern bereit, den einen Tag vierzehn Stunden zu arbeiten, wenn ich am nächsten Tag keine Lust habe, würde ich auch gerne erst um zehn kommen. Aber solche Stellen sind natürlich äußerst selten.« (2, w)

5.2.2. Freie Bestimmung der Inhalte

Wie wir bereits gesehen haben, prägen die Inhalte den Berufsweg der PolitologInnen in besonderem Maße. Diese Prioritätensetzung wird bereits bei der Studienfachwahl – aus dem inhaltlichen Interesse (»an Politik«) – sowie bei der Gestaltung des Studiums – anhand von inhaltlichen Kriterien – deutlich.

Im beruflichen Bereich erfolgt die freie Bestimmung der Inhalte auf zwei Ebenen. Einerseits durch das Annehmen von Stellen aus inhaltlichen Kriterien:

»Doch es gibt – was für mich auch den Reiz an der Verwaltung ausmacht – relativ verschiedene Felder, verschiedene Behörden, verschiedene Aufgaben und auch verschiedene Arten der Tätigkeiten. Also stärker wieder zu koordinieren oder auch stärker in einem konkreten Problembereich zu tun haben.« (16, m)

Andererseits ist es wichtig, auch innerhalb der Stelle Inhalte selbst bestimmen zu können:

»Also wo ich wirklich die Inhalte der Institution bestimmt habe, oder zumindest gedacht habe, ich bestimme sie mit oder so.« (5, w)

»Und also das ist mir schon fast ein bißchen zuviel Freiheit, weil ich einfach mit den Inhalten noch zu unbekannt bin. So ist mir das noch alles ganz fremd ... Eigentlich finde ich das toll, also wenn ich mir das vorstelle, ich bin da erstmal so richtig drin, so in – was weiß ich – zwei Monaten oder vier Monaten oder so, dann ist das genau die Form von Arbeit, wie ich sie als Pressereferentin haben

will, daß mir da keiner dumm reinquatscht und keiner immer alles besser weiß und so. Und das hat wirklich auch große Vorteile für meine Arbeit und für mich so.« (5, w)

Das Bedürfnis nach inhaltlich selbstbestimmter Arbeit hat für die AbsolventInnen keinen gesellschaftspolitischen Hintergrund. Es ist kein emanzipatorischer, gesellschaftsverändernder Ansatz zu erkennen, persönliche Motive stehen im Vordergrund. Das Klischee, daß PolitologInnen politisch links und engagiert seien, sie ihre Arbeitsplätze daher nach politischen Kriterien auswählten und eine Gesellschaftsveränderung anstrebten, wird auch hier durchbrochen.

5.2.3. Hierarchien/innerbetriebliche Strukturen

Keine der Interviewten spricht positiv von Hierarchien an sich, doch niemand erwähnt bei der Vorstellung ihres/seines Traumjobs den Anspruch hierarchiefreier Räume, was zeigt, daß sie nicht so grundlegend wichtig sind wie beispielsweise inhaltliche Aspekte. Dies widerspricht dem Selbstbild der PolitologInnen, einen besonderen Wert auf Stellen in hierarchiefreien Räumen zu legen.

Dementsprechend bleibt auch die Ablehnung von Hierarchien vordergründig; nur ein Absolvent (der in der Verwaltung tätig ist) räumt ein, daß hierarchische Strukturen niemals optimal sein können, da sie ihn in seinem Entscheidungsspielraum einschränken. Keine andere kritisiert Hierarchien derart grundsätzlich. Ihre Kritik (und ihre Verbesserungsvorschläge) an Hierarchien erfolgt meist nur systemimmanent; solange sie genügend Entscheidungsspielräume innerhalb ihrer Hierarchiestufe haben, akzeptieren sie diese Struktur. So auch ein Redakteur einer liberalen Zeitung:

»Ja, ich will mehr Entscheidungsspielraum haben, und wenn ich also in 'ner Redaktion bin, in 'ner Hierarchie drinstecke, dann möchte ich Leute haben, die ein bißchen mehr Erfahrung haben als ich. Also, die dann meinetwegen 10 oder 15 Jahre älter sind, und die damit die Fähigkeit haben – und das finde ich auch ganz wichtig – gegen die nächste obere Stufe auch mal ein bißchen abzuschirmen.« (18, m)

Ein anderer Redakteur, der in einer konservativen Zeitung arbeitet, argumentiert entsprechend:

»Also ich habe quasi einen eigenen Teil im Heft, den ich selbständig verantworte. Hier jetzt in irgendeiner Form in das Blatt hebe und damit machen kann, was ich will. Der guckt zwar da drauf, der Chefredakteur, und wenn ihm was nicht gefällt, dann sagt er das und dann ändern wir das, aber im Prinzip sagt er, wenn er nichts sagt, ist es in Ordnung und dann machen wir das auch.« (17, m)

Eine radikale Kritik an Hierarchien würde bei der Stellensuche Schwierigkeiten aufwerfen, daher weigert sich niemand prinzipiell, in hierarchischen Strukturen zu arbeiten. Sie akzeptieren hierarchische Ordnungsprinzipien aufgrund der gegebenen Gesellschafts- und damit auch Arbeitsmarktstruktur und der Stellenangebote, ohne sich hierarchiefreie Räume aufzubauen oder solche speziell zu suchen – oder zumindest die Hierarchien zu problematisieren.

So arbeiten fast alle – außer den AbsolventInnen im Wissenschafts- und Bildungsbereich sowie den Selbständigen – innerhalb von klaren Hierarchien. Sie bekleiden dabei oft leitende oder höhere Positionen wie die eines Fernsehproduzenten oder die einer Pressereferentin – was das Problem der eingeschränkten Entscheidungsspielräume selbstverständlich vermindert. An der Spitze der Hierarchie zu stehen, löst für sie die Problematik auf. Es geht den AbsolventInnen also nicht um die Schaffung alternativer Strukturen, sondern um die Umgehung der Probleme von Hierarchien, indem sie möglichst schnell aufsteigen.

»So gängige Hierarchien, das überlebe ich nur noch, wenn ich an deren Spitze stehe. Das ist einfach so, und in solchen Scheißfirmen sich in irgendwelche Hierarchien einordnen zu müssen, die nur dadurch bestimmt sind, daß der eine irgendwie länger da ist als der andere: das kann ich auf die Dauer nicht. Vor allem nicht in so konservativen Firmen, denen die Hierarchie alles ist.« (14, m)

Mehrere AbsolventInnen vertreten die Ansicht, daß das Klima nicht von hierarchischen Strukturen beeinflusst wird, da innerhalb der einzelnen Stufen durchaus kooperativ und demokratisch gearbeitet werden könne.

Dieser Position widerspricht eine Absolventin aus dem entwicklungspolitischen Bereich, indem sie die besondere Rolle von Frauen in traditionellen Machtverhältnissen verdeutlicht:

»Ich habe festgestellt, daß es nochmal ganz schwierig ist, im klassischen normalen Arbeitsverhältnis die Position tatsächlich auch einzunehmen, die dir aufgrund deiner Ausbildung zusteht – dann gerade nochmal als Frau ... Man muß da ganz gut auf den Tisch hauen, um den alten Männern, im wahrsten Sinnes des Wortes, die ja dann doch um dich herum meistens sitzen, klar zu signalisieren, daß auch eine Frau nicht dasitzt, um irgendwie den Tisch zu ›verschönern‹, sondern, weil sie etwas zu sagen hat ... Ich denke, es sieht ganz anders aus, wenn du – so wie ich jetzt – im ABM-Bereich arbeitest oder auch informell arbeitest. Da ist weniger Hierarchie oder direkte Hierarchie am Werke. Die Rollen sind zwar ähnlich verteilt, auch wenn du da einen jungen Kollegen hast, so muß der nicht unbedingt über sehr viel Sensibilität verfügen, oder irgendwie ein bißchen mitdenken bei gewissen Sachen – aber die Hierarchie macht da sehr viel aus und auch sehr viel kaputt.« (3, w)

Im Wissenschafts- und Bildungsbereich werden Hierarchien in den Interviews nicht deutlich. Entweder sind die AbsolventInnen bei den Honorartätigkeiten weniger betroffen, da sie nicht direkt in den Organisationen arbeiten oder sie sitzen in der Wissenschaft und Forschung in Institutionen, die weniger hierarchisch aufgebaut sind. Dieses Strukturmerkmal des Wissenschafts- und Bildungsbereichs unterscheidet ihn von den anderen Berufsbereichen und führt dazu, daß einzelne AbsolventInnen gerade auch aufgrund der freieren Organisationsstrukturen in ihm arbeiten.

»Weil ich am liebsten ganz selbständig arbeite und mich lieber selbst irgendwo einbringe oder einbinden lasse und nicht in festen Zusammenhängen arbeite, wo mir Leute was auf's Auge drücken, sondern ich möchte dann zu den Leuten gehen und sagen ich will das von dir oder das.« (8, w)

5.2.4. Politischer Anspruch

Der Name des Fachs – Politikwissenschaft – legt die Vermutung nahe, daß diejenigen, die dort arbeiten oder ihre Ausbildung erhalten haben, politische, normativ orientierte Kriterien zur Grundlage ihrer Arbeit machen würden. Dementsprechend ist häufig das Vorurteil anzutreffen, PolitologInnen seien nicht nur politisch aktiv, sondern auch »irgendwie links«.

Die Aussagen in den Interviews liefern keinerlei Anhaltspunkte, daß diese Vorurteile Realitätsbezug haben.

Nur die Hälfte der Interviewten machte überhaupt Aussagen dazu, ob politische Kriterien für sie im Beruf eine Rolle spielen. Niemand gab klare Kriterien dafür an, welche politischen Anforderungen er oder sie an ein Arbeitsverhältnis stellt.

Einzelne waren bereit, für die Arbeit bei bestimmten Organisationen auf Gehaltsansprüche zu verzichten:

»Und wie gesagt, bei diesen Organisationen, Lobbyorganisationen, bei denen ich jetzt aktiv bin, die haben selber keine Kohle, müssen sich dezentral ihre Anträge stellen, um die Kohle zusammen zu häufen, dann ist klar, daß ich da nicht in der Verhandlungsposition reingeh und sag nach dem Motto unter BAT IIa mach ich bei euch nichts, weil das wieder ein anderes Verhältnis ist.« (3, w)

Andere schlossen bestimmte Arbeitsbereiche für sich aus:

»Also ich habe mich dann auch bei Behörden beworben, also zum Beispiel bei der Finanzbehörde, und da habe ich gemerkt, das kann ich nicht, das halte ich nicht aus, diesen lahmen Beamtenhaufen mit diesen grauen Männern, die da total widerwärtig waren.« (5, w)

»Das schied für mich von vornherein aus. Ich wollte auch nicht in politischen Parteien arbeiten, schon gar nicht in ganz bestimmten, aber auch nicht in der Richtung, also ich kann mir nichts Schlimmeres vorstellen, als eingebunden zu sein in so einen Tendenz-Betrieb.« (7, m)

Niemand gab jedoch an, sich aufgrund bestimmter politischer Kriterien zum Beispiel auf eine bestimmte Stelle gezielt beworben zu haben oder etwa eine lukrative Stelle aus politischen Gründen abgelehnt zu haben.

Nicht etwa, daß wir so etwas erwartet hätten. Die Interviews geben nur wieder, daß PolitologInnen nicht schon aufgrund ihres Studiums politischer – im Sinne von politisch engagierter – sind als vergleichbare Bevölkerungsgruppen oder daß politische Einstellungen bei ihnen eine größere Rolle im Berufsleben spielten als allgemein üblich.

5.2.5. Finanzen

Nachdem wir bereits bei den Arbeitsbedingungen die Abhängigkeit zwischen finanziellen Erwartungen und dem Etablierungsgrad der AbsolventInnen aufgezeigt haben, wollen wir auf dieser Grundlage nun weitere Aspekte verdeutlichen.

Die finanziellen Ansprüche der AbsolventInnen steigen im Verlauf ihrer Berufstätigkeit. Die anfangs relativ niedrigen Gehaltsforderungen können dabei im Zusammenhang mit den oft geringen Stundenlöhnen der Erwerbsarbeit während des Studiums stehen. Außerdem bestätigt sich in der Berufseinfädungsphase das Selbstbild, daß PolitologInnen postmaterialistisch orientiert sind. Die Wichtigkeit des Geldes nimmt jedoch danach zu. Dies geschieht aus mehreren Gründen, da Geld verschiedene Funktionen übernimmt:

Zunächst drückt es als absolute Größe (im Gegensatz zum inhaltlichen Kriterium) und somit als objektiver (Vergleichs-)Maßstab den Erfolg aus. Erfolg bezieht sich hierbei sowohl auf ökonomische als auch auf andere Aspekte: eine akademische Bezahlung spiegelt den sozialen Status wider, bezeichnet die Machtposition, erkennt die beruflichen Leistungen der Menschen an und hebt so wiederum das (berufliche) Selbstbewußtsein.

»Aber dadurch, daß ich mir darüber keine Gedanken gemacht habe, wo ich gesagt habe: Na ist ja Prima, wenn ich da knapp 2000 DM kriege; ist ja toll und damit war ich vollkommen zufrieden und mehr brauchte ich nicht und das reicht mir, irgendwie so nach dem Motto: Hauptsache, ich mach da inhaltlich was, was mir Spaß macht, habe ich aber währenddessen halt mitbekommen, daß in formalen, geregelten Arbeitsverhältnissen die Bezahlung von deiner ›Machtposition‹ nicht zu trennen ist.« (3, w)

Im Rahmen der Existenzsicherung gewinnt Geld im Verlaufe der Jahre an Bedeu-

tung, da sich das Sicherheitsdenken der PolitologInnen immer mehr ausprägt. Fragen der Rentenversicherung und Kinder spielen dabei eine zentrale Rolle.

»Wenn du Kinder hast und irgendwo rutschst du da auch so ein bißchen rein, daß du finanzielle Sicherheit brauchst, und nicht mehr so von einem Tag auf den nächsten lebst, aber es steht jetzt nicht so ganz oben drüber; Beruf muß ja auch noch Spaß machen.« (2, w)

5.3 Traumjob

Die AbsolventInnen hatten spätestens nach der zweiten Stelle entweder eine inhaltliche oder Bereichskontinuität. Diese Kontinuitäten sprechen gegen unsere zu Beginn der Studie aufgestellte Hypothese, daß PolitologInnen am Anfang ihres Berufsweges häufig in vielen voneinander unabhängigen Bereichen arbeiten. Dies – so dachten wir – geschehe einerseits zwar aufgrund der Arbeitsmarktlage, aber andererseits auch aufgrund ihrer eigenen Ansprüche und unklaren Berufsvorstellungen.

Erstaunlicherweise setzten die Interviewten diese Kontinuitäten auch bei der Beschreibung ihres Traumjobs fort, indem sie kaum vom aktuellen Arbeitsverhältnis abwichen. Lediglich zwei Interviewte äußerten völlig bereichsfremde Orientierungen, während die meisten sich relativ zufrieden zeigten. Dies kann verschiedene Ursachen haben:

Die AbsolventInnen sind weitgehend mit ihrer Arbeit zufrieden, haben gefunden, was sie wollen, und wünschen sich daher nur partielle Verbesserungen der aktuellen Arbeitssituation. Dies trifft für zwei Absolventinnen zu, die ihre aktuellen Stelle als Traumjob bezeichnen. Eine Selbständige:

»Also ich bin 'ne ganze Zeit da ziemlich in mich gegangen, was ich überhaupt wollte. Und ich bin letzten Endes dabei geblieben, daß ich Pressereferentin sein will. Und aber auch dann in 'nem Verband oder in 'nem Verein, der so meinen ideologischen Bedürfnissen auch nahe kommt ... Und ich habe mit jeder Bewerbung und auch mit manchen Vorstellungsgesprächen immer mehr gemerkt, was ich will und was ich nicht will. Und bin letzten Endes wirklich, ich denke das, was ich jetzt habe ist schon ziemlich genau das, was ich jetzt will.« (5, w)

»Es hat sich letztendlich auch ergeben. Ich habe eigentlich nie konkret darauf hingearbeitet und bin jetzt erstaunt, weil das mein Traumjob ist. Ich habe wirklich meinen Traumjob und bin damit glücklich und zufrieden, aber das ist ein Zufall.« (12, w)

Oder die AbsolventInnen passen ihre Utopien den Realitäten des Arbeitsmarktes an. So spiegelt sich in den Antworten auf die Frage nach dem Traumjob eine Unsicherheit hinsichtlich ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt wider: Trotz teilweise gegenteiliger Aussagen über die eigenen Möglichkeiten und häufiger positiver Selbsteinschätzung, sowie hohe (finanziellen wie inhaltlichen) Ansprüche an eine Stelle zeigt sich hierbei eine Unsicherheit, die sich in der Selbstbeschränkung der Wunschvorstellungen äußert. Mensch wünscht sich gar nicht erst einen wirklich tollen Job, damit die Enttäuschung, ihn dann nicht zu bekommen, nicht so groß ist.

»Also, grundsätzlich sehe ich eigentlich viele Möglichkeiten, die ich noch machen könnte. Und mir macht auch die Arbeit sehr viel Spaß, muß ich schon sagen. Was im Moment ein bißchen Schwierigkeiten bereitet, ist halt, daß hier innerhalb der Computerbranche oder der EDV-Branche eine ziemlich starke Krisensituation da ist und daß von daher auch fraglich wird, wie weit man das, was man eigentlich gerne machen möchte und wozu man Interesse hat, wie weit man das eben auch durchsetzen kann und verwirklichen kann. Aber grundsätzlich kann ich mir schon vorstellen, hier in diesem Unternehmen – und auch so mit dem, was ich mache – da voll weiterzumachen.« (6, m)

»Das Problem ist, ich habe lauter Kontakte in diesem Forschungsbereich und deswegen kann man sich das ja nicht ganz aussuchen, den Bereich wo man dann arbeitet. Eigentlich hätte ich mehr Lust auf Organisation, Management, Konferenzvorbereitung, Öffentlichkeitsarbeit, die Sachen, wo man nicht dauernd hinterm Schreibtisch und hinter irgendwelchen Büchern sitzt.« (8, w)

Häufig sehen die AbsolventInnen selbst geringe Abweichungen des aktuellen Jobs als utopisch an, weil es die gewünschten Stellen ihrer Meinung nach nicht gibt. Dies steht im krassen Gegensatz zu dem festgestellten Anwachsen ihres beruflichen Selbstbewußtseins. Entweder besteht hier eine reale Grenze ihrer Möglichkeiten oder ihnen ist der Aufwand zu hoch, um sich diese Stelle selbst zu schaffen oder zu suchen.

»Mein Traumjob, das wär irgendwo 'ne Stelle, wo ich mich weiter wissenschaftlich mit Lateinamerika beschäftigen könnte und wo ich einmal im Jahr vier Wochen dahin fahren könnte oder acht Wochen, ist ganz einfach. Das wär mein Traumjob. Ich fürchte, sowas gibt's nicht.« (10, m)

Die extremste Position ist die der völligen Absage an Wunschvorstellungen, die der völligen Desillusionierung oder Anpassung – je nach Blickwinkel der Betrachtung:

»So etwas kann ich schon gar nicht mehr haben. Also ich würde schon sagen, daß ich mich daran orientiere, was der Stellenmarkt auch hergibt. Das tut man einfach zwangsläufig, und man macht einfach Abstriche.« (11, w)

Einige AbsolventInnen haben keine Vorstellung vom Traumjob, da sie relativ ungeplant von Stelle zu Stelle weitersehen – die Berufsperspektiven bleiben so ziellos; die Zukunft wird weniger geplant, als vielmehr auf sich zukommen gelassen.

»Tja, keine Ahnung. Also wahrscheinlich schon bei einer Wochenzeitung oder bei 'nem Monatsblatt in dem bestimmten Ressort, wo ich aber nicht total drauf festgelegt bin, also jetzt nur Außenpolitik mache oder sowas.« (18, m)

Schließlich weichen zwei mit ihren Vorstellungen völlig von ihrer jetzigen Lebens- und Arbeitssituation ab:

»Also meine Traumtätigkeit wäre ja, wenn ich vormittags eine halbe Stelle als Lehrer hätte, ... an einem Gymnasium, dann irgendwann eine Frau hätte, die auch noch irgendwas mit nach Hause bringt, so daß man so ein gemeinsames Einkommen hat, von dem eben eine soundso-köpfige Familie leben kann. Dann eben nachmittags viel Zeit hätte für Familie plus das Bücherschreiben, das wäre das Ideale. Das gibt's ja nicht, aber das wäre so meine, ist immer meine Traumvorstellung gewesen.« (4, m)

»Also, wenn ich jünger wäre, dann würde ich Sexualwissenschaften studieren und Sexualtherapeutin werden. Ich beschäftige mich ganz viel mit Sexualwissenschaft, weil ich das unheimlich spannend finde, was es für eine beschissene Wissenschaft ist. So, also da möchte ich wirklich gerne einsteigen. Da könnte ich mir vorstellen, daß ich da noch mal richtig aufgehen könnte.« (13, w)

6. Fazit: Zwischen Anpassung und Selbstbestimmung

Die Erwerbsbiographien Hamburger PolitologInnen weisen eine Vielfalt auf, die weit über die klassischen Beschäftigungsbereiche für SozialwissenschaftlerInnen hinausgeht. Gleichzeitig stimmen sie nur wenig mit den allgemeinen Vorstellungen über den Verbleib von AkademikerInnen ohne direkte Berufsqualifikation überein.

Die vorliegende Studie versteht sich als Beitrag zur genaueren Beschreibung und Erklärung politologischer Berufsperspektiven und Werdegänge, indem sie diese Vielfalt in den Mittelpunkt des Interesses stellt – als zu erklärendes Phänomen sowie als strukturierendes Element der Vorgehensweise.

Aus inhaltlichen und methodischen Überlegungen haben wir die Frage nach der Vielfalt der Berufsverläufe auf den Aspekt des häufigen Wechsels der Beschäftigungsverhältnisse zugespitzt. Dieses Vorgehen ermöglichte:

- einen forschungslogischen Anschluß an die Berliner Verbleibsstudie mit ihrer Betonung des sogenannten Rotationsarbeitsmarkts,
- eine systematische Berücksichtigung sowohl struktureller Rahmenbedingungen (Wechsel als Ausdruck von Qualifikations- und Arbeitsmarkterfordernissen) als auch individueller Strategien (Wechsel als Ausdruck notwendiger oder gewünschter Orientierungsleistungen),
- eine Vergleichbarkeit der Offenheit sowohl innerhalb einzelner als auch zwischen mehreren Erwerbsbiographien,
- eine Unterscheidung zwischen Orientierungs-, Einfädelungs- und Etablierungsphasen in den beruflichen Karrieren.

In den Interviews wurde deutlich, daß Politologie zumeist nicht aus Karrieregründen studiert wird. Überhaupt betonten die Befragten immer wieder, daß Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung während des Studiums eine sehr wichtige Rolle gespielt haben.

Wie lassen sich nun die Berufsverläufe von PolitologInnen analytisch darstellen? Erklärt sich ihr Werdegang aus den Bedingungen des Rotationsarbeitsmarktes, dem Qualifikationsprofil eines Studienganges ohne Berufsbild oder den Präferenzen von PostmaterialistInnen, für die »entstandardisierte Erwerbsbiographien« eine Form der Selbstverwirklichung darstellen?

Im Zusammenspiel struktureller Bedingungen und individueller Handlungsoptionen ergeben sich für die Studienbewertung zwei zentrale Interpretationen:

1. Die durch die Studienbedingungen erzwungene Selbständigkeit des Arbeitens und die Flexibilität der Themengestaltung korrespondieren – in der

nachträglichen Beurteilung – mit den individuellen Erwartungen und Präferenzen. Diese positiv bewertete Ergänzung von flexibler Studiengestaltung und offener Lebensplanung wird allerdings vornehmlich von beruflich etablierten PolitologInnen beschrieben. Es ist anzunehmen, daß die extreme Eigenverantwortlichkeit der Studienorganisation von StudienabbrecherInnen oder weniger erfolgreich eingefädelten PolitologInnen weitaus stärker als Problem und Belastung wahrgenommen wird.

2. Das Studium der Politikwissenschaft provoziert ein Set von Sekundärqualifikationen (Flexibilität, Analyse- und Vermittlungsfähigkeit), das sich durchaus erfolgreich beruflich verwerten läßt. Als Ausdruck individueller Flexibilität und Durchsetzungsfähigkeit erleichtert es die Einfädelung in Arbeitsmarkt-Segmente, die kein genau beschriebenes Qualifikationsprofil kennen. In eben diesen Bereichen ermöglichen sie darüberhinaus nach der ersten Etablierung ein selbstbewußtes Behaupten und Sichern weiterer Karriereperspektiven.

Die gewollte und geforderte Flexibilität der PolitologInnen korrespondiert mit ihrem formal nur schwach geregelten Arbeitsmarkt. Nicht nur die Arbeit, auch der Weg zu ihr erfordert individuelle und flexible Strategien, die häufig zum Erfolg führen. So gewinnt das Konzept sozialer Netzwerke bei der Beschreibung des politologischen Arbeitsmarkts eine zentrale Bedeutung: Die Interviewten nutzten alle, mehr oder weniger intensiv, informelle Netzwerke bei der Arbeitssuche. Nur in den seltensten Fällen kamen sie allein aufgrund ihrer Qualifikation und einer Bewerbung zu einer Stelle. Einerseits nutzen sie die für sie erreichbaren Netzwerkstrukturen, um überhaupt von Stellenangeboten zu erfahren, die auf dem »offiziellen« Arbeitsmarkt gar nicht auftauchten. Andererseits führte gerade das Eingebundensein in Netzwerkstrukturen dazu, daß bestimmte Stellenangebote an sie herangetragen wurden.

Die Analyse des Arbeitsmarkts verdeutlicht zudem die Sonderrolle des Wissenschafts- und Bildungsbereiches. Nach unserer Untersuchung ist ausgerechnet dieser Bereich, in dem die Inhalte des Studiums der Politischen Wissenschaft am direktesten umsetzbar sind, derjenige, auf den am ehesten noch die Bezeichnung »Rotationsarbeitsmarkt« zutrifft. Im Gegensatz zu den übrigen Beschäftigungsbereichen ist er wesentlich durch ungesicherte und befristete Anstellungsverhältnisse geprägt. Bei den in diesem Bereich Arbeitenden wird Wechsel auch am ehesten als Problemstellung und weniger als Chance zur Selbstverwirklichung gesehen.

In den anderen Bereichen überwiegt dagegen die positive Wahrnehmung des Wechsels als Möglichkeit. Außerdem darf in keinem der Bereiche häufiger Wechsel der Arbeitsstelle mit geringem beruflichen Erfolg verwechselt werden.

Die Analyse der Arbeitsverhältnisse und Berufsverläufe der WechslerInnen

zeigte vor allem ein überraschendes Ergebnis: Der Wechsel zwischen verschiedenen Stellen wird von vielen Interviewten als weniger diskontinuierlich empfunden als er von außen erscheinen mag. Inhaltliche Kontinuitäten existieren oft über mehrere Stellen hinweg und auch der Bereich wird nur selten gewechselt. Allerdings können diese – teilweise konstruierten – Kontinuitäten auch eine kompensatorische Funktion bei real diskontinuierlichen Berufsverhältnissen erfüllen.

In vielen Einzelaspekten der Studie stellte sich immer wieder die Frage, ob bestimmte Strategien eher als Anpassung an vorgegebene Strukturen des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft oder als selbstbestimmtes Umsetzen persönlicher Vorstellungen gewertet werden können.

So artikulierten die Befragten tendenziell eine hohe Zufriedenheit mit ihren Arbeitsverhältnissen. Inhaltliche Vorstellungen spielten eine wichtige Rolle bei der Suche nach einer Anstellung. Andererseits waren die inhaltlichen Vorstellungen oft sehr unbestimmt und die Vorstellungen über einen Traumjob wichen in der Regel nur wenig von der gerade ausgeübten Arbeit ab.

Die AbsolventInnen erfüllen gleich in zwei Hinsichten nicht die Vorstellungen, die häufig über die beruflichen Chancen und Tätigkeitsfelder von PolitologInnen bestehen.

Die Befragten arbeiten in unterschiedlichsten Arbeitsstellen. Keineswegs bestätigen sie die Vorstellung, es sei quasi aussichtslos, nach dem Politikstudium einen angemessen bezahlten Job zu bekommen. Fast alle nutzen – nach eigenen Aussagen – bei ihrer Arbeit Qualifikationen, die sie durch ihr Studium erworben haben.

Die Ansprüche der Interviewten weisen keinerlei »politologische Besonderheiten« auf. Forderungen nach Selbstbestimmung und Emanzipation bleiben im Rahmen der (Un-)Möglichkeiten des Arbeitsmarktes. Der Machbarkeitsimperativ und die Akzeptanz der strukturellen Rahmenbedingungen lassen nur für wenige Raum für eine Reflexion der eigenen Position oder die Entwicklung von nicht auf dem bestehenden Arbeitsmarkt zu befriedigenden Bedürfnissen.

Damit schafft das Studium der Politischen Wissenschaft samt seiner schlechten Studienbedingungen in Hamburg eine eigene, nicht intendierte Qualifikation: Wer – trotz widriger Umstände – einen Abschluß des Studiums schafft, hat dabei ein Set von Qualifikationen erworben, für das auf dem Arbeitsmarkt durchaus Nachfrage besteht. Es handelt sich weniger um fachspezifisches politologisches Wissen, sondern um die Fähigkeit, sich schnell und eigenständig in unbekanntem Situationen zurechtzufinden.

Eine Fähigkeit, die sich kaum im Studium lehren läßt, die vielmehr in Ansätzen bereits vorher vorhanden sein muß. Das Studium fördert sie lediglich.

Anhang

Was die AbsolventInnen sagen

Im Fragebogen wurden mehrere Fragen in offener Form gestellt. Es waren keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben, sondern die Befragten konnten in freier Formulierung antworten. Durch die freie Form, die Wortwahl und die konkrete persönliche Erfahrung, die sich in den Texten widerspiegelt, wird der Leser viel anschaulicher und einfühlsamer mit den Aussagen der Absolventen konfrontiert, als dies durch die statistische Analyse des Fragebogens möglich ist. In diesem Abschnitt wird deshalb eine Auswahl von Antworten auf verschiedene offene Fragen aus dem Fragebogen präsentiert. Ohne den Anspruch auf Repräsentativität und Objektivität geben sie doch einen guten Eindruck sowohl von den grundlegenden Tendenzen als auch von der Bandbreite der Meinungen und Ansichten unter den Absolventen wieder.

Die wiedergegebenen Texte beinhalten teilweise recht heftige Kritik an den Studierenden, den Lehrenden und auch an uns, den Verfassern dieser Studie. Der Abdruck dieser Anmerkungen bedeutet nicht, daß wir die Aussagen als objektiv korrekt betrachten oder uns mit ihnen identifizieren. Die Aussagen bzw. die Empfindungen, Meinungen und Ansichten, die aus ihnen Sprechen müssen aber zur Kenntnis genommen und sich mit ihnen auseinandergesetzt werden. Uns hat manche Kritik an dem Fragebogen bei der Interpretation der Daten geholfen und wir bedanken uns deshalb ausdrücklich bei den Befragten, die von dieser Möglichkeit zur Kritik Gebrauch gemacht haben – manch andere Äußerung konnten wir dagegen nicht nachvollziehen oder hat uns nur ein stilles Schmunzeln entlockt.

Die Texte sind Zitate. Kürzungen sind durch [...] gekennzeichnet. Rechtschreibfehler wurden weitestgehend korrigiert. Hervorhebungen im Text sind auch im Originaltext enthalten. Die Nummer gibt die entsprechende Fragebogennummer an, die in Klammern angegebene Zahl das Jahr, in dem die/der Befragte ihr/sein politikwissenschaftliches Studium an der Universität Hamburg abgeschlossen hat.

1. Wenn Sie Ihren bisherigen beruflichen Werdegang betrachten, was würden Sie als Ihre wichtigste Erfahrung bezeichnen und was würden Sie einer/m BerufsanfängerIn empfehlen?

Nr. 154 (VolontärIn, 1990): Teamarbeit suchen, sich integrieren und gegenseitig motivieren. Auf ein eher schlechtes Klima vorbereitet sein und die Fähigkeit besitzen, seinen eigenen Weg, wenn's sein muß allein, zu gehen.

Nr. 155 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1990): ... daß Politikwissenschaft studieren nicht befähigt zum Politik»machen« (manchmal sogar verhindert, weil es zur Beobachtungsposition und zur Relativierung der eigenen Standpunkte zwingt).

Nr. 157 (DoktorandIn, 1986): Wichtigste Erfahrung: Auslandsaufenthalt; er erweitert persönlichen und beruflichen Horizont und gibt Spielraum für die Entfaltung/Erfahrung der eigenen Kreativität. ...

Nr. 160 (freie JournalistIn, 1985): 1. Es gibt ein Leben nach dem Studium! Den Beruf! 2. Der Job ist wirklich kein Elfenbeinturm, es sei denn man bleibt an der Uni. 3. Trotzdem kann kein Studium schaden.

Nr. 168 (RedakteurIn, 1989): Selbstbewußt eigene Kenntnisse und Fähigkeiten darstellen und mutig unbekannte Tätigkeitsfelder anstreben.

Nr. 171 (Wissenschaftliche GeschäftsführerIn, 1987): Stolz und Zähigkeit, Niederlagen einzustecken

Nr. 175 (Akademische RätIn, 1978): Mein Einstieg in den Beruf scheint mir untypisch reibungslos verlaufen zu sein, so daß ich kaum verallgemeinerbare Hinweise geben kann.

Nr. 183 (UnternehmensberaterIn, 1989): ... nach 2 Jahren Arbeit in einer verantwortlichen Stelle, wird es gleichgültig, ob man BWL, Politik oder Latein studiert hat.

Nr. 186 (VolontärIn, 1990): Herausfinden, wo die persönlichen Bedürfnisse liegen. Interessen sich selbst konkreter machen. Augen und Ohren offen halten, einen Fuß in die Tür stellen. Sich nicht verbiegen lassen und selbständig handeln.

Nr. 190 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1986): Flexibel sein und bleiben. Das Studium kann allenfalls eine Grundlage für's Berufsleben sein, auf das man sich speziell vorbereiten muß. ... Auf die wirklich bedrückende Situation des realen (Berufs)lebens – im Hinblick auf gesicherte Stellen – war ich persönlich leider nicht vorbereitet. Selbst ein »sehr guter« Abschluß feilt offenbar den/die, der/die (weiter) politologisch arbeiten möchte, nicht vor Arbeitslosigkeit und den psychischen Folgen. Das Selbstwertgefühl (selbst »überzeugter«) PolitologInnen muß dadurch leiden!

Nr. 191 (Bankkaufmann/frau, 1986): Meine wichtigste Erfahrung war, daß in den Bewerbungsgesprächen stets vielmehr gefordert und versprochen wurde, als der Job tatsächlich hergab. Meine Empfehlung: möglichst »hochstapeln«.

Nr. 192 (Wissenschaftlicher Angestellter, 1973): ... Arbeitsplatz Erfahrungen und direkt oder indirekt beruflich verwertbare Erfahrungen während des Studiums sammeln (auch Tätigkeit in stud. Selbstverwaltung, Initiative usw.) ... Auch Umwege in der Berufskarriere können wichtig sein und zu adäquater Tätigkeit führen.

Nr. 193 (LehrerIn für Krankenpflege, 1984): ... Das frühzeitige Kennenlernen von Tätigkeitsfeldern ermöglicht auch eine bessere Zielsetzung innerhalb des Studiums und ggf. ein zügigeres Studieren.

Nr. 195 (Wissenschaftliche DokumentarIn, 1989): Die Berufsaussichten für PolitologInnen sind nicht so schlecht, wie man allgemein glaubt bzw. einem glauben gemacht wird. Berufsanfänger sollten nicht panisch werden, wenn sich direkt nach dem Ende des Studiums beruflich nichts ergibt.

Nr. 197 (Freie Fotografin, 1980): Dir hilft keiner, also hilf dir selbst. Eigeninitiative entwickeln, aktiv werden, Zielprojektion entwickeln, mit allen denkbaren Möglichkeiten darauf hin arbeiten, flexibel sein, jede sich bietende Chance ergreifen ...

Nr. 204 (gelegentliche Honorartätigkeiten, 1988): Ich arbeite nicht im politologischen Bereich, habe aber die Erfahrung gemacht, daß das Studium flexibel macht und auf viele Bereiche anwendbar ist. ... Anfängern empfehle ich, ihren wirklichen Schwerpunkt zu erkennen und sich nicht entmutigen zu lassen. Nur wo man wirklich gut ist, setzt man sich durch....

Nr. 211 (RedakteurIn, 1989): Wichtigste Erfahrung: viel Glück gehabt. ... Aber um den Glück ein wenig nach zu helfen, hilft frühzeitige Orientierung und aktive Mitarbeit in potentiell interessanten Berufsfeldern (und zwar länger als nur kurze Praktika).

Nr. 215 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1989): ... Kommunikative Fähigkeiten an der Uni verschüttet oder abgewürgt – spielen im Berufsleben eine enorm wichtige Rolle, sind oft entscheidender als spezielle Fachkenntnisse.

Nr. 220 (VolontärIn, 1989): Mein Studium verwerte ich zwar nicht unmittelbar, ich merke aber immer wieder, daß ich viele Grundlagen (...) mitbekommen habe, die ich einsetzen kann. ...

Nr. 226 (DokumentarIn, 1986): Soviel Praxis wie möglich, soviel Theorie wie nötig. Und das den eigenen Neigungen folgend.

Nr. 233 (DozentIn, 1985): Nicht nur steil eine Karriere verfolgen, sondern Schlenker wagen und sich »Träume« verwirklichen. Aber uneingeschränkt zu dem stehen, was man macht.

Nr. 243 (DezernentIn, 1975): Das schwierigste war für mich, eine hauptberufliche Tätigkeit überhaupt aufnehmen zu können. ... die beruflichen Leistungserwartungen sind dagegen ein »Klacks«. Deshalb rate ich, bei der Suche nach dem beruflichen Anfang nicht zu wählerisch zu sein, den internen Arbeitsmarkt von Institutionen

ggbf. später zu nutzen, um Wunschvorstellungen näher zu kommen. Mehr als jede vertiefende, ergänzende Fortbildung bietet die Art, wie man seine Berufsrolle wahrnimmt, Chancen, Lebensqualität im Beruf zu erreichen. Einsatz wird enorm honoriert und eröffnet Neues. ... Ergo: Einstieg fast um jeden Preis, der Rest ist leichter.

Nr. 248 (JournalistIn, 1986): ... Die Uni ist nur als Trainee-Programm in Sachen Selbstbewußtsein wichtig

Nr. 249 (WirtschaftsredakteurIn, 1987): Das Studium nicht als Berufsqualifizierung begreifen, sondern als Denk- und Methodenschulung und auch als (wichtige) Formalqualifikation. ...

Nr. 254 (in Ausbildung, 1989): ... Das Diplom an sich ist keine Eintrittskarte für den Arbeitsmarkt. Studienanfänger sollten weniger auf ein schnelles erfolgreiches Studium aus sein, sondern sich die Zeit nehmen, außerhalb der Uni das »Leben danach« vorzubereiten.

Nr. 275 (Wissenschaftliche ReferentIn in einem Parlament, 1989): Die beruflichen Ziele in jedem Fall – auch in freier Mitarbeit/Honorar – zu verfolgen. Am Ball bleiben.

Nr. 302 (JournalistIn, 1991): ... »Karriere« ist abhängig von den drei Faktoren: Glück; Kompetenz; Fähigkeit, sich zu verkaufen

Nr. 305 (RedakteurIn, 1987): Mut behalten, trotz schwindenden Selbstwertgefühls bei Arbeitslosigkeit ...

Nr. 314 (ReferentIn für ausländische Studierende, 1983): Nicht zu lange jobben, ..., das Ziel der angestrebten Arbeit nicht aus den Augen verlieren, Kontakte knüpfen, Präsenz zeigen. ...

Nr. 316 (Freie JournalistIn, 1989): »Wirklich gute Leute brauchen wir immer«. Auf diese Aussage würde ich mich heute nicht mehr verlassen. Es ist nicht wichtig, besonders gut (ausgebildet) zu sein. Was zählt, ist, entscheidende Leute zu kennen. Eine interessante Festanstellung bekommt nicht, wer über umfangreiche Erfahrung verfügt, sondern wer als nett bekannt ist. ... Außerdem sind langjährige Segel- und Kneipenkontakte zehnmal wichtiger als das Vordiplom.

Nr. 323 (RedakteurIn, 1973): ... Ausbildung/Vertiefung kommunikativer Fähigkeiten, Arbeitstechniken statt Faktenwissen.

Nr. 327 (VerlagslektorIn, 1986): Um als Politologe einen qualifizierten Berufseinstieg zu finden, bedarf es m.E. großen Langmuts, Flexibilität, einer gewissen Unvoreingenommenheit, Eloquenz, Diplomatie und Zielgerichtetheit. ...

Nr. 333 (ProjektassistentIn Marktforschung, 1979): Nicht darauf vertrauen, daß man irgendwann dann doch einigermaßen qualifikationsadäquat unterkommt. M.a.W. rechtzeitig darauf achten, daß das, was man macht, eine tragfähige (und d.h. auch entlohnte) berufliche Perspektive bietet/eröffnet.

Nr. 340 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn der Landespolizeidirektion, 1971): ... in Verbindung mit korrespondierender Praxis setzt man sich dann am Arbeitsmarkt auch gegen (u.a.) Soziologen+Psychologen durch!

Nr. 343 (GewerkschaftssekretärIn, 1978): Man muß wissen, was man will und entsprechend arbeiten und Ehrgeiz entwickeln.

Nr. 344 (Aushilfe in einem Vertriebsbüro, 1991): 1. Gebt nichts auf das, was Arbeitsämter oder ähnliche Institutionen sagen, als Sozialwissenschaftler wird man sehr schnell als Zwangsarbeitsloser abgestempelt. 2. Die Chancen sind nicht allzu rosig, aber es gibt sie. ... 3. Das sozialwissenschaftliche Studium regt nicht gerade zu beruflicher Orientierung an. Professoren neigen dazu, lediglich Berufe zu empfehlen – wenn überhaupt – die nur Wenigen offenstehen. ...

Nr. 346 (PressereferentIn, 1982): ... Raus aus dem Elfenbeinturm und schon während des Studiums das angepeilte Berufsfeld kontaktieren.

Nr. 354 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn eines Europaabgeordneten, 1989): Das universitäre Studium sollte bei aller notwendigen Exotik gerade auch ein solides Basiswissen vermitteln, durch Praktika ergänzt werden und berufliche Perspektiven frühzeitig in die Studienplanung integrieren.

Nr. 363 (RundfunkmoderatorIn, 1989): Das Studium macht frei, macht den Kopf frei für neue und andere Gedanken, die man in der Lehre oder im Beruf nie erlernen kann. Die Freiheit der Gedanken hilft später sehr viel weiter. Für die Praxis ist das Studium völlig ungeeignet. ...

Nr. 368 (JournalistIn, 1987): Daß zu studieren, wozu man Lust hat, aber die Verwertbarkeit des Studiums nicht ganz aus dem Kopf zu verdrängen.

Nr. 370 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn eines Abgeordneten, 1990): Man darf sich nicht auf Stellenausschreibungen bei Bewerbungen beschränken. ... Wer keine Beziehungen hat, muß sich welche schaffen.

Nr. 380 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1989): Voraussehen+planen läßt sich wenig. Deshalb sollte man nicht an Prognosen verzweifeln, die ebensogut falsch wie richtig sein können.

Nr. 395 (ReferentIn, 1985): Bei konzentriertem, nicht zu langem, Studium kommt es auf die Wahl des Studienfaches nicht so sehr an. Wichtig ist, sich schriftlich und mündlich klar ausdrücken zu können.

Nr. 403 (LeiterIn Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, 1988): Die wichtigste Erfahrung für mich war, daß es sich als sehr günstig erwies, das Studium von Anfang an als berufsbegleitend bzw. vice versa (berufliche Tätigkeit studienbegleitend) aufzufassen. Daher gab es keine Übergangsprobleme nach Studienabschluß. ... Und jeder potentielle Arbeitgeber fand es lobenswert, das Studium eben nicht jahrelang per se betrieben zu haben.

Nr. 413 (LeiterIn eines Ministerbüros, 1985): ... Unbedingt sich offensiv als Politologe »verkaufen«, ggf. mit einer Zusatzqualifikation; erfahrungsgemäß wird man schnell feststellen, daß man in den konkreten Aufgaben den Absolventen anderer Fachrichtungen, insbesondere Juristen, z.T. weit überlegen ist.

2. Sind Sie bei Ihren bisherigen beruflichen Tätigkeiten oder in Bewerbungssituationen Vorbehalten gegenüber Ihrer Qualifikation als Politikwissenschaftlerin begegnet und welcher Art waren diese?

Nr. 154 (VolontärIn, 1990): Oft mußte ich schon die »Schlüsselfrage« beantworten: »Politik, ist das überhaupt eine Wissenschaft?« BWL + Jura, das sei etwas vernünftiges.

Nr. 169 (Arbeitslos, 1983): Kein Mensch weiß, über welche speziellen Fähigkeiten eine PolitologIn auf Grund des Studiums verfügt.

Nr. 183 (UnternehmensberaterIn, 1989): Nein. In großen Betrieben muß man auch das interne System politisch analysieren können.

Nr. 186 (VolontärIn, 1990): Zitate: »Ach, von denen gibt es ja so viele«. »Was lernen Sie da eigentlich?« »Theoretiker!«

Nr. 190 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1986): In einem Bewerbungsgespräch wurde durch Frage deutlich, daß PW als eher obskures »Fach« betrachtet wird, das zwar einen Hochschulabschluß bietet, der aber »eigentlich« nichts aussagt und wert ist! Diese Einschätzung empfand ich aber nicht als repräsentativ (für alle Arbeitgeber).

Nr. 194 (VerwaltungsbeamteIn, 1990): Der einzige Vorbehalt, der mir bekannt wurde, liegt darin, daß sich viele Personalreferenten oder auch Mitarbeiter im eigenen Berufsfeld nicht viel unter Politikwissenschaft vorstellen können.

Nr. 228 (UnternehmensberaterIn, 1972): Politologe wird gleichgesetzt mit politischem Interesse – das wird manchmal negativ gesehen. Politologen sollten daher immer auch ein praxisorientiertes Nebenfach studieren.

Nr. 243 (DezernentIn, 1975): Diffuse Vorbehalte, die man allerdings offensiv – nicht aggressiv – aufnehmen, dann auch auflösen konnte.

Nr. 257 (ReferatsleiterIn Personal, 1983): Ja, aber zu müde für Beispiele.

Nr. 259 (JournalistIn, 1979): Lächeln (mitleidig) ...

Nr. 277 (DokumentationsjournalistIn, 1986): Nein, erstaunlicherweise durchaus positiv.

Nr. 280 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1986): Politologie als »Zeitungswissenschaft«. Politologen als Leute, die über alles reden können, ohne fundierte Kenntnisse zu haben. Politik als lasches Studium, ohne »harte« Anforderungen.

Nr. 281 (ReferentIn für Öffentlichkeitsarbeit, 1975): Arbeitsamt-Vorschlag: Diplom einfach unterschlagen.

Nr. 298 (ArchivsachbearbeiterIn, 1985): Politologe? Ach dann sind sie bisher Taxi gefahren?

Nr. 302 (JournalistIn, 1991): Meist ein mildes Lächeln nach dem Motto: »Schadet nicht, nützt aber auch nicht.« Aber keine ernsthaften Probleme.

Nr. 311 (AssistentIn eines Bürgerschaftsabgeordneten, 1985): Ja, Überqualifizierung.

Nr. 316 (Freie JournalistIn, 1989): Es werden Bewerber bevorzugt, die ein Spezialwissen vorzuweisen haben: VWL, BWL, Jura, Japanisch, Arabisch.

Nr. 326 (PolitologIn, 1990): »Pseudowissenschaft«, »Laberfach«, »Inkompetenz«, »Realitätsverlust«.

Nr. 339 (Öffentlichkeitsarbeit in einem Verband, 1988): Eine brotlose Kunst! Andere Phantasien konnte ich nicht ausmachen.

Nr. 340 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn der Landespolizeidirektion, 1971): Unterwanderermythos. Politisch unzuverlässig/linksextrem.

Nr. 354 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn eines Europaabgeordneten, 1989): Vorbehalt: Politikwissenschaft = »Software«, »lockeres Studium«, »gute Noten gratis«.

Nr. 357 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn in einem Forschungsprojekt, 1990): Nicht unbedingt vorbehalten, sondern Unsicherheit/Unkenntnis darüber, was im Studium eigentlich vollzogen wird. Typische Frage: »Was machen/können eigentlich Politologen?«

Nr. 366 (TutorIn, 1991): Was wollen Sie überhaupt hier? Warum haben Sie überhaupt Pol. Wiss. studiert? Wollen Sie denn Politiker werden? Wenn schon Politologe, warum dann so überdurchschnittliche Noten und so lange studiert?

Nr. 385 (DozentIn, 1981): Unkenntnis über Politikwissenschaft im allgemeinen. Gezielte Politologenverleumdung durch Politiker wie F.J. Strauß.

Nr. 390 (ProjektberaterIn Entwicklungspolitik, 1987): »Politologische Diplomarbeiten werden schlimmstenfalls mit Note 2 bewertet«. Unspezifisches Generalistenstudium.

Nr. 410 (ÖkonomIn, 1991): Als die Visitenkarten gedruckt werden sollten, wurde trotz meiner Proteste auf den Titel »Volkswirtschaftler« bestanden.

Nr. 426 (Marketing-BeraterIn, 1980): Linke Socke, Politspinner. »Wozu so ein Studium«, von Politik versteht doch jeder 'was!

3. Wenn Sie an Ihr politikwissenschaftliches Studium zurückdenken: Was hat Ihnen besonders gefallen bzw. besonders mißfallen?

3.1. Was hat Ihnen besonders gefallen?

Nr. 159 (in Ausbildung, 1985): Da mir das Studium generell Spaß gemacht hat, habe ich keine besondere positive Seiten zu vermelden. Damit erübrigt sich auch die Frage nach den negativen Seiten.

Nr. 169 (Arbeitslos, 1983): Der Zug ins Realistische, die Begrenzung auf das, was unter dem Aspekt von »Wirklichkeit« Relevanz aufweist.

Nr. 186 (VolontärIn, 1990): Gefallen hat mir wenig. Ich habe meine Fähigkeit, analytisch zu denken, trainiert und die Zeit für einen Auslandsaufenthalt genutzt.

Nr. 194 (VerwaltungsbeamteIn, 1990): Die Möglichkeit, das Studium mit Eigeninitiative weitgehend frei zu gestalten

Nr. 204 (gelegentliche Honorartätigkeiten, 1988): Die Möglichkeit der Vertiefung von Schwerpunkten, wenn man sie denn gefunden hatte.

Nr. 210 (JournalistIn, 1988): Die Lehrinhalte sowie die Dozenten ...

Nr. 233 (DozentIn, 1985): Daß ich im Studentenwohnheim meinen jetzigen Mann kennengelernt habe und mit ihm zusammen viel Zeit zum Genießen hatte.

Nr. 285 (Wissenschaftlicher AngestellteR, 1970): Persönlicher Bezug zu Profs., harte aber faire Klausuren + Prüfungen, Leistung war gefragt.

Nr. 299 (DoktorandIn, 1991): Besonders gefallen hat mir die Freiheit, sich Zeit zu nehmen für die unterschiedlichen Forschungsbereiche, auch mal in andere Disziplinen hineinzuschnuppern, also nicht vom 1. Semester an festgelegt zu sein und so einen eigenen Arbeitsrhythmus zu finden.

Nr. 302 (JournalistIn, 1991): Nette Zeit mit hohem Freizeitwert am Anfang. Habe gelernt, strukturiert zu denken und gesellschaftliche Vorgänge systematisch-politikwissenschaftlich zu betrachten.

Nr. 331 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1987): ... Wenn sich Kontakte zu Profs/Dozenten ergab, so war dieser immer angenehm und bildend (Wochenendseminare). ...

Nr. 338 (DozentIn in der beruflichen Erwachsenenbildung, 1976): Besonders gefallen haben mir einige der ganz kleinen Seminare, die es damals noch gab. Hier konnte ich meine Stärken entfalten und meine Schwächen erkennen. Noch immer bin ich einem Dozenten dankbar, der mir einen Schein verwehrte mit dem Hinweis, ich würde nicht wissenschaftlich arbeiten. Er zeigte mir dann aber umgehend, wie ich arbeiten müßte. Seine Ablehnung war in Wirklichkeit eine besondere Zuwendung.

Nr. 356 (RedakteurIn, 1985): Projekt über 2 Semester zum Thema Rüstung mit gut funktionierenden AGs. Selbstorganisierte AGs. ...

Nr. 358 (GeschäftsführerIn, 1974): Die Breite der systematischen Zugänge zu gesellschaftlich/politischen Fragen.

Nr. 368 (JournalistIn, 1987): ... Das Privileg, sich intensiv mit einem Thema auseinanderzusetzen zu können.

Nr. 379 (BetriebswirtIn, 1977): Gut gefallen hat mir die Offenheit, mit der die verschiedenen Themen in den Bereichen erarbeitet und diskutiert wurden.

3.2. Was hat Ihnen besonders mißfallen?

Nr. 153 (Wissenschaftliche GeschäftsführerIn, 1984): ... aus heutiger Perspektive: Sehr geringe praktische empirische Kenntnisse von Politikprozessen, (sehr hohe Naivität) der Lehrenden ...

Nr. 155 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1990): Zu wenig Verbindungen geschaffen zwischen Leben-Arbeiten-Studium.

Nr. 158 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn in einem Abgeordnetenbüro, 1991): Die anonyme Studiensituation habe ich als sehr unbefriedigend und demotivierend empfunden. Die Räumlichkeiten vermitteln ein unwürdiges Klima.

Nr. 186 (VolontärIn, 1990): Politologen haben einen erheblichen Minderwertigkeitskomplex; arbeiten wenig an der Praxis orientiert. Die ganzen Theorien schulen zwar das Gedächtnis, aber wer glaubt schon, daß damit ein Blumenpott zu gewinnen ist.

Nr. 193 (LehrerIn für Krankenpflege, 1984): ... Die unreflektierte Präsentation von Seminaren, in denen die Dozenten meistens nicht die Meßlatte anlegen, die jeder Student bei der wissenschaftlichen Bearbeitung eines Gegenstandes anlegen muß. ...

Nr. 194 (VerwaltungsbeamteIn, 1990): Die anfänglich fehlende Erläuterung über Sinn und Zweck eines politikwissenschaftlichen Studiums. ...

Nr. 198 (LeiterIn Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, 1978): Mißfallen hat mir generell der Massenbetrieb (teilweise viel zu große Seminare), die eine effektive Arbeit kaum zuließen und die daraus bedingte Anonymität. In den Gruppenarbeiten habe ich bei meinen Kommilitonen oft die nötige Arbeitsdisziplin vermißt. Bei einigen Lehrveranstaltungen habe ich die nötige didaktische Konzeption des Lehrkörpers vermißt, so daß ein Lernerfolg kaum feststellbar war, weil die Diskussion oft zerfaserte. Die persönliche Betreuung war höchst mangelhaft. ...

Nr. 204 (gelegentliche Honorartätigkeiten, 1988): Unstrukturiertheit mit Tendenz zur Verzettlung oder Bezugslosigkeit. Ich habe mich oft gefragt: Was ist eigentlich Politologie?

Nr. 254 (in Ausbildung, 1989): Mir fehlte die Beratung bezüglich der Studienorganisation und Berufsplanung. Auch ließen sich viele interessante Themen aus Mangel

an Lehrkräften nicht kontinuierlich in Seminaren weiterverfolgen. Schließlich war die personelle und materielle Ausstattung des Fachbereichs demotivierend.

Nr. 295 (BeauftragteR für Öffentlichkeitsarbeit, 1990): Die Begleitung durch die Lehrenden war häufig mangelhaft, Termine bei konkreten Problemen waren kaum zu bekommen, die wissenschaftliche Diskussion kam zu kurz, bei Nachfragen – auf der Suche nach Literatortips – kam oft nichts von den Dozenten. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, daß das mit dem Mißverhältnis Dozentenzahl/Studentenzahl zu tun hat. Bei anderen Verhältnissen würden die Seminare auch mehr bringen, mit 120 Leuten im Seminar wird Lernen zur Groteske.

Nr. 302 (JournalistIn, 1991): Im Verlauf des Studiums zunehmender Frust über »Larberseminare« und Praxisferne des Studiums.

Nr. 309 (JournalistIn, 1985): ... Zu wenig gute Vorlesungen, zu viele schwammige große Seminare, zu wenig Prüfungen während des Studiums (mißfällt mir erst seit den Diplomprüfungen).

Nr. 312 (Wissenschaftlicher AngestellteR in einem Ministerium, 1981): ... Im Examen wurden dann die Leistungen gefordert, die die Prüfer als Lehrende selbst nicht erbracht hatten.

Nr. 317 (DozentIn für Deutsch als Fremdsprache, 1990): Nicht gefallen hat mir die völlige personelle Unterbesetzung des IPW, die dazu führte, daß die Seminare in der Regel völlig überfüllt waren und eine fachliche Betreuung der Studierenden nicht oder nur wenig stattfand. ...

Nr. 325 (GeschäftsführerIn, 1987): ... Politikwissenschaft an sich hat mir nie so recht gefallen, v.a. wg. der objektiven Wirkung des Faches (Lähmung) auf die politische Handlungsbereitschaft der dieses Fach studierenden Subjekte. ...

Nr. 356 (RedakteurIn, 1985): Keine Methodenlehre, völlig alleingelassen worden bei der Diplomarbeit. Überfüllte Seminare, pädagogisch unterirdisch (nur frontal, egal ob Prof oder Kommilitone).

Nr. 367 (Freie JournalistIn, AutorIn, 1986): ... Das Interesse der Professoren an ihren Studenten ist oftmals unter aller Sau. Für manch einen, der nicht die entsprechenden Nerven hat, ist das Studium der direkte Weg in die Depression.

Nr. 368 (JournalistIn, 1987): Die Studienbedingungen, die Praxisferne, die »Wissenschaftssprache«, die latente Perspektivlosigkeit.

Nr. 371 (ProjektbearbeiterIn Entwicklungshilfe, 1983): Das Studium ist doch recht »weltfremd«.

Nr. 382 (StudienberaterIn, 1988): Die unmenschliche Atmosphäre am Fachbereich 05.

Nr. 389 (JournalistIn, 1991): ... Die Gestaltung einer Seminareinheit durch Studis – z.B. auch unter Zuhilfenahme von Overhead-Projektoren etc. – müßte mehr bespro-

chen, gelernt, kritisiert werden. Gerade Gastdozenten bzw. Praktiker (z.B. H. Meyn) zeigten mehr Kreativität, Engagement und mehr Willen ihre Erfahrungen zu vermitteln, als die Profs. ...

Nr. 395 (ReferentIn, 1986): Mißfallen hat mir, daß – teilweise – Vorlesungen und Seminare ein erschreckend niedriges Niveau hatten, was meines Erachtens an resignierenden Professoren lag, gegenüber einer großen Zahl von Studenten – die wenig leisteten aber um so ideologischer dachten.

Nr. 421 (PressereferentIn, 1986): Fehlende Leistungskontrollen z.B. in Form von Klausuren und Hausarbeiten.

Nr. 434 (ReferentIn bei einer Landtagsfraktion, 1984): Die Prüfungsanforderungen hätten härter sein müssen, um auch in Richtung Arbeitsmarkt die Legitimation dieses Studiums zu erhöhen.

4. Kritik, Anregungen, Bemerkungen

4.1. Bemerkungen zur Studie

Nr. 160 (Freie JournalistIn, 1985): Ziemlich gut der Fragebogen. Keine Frage dabei, die ich nicht beantworten konnte, weil es kein »Kästchen« für meine Antwort gab.

Nr. 171 (Wissenschaftliche GeschäftsführerIn, 1987): Zu lang. Schlecht skaliert (unentschieden o.ä. fehlt oft) & verbalisiert. ...

Nr. 172 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1980): Eine gute Initiative, die regelmäßig durchgeführt werden sollte und zu Reflexionen der Studienpraxis führen sollte

Nr. 183 (UnternehmensberaterIn, 1989): Sehr lang! 1,5-2 Stunden aber interessante Fragen!

Nr. 196 (PR-AssistentIn, 1991): Fragen zur Bedeutung von Politik und politischem Engagement vertiefen. These: Bedeutung wird im Laufe des Studiums relativiert am Ende/im Beruf sogar z.T. negiert.

Nr. 206 (JournalistIn, 1976): Dieser Fragebogen ist ein interessanter Erinnerungsfahrplan der eigenen Karriere. Kritik: die angegebene Bearbeitungszeit ist um 200% untertrieben – oder bin ich so langsam? (Ist mir auch egal!) Macht gute Werbung, Jungs und Mädels! Dieser sogenannte »Appendix«-Studiengang wird unterschätzt.

Nr. 216 (ohne Berufsangabe, 1989): Der Fragebogen hat mir gut gefallen. Könnte man ihn nicht erweitern um Fragen, die den »allgemeinen«, »philosophischen« Wert eines (Politik)studiums betreffen? Der berufliche Wert eines Studiums ist zwar absolut wichtig, doch da ein Studium in der Regel in das Alter von 20-30 fällt, hat es auch ohne seine beruflichen Konsequenzen erheblichen Wert. ...

Nr. 259 (JournalistIn, 1979): Ich finde es elendig, daß Studium als Berufsvorbereitung/-einstieg gesehen wird, gewissermaßen als akademische Lehre. Eure Fragen geben keinerlei Raum für eine solche Blickweise: Ich habe viel gelernt, weiß aber nicht wozu – warum auch nicht! Passives Wissen mag Luxus sein, aber es macht ausgeglichener. Die Berufsorientierung ist kleingeistig, sorry. ...

Nr. 268 (WirtschaftsreferentIn, 1988): Ich empfand den Fragebogen sehr durch eine negative Einstellung gegenüber der Politikwissenschaft und den möglichen Berufschancen geprägt. Nach dem Muster, ich muß mich entschuldigen bzw. rechtfertigen, warum ich PW studiert habe.

Nr. 366 (TutorIn, 1991): Welchen Wert hat eine solche Erhebung? Daß man mit einem Pol-Studium nicht viel anfangen kann, wissen wir doch alle! Trotzdem habe ich die Fragen gerne beantwortet, weil ich endlich mal als Politologe nach meiner Meinung gefragt wurde.

Nr. 367 (Freie JournalistIn, AutorIn, 1986): Wie haben Sie meine Adresse in Berlin gefunden?

Nr. 377 (Arbeitslos, 1984): Wahrhaft, dieser Fragebogen wurde von Politologen erstellt. Mir ist ganz heimelig geworden, als ich die ganzen Kategorisierungen gelesen habe – so weit weg von der Realität (es hat mich frustrierende Jahre gekostet zu lernen, daß die Uni nicht die Realität ist – leider, leider). Trotzdem, viel Spaß und entschuldigt die Kommentare, sie sind nicht böse gemeint. ...

Nr. 408 (Consultant, 1972): Der Fragebogen zeigt mal wieder, daß Studium und Berufstätigkeiten der Politologen derart undefinierbar sind, daß die reale Einzelsituation des Befragten von keinem Bogen wirklich erfaßt wird. ...

Nr. 432 (PressereferentIn bei einem Wirtschaftsverband, 1987): Hat Spaß gemacht. Fragebogen hat sicher alles wesentliche abgedeckt. Bin auf das Ergebnis gespannt.

4.2. Allgemeine Bemerkungen zu Studium und Studienfach

Nr. 156 (Wissenschaftliche AssistentIn bei einem Abgeordneten, 1990): ... Ich glaube, daß Politikwissenschaft wichtig ist, aber unbedingt in Inhalten, Methoden etc. den Erfordernissen des Berufs mehr angepaßt werden muß, ohne das Studium damit »stromlinienförmig« machen zu wollen. ...

Nr. 184 (JournalistIn, 1984): ... Zum Studium und den diesbezüglichen Fragen fällt mir noch ein, daß es gut und nützlich wäre, wenn der Fachbereich auch nach dem Studium den Kontakt zu ehemaligen Absolventen suchen und pflegen sollte. Das würde sicher auch jetzigen Absolventen nützen.

Nr. 215 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1989): ... Auch rückwirkend betrachte ich die Studienbedingungen im Bereich Sozialwissenschaften (läßt sich auch für Jura/Ökonomie usw. belegen) als unmenschlich und destruktiv. Im Vergleich dazu empfinde ich mein wirklich sehr stressiges Berufsleben als psychische Regeneration.

Nr. 243 (Dezernent, 1975): Auflösung von »Vor-Bildern«, Einsicht in kategoriale Fixierungen, »systemisches« Denken; nachdem ich eine Reihe von »AkademikerInnen« in ihrem beruflichen Alltag kennengelernt habe, scheint es mir vielleicht doch ein bißchen mehr Interesse und Sensibilität für o.g. Fragen unter Sozialwissenschaftlern als unter anderen Fachrichtungen zu geben.

Nr. 271 (TrainerIn, GruppenleiterIn, 1987): Laden Sie regelmäßig Vertreter aus Unternehmen ein, die den Studenten ihre Branche, Tätigkeit, Anforderungen, Perspektiven vortragen.

Nr. 288 (Wissenschaftliche MitarbeiterIn, 1991): Unbedingt erforderlich gewesen wäre in meinen Augen eine stärkere Verschulung im Grundstudium, da gymnasiale Oberstufe so gut wie nicht auf ein so »freies« Studium vorbereitet. Verschulung im Sinne von verstärkter Abforderung von Leistungsnachweisen in Form von Klausuren, besseres Einüben von wissenschaftlichem Arbeiten, insbesondere was das Erstellen von Hausarbeiten angeht, stärkeres Herausstellen von unbedingt zu lesender Grundlagenlektüre u.a.!

Nr. 299 (DoktorandIn, 1991): ... Meine Hauptkritik richtet sich gegen die Orientierungslosigkeit des Studiums, die zugleich mit einer weitverbreiteten Engstirnigkeit der Dozenten einhergeht, die eben in ihren Grenzen denken und den aufklärerisch-kritischen Anspruch der Politologie nur als hohle Pathosformel an die StudentInnen weitergeben. Das »Handwerkszeug« – Methodenlehre, auch grenzüberschreitend, Rhetorik, Schulung des analytischen Denkens und Lehre (nicht »billige« Forschung vermittelt der Studierenden) der Grundlagenwerke – kommen eindeutig zu kurz. Kreativität und Spontanität werden nicht gefördert, geschweige denn produktiv umgesetzt. Die Erkenntnisinteressen der Politologie müßten auch stärker nach außen porträtiert werden. Häufig fehlt den Studierenden ein Bild von der eigenen Leistung, welches dann eine entsprechende Selbstdarstellung, ja ein größeres Selbstbewußtsein gegenüber anderen Disziplinen ermöglichen könnte.

Nr. 310 (Taxiunternehmer, ???): Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin nach rund 11/2jähriger Arbeitslosigkeit Taxiunternehmer geworden. Wirtschaftlich geht es mir sehr gut, jedoch muß ich die berufliche Entwicklung als unfafßbar bezeichnen. Unterzeichner: Paul B., Dipl-Betriebswirt, Dipl-Pol.

Nr. 345 (ReferentIn bei einer Behörde, 1986): Freier Aufbau des Studiums positiv. Andererseits steckt da auch eine große Gefahr drin sich zu zerfasern, hierzu müßten die Hochschullehrer gerade im sozialwissenschaftlichen Bereich größere Anleitungen und Hilfestellungen geben.

Nr. 374 (RedakteurIn, 1986): ... Was ich mir als Ergebnis meiner Erfahrungen wünsche, ist die Einbindung von Berufsinformationen und -planungsvorschlägen in das Studium – gerade weil kein konkretes Berufsbild angepeilt wird, sondern alles reichlich diffus bleibt. Andererseits lernt man so viele Dinge, die an so vielen Orten nützlich angewandt werden konnten – wenn man auch noch lernen würde, sie dem künf-

tigen Chef zu verkaufen. Und diese Vorarbeit muß eigentlich von der Uni kommen.

Nr. 436 (DoktorandIn, 1988): ... Einzelbereiche bedeuten nur für spätere Spezialisierung etwas. Nicht einzelne Seminare zählen, sondern der selbstbewußte Umgang mit erworbenem Grundwissen. Studium sollte primär Flexibilität im Leben vermitteln ... (»Horizonte«).

Nr. 437 (ProjektassistentIn Entwicklungshilfe, 1990): Guter Fragebogen!! Herzliche Grüße an Prof. Dr. Peter Raschke, dem ich sehr interessante Seminare verdanke!

Tabellenanhang

Tabelle 47: Durchschnittliche Beurteilung erworbener Fähigkeiten

(Angaben in Prozent)

Geben Sie bitte an, welche der nachstehenden Fähigkeiten Ihnen durch das Studieren am IPW vermittelt bzw. gefördert wurden	nicht (0)	wenig (+1)	mittel (+2)	viel (+3)	Durchschnitt	N
Analytische Fähigkeiten (Durchschnitt)	3	14	39	42	2,23	
Fähigkeit, selbständig zu arbeiten	3	9	29	59	2,44	318
Analytische Fähigkeiten	2	14	39	46	2,29	319
Fähigkeit zur eigenständigen Entwicklung von Fragestellungen	3	17	45	35	2,12	324
Kritikfähigkeit	4	17	45	34	2,08	316
Fachliche Fähigkeiten (Durchschnitt)	4	24	43	29	1,98	
Breites Grundlagenwissen	1	22	45	32	2,07	325
Recherchieren	6	25	35	35	1,99	322
Spezialisiertes Fachwissen	3	26	48	24	1,92	318
Referieren	5	24	44	26	1,92	320
Pers.-charakterliche Fähigkeiten (Durchschnitt)	19	37	30	14	1,39	
Selbstdisziplin	22	33	24	22	1,46	320
Kreativität	16	40	32	12	1,39	318
Durchsetzungsfähigkeit	19	39	34	9	1,33	318
Kooperative Fähigkeiten (Durchschnitt)	19	39	33	10	1,33	
Fähigkeiten zu gleichberechtigtem Diskussionsverhalten	15	33	38	15	1,52	320
Fähigkeiten zur Kooperation	14	35	39	12	1,48	321
Fähigkeit, sich zu integrieren	20	43	31	6	1,23	317
Fähigkeit, andere zu integrieren	25	46	24	6	1,10	314
Orga.-konzeptuelle Fähigkeiten (Durchschnitt)	24	37	29	10	1,25	
Fähigkeiten, Konzepte zu entwickeln	9	30	44	17	1,68	321
Fähigkeit, Arbeits- und Entscheidungsprozesse zu organisieren	26	35	28	10	1,22	316
Fähigkeiten, theoretische Konzepte umzusetzen	28	43	24	5	1,06	312
Organisatorische Fähigkeiten	33	38	22	8	1,04	319
Politische Fähigkeiten (Durchschnitt)	27	44	23	6	1,08	
Rhetorische Fähigkeiten	23	41	30	7	1,21	317
Politisches Handeln	31	47	17	5	0,96	314

Lesebeispiel: Die analytischen Fähigkeiten setzen sich zusammen aus der Fähigkeit zum Selbständigen Arbeiten, Kritikfähigkeit usw.

Tabelle 48: Vorrangige Ziele zu Beginn, während und am Ende des Studiums in Prozent

(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, N=331)

Gesichtspunkt	Beginn	Ende	konstant ¹⁹⁶
Persönlichkeit formen	96	79	77
darunter: kritische Einsicht gewinnen	90	65	61
Selbstverwirklichung	50	36	30
Zeit für andere Aktivitäten	16	15	9
Beruflich orientieren (Eintrittschance für berufliche Karriere)	33	40	18
Politik betreiben	62	39	34
darunter: gesell. Veränderungen mit herbeiführen	47	21	17
politisches Handeln besser lernen	36	22	15
mit politischen Aktivitäten verbinden	31	18	12

Tabelle 49: Politisches Engagement der Absolventen in den letzten zwei Jahren nach Geschlecht und Abschlußjahr

(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Haben Sie sich in den letzten zwei Jahren für eine politische Sache besonders eingesetzt? Durch:	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Diskussionen	64	63	69	62	65
Demonstrationen	44	45	42	38	47
Spenden	36	35	39	47	30
Bürgerinitiativen	23	22	26	24	22
Parteilpolitik	19	20	17	22	18
Wahlveranstaltungen	19	19	18	20	18
Bürgerbeteiligung	14	15	13	22	11
beruflicher Einsatz	9	10	7	7	11
Leserbriefe	9	9	7	8	9
Anderes	5	3	8	5	5
Nein	15	15	16	12	16
N	316	220	96	101	215

¹⁹⁶ Zustimmung zum Ziel sowohl zum Beginn als auch zum Ende des Studiums

Tabelle 50: Die Nützlichkeit von im Studium erworbenen Fähigkeiten für das Berufsleben

(Angaben in Prozent, N=329)

Fähigkeit	nützlich für Beruf	im Studium erworben	im Studium erworben und nützlich für Beruf	Nutzenquote
Fähigkeit, selbständig zu arbeiten	81	88	71	81
Organisatorische Fähigkeiten	72	29	22	76
Analytische Fähigkeiten	72	84	62	74
Fähigkeit, Arbeits- und Entscheidungsprozesse zu organisieren	71	38	28	74
Breites Grundlagenwissen	61	77	51	66
Fähigkeit, Konzepte zu entwickeln	63	61	38	62
Durchsetzungsfähigkeit	63	43	26	60
Recherchieren	58	70	41	59
Fähigkeit zur Kooperation	56	51	30	59
Selbstdisziplin	49	46	27	59
Rhetorische Fähigkeiten	56	37	22	59
Kreativität	59	44	25	57
Fähigkeit zur eigenständigen Entwicklung von Fragestellungen	57	80	45	56
Referieren	52	71	38	54
Kritikfähigkeit	52	79	39	49
Fähigkeit, sich zu integrieren	39	37	15	41
Fähigkeit, andere zu integrieren	39	30	12	40
Fähigkeit, theoretisch Konzepte umzusetzen	34	29	10	34
Fähigkeit zu gleichberechtigtem Diskussionsverhalten	33	52	17	33
Spezialisiertes Fachwissen	26	71	20	28
Politisches Handeln	15	22	5	23

Tabelle 51: Einkommensverteilung unter den erwerbstätigen Politologen nach Geschlecht und Abschlußjahr

(Angaben in Prozent, N=263)

Einkommensgruppe (Brutto-Monatslohn)	Gesamt		Abschluß vor 85		Abschluß ab 85	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
niedrig (bis 3000 DM)	11	25	4	11	16	30
mittel (bis 6000 DM)	50	57	29	42	64	62
hoch (über 6000 DM)	39	18	67	47	20	8
N	191	72	76	19	115	53

Tabelle 52: Verteilung der berufstätigen AbsolventInnen auf einzelne Berufsbereiche

(Angaben in Prozent)

Beschäftigungsbereich	Ins-gesamt	Geschlecht		Abschlußjahr	
		M	W	vor 85	seit 85
Medien	30	28	34	29	30
darunter: Zeitungen/Zeitschriften	12				
Fernsehen/Rundfunk	8				
Verlage	3				
Medien allgemein	7				
Forschungs-/ Bildungseinrichtungen	20	19	22	21	19
darunter: Universitäten/Hochschulen	11				
Öff. Bildungseinrichtungen	5				
Außeruniv. Forschungseinr.	4				
Handel/private Dienstleistungen	20	21	16	24	18
darunter: Private Dienstleistungen	15				
Handel	5				
Politik	15	14	17	14	15
darunter: Parlamente	5				
Verbände	3				
Gewerkschaften	2				
Parteien	1				
NRO	1				
Stiftungen	1				
Öffentlicher Dienst	13	14	11	11	13
darunter: Verwaltung	10				
Körperschaft des öffentlichen Rechts/öffentlicher Dienst	3				
Sonstiges	3	5	0	1	5
darunter: Kirche	1				
Industrie	1				
Selbstverwalteter Betrieb	1				
Anderes	1				
N	273	197	76	98	175

Tabelle 53: Beurteilung¹⁹⁷ der beruflichen Perspektiven durch die erwerbstätigen AbsolventInnen hinsichtlich wichtiger Aspekte nach Geschlecht und Abschlußjahr

(Angaben in Prozent, N=278)

Wenn Sie zur Zeit einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen, wie beurteilen Sie Ihre beruflichen Perspektiven bezüglich:	Ins-gesamt	Als positiv stuften ein:				N
		Geschlecht		Abschlußjahr		
		M	W	vor 85	ab 85	
Selbständige Arbeitsformen	93	95	90	97	91	270
Persönliches Interesse am Inhalt der Tätigkeit	92	92	92	94	91	272
Gehalt/Einkommen	90	90	88	92	88	185
Die Stadt, in der ich meiner Arbeit nachgehe	88	91	82	93	84	163
Öffentliche Wirksamkeit der Tätigkeit	84	85	82	90	80	127
Absicherung der Tätigkeit	83	84	81	89	81	150
Möglichkeiten der Teamarbeit	82	84	77	90	77	189
Politologischer Bezug der Tätigkeit	81	82	83	86	79	102
Betriebliches Klima	80	83	75	86	79	239
Einflußchancen durch die Tätigkeit	79	81	75	84	76	189
Aufstiegchancen	76	79	68	80	73	163
Strikte Trennung von Beruf und Privatem	74	71	79	95	62	54
daß der Beruf meine eigentlichen Interessen nicht beeinträchtigt	71	72	69	73	69	82
Arbeitszeitliche Regelungen	67	69	65	75	64	100

Lebeispiel: Von den 270 Befragten, denen die Trennung von Beruf und Privatleben ziemlich oder sehr wichtig ist, geben 93% an, daß sie die Aussichten bezüglich dieses Aspektes positiv sehen.

¹⁹⁷ Sehr positiv oder eher positiv. Grundlage ist eine vierstufige Skala von sehr negativ bis sehr positiv. Zusätzlich gab es die Möglichkeit »interessiert mich nicht«, die hier als fehlender Wert angesehen wird.

Literaturverzeichnis

- Alba, Richard D./Moore, Gwen 1984: Elite Social Circles, in: Burt/Minor 1984
- Albrecht, Ulrich/Altwater, Elmar/Krippendorf, Ekkehard (Hg.) 1989: Was heißt und zu welchem Ende betreiben wir Politikwissenschaft, Opladen
- Büllesbach, Alfred/Ferdowsi, Mir A. (Hg.) 1979: Politikwissenschaft und gesellschaftliche Praxis. Normative Selbststeuerung oder Arbeitsmarktorientierung, München
- Bülow-Schramm, Margret/Martens, Bernd/Nullmeier, Frank 1987: Akademiker und akademisch Angelehrte. Wandlungsprozesse im beruflichen Handeln von Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaftlern, Frankfurt/New York
- Bader, Reinhard/Habel, Werner/Lüde, Rolf v./Metz-Göckel, Sigrid/Steuer, Eckhard (Hg.) 1987: Studenten im Schatten des Arbeitsmarktes. Studienwahl, Studium und Berufseinmündung zwischen Wunschtraum und Realitätssinn (= Campus Forschung Bd. 525), Frankfurt/New York
- Bandemer, Stephan v./Wewer, Göttrik 1987: Professionalisierung durch systematische Verknüpfung von kritischer Reflexion, methodischen Fähigkeiten, handwerklichen Fertigkeiten und analytischer Kompetenz. Ein pragmatisches Plädoyer für keine andere, aber eine bessere Ausbildung; in Hartwich (Hg.) 1987, S. 209-222
- Bargel, Tino/Framhein-Peisert, Gerhild/Sandberger, Johann U. 1989: Studierenerfahrungen und studentische Orientierungen in den 80er Jahren. Trends und Stabilitäten. Drei Erhebungen an Universitäten und Fachhochschulen 1983, 1985 und 1987, Bonn
- Baethge, Martin/Hartung, Dirk/Husemann, Rudolf/Teichler, Ulrich 1986: Studium und Beruf – Neue Perspektiven für die Beschäftigung von Hochschulabsolventen, Freiburg i. Brsg.
- Baumann, Jörg/Hennig, Siegfried/Mauterodt-Snell, Angelika 1993: Sowis : Studium – Arbeitswelt, hg. von WiPS, Kontakt- und Beauftragungsstelle: Wissenschaft-Praxis-Studium des Fachbereichs Sozialwissenschaften, Göttingen
- Beck/Fürst 1991: Berufsverläufe Erlanger Soziologen. Einige Ergebnisse der Absolventenbefragung 1990, Erlangen
- Bell, Daniel 1986: Die Sozialwissenschaften seit 1945, Frankfurt/New York
- Bellers, Jürgen (Hg.) 1990: Politikwissenschaft in Europa, Münster
- Bellers, Jürgen/Grobe, Daniela/Haase, Ingo/Jachertz, Stefanie 1990: Münsteraner Politologen auf dem Arbeitsmarkt. Eine empirische Verbleibsstudie über die Absolventenjahrgänge 1972 bis 1988, in PVS 4/90 S. 661-671
- Bellers, Jürgen 1990: Politikwissenschaft in Deutschland. Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung, in: APuZ 52-53/90 S. 14-27
- Bellers, Jürgen/Grobe, Daniela/Haase, Ingo/Jachertz, Stefanie 1990: Münsteraner Politologen auf dem Arbeitsmarkt. Eine empirische Verbleibsstudie über die Absolventenjahrgänge 1972 bis 1988. In: Politische Vierteljahresschrift, 31. Jg. Heft 4, S. 661-671
- Bermbach, Udo 1987: Zur Frage von »Professionalisierung« und Fachidentität. Eine Diskussionsbemerkung in: Hartwich (Hg.) 1987, S. 127-130
- Bolle, Michael 1979: Wissenschaftlichkeit und Berufsbezug von Ausbildung. Tätigkeitsfeldorientierung als Weg aus Sackgassen. in: Büllesbach/Ferdowsi (Hg.) Politikwissenschaft und gesellschaftliche Praxis, S. 24-37
- Burt, Ronald S./Minor, Michael J. 1984: Applied Network Analysis. A Methodological Introduction, Beverly Hills

- Busch, Dirk W./Hommerich, Christoph u.a. 1981: Tätigkeitsfelder und Qualifikationen von Wirtschafts-, Sozial-, Ingenieur- und Naturwissenschaftlern, Frankfurt a.M./New York
- Ebbighausen, Rolf/Grotian, Peter/Grühn, Dieter/Jakli, Zoltan/Ost, Reinhard/Osterholz, Uwe/Preißler, Rüdiger/Samari, Ulrich 1983: Berliner Politologen auf dem Arbeitsmarkt – Suche nach einer neuen Identität? Eine empirische Verbleibsstudie über die Absolventenjahrgänge 1974 bis 1980, in PVS 1/83 S. 113–130
- Enders, Jürgen 1995: Sesam öffne dich? »Schlüsselqualifikationen« in Studium und Beruf; in Das Hochschulwesen 4/95, S. 214–219
- Euchner, Walter 1987: Zur Nutzenwendung der ideengeschichtlichen Tradition für die moderne Politikwissenschaft in Hartwich (Hg.) 1987, S. 49–58
- Fiebelkorn, Joachim/Köhler, Uwe/Monheimius, Ilka/Schramm, Thomas/Wittmann, Ingrid 1989: Zu allem fähig – zu nichts zu gebrauchen? Berliner PolitologInnen auf dem Arbeitsmarkt: Verbleibsstudie der Absolventenjahrgänge 1979 bis 1986, Berlin
- Frank, Michael 1993: Funktionsweisen des Akademikerarbeitsmarktes. Dargestellt am Beispiel des Teilarbeitsmarktes für Sozialwissenschaftler, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 2/93, S. 115–122
- Gawatz, Reinhard 1991: Studium – Wissenschaft – Beruf. Berufliche Studienperspektiven westdeutscher Studierender und ihr Stellenwert für die Studienbewältigung und Studiensituation; Konstanz
- Geissler/Orthey 1993: Schlüsselqualifikationen. Paradoxe Konjunktur eines Suchbegriffs der Modernisierung, in: Grundlagen der Weiterbildung, Heft 3, S. 154–156
- Gernand, Detlef 1988: Berufsfeldpraktika für Sozialwissenschaftler, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 11. Jg., Heft 2, S. 136–147
- Geyer, Siegfried/Lilli, Waldemar 1992: Konsequenzen von Handlungs- und Lageorientierung im Studium. Ein Vergleich zweier Fachrichtungen (Soziol. und BWL), in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, Heft 2, Bd. 23, S. 119–128.
- Giddens, Anthony 1988: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt am Main/New York
- Grühn, Dieter 1984: Sozialwissenschaftler in der Grauzone des Arbeitsmarktes, Bielefeld (BDS-Schriftenreihe, Bd. 7)
- Grühn, Dieter 1985: Sozialwissenschaften zwischen Akademikerarbeitslosigkeit und Deprofessionalisierung, in: Soziologie, Heft 2, S. 95–119
- Grühn, Dieter 1989: Zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens am Beispiel der Berliner Qualifizierungsoffensive, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 12. Jg., Heft 2, S. 128–141
- Greven, Michael Th. 1984: Zur Funktion des Faches Politikwissenschaft. Bildung oder Ausbildung? In: Politische Vierteljahresschrift, 25. Jg. S. 229–236
- Grottian, Peter 1986: Politikwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt. In: Politische Vierteljahresschrift Sonderheft Nr. 17, S. 78–88
- Grottian, Peter 1986: Politikwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt, in PVS-Sonderheft Nr. 17 S. 78–88
- Gutmann, Joachim 1985: Im Wartestand – Der Arbeitsmarkt für Soziologen und Politologen, in Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 8. Jg., Heft 2, S. 71–83
- Habermas, Jürgen 1971: Theorie und Praxis, Frankfurt
- Hartung, Dirk/Nuthmann, Reinhard/Winterhager, Wolfgang D. 1970: Politologen im Beruf. Zur Aufnahme und Durchsetzung neuer Qualifikationen im Beschäftigungssystem, Stuttgart

- Hartwich, Hans-Hermann (Hg.) 1985: Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft; Opladen
- Hartwich, Hans-Hermann (Hg.) 1987: Politikwissenschaft. Lehre und Studium zwischen Professionalisierung und Wissenschaftsimmanenz. Eine Bestandsaufnahme und ein Symposium; Opladen
- Herlyn, Ingrid/Weymann, Ansgar (Hg.) 1987: Bildung ohne Berufsperspektive, Frankfurt a.M./New York
- Huber, Andreas 1992: Gesucht – Der Generalist mit Persönlichkeit, in: Psychologie Heute, Heft 4, S. 36–40
- Kärner, Hartmut/Giegler, Helmut 1985: Berufskarrieren Gießener Sozialwissenschaftler. Eine empirische Analyse zu den Berufskarrieren Gießener Soziologen und Politologen, in: Soziologie, Heft 2, S. 120–142
- Körnig, Helga/Kipke, Rüdiger 1984: Zur Funktion des Faches Politikwissenschaft: Bildung und Ausbildung. Eine Replik auf Michael Thomas Greven, in: PVS 3/84 S. 466–467
- Kastendiek, Hans 1977: Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft, Frankfurt a.M./New York
- Keller, Gustav/Thiel, Rolf D./Binder, Annette 1982: Studienerfolg durch studienvorbereitende Beratung. Die wesentlichen Ergebnisse des Ulmer Modellversuchs zur Studienberatung; München
- Kellermann, Paul 1987: Berufsperspektiven zu Beginn des Studiums, in Herlyn/Weymann (Hg.): Bildung ohne Berufsperspektive?, Frankfurt a.M./New York, S. 87–125
- Keupp, Heiner 1987: Soziale Netzwerke. Eine Metapher des gesellschaftlichen Umbruchs?, in: Keupp, Heiner (Hg.): Soziale Netzwerke, Frankfurt/M.
- Kipke, Rüdiger/Nickolmann, F. 1986: Studenten am Arbeitsplatz. Das Praktikum im sozialwissenschaftlichen Studium, Münster
- Klein, Thomas 1990: Arbeitslosigkeit und Wiederbeschäftigung im Erwerbsverlauf, in: KZfSS, S. 688–705
- Klein, Thomas 1994a: Die Einkommenskarriere von Hochschulabsolventen. Ein empirischer Beitrag zur Kontroverse zwischen Humankapitaltheorie und Senioritätsentlohnung in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3/94, S. 205–211
- Klein, Thomas 1994b: Berufseinstieg und Berufsverlauf von Verwaltungswissenschaftlern. Ergebnisse der Konstanzer Absolventenbefragung in PVS 1/94, S. 85–107
- Kleining, Gerhard 1982: Umriss zu einer Methodologie Qualitativer Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 34, S. 224–253
- Lamnek, Siegfried 1989: Qualitative Sozialforschung. Band 2, Methoden und Techniken, München
- Landfried, Christine 1994: Politik als Beruf heute. Ein Anforderungsprofil an Professionelle, in: Leggewie Claus: Wozu Politikwissenschaft?, S. 211–227
- Leggewie, Claus (Hg.) 1994: Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt
- Lewin, Karl/Cordier, Heidi/Sommer, Dieter 1993: Bilanz 12 Jahre nach Hochschulreife. Ausbildungs- und Studienverläufe, Berufswahl von Studienberechtigten '78 bis 1990 (=Hochschulplanung Bd. 98, Hrsg.: HIS Hochschul-Informations-System GmbH); Hannover
- Lewin/Bathke/Schacher/Sommer 1991: Studienanfänger im Wintersemester 1990/91 – Studienentscheidung und Studienbeginn in den alten und neuen Ländern. (= Hochschulplanung Bd. 89, Hrsg.: HIS Hochschul-Informations-System GmbH); Hannover
- Lilli, Waldemar/Schönborn, Claudia 1988: Berufsbezogenes Qualifizierungsverhalten von Studenten, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 11. Jg., Heft 1, S. 20–29

- Lin, Nan/Dayton, Paul W./Greenwald, Peter 1984: Analysing the Instrumental Use of Relations in the Context of Social Structure, in: Burt/Minor: Applied Network Analysis
- Münkler, Herfried 1985: Politikwissenschaft. Zu Geschichte und Gegenstand, Schulen und Methoden des Faches, in: Fetscher/Münkler (Hg.) Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien, Reinbek, S. 10–24
- Massing, Ortwin 1980: Politikwissenschaft in Perspektive. Entwicklungspfade und Karrierechancen. In: Politische Vierteljahresschrift, 21. Jg. S. 187–211
- Messmann, Eberhard 1988: Probleme der Analyse sozialwissenschaftlicher Berufsperspektiven, Göttingen
- Minks, Karl-Heinz/Filaretow, Bastian 1993: Absolventenreport Sozialwissenschaften. Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung zum Berufsübergang von Absolventen sozialwissenschaftlicher Diplomstudiengänge, Reihe Bildung – Wissenschaft – Aktuell 18/93, hg. vom BMBW
- Minks, Karl-Heinz/Filaretow, Bastian 1994: Berufliche Integration von jungen Sozialwissenschaftlern. Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 17. Jg. Heft 1, S. 68–88
- Mohls, Manfred/Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hg.) 1994: Politikwissenschaft: eine Einführung, Paderborn u.a. (Kap. IV. Berufsperspektiven)
- Mohr, Arno 1980: Zur Situation und Entwicklung der politikwissenschaftlichen Lehre in der Bundesrepublik Deutschland (1950-1979/80), in: PVS 2/80 S. 205–211
- Mohr, Arno 1988: Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Wege zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1965, Bochum
- Mollenkopf, Heidrun 1987: Mannheimer Soziologen, Jahrgang 1980/81 bis 1985, beruflicher Werdegang und Erfahrungen, in: Soziologie, Heft 2, S. 185–199
- Naschold, Frieder 1972: Politische Wissenschaft. Entstehung, Begründung und gesellschaftliche Entwicklung, Freiburg i. Brsg., 2., unveränderte Auflage
- Noack, Paul 1978: Was ist Politik? Eine Einführung in ihre Wissenschaft, München/Zürich
- Nuthmann, Reinhard 1983: Politik und Sozialwissenschaften, in Holtkamp/Teichert (Hg.): Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen. Forschungsergebnisse und Folgerungen für das Studium, Frankfurt a.M./New York S. 237–301
- Ohlemacher, Thomas 1991: Persönliche Netzwerke und die Mobilisierung politischen Protests. Stand der Forschung und strukturanalytische Perspektiven, Berlin
- Pappi, Franz Urban 1987: Methoden der Netzwerkanalyse, München
- Patzelt, Werner J. 1992: Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studienbegleitende Orientierung, Passau
- Rühle, Hans/Veen, Hans-Joachim (Hg.) 1982: Entwicklungslinien der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland; Ernst Knoth, Melle
- Reissert, Reiner 1987: Studienverlauf und Berufseintritt, Hannover
- Rothe, Klaus 1984: Studium der Politikwissenschaft: Politische Bildung und praxisbezogene Ausbildung; in PVS 3/84, S. 470–473
- Schäfers, Bernhard 1991: Zum Praxisbezug der Soziologie – Anmerkungen zu einem alten Dilemma, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 14. Jg., Heft 2, S. 187–195
- Schreiber, Norbert 1994: Die Nachfrage nach sozialwissenschaftlichen Qualifikationen am Arbeitsmarkt, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 17. Jg., Heft 4, S. 309–322
- Seidelmann, Reimund 1984: Plädoyer für eine praxisorientierte Professionalisierung in der Politikwissenschaft, in: PVS 3/84, S. 468–470

- Stein, Martin 1993: Zur Problematik von Professionalisierungs- und Substitutionsprozessen neuer Berufsgruppen am Beispiel der Absolventen sozialwissenschaftlicher Studiengänge (=Sozialwissenschaftliche Studien Bd. 48), Bochum
- Teichler, Ulrich/Winkler, Helmut 1990: Der Berufsstart von Hochschulabsolventen, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Schriftenreihe Studien zur Bildung und Wissenschaft 87, Bad Honnef
- Teichler, Ulrich 1981: Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Zum Wandel der Berufsperspektiven im Zuge der Hochschulexpansion, München/New York/London/Paris
- Teichler, Ulrich 1994: Higher education and employment: Changing conditions for diversified structures of higher education, in Higher Education in Europe 4/94, S. 51–59
- Tessaring, Manfred/Werner, Heinz 1975: Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich, Göttingen
- Universität Hamburg 1994: Statistischer Bericht 1993, Hamburg
- Veen, Hans-Joachim 1982: Politikwissenschaft zwischen Selbstliquidation und politischer Integration; in: Rühle, Hans/Veen, Hans-Joachim (Hg.) 1982, S. 7–11, Melle
- Vogel, Ulrike 1987: Bildung und Verlust der Berufsperspektive – Wie sehen arbeitslose Akademiker ihr Studium? In Herlyn/Weymann (Hg.): Bildung ohne Perspektive? Frankfurt a.M./New York, S. 127–142
- Walker, K.W., McBride, A. & Vachon, M.L.S. 1977: Social support networks and the crisis of bereavement, in: Social science and Medicine, Vol. 11, 35–41
- Welz, Frank 1995: Wo sind sie geblieben? Freiburger SoziologInnen in Studium und Beruf. Eine empirische Untersuchung über die Abschlußjahrgänge 1980 bis 1989, Bd. 1 der Freiburger Beiträge zur Soziologie, Pfaffenweiler
- Wildenmann, Rudolf 1978: Politische Wissenschaft und politische Praxis, in PVS-Sonderheft Nr. 9 S. 7–18
- Wittkämper, Gerhard W. 1987: Zur tätigkeitsfeldorientierten Professionalisierung der politikwissenschaftlichen Ausbildung; in Hartwich (Hg.) 1987, S. 111–126
- Wollmann, Helmuth P. 1993: Zaubermel Schlüsselqualifikationen. Modische Arbeitstugenden oder mehr? in: Grundlagen der Weiterbildung, Heft 3, S. 135–138
- Zeiger/Brüder/Diekmann 1988: Stellensuchdauer und Anfangseinkommen bei Hochschulabsolventen. Ein empirischer Beitrag zur Job-Search-Theorie, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 108. Jg., S. 247–270

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Verteilung der Absolventen, Angeschriebenen und Antwortenden	18
Tabelle 2: Gründe für die Studienaufnahme in Hamburg nach Geschlecht und Abschlußjahr	23
Tabelle 3: Geprüfte Wahlpflicht-, Neben- und Zusatzfächer nach Geschlecht und Studienbeginn	25
Tabelle 4: Absolvierte Praktika während des Studiums, studienbezogene Auslandsaufenthalte und studiennahe Jobs während des Studiums nach Geschlecht und Abschlußjahr	28
Tabelle 5: Sachgebiete im Studium der Politischen Wissenschaft	31
Tabelle 6: Ausgewählte studierte Sachgebiete nach Geschlecht und Abschlußjahr	32
Tabelle 7: Durchschnittliche Beurteilung erworbener Fähigkeiten	34
Tabelle 8: Typen von Studienstrategien	39
Tabelle 9: Vorrangige Ziele zu Beginn und zum Ende des Studiums in Prozent	40
Tabelle 10: Belastung durch Berufsperspektive nach Karriereorientierung, Berufsvorstellung und Abschlußjahr	43
Tabelle 11: Politische Ziele der Absolventen zu Beginn und am Ende des Studiums nach Abschlußjahrgang	47
Tabelle 12: Veränderungen im Anspruch der Absolventen während des Studiums am Beispiel des Zieles, das Studium mit politischen Aktivitäten zu verbinden	47
Tabelle 13: Gesellschaftliche Funktionen der Politischen Wissenschaft nach Ansicht und Einschätzung der Absolventen	49
Tabelle 14: Mitgliedschaften in Vereinigungen oder Gruppierungen während und nach dem Studium	52
Tabelle 15: Der Ort der politischen Aktivitäten der Absolventen während des Studiums	54
Tabelle 16: Hierarchie des politischen Einsatzes in den letzten zwei Jahren nach Geschlecht und Alter	56
Tabelle 17: Positive und negative Kritikpunkte am Studium	64
Tabelle 18: Negative Kritik und Selbstkritik am eigenen Studienverlauf nach Geschlecht und Abschlußjahr	65
Tabelle 19: Empfehlungen für die heutige Studiengestaltung durch die Absolventen	67
Tabelle 20: Arbeitslosigkeitserfahrungen, Stellenvorgänger und formale Voraussetzungen nach Abschlußjahren	73
Tabelle 21: Vorbehalte gegenüber der politologischen Qualifikation	75
Tabelle 22: Die am stärksten präferierten Tätigkeiten am Ende des Studiums nach Geschlecht und Abschlußjahr	79
Tabelle 23: Die am häufigsten angestrebte und verwirklichte Berufstätigkeit nach Erfolgsaussichten und Geschlecht	81
Tabelle 24: Die Nutzung von Informationsquellen über freie Arbeitsplätze nach Erfolgsaussichten und Abschlußjahrgängen	84
Tabelle 25: Empfohlene Informationsquellen für die Arbeitsplatzsuche nach Geschlecht und Abschlußjahr	86

Tabelle 26: Ausprobierte Bewerbungsstrategien nach Erfolgsaussichten und Abschlußjahr	87
Tabelle 27: Das im Beruf am häufigsten genutzte Fachwissen nach Sachgebieten	89
Tabelle 28: Beruflicher Nutzen von Kenntnissen aus den Wahlpflichtfächern nach Geschlecht und Abschlußjahr	91
Tabelle 29: Die für den Beruf nützlichsten Fähigkeiten	93
Tabelle 30: Einschätzung des eigenen Studiums bezüglich persönlicher Entwicklung, beruflichem Werdegang und Berufsvorbereitung nach Berufsbereichen	95
Tabelle 31: Stellenwert von Praktikum und Auslandsaufenthalten nach Ansicht der Befragten, Geschlecht und Abschlußjahr	97
Tabelle 32: Absolvierte Praktika nach Beschäftigungsbereichen und Geschlecht	98
Tabelle 33: Berufliche Verwertung von Praktika nach Selbsteinschätzung nach Geschlecht und Abschlußjahr	99
Tabelle 34: Zusatzqualifikationen und ihre Nützlichkeit	102
Tabelle 35: Verteilung der berufstätigen Absolventen auf einzelne Berufsbereiche nach Geschlecht und Abschlußjahr	117
Tabelle 36: Verteilung der berufstätigen Absolventen auf einzelne Tätigkeitsfelder nach Geschlecht und Abschlußjahr	119
Tabelle 37: Zusammensetzung der Gruppe der befristet angestellten Absolventen	121
Tabelle 38: Zusammensetzung der Gruppe der keiner traditionellen Erwerbstätigkeit nachgehenden Absolventen	122
Tabelle 39: Beschäftigungssituation in einzelnen Beschäftigungsbereichen nach Geschlecht	126
Tabelle 40: Bedeutung des Einkommens für die erwerbstätigen Politologen nach Einkommensgruppen, Geschlecht und Abschlußjahr	130
Tabelle 41: Durchschnittseinkommens in verschiedenen Abschlußjahrgängen nach Geschlecht und Bedeutung des Einkommens	132
Tabelle 42: Beurteilung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte bei der Beurteilung beruflicher Tätigkeit nach Geschlecht, Befristung des Arbeitsverhältnisses und wöchentlicher Arbeitszeit	136
Tabelle 43: Deckungsgrad für verschiedene Aspekte zur Beurteilung beruflicher Tätigkeit nach Geschlecht und Abschlußjahr	138
Tabelle 44: Verteilung der Indexwerte zur beruflichen Zufriedenheit nach Geschlecht, Abschlußjahrgang und Einkommen bei den erwerbstätigen Absolventen	142
Tabelle 45: Beurteilung der beruflichen Perspektiven durch die erwerbstätigen Absolventen hinsichtlich ausgewählter wichtiger Aspekte nach Geschlecht und Abschlußjahr	143
Tabelle 46: Verteilung der beruflichen Zufriedenheit und der Beurteilung der Perspektiven bei den erwerbstätigen Absolventen nach Abschlußjahren	144
Tabelle 47: Durchschnittliche Beurteilung erworbener Fähigkeiten	224
Tabelle 48: Vorrangige Ziele zu Beginn, während und am Ende des Studiums in Prozent	225
Tabelle 49: Politisches Engagement der Absolventen in den letzten zwei Jahren nach Geschlecht und Abschlußjahr	225

Tabelle 50: Die Nützlichkeit von im Studium erworbenen Fähigkeiten für das Berufsleben	226
Tabelle 51: Einkommensverteilung unter den erwerbstätigen Politologen nach Geschlecht und Abschlußjahr	226
Tabelle 52: Verteilung der berufstätigen AbsolventInnen auf einzelne Berufsbereiche	227
Tabelle 53: Beurteilung der beruflichen Perspektiven durch die erwerbstätigen AbsolventInnen hinsichtlich wichtiger Aspekte nach Geschlecht und Abschlußjahr	228